

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

**Einbringer: Landesregierung**

**(Drucksache 7/7148)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 28. April 2023

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

## **Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Mit dem vorliegenden Gesetz erfolgt die Transformation des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags in Landesrecht. Der Thüringer Ministerpräsident hat den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag am 21. Oktober 2022 in Hannover unterzeichnet.

Die Änderungen des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags betreffen in Artikel 1 den Medienstaatsvertrag vom 14. bis 28. April 2020, zuletzt geändert durch den Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag vom 14. bis 27. Dezember 2021.

In Artikel 2 werden Kündigung, Inkrafttreten und Neubekanntmachung geregelt.

Sind bis zum 30. Juni 2023 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hinterlegt, wird der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag gegenstandslos. Nach Artikel 77 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen bedürfen Staatsverträge der Zustimmung des Landtags.

### **B. Lösung**

Erlass des Thüringer Gesetzes zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, mit dem die Zustimmung des Landtags zu diesem Staatsvertrag erfolgt.

### **C. Alternativen**

Keine; das Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag muss rechtzeitig vor dem 1. Juli 2023 in Kraft treten, weil der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag nach seinem Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 gegenstandslos wird, sofern nicht bis zum 30. Juni 2023 alle Ratifikationsurkunden der Länder bei der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs hinterlegt sind.

**D. Kosten**

Mit dem Inkrafttreten des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags entstehen keine Kosten im Landeshaushalt.

**E. Zuständigkeit**

Federführend ist die Staatskanzlei.



**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Pommer, MdL  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 24. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen  
Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zu dem Dritten Medienänderungsstaats-  
vertrag"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen  
am 31 Januar/1./2./3. Februar 2023

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

Dem am 21. Oktober 2022 in Hannover vom Freistaat Thüringen unterzeichneten Dritten Medienänderungsstaatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Berlin, dem Land Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Hessen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Saarland, dem Freistaat Sachsen, dem Land Sachsen-Anhalt, dem Land Schleswig-Holstein und dem Freistaat Thüringen wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

**§ 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 in Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt gemacht.

**Dritter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge  
(Dritter Medienänderungsstaatsvertrag)**

Das Land Baden-Württemberg,  
der Freistaat Bayern,  
das Land Berlin,  
das Land Brandenburg,  
die Freie Hansestadt Bremen,  
die Freie und Hansestadt Hamburg,  
das Land Hessen,  
das Land Mecklenburg-Vorpommern,  
das Land Niedersachsen,  
das Land Nordrhein-Westfalen,  
das Land Rheinland-Pfalz,  
das Saarland,  
der Freistaat Sachsen,  
das Land Sachsen-Anhalt,  
das Land Schleswig-Holstein und  
der Freistaat Thüringen

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

**Artikel 1  
Änderung des Medienstaatsvertrages**

Der Medienstaatsvertrag vom 14. bis 28. April 2020, geändert durch den Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag vom 14. bis 27. Dezember 2021, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 31 wird wie folgt gefasst:

"§ 31 Satzungen, Richtlinien und gemeinsame Maßstäbe, Berichtspflichten, Publikumsdialog".

b) Nach der Angabe zu § 32 wird folgende Angabe eingefügt:

"§ 32a Einstellung, Überführung und Austausch von Programmen".

2. In der Präambel wird nach Satz 4 folgender Satz eingefügt:

"Des Weiteren tragen sie eine Verantwortung, die Grundsätze der Nachhaltigkeit zu beachten."

3. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

"(1) Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die

europäische Integration, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. Bei der Angebotsgestaltung sollen sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt beitragen. Allen Bevölkerungsgruppen soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden. Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Belange von Menschen mit Behinderungen und der Anliegen von Familien. Die öffentlich-rechtlichen Angebote haben der Kultur, Bildung, Information und Beratung zu dienen. Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspricht, ist Teil des Auftrags. Der Auftrag im Sinne der Sätze 8 und 9 soll in seiner gesamten Breite auf der ersten Auswahlebene der eigenen Portale und über alle Tageszeiten hinweg in den Vollprogrammen wahrnehmbar sein.

(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet. Ferner sollen sie die einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen."

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"(3) Die Regelungen in den Absätzen 1 und 2 sowie in § 30 Abs. 3 und 4 dienen allein dem öffentlichen Interesse; subjektive Rechte Dritter werden dadurch nicht begründet."

c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.

4. § 28 wird wie folgt gefasst:

**§ 28  
Fernsehprogramme**

(1) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten veranstalten gemeinsam das Vollprogramm 'Erstes Deutsches Fernsehen (Das Erste)'.

(2) Die Dritten Fernsehprogramme einschließlich regionaler Auseinandersetzungen werden von einzelnen oder mehreren in der ARD zusammengeschlossenen

Landesrundfunkanstalten nach Maßgabe ihres jeweiligen Landesrechts veranstaltet, und zwar jeweils durch

1. den Bayerischen Rundfunk (BR),
2. den Hessischen Rundfunk (HR),
3. den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR),
4. den Norddeutschen Rundfunk (NDR),
5. Radio Bremen (RB),
6. den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB),
7. den Südwestrundfunk (SWR),
8. den Saarländischen Rundfunk (SR) und
9. den Westdeutschen Rundfunk (WDR).

(3) Das ZDF veranstaltet das Vollprogramm 'Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)'.

(4) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF veranstalten gemeinsam folgende Fernsehprogramme:

1. das Vollprogramm '3sat' mit kulturellem Schwerpunkt unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter und
2. das Vollprogramm 'arte – Der Europäische Kulturkanal' unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter.

(5) Die nach dem Medienstaatsvertrag, in der Fassung des Zweiten Medienänderungsstaatsvertrages vom 14. bis 27. Dezember 2021, gemäß dessen § 28 Abs. 1 Nr. 2 (tagesschau24, EinsFestival), Abs. 2 Nr. 2 (ARD-alpha), Abs. 3 Nr. 2 (ZDFinfo, ZDFneo) sowie Abs. 4 Nr. 3 (PHOENIX – Der Ereignis- und Dokumentationskanal) und Nr. 4 (KI.KA – Der Kinderkanal) veranstalteten Fernsehprogramme sind weiterhin beauftragt; die Beauftragung geht auf die nach § 32a überführten, ausgetauschten oder wiederhergestellten oder die nach § 32 veränderten Angebote über. Die Gesamtzahl der Fernsehprogramme, die von den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem ZDF veranstaltet werden, darf jeweils die Zahl der zum 30. Juni 2023 verbreiteten Fernsehprogramme nicht übersteigen."

5. § 30 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach der Angabe "§ 2 Abs. 2 Nr. 29" die Wörter "unter Einbeziehung einer gemeinsamen Plattformstrategie" eingefügt.

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

"2. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von europäischen und nichteuropäischen Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind, im zeitlichen Zusammenhang mit der Ausstrahlung in ihren Programmen für bis zu dreißig Tage, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist; das Angebot dieser nichteuropäischen Werke ist nur zulässig, wenn es sich um Beiträge zur Bildung im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 26 oder zur

Kultur im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 27 handelt und sie in besonderem Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beitragen,"

bb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

"3. das Angebot auf Abruf von europäischen und nicht-europäischen Werken im Sinne der Nummer 2 als eigenständige audiovisuelle Inhalte für bis zu dreißig Tage, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist; eine zeitlich weitergehende Abrufmöglichkeit ist im Einzelfall möglich, wenn dies aus redaktionellen Gründen oder Gründen der Angebotsgestaltung geboten ist und die weitergehende Bereitstellung in besonderem Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beiträgt,"

cc) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 4 und 5.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort "Telemedienangebote" die Wörter "nach Maßgabe des § 26" eingefügt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Soweit sie in ihren Telemedienangeboten Empfehlungssysteme nutzen oder anbieten, sollen diese einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen."

bb) Folgender Satz wird angefügt:

"Soweit dies zur Erreichung der Zielgruppe aus journalistisch-redaktionellen Gründen geboten ist, können sie Telemedien auch außerhalb des dafür jeweils eingerichteten eigenen Portals anbieten."

e) In Absatz 5 Satz 1 Nr. 2 wird nach der Angabe "Absatz 2 Satz 1 Nr. 2" die Angabe "und 3" eingefügt.

6. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

"§ 31  
Satzungen, Richtlinien und gemeinsame  
Maßstäbe, Berichtspflichten, Publikumsdialog".

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

"Der Bericht nach Satz 1 ist den Landesparlamenten zur Kenntnis zu geben."

c) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze 3 bis 6 eingefügt:

"(3) Die jeweils zuständigen Gremien der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios wachen über die Erfüllung des Auftrags gemäß § 26 sowie über eine wirtschaftliche und sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung.

(4) Die Gremien haben die Aufgabe, für die Angebote der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios Richtlinien aufzustellen und die Intendanten in Programmfragen zu beraten. Die Richtlinien umfassen die Festsetzung inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards sowie standardisierter Prozesse zu deren Überprüfung; die Richtlinien sind in dem Bericht nach Absatz 2 Satz 1 zu veröffentlichen und regelmäßig zu überprüfen.

(5) Zur besseren Überprüfbarkeit und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung setzen die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio gemeinsam unter Einbeziehung ihrer zuständigen Gremien und unter Berücksichtigung von Empfehlungen der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) Maßstäbe fest, die geeignet sind, die Bewertung der Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie eine vergleichende Kontrolle der Ressourceneffizienz zu ermöglichen.

(6) Die Anstalten treffen Maßnahmen, um sich in einem kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung, insbesondere über Qualität, Leistung und Fortentwicklung des Angebots, auszutauschen."

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 7.

7. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

"(1) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio konkretisieren die inhaltliche Ausrichtung ihrer geplanten Telemedienangebote nach § 30 jeweils in Telemedienkonzepten, die Zielgruppe, Inhalt, Ausrichtung, Verweildauer, die Verwendung internetspezifischer Gestaltungsmittel sowie die Maßnahmen zur Einhaltung des § 30 Abs. 7 Satz 1 näher beschreiben. Die Telemedienkonzepte müssen auch Ausführungen zur Einbindung in die gemeinsame Plattformstrategie im Sinne des § 30 Abs. 1 enthalten. Es sind angebotsabhängige differenzierte Befristungen für die Verweildauern vorzunehmen mit Ausnahme der Archive nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, die unbefristet zulässig sind; redaktionelle Gründe oder Gründe der Angebotsgestaltung, die zu einer weitergehenden Abrufmöglichkeit nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 führen können, sind unbeschadet der erforderlichen Einzelfallprüfung in den Telemedienkonzepten näher zu konkretisieren und regelmäßig zu überprüfen. Sollen nicht-europäische Werke nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2

oder 3 auf Abruf bereitgestellt werden, ist zu erläutern, wie diese in besonderem Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beitragen. Sollen Telemedien auch außerhalb des eingerichteten eigenen Portals angeboten werden, ist dies zu begründen. Die insoweit vorgesehenen Maßnahmen zur Berücksichtigung des Jugendmedienschutzes, des Datenschutzes sowie des § 30 Abs. 6 Satz 1 sind zu beschreiben. Die Aufgabe, Telemedienkonzepte für Gemeinschaftsangebote zu erstellen, wird von den beteiligten Rundfunkanstalten gemeinschaftlich ausgeübt.

(2) Die Beschreibung aller Telemedienangebote muss eine Nachprüfung des Finanzbedarfs durch die KEF ermöglichen."

b) Folgende Absätze 8 und 9 werden angefügt:

"(8) Soweit dieser Staatsvertrag für ein neues oder wesentlich geändertes Telemedienangebot ein Verfahren nach Maßgabe der Absätze 4 bis 7 vorsieht, können die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio, um

1. Erkenntnisse zu gewinnen, die sie für den Vorschlag für ein neues Telemedienangebot benötigen, oder
  2. Aufschlüsse über den voraussichtlichen Bedarf nach dem neuen Telemedienangebot zu erhalten oder
  3. neuartige technische oder journalistische Konzepte zu erproben,
- das neue oder wesentlich geänderte Angebot auch ohne Durchführung des Verfahrens für eine Dauer von höchstens sechs Monaten im Rahmen eines Probetriebs veranstalten oder bereitstellen. Um den Übergang in ein reguläres Telemedienangebot zu ermöglichen, kann der Probetrieb um höchstens weitere sechs Monate verlängert werden, wenn zeitgleich ein Verfahren nach den Absätzen 4 bis 7 eingeleitet wird. Die Aufnahme und der Zeitpunkt des Beginns eines solchen Probetriebs ist von den Anstalten der jeweiligen Rechtsaufsicht anzuzeigen.

(9) Die Anstalten haben die Zahl der Nutzer des Probetriebs insbesondere durch technische Maßnahmen zu beschränken, um zu verhindern, dass der Probetrieb der Einführung eines neuen oder wesentlich veränderten Angebots im Sinne der Absätze 1 und 3 gleichkommt."

8. Nach § 32 wird folgender § 32a eingefügt:

"§ 32a  
Einstellung, Überführung und Austausch von  
Programmen

(1) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF können die in § 28 Abs. 5 Satz 1 genannten Fernsehprogramme ganz oder teilweise einstellen oder deren Inhalte in Angebote im Internet gleichartigen Inhalts überführen. Eine

Überführung gleichartigen Inhalts gemäß Satz 1 liegt insbesondere auch vor, wenn für eine Verbreitung des Angebots im Internet (linear oder auf Abruf) unter grundlegender Beibehaltung der thematischen inhaltlichen Ausrichtung des Angebots und der angestrebten Zielgruppe internetspezifische Gestaltungsmittel eingesetzt werden. Für Einstellung und Überführung, auch soweit diese in ein Telemedienangebot erfolgt, findet ausschließlich das Verfahren nach den Absätzen 2 bis 5 Anwendung; § 30 bleibt unberührt.

(2) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF erstellen Angebotskonzepte, in denen sie jeweils darstellen, welches Fernsehprogramm oder welche Teile davon eingestellt werden sollen oder wie die betroffenen Inhalte gegebenenfalls unter Berücksichtigung internetspezifischer Gestaltungsmittel in ein Angebot im Internet überführt werden sollen. Dabei haben sie darzulegen, dass der Auftrag auch durch das veränderte Angebot erfüllt wird und die Änderung des Angebots dem Auftrag nach § 26 unter Berücksichtigung des geänderten Nutzerverhaltens dem Entwicklungsbedarf entspricht. Werden Inhalte ganz oder teilweise in ein Angebot im Internet überführt, gilt § 32 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend; das Angebotskonzept muss auch Ausführungen zur Einbindung in die gemeinsame Plattformstrategie im Sinne des § 30 Abs. 1 enthalten. Das zuständige Gremium gibt Dritten in geeigneter Weise, insbesondere im Internet, Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Gelegenheit zur Stellungnahme besteht innerhalb einer Frist von mindestens sechs Wochen nach Veröffentlichung des Vorhabens. Das zuständige Gremium der Rundfunkanstalt hat die eingegangenen Stellungnahmen zu prüfen. Die Aufgabe, Angebotskonzepte für Gemeinschaftsangebote zu erstellen, wird von den beteiligten Rundfunkanstalten gemeinschaftlich ausgeübt.

(3) Die Angebotskonzepte müssen eine Nachprüfung des Finanzbedarfs durch die KEF ermöglichen.

(4) Die Entscheidung über die Einstellung des Fernsehprogramms und das neue oder veränderte Angebotskonzept bedürfen der Zustimmung des zuständigen Gremiums der Rundfunkanstalt. Die Entscheidung ist zu begründen.

(5) Nach Zustimmung des zuständigen Gremiums hat die jeweilige Rundfunkanstalt der für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörde alle für eine rechtsaufsichtliche Prüfung notwendigen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zu übermitteln. Nach Abschluss des Verfahrens nach den Absätzen 2 und 3 und nach Prüfung der für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörde sind die Einstellung des Fernsehprogramms und das neue oder veränderte Angebotskonzept im Internetauftritt der jeweiligen Rundfunkanstalt zu veröffentlichen. In den amtlichen Verkündungsblättern der betroffenen Länder ist zugleich auf die Veröffentlichung im Internetauftritt der jeweiligen Rundfunkanstalt hinzuweisen.

(6) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF können die in § 28 Abs. 5 Satz 1 genannten Fernsehprogramme durch

ein anderes Fernsehprogramm austauschen. Hierfür gilt das Verfahren gemäß Absatz 2 bis 5 entsprechend.

(7) Ein nach den Absätzen 1 bis 6 eingestelltes, überführtes oder ausgetauschtes Angebot kann wiederaufgenommen, selbst eingestellt sowie erneut überführt oder ausgetauscht werden; dabei ist auch die Überführung in ein Programm, das nicht über das Internet übertragen wird, zulässig. Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend. Die Änderung von Telemedienangeboten richtet sich nach § 32.

(8) Durch die Überführung oder den Austausch der in § 28 Abs. 5 Satz 1 genannten Fernsehprogramme darf kein Mehrbedarf entstehen; dabei bleiben von Nutzerzahlen abhängige Verbreitungskosten außer Betracht. Im Übrigen richten sich die Überführung oder der Austausch nach § 32 Abs. 4 bis 7 entsprechend; Absatz 3 bleibt unberührt."

9. § 36 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

"1. die wettbewerbsfähige Fortführung der bestehenden Angebote, die durch Staatsvertrag aller Länder beauftragten Fernsehprogramme sowie die nach § 32a überführten oder ausgetauschten Angebote (bestandsbezogener Bedarf),"

b) In Nummer 2 werden das Wort "Rundfunkprogramme" durch das Wort "Angebote" und das Wort "Rundfunkprogrammen" durch das Wort "Angeboten" ersetzt.

10. In § 37 Satz 3 wird das Wort "Landtagen" durch das Wort "Landesparlamenten" ersetzt.

11. Die Anlage (zu § 30 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 des Medienstaatsvertrages) Negativliste öffentlich-rechtlicher Telemedien wird wie folgt geändert:

a) In den Nummern 6 und 17 werden jeweils nach dem Wort "Sendungen" die Wörter "im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 3" eingefügt.

b) In den Nummern 14 bis 16 werden jeweils nach dem Wort "Sendung" die Wörter "im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 3" eingefügt.

## Artikel 2

### Kündigung, Inkrafttreten, Neubekanntmachung

(1) Für die Kündigung des in Artikel 1 geänderten Medienstaatsvertrages sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Juli 2023 in Kraft. Sind bis zum 30. Juni 2023 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die oder der Vorsitzende der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Medienstaatsvertrages in der Fassung, die sich aus Artikel 1 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Für das Land Baden-Württemberg:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Winfried Kretschmann

Für den Freistaat Bayern:  
Der Ministerpräsident,  
Berlin, den 2. November 2022  
Markus Söder

Für das Land Berlin:  
Die Bürgermeisterin,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Franziska Giffey

Für das Land Brandenburg:  
Der Ministerpräsident,  
Berlin, den 2. November 2022  
Dietmar Woidke

Für die Freie Hansestadt Bremen:  
Der Bürgermeister,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Andreas Bovenschulte

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:  
Der Bürgermeister,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Peter Tschentscher

Für das Land Hessen:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Boris Rhein

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:  
Die Ministerpräsidentin,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Manuela Schwesig

Für das Land Niedersachsen:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Stephan Weil

Für das Land Nordrhein-Westfalen:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Hendrik Wüst

Für das Land Rheinland-Pfalz:  
Die Ministerpräsidentin,  
Berlin, den 2. November 2022  
Malu Dreyer

Für das Saarland:  
Die Ministerpräsidentin,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Anke Rehlinger

Für den Freistaat Sachsen:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Michael Kretschmer

Für das Land Sachsen-Anhalt:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Dr. Rainer Haseloff

Für das Land Schleswig-Holstein:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Daniel Günther

Für den Freistaat Thüringen:  
Der Ministerpräsident,  
Hannover, den 21. Oktober 2022  
Bodo Ramelow

**Begründung zum Landesgesetz****A. Allgemeines**

Der vom Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen am 21. Oktober 2022 in Hannover unterzeichnete Dritte Medienänderungsstaatsvertrag bedarf nach Artikel 77 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen der Zustimmung des Landtags.

Mit dem Beschluss des vorliegenden Landesgesetzes erfolgt die Zustimmung zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag.

**B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

Zu § 1:

§ 1 beinhaltet die Zustimmung des Landtags zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag und bestimmt dessen Veröffentlichung.

Zu § 2:

In Absatz 1 wird das Inkrafttreten des Zustimmungsgesetzes geregelt.

In Absatz 2 wird die Bekanntmachung des Inkrafttretens des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen geregelt. Dies ist erforderlich, damit erkennbar wird, dass die Voraussetzung für das Inkrafttreten des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags nach seinem Artikel 2 Abs. 2 erfüllt ist und dieser am 1. Juli 2023 in Kraft treten wird.

Nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags sind bis zum 30. Juni 2023 alle Ratifikationsurkunden der Länder bei der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs zu hinterlegen, ansonsten wird der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag gegenstandslos.



## Begründung zum Staatsvertrag

### A. Allgemeines

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben am 21. Oktober 2022 und am 2. November 2022 den Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) unterzeichnet.

Die Änderungen durch den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag betreffen ausschließlich den Medienstaatsvertrag.

Durch Artikel 1 werden im Medienstaatsvertrag der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die Beauftragung der Angebote der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios an die Lebenswirklichkeit veränderter Mediennutzung angepasst und flexibler ausgestaltet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe, als Gegengewicht zu den privaten Rundfunkanbietern ein Leistungsangebot hervorzubringen, das einer anderen Entscheidungsrationale als der marktwirtschaftlicher Anreize folgt und damit eigene Möglichkeiten der Programmgestaltung eröffnet. Er hat so zu inhaltlicher Vielfalt beizutragen, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann (vgl. BVerfGE 73, 118 (158 f.); 74, 297 (325); 83, 238 (297 f.); 90, 60 (90); 114, 371 (388 f.); 119, 181 (216)). Dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht auf den gegenwärtigen statischen Entwicklungsstand in programmlicher, finanzieller und technischer Hinsicht beschränkt (stRspr., vgl. BVerfGE 74, 297 (350)). Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, diesen Auftrag auszugestalten und die entsprechenden medienpolitischen und programmleitenden Entscheidungen zu treffen (vgl. BVerfGE 158, 389 (421)). Mit den Neuregelungen wird daher sichergestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch künftig unter den Bedingungen der modernen Massenkommunikation seinem verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag (vgl. BVerfGE 158, 389 (419)) nachkommen kann.

Zugleich wird durch die Änderungen des Medienstaatsvertrages die Rolle der Gremien in Programmangelegenheiten und in Fragen der Hauswirtschaft betont und gestärkt. Dies entspricht dem ständigen Auftrag an den Gesetzgeber, die Rundfunkordnung, einschließlich der Struktur der Rundfunkanstalten auszugestalten und dabei am Ziel der Vielfaltssicherung auszurichten (vgl. BVerfGE 57, 295 (320, 325); 73, 118 (152 f.); 121, 30 (51)).

Artikel 2 des Entwurfs regelt Kündigung, Inkrafttreten und Neubekanntmachung.

### B. Zu den einzelnen Artikeln

#### I. Zu Artikel 1

##### Zu Nummer 1

Nummer 1 enthält die aufgrund der nachfolgenden Änderungen notwendig werdenden Anpassungen des Inhaltsverzeichnisses.

##### Zu Nummer 2

Die in der Präambel vorangestellten, grundlegenden Ziele und Motive des Staatsvertragsgebers werden mit Blick auf das Thema Nachhaltigkeit ergänzt und die Achtung ihrer Grundsätze als Zielvorgabe für bei-

de Seiten des dualen Systems aufgenommen. Dem liegt die Wertung des Bundesverfassungsgerichtes zugrunde, mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen und sie der Nachwelt in solchem Zustand zu hinterlassen, dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltsamkeit weiter bewahren könnten (vgl. BVerfGE 157, 30 (136)).

Zu Nummer 3

In § 26 wird der Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks näher spezifiziert und ausdifferenziert. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist es Aufgabe des Gesetzgebers, diesen Auftrag auszugestalten und die entsprechenden medienpolitischen und programmleitenden Entscheidungen zu treffen (vgl. BVerfGE 158, 389 (421)).

Unter Beibehaltung der bisherigen Sätze 1 und 2 wird in den Sätzen 3 und 4 die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Angebots als Plattform des gesamtgesellschaftlichen Diskurses betont. In der Unterschiedlichkeit der Angebote gilt es dabei, auch solche Aspekte aufzugreifen, die über die Standardformate für das Massenpublikum hinausgehen, und die gesamte Bandbreite unterschiedlicher Perspektiven und Lebenswirklichkeiten im journalistischen Blick zu behalten. Damit verbunden ist gleichzeitig das Ziel, mit einem Gesamtangebot für alle sämtliche Milieus der Zivilgesellschaft zu erreichen und für all diese Gruppierungen einen integrativen, von öffentlich-rechtlichen Qualitätsmaßstäben geprägten Kommunikations- und Debattenraum zu schaffen.

Satz 5 stellt für die Verwirklichung dieses Funktionsauftrages auf die Möglichkeiten ab, die den Rundfunkanstalten aus ihrer Finanzierung durch Beiträge erwachsen. Diese Art der Finanzierung begründet die gesetzgeberische und gleichzeitig verfassungsgerichtliche Erwartung, ein Angebot hervorzubringen, das aufgrund der Beitragsfinanzierung einer anderen Entscheidungsrationaltät als der ökonomischer Anreize folgt und damit eigene Möglichkeiten der Programmgestaltung eröffnet (vgl. BVerfGE 149, 222 (260)) und sich nicht allein durch Quotenorientierung, sondern durch Qualität, Innovation, Differenzierung, eigene Impulse und vielfältige Perspektiven auszeichnet.

Satz 6 verstärkt und vertieft durch die Vorgabe, allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen, die integrative Aufgabenstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hierdurch wird an die bereits in § 30 Abs. 3 Satz 1 genannte Funktion des öffentlich-rechtlichen Angebots als Orientierungshilfe angeknüpft, die auch die Aufgabe der Vermittlung technischer und inhaltlicher Medienkompetenz umfasst.

Der neue Satz 7 unterstreicht die demokratierelevante Funktion eines breit in der Gesellschaft verankerten öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mit dieser Betonung wird auch auf die grundlegende Veränderung der Medienlandschaft reagiert. Nicht zuletzt um einem Generationenabriss bei der Nutzung öffentlich-rechtlicher Angebote entgegenzuwirken, wird staatsvertraglich ausdrücklich festgeschrieben, alle Altersgruppen, insbesondere aber Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als Rezipientinnen und Rezipienten eines qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Angebots gezielt anzusprechen. Eine vergleichbar hohe Aufmerksamkeit gilt den besonderen Anliegen von Familien. Schließlich wird innerhalb der Auftragsbeschreibung der mit dem Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag verankerte Barrierefreiheitsgedanke perpetuiert.

In den neuen Sätzen 8 und 9 wird der Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiter spezifiziert und geschärft. In Satz 9 wird dabei, soweit mit öffentlich-rechtlichen Angeboten das Ziel der Unterhaltung verfolgt wird, die Bindung an das von den Rundfunkanstalten im Rahmen ihrer Programmautonomie auszugestaltende öffentlich-rechtliche Profil besonders hervorgehoben und mit der Auftragserfüllung verknüpft. Dies schließt Inhalte mit allein unterhaltender Zielsetzung nicht aus, begründet aber eine Verpflichtung für die Rundfunkanstalten, dass zur Erfüllung ihres Auftrages ihr öffentlich-rechtliches Profil auch bei solchen Angeboten und Formaten zum Ausdruck kommt.

Satz 10 legt fest, dass die in den Sätzen 8 und 9 beschriebene Breite des Auftrags auf der ersten Auswahlstufe der Mediatheken und über alle Tageszeiten hinweg in den nach dem Medienstaatsvertrag beauftragten Vollprogrammen wahrnehmbar sein soll. Andere als diese Vollprogramme sind von der Regelung nicht betroffen. Durch die Regelung wird der steigenden Bedeutung der Auffindbarkeit einzelner Inhalte Rechnung getragen. Der Hinweis auf den Auftrag im Sinne der Sätze 8 und 9 stellt dabei klar, dass sich Satz 10 auf die gesamte Breite des Auftrages in funktionaler Hinsicht bezieht. Diese funktionelle Breite bedeutet nicht zwingend eine umfassende inhaltliche Breite. Angebote zu Sparten Themen oder für spezifische Zielgruppen (z.B. Sport, Inhalte für Kinder oder Wirtschaftsnachrichten) bleiben daher weiterhin möglich.

Auch im Falle möglicher Flexibilisierungen des Angebotsportfolios im Sinne der §§ 28 und 32a gelten diese Auftragsvorgaben und inhaltlichen Ziele gemäß den Sätzen 1 bis 10 unbeschränkt fort.

Absatz 2 definiert allgemeine Grundsätze, denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk verpflichtet ist und die qualitativ das Profil der öffentlich-rechtlichen Angebote prägen sollen. Für die öffentlich-rechtlichen Angebote werden danach über die für Telemedien allgemein in §§ 17 und 19 sowie für private Rundfunkveranstalter in § 51 verankerten Grundsätze hinausgehende besondere Anforderungen gestellt.

In Satz 1 wird neben der Bindung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an die verfassungsmäßige Ordnung die Pflicht statuiert, in besonderem Maße die Einhaltung journalistischer Standards sicherzustellen. Dabei hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht notwendig strengere als die allgemein anerkannten journalistischen Grundsätze anzulegen; in jedem Fall ist er jedoch verpflichtet, der Einhaltung dieser allgemein anerkannten journalistischen Grundsätze in besonderer Weise Rechnung zu tragen und durch geeignete Maßnahmen die Verwirklichung dieser Grundsätze zu gewährleisten. Der Auftrag kritischer Berichterstattung, einschließlich der Möglichkeit zur Verdachtsberichterstattung bleibt hiervon unberührt. Hervorgehoben werden bei den zu erfüllenden journalistischen Standards die Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung sowie die Achtung von Persönlichkeitsrechten. Dies korrespondiert mit der besonderen Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen, die Fakten und Meinungen auseinanderhalten, die Wirklichkeit nicht verzerrt darzustellen und das Sensationelle nicht in den Vordergrund zu rücken. Die Bedeutung dieser Grundsätze ist im Lichte der Entwicklung der Kommunikationstechnologie und insbesondere der Informationsverbreitung über das Internet weiter gestiegen (vgl. BVerfGE 149, 222 (261 f.)).

Darüber hinaus werden in Satz 2 die bereits bisher in § 26 Abs. 2 enthaltenen Grundsätze fortgeschrieben. Die Rundfunkanstalten haben da-

nach die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit zu achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darzustellen. Auch hiermit wird auf die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Anforderungen Bezug genommen, die im Besonderen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk binden. Er ist zu einem Angebot verpflichtet, das einer gegenständlichen und meinungsmäßigen Vielfalt entspricht (vgl. BVerfGE 90, 60 (90); 119, 181 (219); 136, 9 (29 f.)). Die Bindung der Rundfunkanstalten an die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit steht dabei Formaten nicht entgegen, die bewusst und erkennbar subjektiv sind, beispielsweise Meinungen, Kommentare oder Kabarett und Satire. Solche Formate sind Teil der abzubildenden Meinungsvielfalt. Insbesondere Information und Berichterstattung haben jedoch objektiv und unparteilich zu sein.

Die in Absatz 2 niedergelegten Grundsätze und deren Einhaltung können im Rahmen der von den Gremien zu entwickelnden Richtlinien zur Festsetzung insbesondere inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards nach § 31 Abs. 4 konkretisiert werden.

In Absatz 3 wird klargestellt, dass die Absätze 1 und 2 sowie § 30 Abs. 3 und 4 allein der im öffentlichen Interesse liegenden Bestimmung des öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrages dienen und daher keinen Drittschutz begründen. Ziel dieser Regelungen war und ist nicht die Abgrenzung des Tätigkeitsraumes der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu privaten Anbietern. Auch die gegenüber § 26 in seiner bisherigen Fassung vorgenommenen Präzisierungen des Auftrages sind nicht in diesem Sinne zu verstehen. Durch diese Präzisierungen wird vielmehr sichergestellt, dass die verfassungsgerichtlich geforderte Bestimmung des Auftrages auch angesichts der im Rahmen der Programmbeauftragung (vgl. §§ 28, 32a) ermöglichten Flexibilität weiterhin hinreichend konkret durch den Gesetzgeber erfolgt. Mit der Klarstellung in Absatz 3 ist zudem nicht die Aussage verbunden, dass im Umkehrschluss anderen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betreffende Bestimmungen des Medienstaatsvertrages ein drittschützender Charakter zukommt. Das Recht zur Programmbeschwerde bleibt von Absatz 3 unberührt.

Zu Nummer 4

In § 28 wird die Beauftragung der öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme im Lichte der verfassungsrechtlichen Vorgaben zukunftsgerecht an die Lebenswirklichkeit veränderter Mediennutzung in einer konvergenten Medienwelt angepasst und flexibler ausgestaltet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht auf den gegenwärtigen statischen Entwicklungsstand in programmlicher, finanzieller und technischer Hinsicht beschränkt (vgl. BVerfGE 74, 297 (350); 158, 389 (419)). Mit der Neuregelung wird daher sichergestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch künftig unter den Bedingungen der modernen Massenkommunikation auch und gerade in diesem von Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen geprägten Umfeld seinem verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag (vgl. BVerfGE 158, 389 (419)) nachkommen kann. Hierbei finden auch die positiven Erfahrungen mit einer flexibleren Form staatsvertraglicher Angebotsbeauftragung im Rahmen des gemeinsamen Jugendangebotes "funk" (vgl. § 33) Berücksichtigung. Den Erfordernissen, das öffentlich-rechtliche Angebot fortzuentwickeln, kann das bisherige statische Verfahren der Einzelbeauftragung konkreter Programme nicht in gleicher Weise Rechnung tragen. Von dieser Flexibilisierung betroffen ist indes allein der Weg der Auftragserfüllung, insbesondere durch die erweiterte Möglichkeit des Einsatzes alternativer Verbreitungsformen und internet-spezifischer Gestaltungsmittel, nicht aber der konkrete, in § 26 definierte Funktionsauftrag als solcher.

Zusammen mit den in § 32a neu eingeführten Verfahrensregeln genügt diese Form der Beauftragung auch den europarechtlichen Erfordernissen, wonach eine konkrete Beauftragung der jeweiligen Programme auf staatsvertraglicher Grundlage oder durch ein vergleichbar abgesichertes Verfahren erforderlich ist (vgl. Europäische Kommission K(2007) 1761 endg. vom 24. April 2007; entspr. auch Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 27. Oktober 2009 (2009/C 257/01), insb. Ziffer 47).

Die in den Absätzen 1 bis 4 aufgeführten Vollprogramme beziehungsweise nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts von den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten veranstalteten Dritten Fernsehprogramme bleiben weiterhin konkret und dauerhaft linear beauftragt. Den bundesweiten Vollprogrammen "Erstes Deutsches Fernsehen (Das Erste)" (Absatz 1) und "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)" (Absatz 3) kommt als lineare Angebote weiterhin eine erhebliche gesamtgesellschaftliche und bundesweite Integrationsfunktion im Sinne des Auftrags gemäß § 26 Abs. 1 zu. Ähnliches gilt in Bezug auf regionale Belange, Vielfalt und Identität für die von den Landesrundfunkanstalten nach Maßgabe des Landesrechts veranstalteten Dritten Fernsehprogramme einschließlich regionaler Auseinandersetzungen (Absatz 2). Gemäß Absatz 4 bleiben auch die mit europäischen Partnern veranstalteten Gemeinschaftsprogramme der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und des ZDF "3sat" und "arte – Der Europäische Kulturkanal" aufgrund ihrer europäischen Integrationskraft sowie der jeweils staatsübergreifenden vertraglichen ("3sat") beziehungsweise völkervertraglichen ("arte") Grundlagen weiter als lineare Fernsehprogramme beauftragt.

Die in Absatz 5 genannten weiteren "Spartenprogramme" ("tageschau24", "EinsFestival", "ARD-alpha", "ZDFinfo", "ZDFneo", "PHOENIX – Der Ereignis- und Dokumentationskanal" und "KI.KA – der Kinderkanal"), welche bislang ausdrücklich als lineare Programme beauftragt waren, können durch die Rundfunkanstalten in eigener Verantwortung nach Maßgabe der §§ 32 und 32a eingestellt, überführt, ausgetauscht oder wiederhergestellt werden. Satz 1 stellt klar, dass diese flexibel beauftragten Programme bis zu einer entsprechenden Weiterentwicklung durch die Rundfunkanstalten weiterhin linear beauftragt sind (1. Halbsatz) und dass deren gesetzliche Beauftragung auf die nach § 32a überführten, ausgetauschten, wiederhergestellten oder die nach § 32 veränderten Angebote übergeht (2. Halbsatz). Der inhaltlich bestimmte, gesetzliche Auftrag bleibt somit unberührt, die Rundfunkanstalten sind mithin zur inhaltlichen Erbringung entsprechender Angebote unverändert verpflichtet. Lediglich die zur Auftragserfüllung zur Verfügung stehenden – alternativen – Ausspielwege und (internet-spezifischen) Gestaltungsmittel/Ausdrucksformen werden sach- und adressaten-/zielgruppengerecht erweitert. Satz 2 legt zudem – nicht zuletzt aufgrund des europarechtlichen Erfordernisses der konkreten und transparenten Beauftragung und des Gebots der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Sinne des § 36 Abs. 1 – fest, dass durch die eingeräumten Möglichkeiten der Flexibilisierung kein quantitativer Angebotszuwachs gegenüber den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dritten Medienänderungsstaatsvertrages jeweils bestehenden linearen Fernsehprogrammen erfolgen darf.

Zu Nummer 5

In § 30 Abs. 1 wird der Rahmen für öffentlich-rechtliche Telemedienangebote um eine gemeinsame Plattformstrategie ergänzt. Die Selbststän-

digkeit der einzelnen Rundfunkanstalten bleibt hierdurch unangetastet, durch eine gemeinsame Plattformstrategie sollen jedoch publizistische, technische und wirtschaftliche Synergieeffekte ermöglicht werden. § 32 Abs. 1 Satz 2 und § 32a Abs. 2 Satz 3 verpflichten die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio, in Telemedienkonzepten darzulegen, wie Angebote in die gemeinsame Plattformstrategie eingebunden werden.

In Absatz 2 Satz 1 werden entsprechend der durch die §§ 28 und 32a eingeführten Möglichkeit, bisher linear beauftragte Angebote auf Abruf auszugestalten und damit teilweise oder vollständig in Telemedienangebote zu überführen, die inhaltlichen Maßgaben zur Angebotsgestaltung im Fernseh- und Online-Bereich angeglichen. Die Anpassungen betreffen angekaufte Werke mit fiktionalen Inhalten, mithin Spielfilme und Folgen von Fernsehserien, die bisher den Begrenzungen in Nummer 2 sowie in Absatz 5 Satz 1 Nr. 2 unterworfen sind. Soweit die Anpassungen die Verweildauern betreffen, berühren sie nicht Eigen-, Co- und Auftragsproduktionen der Rundfunkanstalten. Diese unterliegen weiterhin keinen spezifischen gesetzlichen Verweildauervorgaben. Gleichwohl haben die Rundfunkanstalten auch hier bei der Festlegung von Verweildauern (§ 32 Abs. 1 Satz 2 und § 32a Abs. 2 Satz 3) neben dem Ziel der Auftragserfüllung die allgemeinen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu achten und die Refinanzierungsinteressen der an der Finanzierung der Werke Beteiligten zu berücksichtigen, um deren wirtschaftliche Verwertung der Produktionen nicht unangemessen zu behindern. Die auch nach den fortgeschriebenen Nummern 2 und 3 weiterhin bestehenden Begrenzungen für angekaufte fiktionale Werke – auch in ihrer Abstufung zwischen europäischen und nichteuropäischen Werken – sind Ausdruck der Erwartung, dass insbesondere eigeninitiierte Beiträge, mithin Eigen-, Co- und Auftragsproduktionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im besonderen Maße geeignet sind zur eigenen Profilbildung beizutragen. Durch sie können gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Perspektiven, Themen und Werte in Deutschland in ihrer Vielfalt aufgegriffen und vermittelt werden. Mit den Anpassungen wird zugleich anerkannt, dass Ankaufproduktionen – insbesondere aus dem nationalen und europäischen Raum – im Lichte der gemeinsamen Werte- und Kulturgemeinschaft ihren eigenen Vielfaltsbeitrag leisten können. Die Möglichkeit, auch nichteuropäische Werke im Online-Angebot auf Abruf vorzuhalten, adressiert die mit den §§ 28 und 32a eröffneten Möglichkeiten der Angebotsgestaltung mit Blick auf die bislang bereits im linearen Bereich bestehenden Möglichkeiten. Die Einbeziehung qualitativ hochwertiger Ankaufproduktionen auch aus dem außereuropäischen Ausland in das Online-Angebot kann ergänzend zu einer möglichst breiten Vielfalt im Sinne einer internationalen Perspektive und Stärkung der Selbstreflexion beitragen. Gleichwohl stehen nicht-europäische Werke weiterhin nicht im Fokus der Angebotsgestaltung. Der Begriff des europäischen Werkes nimmt wie bisher auf die Begriffsbestimmung der AVMD-Richtlinie Bezug.

Nummer 2, die wie bisher die sendungsbezogene Präsentation angekaufter Werke regelt, räumt einen Zeitraum von bis zu 30 Tagen im Zusammenhang mit der jeweiligen Ausstrahlung ein. Neben dem bereits bisher möglichen "Catch-up" nach Ausstrahlung wird damit nun auch ein "Online first" ermöglicht. Die Frist von 30 Tagen bestimmt eine Obergrenze; sie berücksichtigt Rechte, die für eine ergänzende Online-Verwertung (insbesondere für das "Catch-up") bereits vorliegen, muss jedoch vonseiten der Rundfunkanstalten nicht ausgeschöpft werden. Im Sinne der Profilschärfung ist die Präsentation nichteuropäischer Werke im

Online-Angebot dabei auf solche begrenzt, die der "Bildung" oder "Kultur" nach den Definitionen des § 2 Abs. 2 Nr. 26 und Nr. 27 zuzurechnen sind. Die Zulässigkeit der Einbindung nichteuropäischer Werke im Online-Angebot wird zusätzlich daran geknüpft, dass sie in besonderem Maße dem öffentlich-rechtlichen Profil im Sinne des § 26 entsprechen oder zu diesem beitragen. In den Telemedienkonzepten sind hierzu allgemeine Grundsätze aufzustellen und regelmäßig zu überprüfen (vgl. § 32 Abs. 1 Satz 3 und § 32a Abs. 2 Satz 3). Diese allgemeinen Grundsätze bilden bei der konkreten Angebotsgestaltung den im Einzelfall zu prüfenden Rahmen.

Mit der neu eingefügten Nummer 3 dürfen angekaufte Werke, ohne dass es eines Sendungsbezugs im Sinne der Nummer 2 bedarf, als eigenständige audiovisuelle Inhalte für bis zu 30 Tage auf Abruf angeboten werden. Die Obergrenze von 30 Tagen stellt dabei, wie auch bei der bisher allein sendungsbezogenen Regelung, keine Grenze dar, die ausgeschöpft werden muss; auch ist sie nicht auf einen zusammenhängenden Zeitraum im jeweiligen Lizenzierungsrahmen begrenzt. Im zweiten Halbsatz wird darüber hinaus festgeschrieben, dass die nicht sendungsbezogene Zurverfügungstellung im Einzelfall auch über 30 Tage hinausgehen darf. Mit dieser – an enge Voraussetzungen geknüpften – Öffnung wird berücksichtigt, dass es einen konkreten Bedarf im Sinne der Auftragserfüllung geben kann, ein bestimmtes Werk länger oder erneut im Telemedienangebot einzustellen. Im linearen Bereich ist bereits heute eine wiederholte Ausstrahlung im Rahmen der redaktionellen Gestaltung möglich. Die Öffnung ist daran geknüpft, dass eine verlängerte oder erneute Einstellung aus redaktionellen Gründen oder Gründen der Angebotsgestaltung geboten ist und die weitergehende Bereitstellung im besonderen Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beiträgt. Redaktionelle Gründe können beispielsweise aktuelle politische oder gesellschaftliche Ereignisse sein, die die verlängerte oder erneute Präsentation eines Werkes als geboten erscheinen lassen, während Gründe der Angebotsgestaltung beispielsweise in der sukzessiven Veröffentlichung zusammenhängender Werke, mithin Serien, liegen können. Die beiden Fallkategorien haben die Rundfunkanstalten in ihren Telemedienkonzepten näher auszugestalten (vgl. § 32 Abs. 1 Satz 3 und § 32a Abs. 2 Satz 3). Bei der konkreten Angebotsgestaltung muss im Einzelfall geprüft werden, ob eine der konkretisierten Fallkategorien vorliegt, die Verlängerung oder erneute Präsentation geboten ist und sie darüber hinaus in besonderem Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beiträgt. Mit dem Verweis auf das öffentlich-rechtliche Profil wird auf die Auftragsbestimmung des § 26 Bezug genommen, welche durch Richtlinien nach § 31 Abs. 4 durch die jeweils zuständigen Gremien konkretisiert werden kann.

In Absatz 3 wird redaktionell klargestellt, dass auch die Gestaltung der öffentlich-rechtlichen Telemedienangebote im Rahmen und nach Maßgabe der Vorgaben zum Funktionsauftrag nach § 26 Abs. 1 erfolgt.

Die Ergänzung in Absatz 4 Satz 2 zu Empfehlungssystemen trägt der Wirkung öffentlich-rechtlicher Medien als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung auch im Online-Bereich Rechnung. Aufgrund der zunehmenden Nutzung öffentlich-rechtlicher Telemedien steigt die Bedeutung der hierbei verwendeten Empfehlungsalgorithmen. Der Abbildung inhaltlicher Vielfalt kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Im Gegensatz zu Empfehlungssystemen, die dazu tendieren, dem Einzelnen zunehmend gleichartige Inhalte ("more of the same") vorzuschlagen, stellt Satz 2 klar, dass der Fokus von Empfehlungssystemen öffentlich-recht-

licher Anstalten in der Möglichkeit liegen soll, den Nutzerinnen und Nutzern algorithmisch unterstützt auch neue Themen und Perspektiven zu eröffnen, um so die Basis des für eine funktionierende Demokratie wichtigen gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozesses und Diskurses zu verbreitern.

Die Verschiebung des bisherigen Satzes 2 in Satz 5 ist rein redaktionell. Eine Änderung der Rechtslage folgt hieraus nicht.

Absatz 5 Satz 1 Nr. 2 wird infolge der Änderungen in § 30 Abs. 2 Satz 1 redaktionell angepasst.

Zu Nummer 6

In § 31 werden Regelungen zur Erhöhung der Transparenz und Stärkung der Gremien ergänzt.

Nach dem neu angefügten Absatz 2 Satz 2 ist der von den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, dem ZDF und dem Deutschlandradio regelmäßig zu veröffentlichende Bericht über die Erfüllung ihres jeweiligen Auftrages, über die Qualität und Quantität der bestehenden Angebote sowie die Schwerpunkte der jeweils geplanten Angebote den Landtagen zur Kenntnis zu geben. Damit wird die Transparenz erhöht und eine stärkere Auseinandersetzung mit der Erfüllung des Auftrages in den demokratisch legitimierten Landesparlamenten ermöglicht.

Die neu eingefügten Absätze 3 bis 6 stärken die Gremien und dienen der Vielfaltssicherung. Die Rundfunkordnung einschließlich der Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist durch den Gesetzgeber auszugestalten und dabei am Ziel der Vielfaltssicherung auszurichten (vgl. BVerfGE 57, 295 (320, 325); 73, 118 (152 f.); 121, 30 (51)). Hierbei hat der Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum. In Wahrnehmung dieser Verantwortung wird die Intendantin oder der Intendant einer Rundfunkanstalt in eine umfassende Aufsicht im Programmbereich durch plural besetzte Gremien und bei der Finanzaufsicht durch Verwaltungsräte eingebunden. Diese Aufsicht erfordert einen wirksamen Einfluss auf die Wahrnehmung des Rundfunkauftrages im Sinne des § 26, wobei Vielfalt, Qualität und gesamtgesellschaftliche Reichweite der öffentlich-rechtlichen Angebote eine besondere Bedeutung zukommt. Bei ihrer gesamten Tätigkeit steht es den Gremien frei, externe Sachverständige in die Beratungen einzubeziehen und Gutachten zu Sachfragen zu beauftragen.

Mit dem neuen Absatz 3 wird hervorgehoben, dass die Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten über die Erfüllung des Auftrages und über eine wirtschaftliche und sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung wachen. Absatz 3 beschreibt damit grundsätzliche Aufgaben der Gremien im Rahmen ihrer Aufsicht.

Der neue Absatz 4 betont und stärkt zugleich die Rolle der Gremien in Programmangelegenheiten. Die Regelung schafft zudem mehr Transparenz. Aufgabe der Gremien ist in Anlehnung an bereits bestehende staatsvertragliche Regelungen (§ 20 des ZDF-Staatsvertrages, § 20 des Deutschlandradio-Staatsvertrages) für die Angebote ihrer jeweiligen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Richtlinien aufzustellen und die jeweilige Intendantin oder den jeweiligen Intendanten in Programmfragen zu beraten. Die Richtlinien beinhalten dabei auch ein System zur Sicherung der Qualität, indem die Gremien inhaltliche und formale Qualitätsstandards (z.B. in Bezug auf Relevanz, thematische Vielfalt, Intensität



der regionalen Berichterstattung, Professionalität, inhaltliche Einordnung, redaktionelle Eigenleistungen) sowie standardisierte Prozesse zu deren Überprüfung (z.B. Programmstrukturanalysen, Soll-Ist-Vergleiche) festlegen. Dabei liegt es in der Gestaltungsfreiheit der Gremien, sachgerechte Maßstäbe und Prozesse zu bestimmen und regelmäßig den Aktualisierungsbedarf zu überprüfen. Welche Gremien innerhalb der Anstalten zuständig sind, bestimmt sich nach den Regelungen der Gesetze und Staatsverträge zu den einzelnen Rundfunkanstalten. Satz 2 verpflichtet durch seinen Verweis auf § 31 Abs. 2 die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio, die Richtlinien in den Berichten über die Erfüllung ihres jeweiligen Auftrages zu veröffentlichen. Damit wird die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und den Landesparlamenten erhöht.

Der neue Absatz 5 greift den allgemein geltenden Grundsatz einer an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auszurichtenden Haushaltswirtschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf und stärkt zugleich die Gremienaufsicht. Zur besseren Überprüfbarkeit und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter Einbeziehung ihrer zuständigen Gremien anstaltsübergreifend harmonisierte einheitliche und vergleichbare Maßstäbe zu entwickeln, die geeignet sind, die Bewertung der Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie eine vergleichende Kontrolle der Ressourceneffizienz zu ermöglichen. Hierzu können unter anderem Kennzahlen insbesondere zu programmlichen Leistungen wie beispielsweise Ressourceneinsatz und Kostenstrukturen für Programmformate, Kosten pro Sendeminute oder Nutzerzahl, Livestreaming, die Entwicklung von Beschäftigtenstrukturen, Aufwand und Kapazitäten bei festangestellten und freien Mitarbeitenden zählen, aber auch informative Übersichten und Zeitreihenvergleiche, die eine vergleichende Betrachtung und Kontrolle ermöglichen. Eine wirksame Kontrolle durch die Gremien setzt voraus, dass sie in der Lage sind, vor finanzwirksamen Entscheidungen die jeweiligen Vor- und Nachteile ihrer Entscheidung zu beurteilen und auf der Grundlage von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, harmonisierten Benchmarks und anstaltsübergreifenden Vergleichen mögliche Synergie- und Wirtschaftlichkeitspotentiale einzuschätzen. Die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) gibt bereits jetzt in ihren Berichten regelmäßig Hinweise auf mögliche Maßstäbe. Empfehlungen der KEF sind bei den im Zusammenwirken von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und Gremien festzulegenden Maßstäben zu berücksichtigen.

Nach dem neuen Absatz 6 sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gehalten, in einen regelmäßigen, gesamtgesellschaftlichen Dialog mit der Bevölkerung zu treten. Absatz 6 enthält beispielhaft angebotsbezogene Fragestellungen, ist aber durch seinen nicht abschließenden Charakter nicht darauf begrenzt. Der gegenseitige Austausch ermöglicht einerseits den Intendantinnen und Intendanten sowie den Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dem Grundsatz der Vielfaltssicherung folgend Angebot und Aufgabenerfüllung zu reflektieren. Andererseits wird eine höhere Transparenz für die Öffentlichkeit und ein unmittelbarer Austausch zwischen den öffentlich-rechtlichen Anstalten und den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern auf breiter gesellschaftlicher Basis geschaffen.

Zu Nummer 7

Nach § 32 Abs. 1 sind die Rundfunkanstalten verpflichtet, die inhaltliche Ausrichtung ihrer Telemedienangebote zu konkretisieren. Hierzu gehört

unter anderem die Bestimmung angebotsabhängiger differenzierter Be-  
fristungen für die Verweildauern.

Ergänzt wird diese Maßgabe nunmehr in Satz 3 um die Anforderung, mögliche redaktionelle Gründe oder Gründe der Angebotsgestaltung, die jeweils zu einer weitergehenden Abrufmöglichkeit nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 führen können, näher zu konkretisieren und regelmäßig zu überprüfen. Die erstellten und mit dem Telemedienkonzept transparent gemachten Konkretisierungen dienen als Maßstab für die jeweils im Einzelfall erforderliche Prüfung, ob das erneute oder verlängerte Einstellen eines Werkes im Online-Angebot gerechtfertigt und damit nach § 30 Abs. 5 zulässig ist.

Nach Maßgabe des neu eingefügten Satz 4 sollen in den Telemedienkonzepten zudem allgemeine Kriterien dafür aufgestellt werden, wann beziehungsweise in welchem Rahmen nichteuropäische Werke, die nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 oder 3 auf Abruf bereitgestellt werden sollen, als geeignet erachtet werden, in besonderem Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beizutragen. Auch dies ist Grundlage für die Prüfung im Einzelfall, ob ein spezifisches Werk diesen selbst gesetzten und transparent gemachten Kriterien entspricht.

Der Hinweis in Satz 7 auf die gemeinschaftliche Ausübung bei Gemeinschaftsangeboten ist deklaratorisch und folgt bereits aus § 28 Abs. 5 in Verbindung mit § 28 Abs. 4 a.F. Wie die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF die gemeinschaftliche Verantwortung im Einzelnen wahrnehmen und ausfüllen, obliegt ihrer Organisationsentscheidung und Programmhoheit. Denkbar ist hier insbesondere das bereits im linearen Bereich praktizierte Prinzip der Federführung.

Der neu angefügte Absatz 8 eröffnet auf staatsvertraglicher Basis die Möglichkeit, unterhalb der Schwelle eines Drei-Stufen-Tests denkbare neuartige Formate zu erproben. Insoweit wird die bereits heute beispielsweise in der Richtlinie der ARD zu "ARD-Genehmungsverfahren für neue oder wesentlich veränderte Gemeinschaftsangebote von Telemedien" vorgesehene Möglichkeit eines Testbetriebes staatsvertraglich verankert und somit klar definierten Maßgaben unterworfen. Satz 1 definiert die Kriterien, die erforderlich sind, um diesen Testbetrieb zu ermöglichen. Der Probetrieb muss nötig sein, um Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des Online-Angebots zu gewinnen (Nummer 1), eine strategische Einordnung durch Aufschlüsse über den voraussichtlichen Bedarf zu ermöglichen (Nummer 2) oder um technische oder journalistische Parameter zu analysieren (Nummer 3). Ziel hierbei ist es, die erforderlichen Informationen zu erhalten, um neue Angebote publizistisch und technisch sinnvoll auszugestalten und entsprechende Investitionen in neue Angebote zu rechtfertigen. Zugleich können die Ergebnisse des Probetriebs die Entscheidung der Gremien, die gutachterliche Bewertung (§ 32 Abs. 5 Satz 4), die Nachprüfung durch die KEF (§ 32 Abs. 2) und die Beurteilung Dritter (§ 32 Abs. 5 Satz 1) erleichtern. Nach Satz 2 ist ein solcher Probetrieb nur dann zulässig, wenn dieser zeitlich auf ein halbes Jahr oder durch eine einmalige Verlängerung um zusätzliche sechs Monate bei gleichzeitigem Beginn eines Drei-Stufen-Test-Verfahrens auf maximal ein Jahr befristet ist. Durch diese klaren zeitlichen Rahmenbedingungen wird ein unterbrechungsfreier Übergang in einen allgemeinen Regelbetrieb ermöglicht. Dabei ist es auch während der ersten sechs Monate möglich, dass das Verfahren nach § 32 Abs. 4 bis 7 eingeleitet wird. Aufgrund der Vorgaben der Sätze 1 und 2 und der durch Satz 3 vorgeschriebenen vorherigen Anzeigepflicht bei Aufnahme

des Probetriebs bei der zuständigen Rechtsaufsicht sind klare Einordnungs- und Abgrenzungsparameter mit Blick auch auf europäische Vorgaben staatsvertraglich verankert.

Der neue Absatz 9 bestimmt, dass der Probetrieb auf einen definierten Kreis an Nutzenden zu begrenzen ist. Dies dient der Abgrenzung zum Regelbetrieb und trägt dem Umstand Rechnung, dass die Entscheidung über neue Angebote den Gremien obliegt. Demgegenüber dient der Probetrieb einem eng umgrenzten Austesten beispielsweise publizistischer Akzeptanz oder technischer Fragen.

Zu Nummer 8

Mit dem neu eingefügten § 32a wird der Rechtsrahmen zur Überführung, zur Einstellung und zum Austausch der nach § 28 Abs. 5 flexibilisierten Fernsehprogramme geschaffen. Das Verfahren orientiert sich in weiten Teilen am Drei-Stufen-Test nach § 32, wird jedoch mit Blick auf die besondere Stellung der bereits beauftragten Fernsehprogramme modifiziert. Nach § 28 Abs. 5 gilt die staatsvertragliche Beauftragung der benannten Programme fort und geht auch auf die neu geschaffenen Angebote über. Die nach § 32 Abs. 4 für Telemedienangebote regelmäßig durchzuführende Prüfung, ob das neu geschaffene Angebot im Sinne des öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrages angezeigt ist, ist hier daher entbehrlich. Gleiches gilt für die in § 32 vorgesehene umfangreiche Prüfung der marktlichen Auswirkungen. Der Schwerpunkt der Prüfung nach § 32a liegt demgegenüber darin, zu gewährleisten, dass der Auftrag im Sinne des § 26 auch nach Wegfall des bisherigen Angebots beziehungsweise durch das neue Angebot erfüllt wird und nicht hinter dem bislang Beauftragten zurückbleibt.

Absatz 1 bestimmt vor diesem Hintergrund den Anwendungsbereich des insoweit vereinfachten Verfahrens nach den Absätzen 2 bis 4 für die Einstellung oder Überführung von Fernsehprogrammen im Sinne des § 28 Abs. 5. Dieser ist bei der Überführung in ein Internetangebot nur dann eröffnet, wenn es sich um Angebote gleichartigen Inhalts handelt. Von einer Gleichartigkeit in diesem Sinne ist dabei nicht erst dann auszugehen, wenn identische Inhalte lediglich auf anderem Weg verbreitet werden (z.B. auf Abruf), sondern vielmehr schon dann, wenn die thematisch-inhaltliche Ausrichtung des Angebots grundlegend beibehalten wird und dieselben Zielgruppen adressiert werden. Der Einsatz internetspezifischer Gestaltungsmittel (z.B. multimediale Darstellungen, Unterstützungen durch Suchvorschläge, Verlinkungen, Live-Aktualisierung, Animationen, Individualisierungen und Personalisierungen, zeitsouveräne Nutzung von Medieninhalten und andere Möglichkeiten der Video- und Audionutzung, Audiodeskription, Untertitelung oder interaktive Elemente und Kommentarfunktionen) ist der Gestaltung von Online-, insbesondere Telemedienangeboten immanent. Lediglich hieraus resultierende Unterschiede zur vormals rein linearen Offline-Verbreitung sind daher ebenfalls unschädlich. Satz 3 stellt klar, dass die allgemeinen Beschränkungen für öffentlich-rechtliche Telemedienangebote nach § 30 auch im Anwendungsbereich des § 32a gelten, sofern es sich bei dem neuen Angebot um ein Telemedienangebot handelt.

Absatz 2 spezifiziert die allgemeinen Anforderungen und Darlegungserfordernisse sowie das Verfahren zur Beteiligung Dritter. Es ist dabei insbesondere darzulegen, wie der in § 26 Abs. 1 formulierte Auftrag in seiner gesamten Breite und Qualität im Rahmen des neuen oder verbleibenden Angebots erfüllt wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber in § 28 Abs. 5 explizit zum Ausdruck bringt, dass er An-

gebote mit diesem inhaltlichen Zuschnitt für die Auftragserfüllung auch weiterhin für erforderlich hält. Besonders hohe Begründungsanforderungen müssen daher an ein ersatzloses Einstellen eines Fernsehprogramms gestellt werden. Der Hinweis in Satz 7 auf die gemeinschaftliche Ausübung bei Gemeinschaftsangeboten ist wie auch in § 32 Abs. 1 Satz 7 deklaratorisch und folgt bereits aus § 28 Abs. 5 in Verbindung mit § 28 Abs. 4 a.F. Wie die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF die gemeinschaftliche Verantwortung im Einzelnen wahrnehmen und ausfüllen, obliegt ihrer Organisationsentscheidung und Programmhoheit. Denkbar ist auch hier insbesondere das bereits im linearen Bereich praktizierte Prinzip der Federführung.

Absatz 3 entspricht im Inhalt und in den Zielen den Vorgaben des § 32 Abs. 2.

Nach Absatz 4 bedarf die Entscheidung über die Einstellung des Fernsehprogramms und über neue oder veränderte Angebotskonzepte der Zustimmung des zuständigen Gremiums der Rundfunkanstalt und ist zu begründen. Die Begründung hat sich insbesondere auch zu der Frage zu verhalten, ob und wie nach Überführung oder Einstellung weiterhin von einer Erfüllung des Funktionsauftrages ausgegangen wird und inwieweit die eingegangenen Stellungnahmen Dritter berücksichtigt wurden.

Absatz 5 entspricht im Inhalt und in den Zielen den Vorgaben des § 32 Abs. 7.

Absatz 6 Satz 1 stellt klar, dass neben der Einstellung und der Überführung in ein Internetangebot auch der Austausch eines der in § 28 Abs. 5 genannten Fernsehprogramme durch ein anderes, nicht über das Internet verbreitetes Fernsehprogramm möglich ist. Nach Satz 2 gelten insoweit grundsätzlich dieselben Anforderungen wie für eine Überführung in ein Internetangebot oder eine Einstellung. Bei einem solchen Austausch und dem damit verbundenen Wegfall des ursprünglichen Programms ist in der Regel besonders darzulegen, dass der Funktionsauftrag weiterhin umfassend erfüllt wird.

Absatz 7 regelt, welche Verfahren bei der Weiterentwicklung bereits eingestellter, überführter oder ausgetauschter Angebote Anwendung finden. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Möglichkeiten der Flexibilisierung nicht nur einmalig genutzt werden können, sondern auch weitere Veränderungen im Angebotsprofil der Rundfunkanstalten möglich bleiben. Nach den Sätzen 1 und 2 findet das Verfahren der Absätze 1 bis 6 entsprechende Anwendung, sofern es sich bei dem bestehenden oder neuen Angebot nicht um ein Telemedienangebot handelt. Eine solche Regelung war notwendig, da bislang außerhalb des Telemedienbereiches keine Verfahren zur dauerhaften eigenverantwortlichen Weiterentwicklung des Angebots der Rundfunkanstalten existierten und § 32a originär nur die spezifisch in § 28 Abs. 5 genannten Programme adressiert. Satz 3 stellt demgegenüber klar, dass weiterhin allein das Verfahren nach § 2 Anwendung findet, wenn es sich bei dem bestehenden und weiterzuentwickelnden Angebot um ein Telemedienangebot handelt und dieses auch als Telemedienangebot weitergeführt werden sollen. Hierdurch wird im Telemedienbereich klargestellt, dass die Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Telemedienangebote nach einheitlichen Regeln erfolgt – unabhängig davon, ob diesen ursprünglich ein Fernsehprogramm nach § 28 Abs. 5 zugrunde lag.

Absatz 8 Satz 1 bestimmt, dass für eine Anwendung des vereinfachten Verfahrens des § 32a der von der KEF festgestellte Finanzbedarf nicht

überschritten werden darf. Nach Satz 2 bleiben im Lichte der Entwicklungsgarantie auch bei Überschreitung dieses Rahmens eine Überführung oder ein Austausch – im Rahmen der weiterhin geltenden Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – zwar möglich, für die Prüfung gilt dann jedoch nicht mehr das vereinfachte Verfahren des § 32a, sondern es gelten die umfassenderen, insbesondere die marktlichen Auswirkungen stärker in den Blick nehmenden Maßstäbe des § 32 Abs. 4 bis 7 entsprechend, auch wenn es sich nicht um Telemedienangebote handelt.

Zu Nummer 9

Bei den Anpassungen in § 36 Abs. 2 handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Nummer 10

In § 37 Satz 3 erfolgt eine redaktionelle Anpassung zur einheitlichen Bezeichnung der gesetzgebenden Verfassungsorgane der einzelnen Länder (vgl. auch § 5a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages).

Zu Nummer 11

In der Anlage (zu § 30 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 des Medienstaatsvertrages) Negativliste öffentlich-rechtlicher Telemedien wird redaktionell klargestellt, dass auch bei Sendungen im Sinne der Negativliste der Sendungsbegriff des § 2 Abs. 2 Nr. 3 zugrunde zu legen ist. Mithin ist dieser sowohl linear als auch auf Abruf zu verstehen.

## II. Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die Bestimmungen zur Kündigung, über das Inkrafttreten und zur Neubekanntmachung des Staatsvertrages.

In Absatz 1 wird klargestellt, dass der in Artikel 1 geänderte Medienstaatsvertrag nach den dort geltenden Kündigungsbestimmungen gekündigt werden kann. Der Medienstaatsvertrag behält durch diesen Staatsvertrag weiterhin seine Selbständigkeit. Deshalb ist in Artikel 2 dieses Staatsvertrages eine gesonderte Kündigungsbestimmung nicht vorgesehen.

Absatz 2 Satz 1 bestimmt das Inkrafttreten der Änderungen nach Artikel 1 dieses Staatsvertrages zum 1. Juli 2023. Satz 2 ordnet an, dass dieser Staatsvertrag gegenstandslos wird, wenn bis zum 30. Juni 2023 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des oder der Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hinterlegt sind. Der Medienstaatsvertrag behält in diesem Fall in seiner bisherigen Fassung seine Gültigkeit.

Absatz 3 bestimmt, dass die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden den Ländern durch die Staatskanzlei der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mitgeteilt wird.

Absatz 4 gewährt den Staatsvertragsländern die Möglichkeit, den durch Artikel 1 geänderten Medienstaatsvertrag in der nunmehr gültigen Fassung bekannt zu machen. Eine Verpflichtung zur Neubekanntmachung besteht nicht.

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Thüringer Rechnungshof

TU Ilmenau

VAUNET Verband privater Medien

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

Institut für Medienrecht und Kommunikationsrecht der Universität zu Köln

Mitteldeutscher Rundfunk

ARD-Geschäftsführung, Südwestrundfunk (SWR)

Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband Thüringen

Thüringer Landesmedienanstalt (TLM)

Mitteldeutscher Film- und Fernsehproduzentenverband e.V.

Dipl. Inform. Hadmut Danisch

Verband der Zeitungsverlage und Digitalpublisher in Berlin und Ostdeutschland e.V.

Produzentenverband e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag		
Gesetzentwurf der Landesregierung		
- Drucksache 7/7148 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Finanzkontrolle	



4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof nimmt im Rahmen einer schriftlichen Anhörung vor dem Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtags zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag Stellung.  Gegen den Gesetzentwurf bestehen keine rechtlichen Bedenken.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Rudolstadt, 12. April 2023



Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des  
Ausschusses für Europa, Kultur und Medien  
des Thüringer Landtags  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

### **Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 7/7148 –

Rudolstadt,  
12. April 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Rechnungshof bedankt sich für die Übersendung des Gesetzentwurfs „Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag“ und die Möglichkeit zur Äußerung. Er nimmt zum Gesetzentwurf der Landesregierung sowie dem „Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge“ wie folgt Stellung:

Gegen den Gesetzentwurf bestehen keine Bedenken.

Der Rechnungshof begrüßt, dass mit den vorgesehenen Änderungen das Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland in der sich weiterentwickelnden Medienlandschaft erhalten bzw. geschärft werden soll.

Die Flexibilisierung der Beauftragung der Fernsehprogramme (insbesondere § 28 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) und deren Begrenzung auf die gegenwärtige Anzahl erscheint sachgerecht.

Der Rechnungshof sieht in dem neu eingefügten Absatz 5 des § 31 eine Chance, die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Rundfunkanstalten im Hinblick auf die Maßstäbe von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit transparenter und vergleichbarer zu gestalten. Alle Rundfunkanstalten sind aufgefordert, gemeinsam geeignete Kriterien zu deren Einhaltung zu formulieren, und zwar unter Einbeziehung ihrer Gremien und der Empfehlungen der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Die Rundfunkanstalten haben diese Aufgabe sofort in Angriff zu nehmen.

Thüringer  
Rechnungshof  
Burgstraße 1  
07407 Rudolstadt

[www.rechnungshof.thueringen.de](http://www.rechnungshof.thueringen.de)

In der Begründung zum Staatsvertrag muss es zu Nummer 8 (§ 32a Abs. 7 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) richtig heißen „[...] Satz 3 stellt demgegenüber klar, dass weiterhin allein das Verfahren nach § 32 Anwendung findet [...]“.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/7148											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">TU Ilmenau</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Ehrenbergstraße 29</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">98693 Ilmenau</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TU Ilmenau		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ehrenbergstraße 29	Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau
	Name	Organisationsform									
	TU Ilmenau										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ehrenbergstraße 29									
Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -		
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;">Verband Privater Medien</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Stromstraße 1</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">10555 Berlin</div>	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführerin / Justiziarin	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldok©)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 03.04.2023	

THUR. LANDTAG POST  
03.04.2023 16:31

9537/2023

VAUNET - Verband Privater Medien e.V. | Stromstraße 1 | D-10555 Berlin  
Thüringer Landtag  
Ausschuss für Kultur, Europa und Medien  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt



Berlin  
Stromstraße 1 | D-10555 Berlin  
T | +49 30 39880 - 0  
F | +49 30 39880 - 148

Brüssel  
Rue des Deux Eglises 26  
B-1000 Bruxelles  
T | +32 273876 - 19

info@vau.net | www.vau.net

Per E-Mail an: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

03. April 2023

**Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag  
Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der VAUNET - Verband Privater Medien e.V. bedankt sich für die Gelegenheit, zum Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge Stellung zu nehmen.

Darauf Bezug nehmend erlaubt sich der VAUNET auf seine Stellungnahme zum „Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ (3. Medienänderungsstaatsvertrag, Stand 19.11.2021) zu verweisen. Diese hängt als Anlage 1 diesem Schreiben an. Darüber hinaus dürfen wir Ihnen die Positionsbestimmung „Privatradio 2023: Neustart im dualen System“ unseres Fachbereichs Radio und Audiodienste zu Ihrer Kenntnis übermitteln (s. Anlage 2).

Nach Unterzeichnung des 3. MÄndStV hatte sich der VAUNET darüber hinaus presseöffentlich wie folgt geäußert:

VAUNET zum Medienstaatsvertrag: Wohlüberlegter Neustart im dualen System erforderlich – Neudefinition des Gesamtumfangs der Audioangebote und Grenzen für kommerzielle Aktivitäten der Anstaltstöchter (Anlage 3)

VAUNET: Ergebnisse der Klausur der Länder zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk können nur ein Auftakt sein (Anlage 4)

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zu unseren Positionen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

# POSITIONSPAPIER

## VAUNET-Stellungnahme zum „Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-**rechtlichen Rundfunks**“ (3. Medienänderungsstaatsvertrag, Stand 19.11.2021)

---

Datum 14. Januar 2022

2022\_01\_14\_VAUNET-Stellungnahme\_Diskussionentwurf\_ÖRR\_Auftrag\_2021\_11\_19\_f.docx

### A. Einleitung

Der VAUNET bedankt sich, zum Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (3. MÄndStV-E, Stand: November 2021) Stellung nehmen zu dürfen. Einleitend bittet der VAUNET darum, mit der Diskussionsgrundlage die Chance für eine breite Auftrags- und Strukturdebatte zu nutzen, nichts zu übereilen, um langfristig eine Balance in der dualen Medienordnung zu erzielen, und dabei auch den Anliegen des privaten Radios Rechnung zu tragen. Unter B. findet sich eine Gesamt-Übersicht der Forderungen des VAUNET auf einen Blick.

#### I. Diskussionsentwurf darf erst der Anfang der Debatte sein - Nur eine Balance in der dualen Medienordnung sichert Vielfalt

Der vorgelegte Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die derzeit 18 laufenden Drei-Stufen-Test-Verfahren bergen das Potential, die Statik der dualen Medienordnung, das Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Medien und damit die Meinungsvielfalt und -bildung in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verändern.

Die am 19. November 2021 eröffnete Konsultation (Onlinebeteiligung) darf somit erst der Auftakt einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung und nicht bereits das Ende des Diskussionsprozesses sein. Der VAUNET plädiert für ein Gespräch zwischen den Ländern bzw. der Rundfunkkommission und den Anbietern privater Rundfunk- und Online-Medien im Anschluss an die Konsultation, um die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des geplanten Staatsvertragstextes für die privaten Medien und Beitragszahler:innen gemeinsam zu erörtern.

Die duale Medienordnung ist eine Erfolgsgeschichte, die eine im internationalen Vergleich herausragende Medienvielfalt hervorgebracht hat. Die privaten Anbieter tragen zu dieser Pluralität trotz anderer Ausgangs- und Rahmenbedingungen umfassend bei. Über 400 private TV-Sender und 450 Hörfunkangebote sowie die dazugehörigen (rundfunkähnlichen) Telemedienangebote erreichen täglich Millionen Bürger:innen mit Information, Unterhaltung, Beratung,

Kultur und Bildung. Die über 27.000 Mitarbeiter:innen der privaten Medien<sup>1</sup> leisten mit ihrer journalistisch-redaktionellen Kompetenz seit vielen Jahren einen unerlässlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Strategien und Programmpfaden der privaten und öffentlich-rechtlichen Angebote mögen teils unterschiedlich sein. Das Ziel ist jedoch dasselbe: ein journalistisch-redaktionell und wertorientiert gestaltetes Medienangebot, dass die Bürger:innen erreicht, eine demokratiefördernde, diverse und inklusive, nachhaltige Gesellschaft nicht nur abbildet, sondern befördert und ein verlässlich professionelles Gegengewicht zu Fake News und Hate Speech bildet.

Für private Medienanbieter kann die geplante Flexibilisierung bzw. Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Auftrags (z. B. das „Gesamtangebot für alle“, die Transformation linearer in non-lineare Angebote, die Lockerung der Telemedienvorgaben für nichteuropäische und europäische Filmwerke) negative Folgen für die Balance im Medienmarkt mit sich bringen, wenn nicht noch zusätzliche klare Vorgaben hinzukommen. Die duale Medienordnung gerät zusätzlich ins Ungleichgewicht, wenn öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten mehr und mehr die Logik marktmächtiger US-amerikanischer Plattformen adaptieren, und verstärkt auf Kooperationen mit diesen sowohl im Auftrags- als auch im Bereich kommerzieller Aktivitäten setzen. Für die privaten Medienanbieter ist von elementarer Bedeutung, dass beiden Teilen des Systems die notwendigen Spielräume zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben eingeräumt werden. Die duale Medienordnung muss die wirtschaftlichen und technischen Entwicklungsmöglichkeiten der privaten Medien, insbesondere durch faire Wettbewerbsbedingungen, gewährleisten.

Aus dem Gestaltungsauftrag der Länder für eine vielfältige Medienordnung ergibt sich auch die Pflicht zur Begrenzung des Auftrags.

## II. Separater Blick auf Radio/Audio schon jetzt dringend notwendig

Da im Diskussionsentwurf die Schwerpunkte u. a. in der Flexibilisierung der Beauftragung der TV-Programme sowie den Veränderungen bei den Mediatheken-Bestimmungen für Video-On-Demand (VoD) liegen, kann schnell die Relevanz des Staatsvertragsentwurfes für die privaten Hörfunk- und Audio-Anbieter übersehen werden. Das vorgeschlagene „Flexibilisierungs“-Modell kann jedoch perspektivisch auf Landesebene auch für den Hörfunk zum Tragen kommen, wie die 2021 zurückgestellte Novellierung des rbb-Staatsvertrages gezeigt hat.

**Mit den laufenden inhaltlichen Auseinandersetzungen zum 3. MändStV muss es auch schon jetzt ein „Gesamtvotum Audio der Länder“** geben, das den Rahmen für die einzelnen Debatten auf Länderebene setzt und insbesondere die Online-Audio-Aktivitäten sowie Vermarktungsbestrebungen bei den kommerziellen Töchtern limitiert.

Der private Hörfunk sieht sich einem stetig zunehmenden Wettbewerb mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgesetzt. Beitragsfinanzierte Angebote dringen immer stärker in Marktsegmente vor, in denen private Medienanbieter bereits erfolgreich präsent sind. Zudem geraten die privaten Sender durch eine immer kleinteiligere Regionalisierung der öffentlich-rechtlichen UKW-Programme unter Druck. Während die Refinanzierung der Regionalberichterstattung privater Anbieter auf Grund des sich wandelnden Werbemarktes und der noch andauernden Corona-Krise vor wachsenden Herausforderungen

---

<sup>1</sup> Wirtschaftliche Lage des Rundfunks in Deutschland 2018/2019, S. 23

steht, können die Landesrundfunkanstalten u. a. durch die trimediale Ausrichtung der Redaktionen zusätzlich auf die Ressourcen des Fernseh-/Video-Bereiches zurückgreifen.

Sollte die angedachte Auftragsflexibilisierung auf Landesebene für das Radio transferiert werden, ergeben sich vorab zu klärende Fragen und Risiken:

- Die angedachte Auftragsflexibilisierung könnte zur Angebotsausweitung im linearen Programm- und Telemedienbereich führen, insbesondere wenn die wegfallenden Kosten für die terrestrischen Übertragungen in Programminvestitionen umgeschichtet werden, anstatt sie beitragsmindernd einzusetzen. Die derzeit laufenden Drei-Stufen-Tests offenbaren eine z. B. deutlich regionalere Online-Strategie bis zur Grenze des Verbots lokaler flächendeckender Berichterstattung. Maßnahmen, wie eine Programmmzahl- und Angebotsdeckelung sind unerlässlich.
- Zudem könnte sie zur Folge haben, dass bestimmte Angebotsschwerpunkte, wie Kultur, nur noch digital/online und in Form von Spartenangeboten zur Verfügung gestellt werden. Der Kernauftrag Kultur, Bildung, Information (und Beratung) sollte jedoch in allen Hörfunk- **und nicht nur in „Nischen“**-Angeboten stattfinden.
- Fraglich ist darüber hinaus, was bei einer Programmverlagerung von der terrestrischen Verbreitung ins Internet mit den freiwerdenden UKW-Frequenzen geschieht und ob diese am Ende für (neue) Mainstream- und Unterhaltungsangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genutzt oder **schließlich „stillgelegt“ werden**. Im letzteren Falle ist in Betracht zu ziehen, die freiwerdenden UKW-Frequenzen zur Schließung von Versorgungslücken privaten lizenzierten Radiosendern zuzuweisen.

Aus Sicht des VAUNET bedarf es dringend eines ausbalancierten Gesamtkonzeptes für die duale Hörfunk- und Audio-Ordnung. Die Radiolandschaft in Deutschland ist vor allem nach Übereinkunft der Länder mit den Landesmedienanstalten regional strukturiert. Die Länder sollten daher ein Interesse haben, auch den privaten lizenzierten Hörfunk- und Audio-Anbietern programmliche und wirtschaftliche Spielräume im Verhältnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuräumen. Nur so kann die hohe bundesweite, regionale und lokale Angebots- und Anbietervielfalt im Radio weiter bestehen.

## B. Überblick Anliegen VAUNET, Radio und TV



### Radio & TV & ONLINE

- Nachhaltige Auftragsreform setzt intensive Debatte mit allen Beteiligten der dualen Medienordnung voraus
- Der ör Auftrag ist nach wie vor Integrationsauftrag, d. h., jedes einzelne ör Angebot muss Auftragsschwerpunkte erfüllen u. **nicht lediglich das „Gesamtangebot ÖRR“**
- Ansonsten drohen zunehmende Verspartung und Regionalisierung
- Es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf bei der Auftragsdefinition und Profilabgrenzung - auch im Sinne des europäischen Beihilferechts
- Zwar sind positive Ansätze in der Auftragsnorm angelegt, aber noch in Klammern und zu unbestimmt; de facto keine quantitative und qualitative Begrenzung
- Unterhaltung muss untergeordneter **Auftragsbestandteil sein, einem ör Profil entsprechen und den anderen Auftragsschwerpunkten „dienen“**
- Fokussierung auf Kultur, Bildung, Information und Beratung - entsprechend quantifizierte Anteile für Programm & Budget festlegen
- ÖR-Profil/Abgrenzung privat (s. ORF, SRG)
- **Durchsetzung des bes. ör Angebotsprofils zur Hauptsendezeit („Primetime-Regelung“)**
- Keine Abrufbarkeit von nicht-europäischen Werken (Serien, Spielfilme) in Mediatheken, keine europäischen Werke (Film, Serie) als eigenständige audiovisuelle Inhalte
- Deckelung TV- und Radioprogramme/-angebote
- Bei flexiblen Auftrag: zeitlich begrenzt + Evaluierung
- Entkommerzialisierung: Werbe- und Sponsoringreduzierung sowie Beibehaltung des Werbeverbots in Telemedien; genauere Überprüfung der kommerziellen (Vermarktungs-)Aktivitäten v. a. auf Drittplattformen
- Präsenz/Bereithaltung von ör Inhalten auf Drittplattformen nicht unentgeltlich, sondern beitragsmindernd u. nur mit Teaserfunktion zur Rückführung in ör Mediatheken
- Finanzierung folgt dem Auftrag; d. h., Auftragsdefinition legt Grundlagen für spätere Finanzierung und Beitragshöhe/-stabilität; Gebot der Stunde: Grundsatz der Wirtschaftlich- und Sparsamkeit
- In diesem Kontext: Beitragsmindernde Geltendmachung des ör Presseleistungsschutzrechts
- Abgrenzung Auftrag/kommerzielle Aktivitäten/ Kooperationen: mehr Transparenz, enge Korrelation zum Auftrag (s. CH)
- Stärkung d. Gremien in ihrer Aufsichtsfunktion positiv; Gremien sind jedoch keine Ersatzgesetzgeber; gesetzliche Auftragsdefinition weiterhin Gestaltungsaufgabe der Länder



### RADIO & ONLINE



- Separater Blick auf Radio bei Auftragsreform dringend geboten; fehlt derzeit
- Vermehrtes Eindringen in lokale und regionale Märkte sowohl in den ör Programmen/Telemedienangeboten (s. aktuelle Drei-Stufen-Tests) als auch bestehen des Risiko bei der Vermarktung
- **Durchsetzung des. ör Angebotsprofils zur Hauptsendezeit („Primetime-Regelung“)**
- Programmmzahl- und Angebotsdeckelung: u. a. Reduzierung der Programme linear (auch DAB+) und Online (Streams); klare Zuweisung von Programmschwerpunkten analog + digital: keine neuen monothematischen Kanäle (z. B. Sport, „Veranstaltungsfunk“) / **keine eigenständigen Audio-Subportale**
- Werbe- und Sponsoringreduzierung nach NDR-Modell
- Genaue Überprüfung der Präsenz und Vermarktung von ör Inhalten auf Drittplattformen (s. aktuelles Beispiel WDR); Rückführung auf Teaser
- Einschränkung trimediale Bewerbung, Einschränkung der Off-Air-Events (s. CH)
- Diskriminierungsfreiheit ggü. Plattformen (Nichtexklusivität der Einstellung von Inhalten)



### TV & ONLINE



- **Durchsetzung des ör Angebotsprofils zur Hauptsendezeit („Primetime-Regelung“)**
- Keine Abrufbarkeit von nicht-europäischen Werken (Serien, Spielfilme) in Mediatheken/Telemedien, keine europä. Werke als eigenständige audiovisuelle Inhalte
- Werbe- und Sponsoringfreiheit
- Deckelung Ausgaben massenattraktive Sportrechte
- Keine neuen monothematischen Kanäle (z. B. Sport, Nachrichten)
- Keine Aggregation von Teilangeboten (zur kommerziellen Zweitverwertung)
- Präsenz/Bereithaltung von ör Inhalten auf Drittplattformen nicht unentgeltlich, sondern beitragsmindernd und nur mit Teaserfunktion zur Rückführung in ör Mediatheken
- Diskriminierungsfreiheit ggü. Plattformen (Nicht-Exklusivität der Einstellung von Inhalten)

## C. Grundsätzliche Vorbemerkungen

### I. Auftragsdefinition bleibt noch hinter den Erwartungen zurück

Die privaten Medienanbieter haben sich von der angekündigten Novellierung eine wesentlich deutlichere Konturierung des Auftrages erhofft. So sind zwar positive und zu begrüßende Vorschläge der Länder enthalten (z. B. Schwerpunktsetzung; öffentlich-rechtliches Angebotsprofil insbesondere dort, wo hohe Nutzung erfolgt; durch die Auftragsflexibilisierung perspektivisch zu erwartende Reduzierung des TV-Angebots auf klassischen Verbreitungswegen). Sie sind jedoch bedauerlicherweise noch in Klammern gesetzt und so vage gehalten, dass die Länder eine weitere Schärfung des öffentlich-rechtlichen Angebotsprofils und eine erkennbarere Unterscheidbarkeit von den privaten Angeboten vornehmen müssen.

Mit Stand vom November 2021 beinhaltet der Diskussionsvorschlag keine tatsächliche Reduzierung des Angebotsumfangs, welche zu Kosteneinsparungen führen könnte. Die vorgesehene flexible Transformation hin zu non-linearen Angeboten wird voraussichtlich sogar zu höheren Online-Kosten und einer Verschärfung des Wettbewerbs im Telemedienbereich führen. Davon zeugen auch die derzeit laufenden Drei-Stufen-Test-Verfahren (**vermehrt „online only“, „only first“, Aufgabe des Sendungsbezugs, Verfügbarkeit von öffentlich-rechtlichen Online-Inhalten auf Drittplattformen** [nun inklusive Video-Gaming-Plattformen], wiederholte Ausdehnung von Verweildauerfristen etc.). Es müssen daher auch quantitative Grenzen bei Angebotsumfang und Finanzaufwendungen in Betracht gezogen werden.

Der VAUNET erinnert daran, dass sich eine neue Auftragsdefinition an den Maßstäben des europäischen Beihilferechts messen lassen und einer Überprüfung durch die EU-Kommission standhalten muss. Die EU-Kommission hatte bereits im Beihilfekompromiss von 2007 (24.3.2007, K(2007) 1761) eine **„klare Definition des öffentlich-rechtlichen Auftrags hinsichtlich neuer Mediendienste“ eingefordert:**<sup>2</sup> **„Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen den öffentlichen Auftrag hinreichend präzise definieren, damit auch andere Anbieter ihre Tätigkeiten planen und die Kontrollorgane die Erfüllung des Auftrags wirksam überwachen können.“**<sup>3</sup> An dieser Maßgabe mangelt es den o. g. Normen noch an Bestimmtheit. Auch im Hinblick auf das Verfassungsrecht sind die Interessen der privaten Medienanbieter und deren grundgesetzlich garantierte Eigentums- und Programmfreiheit bzw. deren Recht auf den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb bei den Reformüberlegungen in die Abwägung einzubeziehen.

### II. Finanzierung folgt Auftrag: Beitragsstabilität fängt bei der Auftragsdefinition an; Gebot der Wirtschaftlich- und Sparsamkeit

Die Beitragsstabilität, d. h., dass der monatliche Rundfunkbeitrag möglichst konstant bleibt, ist ein wesentlicher Faktor für die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bevölkerung, wie die Debatten der vergangenen Jahre gezeigt haben. Nur die klare Begrenzung des Portfolios kann in einem zweiten Schritt auch auf die künftige Finanzierung der Anstalten durchschlagen, ohne dass die Länder in dieselbe Ausweglosigkeit wie 2020 laufen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem jüngsten Beschluss vom 20. Juli 2021 verdeutlicht, dass eine Begrenzung des Beitragsaufkommens bei der

<sup>2</sup> EU-Beihilfekompromiss von 2007 (24.3.2007, K(2007) 1761), S. 70, Rn. 309

<sup>3</sup> EU-Beihilfekompromiss von 2007 (24.3.2007, K(2007) 1761), S. 70, Rn. 310

**Definition des Auftrages beginnt. Danach kann der Rundfunkgesetzgeber „den Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mittelbar und in grundsätzlich zulässiger Weise durch seine Entscheidungen zu Art und Anzahl der Rundfunkanstalten sowie der anzubietenden Programme beeinflussen.“<sup>4</sup> Ein weitgefasster Auftrag zieht in der Regel einen höheren Finanzbedarf und somit einen höheren Rundfunkbeitrag nach sich.**

Der Gesetzgeber muss bereits bei der Auftragsdefinition konkrete Regelungen im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vorgeben. Eine Formulierung wie in § 32 a Abs. 6 3. MÄndStV-E, **dass „durch die Überführung oder den Austausch der in § 28 Abs. 5 genannten Fernsehprogramme kein Mehrbedarf entstehen darf; dabei bleiben Nutzerzahlen abhängige Verbreitungskosten außer Betracht“, setzt gegenüber den Anstalten keinen Anreiz, beitragsmindernd im Sinne der Beitragszahler:innen zu agieren.** Vielmehr wird das jetzige Beitragsaufkommen von rund acht Milliarden Euro jährlich<sup>5</sup> damit de facto zementiert, anstatt zu vermitteln, dass z. B. steigende Verbreitungs- / Streamingkosten durch anderweitige Einsparungen kompensiert werden müssen.

Zur Einhaltung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gehört es z. B. im Rahmen einer Plattformstrategie der Rundfunkanstalten, dass sie die ihnen zustehenden Urheber- und Leistungsschutzrechte für die Bereitstellung ihrer Inhalte auf Drittplattformen geltend machen und monetarisieren. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit würde verletzt, wenn die Rundfunkanstalten jährlich auf Millionen-Euro-Beträge, z. B. für die Geltendmachung des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger in Bezug auf ihre Angebote tagesschau.de und sportschau.de i. H. v. 41,2 bis 59,6 Millionen Euro, verzichten<sup>6</sup>, welche zur Reduzierung des Rundfunkbeitrages eingesetzt werden könnten. Auf die medienrechtliche Beschwerde der Corint Media wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Derartige Verwertungserlöse könnten im Übrigen für die Kompensation einer künftigen Werbe- und Sponsoringreduzierung in den Rundfunkprogrammen von ARD und ZDF zum Einsatz kommen.

Auch Einsparpotentiale, die durch Modernisierung und Rationalisierung gehoben werden (z. B. durch den bei den ARD-Radios eingeführten AAC-LC-Standard),<sup>7</sup> müssten zur Senkung des Rundfunkbeitragssatzes und nicht zur Umschichtung für den weiteren Ausbau des öffentlich-rechtlichen Angebots verwendet werden. Meldungen, wie jene zur Genehmigung des SWR-Haushaltsplanes für 2022, muten dahingehend irritierend an. Dort wurde für **2022 ein Bilanzverlust von 216 Millionen Euro beschlossen, um die „digitale Offensive“ im Telemedienbereich fortzusetzen. Dieses Defizit wird durch den „Abbau von den Liquiditätsreserven, die im zehnjährigen Sparprozess erwirtschaftet wurden“ gegenfinanziert.**<sup>8</sup> Anstatt die Einsparpotentiale zum Erhalt der Beitragsstabilität einzusetzen, fließen die Gelder in die Erstellung neuer digitaler Inhalte und eine Ausbauoffensive des Telemedienangebots.

Die privaten Medien befürchten, dass der finanzielle Mehrbedarf, der mit der Auftragserweiterung und Telemedienexpansion einhergeht, mit einer Ausweitung der kommerziellen Aktivitäten der Rundfunkanstalten korreliert (s. unter III.). Aus den meisten der aktuell vorliegenden Telemedienänderungskonzepten der Landesrundfunkanstalten<sup>9</sup> lassen sich ein enormer Anstieg des Telemedienaufwands, bis hin zur Verdoppelung, in den letzten vier Jahren

<sup>4</sup> BVerfG, Beschluss vom 20.7.2021, 1 BvR 2756/20, 2775/20 und 2777/20, Rn. 110, s. auch Rn. 88

<sup>5</sup> vgl. ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice Jahresbericht 2020, S. 11

<sup>6</sup> Hinzu kämen für die Wiedergabe von Funksendungen potentielle Erlöse für ARD und ZDF i. H. v. 5,6 Millionen Euro und 4,3 Millionen Euro für die öffentliche Wiedergabe pro Jahr.

<sup>7</sup> ARD-Pressemitteilung, 17.12.2021 „Dieser Standard benötigt bei gleicher Klangqualität weniger Datenrate und erlaubt so eine effizientere und kostengünstigere Verbreitung.“

<sup>8</sup> SWR-Pressemitteilung 10.12.2021

<sup>9</sup> Telemedienänderungskonzept des gemeinschaftlichen Angebots ARD.de 2021, S. 22, 64; Telemedienänderungskonzept des gemeinschaftlichen Angebots sportschau.de 2021, S. 15, 59; Telemedienänderungskonzept des gemeinschaftlichen Angebots tagesschau.de 2021, S. 18, 61; Telemedienänderungskonzept des gemeinschaftlichen Angebots Kika-Telemedien 2021, S. 14, 54; Telemedienänderungskonzept für das Telemedienangebot des WDR 2021, S. 19, 67; Telemedienänderungskonzept des SWR 2021, S. 27, 80; Telemedienänderungskonzept des NDR 2021, S. 12, 49; Telemedienänderungskonzept des MDR 2021, S. 10, 38; Telemedienänderungskonzept des rbb 2021, S. 15; Telemedienänderungskonzept des rbb 2021, S. 15, 57; Telemedienänderungskonzept von Radio Bremen 2021, S. 22, 66; Telemedienänderungskonzept des hr 2021, S. 21, 71; Telemedienänderungskonzept des SR 2021, S. 11, 61; Telemedienänderungskonzept planet-schule.de 2021, S. 14, 61; Telemedienkonzept des BR 2021, S. 21; Telemedienkonzept für das gemeinschaftlichen Angebots DasErste.de 2021, S. 34; siehe auch 22. KEF-Bericht S. 67 bis 77 für die Jahre 2017 bis 2020,



sowie weitere Kostensteigerungen in den kommenden Jahren entnehmen. Eine weitere Liberalisierung des Auftrages ohne klare Umgrenzung, insbesondere im Telemedienbereich, gefährdet das Ziel der Beitragsstabilität.

### III. Profilschärfung durch weitere Entkommerzialisierung

Wenn ARD, ZDF und Deutschlandradio nach dem Willen des Gesetzgebers ein im Vergleich zu kommerziellen Medien öffentlich-rechtliches Angebotsprofil aufweisen sollen, darf sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht in erster Linie an den Logiken und Mitteln kommerzieller Medienanbieter und globaler Plattformen orientieren. Vielmehr sollte er sich auf eine konsequente inhaltliche Profilschärfung und eine umfassende Entkommerzialisierung konzentrieren.

Bei einer Auftragsdefinition ohne weitere Begrenzung drohen Kostensteigerungen, von denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie durch eine Ausweitung der kommerziellen Aktivitäten gegenfinanziert werden. Eine Ausdehnung vor allem im Bereich nationaler und regionaler Werbe- und Sponsoringvermarktung, wie sie sich teils bereits abzeichnet, würde massiv zu Lasten der privaten Medienanbieter erfolgen.

Umso mehr gilt es, die seit vielen Jahren diskutierte Reduzierung von Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (im Radio:<sup>10</sup> **„NDR-Modell“: begrenzter Werbeumfang auf 60 Minuten pro Tag und ein werbeführendes Programm pro Anstalt sowie Einschränkungen/Untersagung** von Sponsoring in der Radio-Prime-Time / im TV: vollständiges Werbe- und Sponsoringverbot) endlich umzusetzen. Bereits Prof. Dr. Paul Kirchhof hatte in seinem Gutachten von 2010 zur Einführung des haushaltsbasierten Rundfunkbeitrages<sup>11</sup> unter Berufung auf Urteile des Bundesverfassungsgerichtes darauf verwiesen, dass ein werbe- und sponsoringfreier öffentlich-rechtlicher Rundfunk dessen Unabhängigkeit von kommerziellen Einflüssen festigt und zugleich zur Stärkung der Akzeptanz der allgemeinen Beitragspflicht verhilft. Der Beschluss des BVerfG zum Rundfunkbeitrag bestätigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unabhängig von Einschaltquoten und Werbeaufträgen ein Programm anbieten soll.

Dass von Seiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verstärkt in kommerzielle Felder eingedrungen wird, belegen aktuelle Entwicklungen. In den vergangenen Jahren haben die kommerziellen Tochterunternehmen von ARD und ZDF damit begonnen, Audio- und Video-Inhalte der Rundfunkanstalten auf entgelt- oder werbefinanzierten Drittplattformen wie Amazon Prime oder YouTube zu platzieren. Dabei greifen sie auf die Namen der Rundfunkanstalten **„ARD“ und „ZDF“ bzw. von öffentlich-rechtlichen Angeboten zurück** und wandeln diese in kommerzielle Marken um (z. B. **„ARD Plus“, „1LIVE Bratwurst & Baklava“, „ZDF Krimi“**). An diesen Stellen muss der Gesetzgeber gegensteuern und auch die Bestimmungen zu den kommerziellen Aktivitäten und der Präsenz auf Drittplattformen anpassen.

<sup>10</sup> siehe auch **neuer Berliner Koalitionsvertrag**: „Gemeinsam mit Brandenburg wird die Koalition zeitnah den RBB-Staatsvertrag novellieren und dabei die gesetzliche Beauftragung seiner Angebote neu normieren. Dazu gehört die Möglichkeit der Werbezeitenreduzierung“.

<sup>11</sup> Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof, Gutachten über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, 2010, S. 51, BVerfG-E 119, 181: **„Der Gesetzgeber hat Vorsorge dafür zu treffen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Funktion unbeeinträchtigt von jeglicher Indienstnahme für außerpublizistische Zwecke, seien sie politischer oder ökonomischer Natur, erfüllen kann (vgl. BVerfGE 90, 60 [88]; 97, 228 [266 f.])“**; siehe auch BVerfG (22. Juli 2021, 1 BvR 2756/20, 2775/20 und 2777/20, Rn. 79: **Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll „... unabhängig von Einschaltquoten und Werbeaufträgen ein Programm anbieten, das den verfassungsrechtlichen Anforderungen gegenständlicher und meinungsmäßiger Vielfalt entspricht.“**

ARD Plus: Wie die Grenzen zwischen beitragsfinanzierten Angeboten und denen der Tochtergesellschaften verschwimmen, zeigt „ARD Plus“. „ARD Plus“ ist ein Pay-Video-On-Demand-Angebot der kommerziellen WDR-Tochter ARDplus GmbH, welches auf Plattformen wie Amazon Prime und Apple TV abrufbar ist. Die Landesrundfunkanstalten listen „ARDplus“ auf ARD.de gleichberechtigt neben den eigenen Angeboten auf.<sup>12</sup> In der Beschreibung heißt es u. a.: *„Das Angebot von Lizenzeinkäufen und Sendungen aus fast 70 Jahren Fernsehgeschichte auf einer digitalen Plattform ist außerhalb des gesetzlichen Auftrags gemäß dem Medienstaatsvertrag nur mit einem privatwirtschaftlichen Angebot möglich. Mit der kommerziellen Finanzierung werden Verwertungsrechte erworben und abgegolten sowie technische und redaktionelle Anforderungen abgedeckt.“*

Durch die Konfiguration eines kostenpflichtigen VoD-Angebots mit zuvor beitragsfinanzierten Inhalten (ca. 4,99 Euro pro Monat) unter eigenem Markennamen ist fraglich, ob es sich hier lediglich um eine Zweitverwertung im B2B-Verhältnis handelt, oder ob ARD und ZDF über ihre kommerziellen Tochterunternehmen letztlich mit einem zusätzlichen (kostenpflichtigen) Telemedienangebot publizistisch am B2C-Markt auftreten:

*„Auf ARD Plus kann man online jederzeit das anschauen, was in der ARD-Mediathek nicht mehr verfügbar ist. Erreichbar über Amazon Prime, Apple TV und MagentaTV präsentiert ARD Plus beliebte TV-Filme, Serien, Dokumentationen, Shows und Comedy-Formate der ARD. Dazu zählen unter anderem das größte Tatort-Archiv, die bekanntesten deutschen Kinderfilme und -serien sowie Kult-Klassiker aus 70 Jahren Fernsehgeschichte. Liebevoll ausgewählt bietet ARD Plus so Unterhaltung für alle.“*

Aus Sicht des VAUNET ist dies nicht mehr vom Recht auf kommerzielle Aktivitäten durch den MStV gedeckt. Sinn und Zweck der kommerziellen Aktivitäten ist es, die Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrages zu unterstützen. Aufgabe der kommerziellen Tochtergesellschaften ist es nicht, selbst publizistischer Wettbewerber zu den Angeboten der Rundfunkanstalten außerhalb des MStV zu werden. Inwiefern die über die kommerzielle Finanzierung erzielten Einnahmen auch beitragsmindernd eingesetzt werden, oder ob diese hauptsächlich dem Erwerb von Verwertungs- und Urheberrechten sowie der Erfüllung technischer und redaktioneller Anforderungen dienen, bleibt völlig offen.

Für den Wettbewerb bleiben solche Angebote nicht ohne Folgen: Global agierende Streaming-Plattformen werden mittels öffentlich-rechtlichen Contents gestärkt und der Verhandlungsspielraum von z. B. Sendern im Pay-TV-Bereich und bisheriger Lizenznehmer eingeschränkt. Die Stärkung internationaler Streaming-Anbieter schwächt das duale Mediensystem in Deutschland.

**Podcast „1LIVE Bratwurst & Baklava“ u. a. auf Spotify:** Neuerdings wird der 1Live-Podcast „Bratwurst & Baklava“ mit Pre-Roll-Werbespots auf Spotify und Apple Podcasts via einer Unterabteilung der WDR mediagroup GmbH, der RC Release Company, angeboten; in der ARD Audiothek oder auf der Website bzw. in der App von 1Live hingegen werbefrei. Die AS&S (demnächst ARD MEDIA GmbH) übernimmt dabei wohl die nationale Vermarktung, die WDR mediagroup bietet den Podcast ihren regionalen Kunden an.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Logo von ARD Plus im Teaser der Startseite von [www.ard.de](http://www.ard.de) mit Verlinkung auf [www.ardplus.de](http://www.ardplus.de)

<sup>13</sup> Horizont.de, 20.12.2021 (<https://www.horizont.net/medien/nachrichten/audio-marketing-wie-der-wdr-einen-eins-live-podcast-vermarktet-196705?crefresh=1>)

Die scheinbare Kopplung aus Inhaltelizensierung und gleichzeitiger Werbevermarktung durch die WDR mediagroup oder AS&S/ARD MEDIA ggü. Spotify & Co verwundert. Das grundsätzlich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk staatsvertraglich festgeschriebene Telemedien-Werbeverbot in § 30 Abs. 5 S. 1 Ziff. 1 MStV ist zwingend und darf nicht durch entsprechende Konstellationen umgangen werden. Gegen eine proaktive Vermarktung der ARD-Werbetöchter außerhalb des eigenen Portals spricht zudem § 30 Abs. 6 MStV, nach dem für die Einhaltung der Werbefreiheit Sorge getragen werden soll und durch die Nutzung keine Einnahmen durch Werbung und Sponsoring erzielt werden dürfen.

Wenn es einen rechtlich vertretbaren Weg geben sollte, dass die WDR mediagroup öffentlich-rechtlichen Content in dieser Form auf Drittplattformen vermarktet, kann das im Ergebnis nicht eine Umsetzung des politisch gewollten Werbeverbots sein. Solange die vertraglichen Konditionen und deren Marktüblichkeit nicht bekannt sind, kann dieser Sachverhalt nicht rechtlich abschließend bewertet werden. Der VAUNET wird sich hierzu noch einmal gesondert äußern. Sollte es hier Umgehungsmöglichkeiten geben, müssen diese schnellstmöglich eingestellt werden, bevor diese Praxis auf weitere ARD-Angebote übertragen wird.

#### D. Weitere übergeordnete Kritikpunkte am 3. MÄndStV-E

##### I. Neue Schwerpunktsetzung im Auftrag braucht klarere Vorgaben zur Herstellung eines öffentlich-rechtlichen Profils

Eine inhaltlich und quantitativ klare Auftragsdefinition muss das Erfordernis einer ausgewogenen Schwerpunktsetzung in öffentlich-rechtlichen Angeboten klar zum Ausdruck bringen. Der VAUNET begrüßt, dass die öffentlich-rechtlichen Angebote künftig im Schwerpunkt der Kultur, Bildung, Information und Beratung zu dienen haben und Unterhaltung nur dann Teil des Auftrags sein soll, wenn sie einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entspricht (§ 26 Abs. 1 S. 10 3. MÄndStV-E). Mit den Schwerpunkten Kultur, Bildung, Information und Beratung könnte eine deutlichere Profilschärfung gegenüber den privaten Medien erreicht werden. Gerade im Bereich der Unterhaltung bieten die lizenzierten privaten Anbieter eine Vielzahl hochwertiger Formate und Programme an, die auf Inhalteinvestitionen im mehrstelligen Millionenbereich basieren. Das Angebot an Unterhaltungsformaten hat sich in der digitalen Welt auch durch die Ausbreitung der internationalen Streaming-Anbieter extrem und vielfältig vergrößert. Daher besteht inzwischen kein Bedarf mehr dafür, dass beitragsfinanzierte Programmaufwendungen der Rundfunkanstalten vornehmlich im Bereich Unterhaltung und Sport erfolgen. Laut 22. KEF-Bericht bildeten z. B. in den Hauptprogrammen DasErste und ZDF die Ausgaben für Sport, Unterhaltung und Film die größten Kostenblöcke.<sup>14</sup> **Sog. „Me-too-Programme“ in Konkurrenz zu den Privaten, die immense Millionenbeträge für teure Sportübertragungen und kommerzielle Lizenzware** bedeuten, sind in der hoch-fragmentierten, vielfältigen digitalen Bewegtbild-Welt keine Aufgabe des beitragsfinanzierten Rundfunks mehr. Der veränderten digitalen Medienwelt ist auch bei der Auftragsdefinition Rechnung zu tragen.

Nach Auffassung des VAUNET muss die Schwerpunktsetzung im Medienstaatsvertrag daher stärker präzisiert und quantifiziert werden. Der VAUNET hatte in der Vergangenheit gefordert, dass im öffentlich-rechtlichen Auftrag Information, Bildung und Kultur (ohne Beratung) je zu einem Drittel abgebildet sein müssen und sich diese Quantifizierung auch in den Budgetausgaben wiederfinden muss. **Wenn mit der „Beratung“ ein vierter Schwerpunkt zu „Kultur,**

---

<sup>14</sup> 22. KEF-Bericht, S. 57, 59

**Bildung, Information“ hinzukommen soll**, hieße das, dass die Unterhaltung damit auch nicht mehr als ein Fünftel betragen sollte. Nur, wenn Unterhaltung klar abgegrenzt nicht mehr einer der Aufgabenschwerpunkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, wird das Ziel eines öffentlich-rechtlichen Profils erreicht. Es muss außerdem verhindert werden, dass z. B. durch eine weite Auslegung der Begriffe „Kultur“ oder „Beratung“ letztlich alle Unterhaltungsformate subsumiert oder mehrstündige Live-Sport-Übertragungen zu 100 Prozent als „Information“ gewertet werden. In Folge sollte zusätzlich vorgegeben werden, dass die Etathöhen und -zuschnitte sich ebenfalls nach den Schwerpunkten zu richten haben. **Die Aufwendungen für „Kultur, Bildung, Information und Beratung“ müssen auch bei den Gesamtaufwendungen die Schwerpunkte bilden.**

## II. Neue Schwerpunktsetzung muss auch nach außen deutlich wahrnehmbar sein

Der VAUNET befürwortet die noch in Klammern gesetzte Regelung in § 26 Abs. 1 S. 10 3. MÄndStV-E, dass das öffentlich-rechtliche Angebotsprofil in den eigenen Rundfunkprogrammen und Telemedienangeboten besonders dort wahrnehmbar sein soll, wo die Nutzung dieser Angebote üblicherweise besonders hoch ist, z. B. in der Primetime des linearen Programms. Klargestellt sei allerdings an dieser Stelle, dass das besondere Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in dessen Angeboten durchgängig wahrnehmbar sein muss. Der geklammerte Vorschlag ist zwar geeignet, die Unterscheidbarkeit und Unverwechselbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den privaten Angeboten besser hervorzuheben. Der Gesetzgeber würde damit eine Regelung treffen, wie sie in Österreich und der Schweiz bereits existiert. Allerdings ist der Wortlaut noch nicht hinreichend deutlich: Es sollte auch hier **herausgestellt werden, dass dort dann die vier Bereiche „Kultur, Bildung, Information und Beratung“ maßgeblich sein müssen**. Es wäre mit dem Ansinnen der neuen Schwerpunktsetzung nicht vereinbar, wenn wie heute das Unterhaltungsangebot die Primetime der TV-Haupt- und Radioprogramme dominiert (s. dazu auch Einzelcommentierung zu § 26 Abs. 1 S. 10 3. MÄndStV-E).

## III. Prämisse Integrationsauftrag: „Gesamtangebot für alle“ darf nicht zu einer Verspartung und Regionalisierung führen

Ein Hauptelement des Diskussionsvorschlages ist, dass die Rundfunkanstalten künftig beauftragt werden sollen, ein „Gesamtangebot für alle“ zu unterbreiten (§ 26 Abs. 1 S. 4 3. MÄndStV-E). Keinesfalls sollte damit eine Auslegung verbunden sein, nach der der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr mit seinen Einzelangeboten, sondern nur noch mit seinem Gesamtangebot den Integrationsauftrag erfüllen muss. Dies würde eine deutliche Aufweichung des öffentlich-rechtlichen Auftrages darstellen und den Ausbau von Sparten- und Zielgruppenangeboten insbesondere im Audio-/Video-Telemedienbereich weiterbefördern. Eine Verspartungs- und Individualisierungstendenz, kombiniert mit dem Einsatz entsprechend ausgerichteter Empfehlungssysteme, indem für jede Interessengruppe spezifische Angebote erstellt werden, entfernt sich vom Integrationsauftrag.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist verpflichtet, in allen seinen Angeboten einen objektiven und umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Eine Gesamtschau im Wege eines Gesamtangebots reicht hierfür nicht aus. Insbesondere dürfen sich einzelne Angebote nicht lediglich auf einzelne Schwerpunkte, zum Beispiel Politik oder Kultur, fokussieren, und stattdessen weitere Aufgabsbereiche nicht mehr anbieten. Nach wie vor sollte die Prämisse gelten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Integrationsauftrag in jedem Angebot gerecht werden muss. Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind folglich stärker so zu gestalten, dass die Schwerpunkte Kultur, Bildung, Information und Beratung gleichmäßig angeboten und empfohlen werden.

#### IV. Keine Ausweitung des Telemedienauftrages bei Video-On-Demand

Der VAUNET lehnt die in § 30 Abs. 2 S. 1 Ziff. 2 3. MÄndStV-E vorgesehene Liberalisierung bezüglich des Abrufes europäischer und nicht-europäischer Filmwerke und Serien entschieden ab. Hier befindet sich der Gesetzgeber in einem der wettbewerbssensibelsten Bereiche des privaten Marktes. Durch die Aufgabe des Sendungsbezugs auch für lizenzierte Fremdproduktionen und die Aufnahme nicht-europäischer Lizenzware in die Mediatheken und Telemedienangebote würde die eigentliche gesetzgeberische Intention unterlaufen, Unterhaltung nicht als Auftragsschwerpunkt zu manifestieren. Vielmehr würden die Erweiterungen voraussichtlich vor allem im Unterhaltungsbereich eine Öffnung des Auftrages nach sich ziehen – mit gravierenden Folgen für die private TV- und Filmlandschaft. Jede Zunahme des Angebotsumfangs öffentlich-rechtlicher Inhalte im kostenfreien Abruf verschärft den Wettbewerb mit kommerziellen VoD-Angeboten und erschwert deren Geschäftsmodelle. Exklusive Rechte und kommerzielle Zweitverwertungen werden entwertet. Unter Berufung auf den Medienstaatsvertrag (MStV) verbessert sich die Position von ARD und ZDF in den Verhandlungen mit Rechteinhabern/Produzenten erheblich. Sollten nun im Mediathekenangebot von ARD und ZDF zusätzlich auch internationale, also z. B. auch US-amerikanische fiktionale Inhalte abrufbar sein, heizt dies den Preiswettbewerb auf dem internationalen Lizenz- und Koproduktionsmarkt weiter an. Die Mediathekenverfügbarkeit kannibalisiert jegliche kommerzielle Auswertung und Refinanzierungsmöglichkeit von Filmen, Serien und Dokumentationen. Schon die seinerzeitige Öffnung hin zu lediglich europäischen Produktionen angekaufter Spielfilme und Serien hat die wettbewerbliche Situation für private Mitbewerber auf dem Lizenzmarkt deutlich verschlechtert; dies ohne Not, da die Angebote bei den privaten Anbietern groß sind und somit der Bedarf an zusätzlichem Angebot in den öffentlich-rechtlichen Mediatheken nicht gegeben ist.

#### V. Gemeinsame Plattformstrategie: Vernetzung anstelle von Drittplattformpräsenz

Die Forderung der Länder nach einer gemeinsamen Plattformstrategie der Rundfunkanstalten gem. § 30 Abs. 1 3. MÄndStV-E muss mit konkreten Vorgaben verknüpft werden. Unklar ist nach **wie vor, wie die „gemeinsame Plattformstrategie“ über eine Vernetzung hinaus aussehen soll. Sie sollte jedenfalls nicht** zu einem Ausbau des Portfolios an öffentlich-rechtlichen Mediatheken sowie zu einer noch häufigeren Präsenz öffentlich-rechtlicher Inhalte auf Drittplattformen führen. Gerade letzterer Aspekt ist erneut Gegenstand der aktuell vorgelegten Telemedienkonzepte der Rundfunkanstalten, auf deren Grundlage z. B. auch Inhalte auf Video-Gaming-Plattformen genehmigt werden sollen, was schon der Negativliste des MStV entgegenstehen dürfte.

Es sollte den Rundfunkanstalten nicht ermöglicht werden, ihre Inhalte in noch größerem Umfang an werbefinanzierte Onlineplattformen (z. B. Google, Facebook, Apple) quasi zu „verschenken“. **Ohnehin marktdominante** Player werden durch das kostenfreie Einstellen beitragsfinanzierter öffentlich-rechtlicher Inhalte schon heute direkt subventioniert. Damit wird sowohl in den Beschaffungsmarkt als auch in den Wettbewerb um die Bewegtbild-Vermarktung eingegriffen, der sich vor allem im regionalen Markt intensiviert und zu ungleichen Verhältnissen der Medienanbieter führt. Es erscheint auch diametral, einerseits mit einer gemeinsamen Plattformstrategie ein Gegengewicht zur Marktmacht internationaler Plattformen bilden zu wollen, und andererseits diese durch (unentgeltlich zur Verfügung gestellten) eigenen öffentlich-rechtlichen Qualitäts-Content zu stärken.

Auch hier gilt es, quantitativ begrenzende gesetzliche Regelungen einzuführen. Wenn ARD und ZDF nun schon aufgerufen sind, eine eigene Plattformstrategie einzubeziehen, muss damit gleichzeitig die Forderung einhergehen, die Aktivitäten auf den Drittplattformen zurückzufahren und sich dort auf Teaser-Inhalte zu beschränken, die dann zurück auf die anstaltseigenen Angebote leiten.

#### VI. „Flexibilisierungs“-Modell: kein Rückzug des Gesetzgebers; Stärkung der Gremien in ihrer Aufsichtsfunktion

Wie oben bereits erwähnt, spricht sich der VAUNET gegen eine zu weitreichende Flexibilisierung des Auftrages aus. Dies bezieht sich nicht nur auf inhaltliche, sondern auch auf organisatorische Aspekte. Es liegt in der Aufgabe und Gestaltungshoheit der Legislative, konkret zu bestimmen, welchen Auftrag die Rundfunkanstalten wahrnehmen sollen.<sup>15</sup>

Anders als in § 32a 3. MÄndStV-E vorgesehen sollte daher nicht den Anstalten überlassen bleiben, ihren Auftrag selbst zu definieren und über die endgültige Einstellung linearer Programme oder die Überführung in neue Telemedienangebote und damit mittelbar über das Wettbewerbsverhältnis zu den privaten Medien zu entscheiden. Es sind die Parlamente, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für die öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstalter festlegen und damit über die Balance in der dualen Medienordnung entscheiden. Zudem schränkt dies die von der EU-Kommission eingeforderte Planungssicherheit für die privaten Anbieter ein. Daher sollte es weiterhin bei der klaren Aufgabenzuteilung bleiben: Der Gesetzgeber definiert konkret die rechtlichen Rahmenbedingungen für Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und überlässt dies nicht den Anstalten selbst bzw. ihren Gremien.

Demgegenüber begrüßt es der VAUNET, wenn der Gesetzgeber den Gremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten gegenüber den in § 31 Abs. 2 ff. 3. MÄndStV-E erwähnten künftig zusätzliche Kontrollbefugnisse einräumen will. Der VAUNET hat sich in der Vergangenheit immer wieder für eine Stärkung der Gremien, inklusive der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ausgesprochen, um die Kontrolle der Rundfunkanstalten, einschließlich ihrer kommerziellen Aktivitäten, zu verbessern und Transparenz herzustellen. Vor diesem Hintergrund ist positiv hervorzuheben, dass Maßstäbe zur besseren Überprüfbarkeit und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung entwickelt werden sollen. Jedoch sollten diese in erster Linie von den Kontrollinstanzen (Gremien, KEF, Landesrechnungshöfe) erarbeitet werden, um die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle sicherzustellen. Die Qualitätsstandards zur Überprüfung der Auftragserfüllung bedürfen ebenfalls einer regelmäßigen Kontrolle.

Was dem Diskussionsvorschlag darüber hinaus noch fehlt, ist eine intensivere Einbindung der KEF bei der laufenden Prüfung, ob der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Auftragserfüllung eingehalten wird. Dies betrifft insbesondere die regelmäßige Kontrolle, ob das Beitragsaufkommen auch auftragskonform für die Schwerpunkte Kultur, Bildung, Information und Beratung aufgewendet wird.

---

<sup>15</sup> BVerfG (22. Juli 2021, 1 BvR 2756/20, 2775/20 und 2777/20, Rn. 84

## VII. „Probetrieb“- und Flexibilisierungs-Modell höhlen Drei-Stufen-Test-Verfahren aus

Neben den Drei-Stufen-Test-Verfahren soll nun ein weiteres Verfahren etabliert werden, siehe § 32 Abs. 8 3. MÄndStV-E. Hier steht zu befürchten, dass mit dem sogenannten „**Probetrieb**“-Modell das aus dem EU-Beihilfen-Kompromiss hervorgegangene Drei-Stufen-Test-Verfahren ausgehöhlt wird. Neue Telemedienangebote könnten dann bereits vor Abschluss bzw. gar vor Einleitung eines Drei-Stufen-Test-Verfahrens gestartet werden. Die Planungssicherheit und Wettbewerbsfairness, die für die privaten Medien mit Durchführung der Drei-Stufen-Tests **gewährleistet werden soll, wird durch das „Probetrieb“-Modell beschnitten.**

Auch das Verfahren zur Überführung und zum Austausch von Programmen (§ 32 a 3. MÄndStV-E) entfernt sich vom Regelungszweck des Drei-Stufen-Test-Verfahrens. Es sieht eine Beteiligung Dritter vor, aber eine Prüfung der Auswirkungen auf den publizistischen und ökonomischen Wettbewerb ist nicht vorgegeben.

## VIII. Evaluierung des 3. MÄndStV nach zwei Jahren

Der Gesetzgeber sollte eine Evaluierung des 3. MÄndStV spätestens nach zwei Jahren vor allem im Hinblick auf das Flexibilisierungsmodell verankern. Im Rahmen dessen müssen dann insbesondere die Auswirkungen der Staatsvertragsänderungen auf die privaten Anbieter untersucht werden. Evaluierungsklauseln sind z. B. bei der europäischen Gesetzgebung gang und gäbe und bewähren sich in der schnelllebigen digitalen Welt.

## E. Im Einzelnen

- rot sind die Änderungen des Diskussionsentwurfes gegenüber der aktuellen Fassung des Medienstaatsvertrages (MStV)

Diskussionsentwurf zum 3. MÄndStV (19.11.2021)	Kommentierung des VAUNET <i>Anm.: Der VAUNET behält sich vor, im weiteren Gesetzgebungsverlauf ggf. auch noch konkrete Wortlautvorschläge zu unterbreiten.</i>
§ 26 Auftrag (1) <sup>1</sup> Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. <sup>2</sup> Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben.	
<sup>3</sup> Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration, <del>und</del> den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern.	Zu Satz 3: <b>Eine Ergänzung um den Passus „gesamtgesellschaftlicher Diskurs“ erachtet der VAUNET als nicht zwingend notwendig. Die „Förderung des gesamtgesellschaftlichen Diskurses“ ist in der bestehenden Forderung nach „Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes“ bereits enthalten. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kann nur erfolgen, wenn die Angebote der Rundfunkanstalten Plattformen für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs darstellen.</b>  <b>Wenn die Formulierung „gesamtgesellschaftlicher Diskurs“ dazu dienen soll, den Rundfunkanstalten den Aufbau von eigenen sozialen Netzwerken zu erlauben, lehnt der VAUNET eine Erweiterung des § 26 Abs. 1 S. 3 3. MÄndStV-E ab.</b>
<sup>4</sup> Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten.	Zu Satz 4: <b>Der VAUNET steht der Formulierung „Gesamtangebot für alle“ kritisch gegenüber.</b> Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist grundsätzlich nach seinem Integrationsauftrag verpflichtet, in <u>allen</u> seinen Angeboten einen objektiven und umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Ge-



schehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Eine Gesamtschau im Wege eines Gesamtangebots reicht hierfür nicht aus, wenn sich am Ende einzelne Angebote nur noch auf einzelne Auftragsschwerpunkte konzentrieren und an einzelnen Zielgruppen orientieren.

Eine der wesentlichen Legitimitätsgrundlagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des damit verbundenen Privilegs der Beitragsfinanzierung liegt darin, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Grundangebot schaffen soll, welches die privaten Medienangebote ergänzt (**„Die spezifische Eigenrationalität des privatwirtschaftlichen Rundfunks zu ergänzen und auszugleichen ist ein Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks....“** [vgl. BVerfGE 90, 60 <90>; 119, 181 <219>]“, BVerfG, Urteil vom 25. März 2014, Az. 1 BvF 1/11, Rn. 37, BVerfGE 136, 9). **Die Formulierung „Gesamtangebot für alle“ sollte daher nicht im Sinne einer Ausschließlichkeit verstanden werden**, dass das öffentlich-rechtliche Angebot unabhängig von den Angeboten privater Medienanbieter besteht.

Die Beauftragung als **„Gesamtangebot für alle“** sollte zudem keine Legitimation für eine weitere Expansion des öffentlich-rechtlichen Angebots, insbesondere im Telemedienbereich, darstellen (vgl. dazu noch unten). Jeder Zuwachs an publizistischem Angebot, auch auf Drittplattformen, bedeutet eine Verschärfung des Wettbewerbs mit privaten Medienunternehmen.

**Im Rahmen des „Gesamtangebots für alle“ ist darüber hinaus die Frage aufzuwerfen, ob es Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner kommerziellen Tochtergesellschaften ist, selbst als publizistischer Wettbewerber zu den Angeboten der Rundfunkanstalten außerhalb des MStV aufzutreten und die Inhalte schließlich auf Drittplattformen mit Werbung zu vermarkten** (s. Ausführungen in der Zusammenfassung zum WDR-Podcast „1LiveBratwurst und Baklava“). Bereits heute verfügen die nutzungstärksten Digitalplattformen über eine dominante Position auf dem Onlinewerbemarkt. Zudem entwickeln diese Plattformen **zunehmend geschlossene „Ökosysteme“**, die Medienanbietern den Zugang zu eigenen Daten erschweren oder diesen verhindern und damit deren Refinanzierung gefährden.

**Der Terminus „für alle“ könnte von den Rundfunkanstalten als Auftrag zu einer weiteren „Verspartung“ und Angebotserweiterung verstanden werden (s. auch Formulierung „alle Bevölkerungsgruppen“ in § 26 Abs. 1 S. 6 3. MÄndStV-E, § 30 Abs. 3 3. MStV)**, indem für jegliche gesellschaftliche Gruppen in Deutschland ein eigenes, gruppenspezifisches Angebot (linear wie non-linear) erstellt wird. Das wäre eine Abkehr von der Maxime, dass Rundfunkanstalten integrativ wirken sollen. Zudem ist unklar, nach welchen Kriterien entschieden werden soll, welche Zielgruppe speziell angesprochen werden soll. Bereits heute bestehen zielgruppengenaue Ansprachen nach geografischen und altersbedingten Aspekten (regionale Angebote der Landesrundfunkanstalten bzw. Kinder- und Jugendangebote) sowie monothematische Ausrichtungen (z. B. Politik [z. B. phoenix], Kultur [z. B. rbb Kultur]). Darüber hinaus sollte es keine kleinteiligere Angebotsstruktur, z. B. für Sport, Film, Show, Ratgeber, etc., kombiniert mit einer altersgruppenspezifischen Aufgliederung geben. Eine solche Fragmentierung kann am Ende im Widerspruch zum Ziel eines übergeordneten gesellschaftlichen Zusammenhalts stehen.

	<p>Zugleich steht zu befürchten, dass sich diese Tendenz zur weiteren „Verspartung“ mit der Rückendeckung des angepassten Auftrages auch auf der Ebene des lokalen und regionalen Hörfunks niederschlägt. Dort beobachtet der VAUNET bereits Bestrebungen der Rundfunkanstalten, ihre entsprechenden Hörfunkprogramme immer stärker regional und lokal auszugestalten. Damit machen sie den privaten Radios auf ihren <b>Kernmärkten Konkurrenz. Versteht man nun die Forderungen nach einem „Gesamtangebot für alle“ so, dass</b> auch für diese Märkte spezifische Angebote geschaffen werden sollen, dürfte diese Konkurrenz in Zukunft noch zunehmen.</p> <p>Schließlich ist dieser Vorschlag aus Sicht des VAUNET an sich redundant. Da die Rundfunkanstalten den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sollen, sind sie bereits heute verpflichtet, ihr Angebot auf die Gesamtbevölkerung auszurichten.</p>
<p><sup>5</sup>Bei der Angebotsgestaltung sollen sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und tragen dabei durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt bei.</p>	<p>Zu Satz 5:</p> <p><b>Die Formulierung „Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsen“ gilt es aus Sicht des VAUNET zu streichen.</b> Sie würde die Rundfunkanstalten dazu auffordern, die ihnen zur Verfügung stehenden Rundfunkbeiträge über Bedarf auszuschöpfen. Das steht im Widerspruch zum Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Nach der derzeitigen Praxis, die auf EU-Vorgaben basiert, werden durch Einsparung entstandene Eigenmittel der Rundfunkanstalten bei der Bedarfsermittlung durch die KEF für die folgende Beitragsperiode berücksichtigt. § 26 Abs. 1 S. 5 3. MÄndStV-E würde es den Rundfunkanstalten jedoch <b>nahelegen, Überschüsse für zusätzliche Angebote und Programminhalte („Impulse zur medialen Angebotsvielfalt“) auszugeben.</b> Insofern geht der Vorschlag in die falsche Richtung. Vielmehr müssten weitere gesetzliche Anreize gesetzt werden, welche bei den Rundfunkanstalten zur Generierung von Einsparpotenzialen führen, die dann zur Beitragssenkung bzw. -stabilität eingesetzt werden.</p> <p>Darüber hinaus hält der VAUNET es für bedenklich, die Rundfunkanstalten uneingeschränkt zum Setzen von <b>„Impulsen“ aufzufordern. Zwar soll es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Sinne der Entwicklungsgarantie unbenommen bleiben, z. B. auch technischen Trends zu folgen.</b> Es ist jedoch nicht erforderlich, dass die <b>Rundfunkanstalten sich auf der technischen Ebene als „Impuls“-Geber verstehen und neue technische Standards noch vor Marktreife anwenden.</b> Beispielhaft sei hier auf die Etablierung des Radiostandards DAB <b>verwiesen. Ein „Impuls“-Verständnis ohne Blick auf die Marktverhältnisse und die Entwicklung technischer Standards kann gravierende Folgen für den Markt insgesamt haben.</b> Noch am Anfang ihrer Entwicklung stehenden Innovationen und ihren zum Teil noch nicht voll ausgereiften Geschäftsmodellen droht unter massivem Beitragseinsatz eine zusätzliche Konkurrenz. Gerade auf Pay- oder Werbe-Refinanzierung angewiesene Projekte können gegen den Free-Ansatz der Rundfunkanstalten schnell ins Hintertreffen geraten.</p>
<p><sup>6</sup>Allen Bevölkerungsgruppen soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden.</p>	<p>Zu Satz 6:</p> <p>Aus Sicht des VAUNET ist unklar, welchen Mehrwert diese Regelung im Vergleich zur allgemeinen Vorgabe <b>des „Gesamtangebots für alle“</b> in Satz 4 haben soll (sofern letztere überhaupt Bestand haben kann). (siehe oben)</p>

<p><sup>7</sup>Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Belange von Menschen mit Behinderungen und der Anliegen von Familien.</p>	<p>Zu Satz 7: Unklar bleibt auch der Mehrwert von § 26 Abs. 1 S. 7 3. MÄndStV-E. Schließlich sind sämtliche hier genannten Gruppen bereits in Satz 4 („Gesamtangebot für alle“) und Satz 6 („allen Bevölkerungsgruppen“) hinreichend abgedeckt. Die hier genannten Gruppen sollen auch „nur“ „angemessen“ und nicht etwa „besonders“ berücksichtigt werden.</p> <p>Sollte es hierbei jedoch (entgegen dem Wortlaut) um eine „besondere Berücksichtigung“ gehen, ist dies aus Sicht des VAUNET abzulehnen. Es stünde dann zu befürchten, dass die vorgeschlagene Regelung den Rundfunkanstalten als Rechtfertigung für eine weitere „Verspaltung“ ihres Angebots dienen könnte. Zudem würde sich unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung die Frage stellen, warum einzelne Zielgruppen explizit herausgehoben werden, während andere gesellschaftliche relevante Gruppen unerwähnt bleiben.</p>
<p><sup>8</sup>Die öffentlich-rechtlichen Angebote haben [im Schwerpunkt] der Kultur, Bildung, Information und Beratung zu dienen.</p> <p>VAUNET-Änderungsvorschlag: Die öffentlich-rechtlichen Angebote haben schwerpunktmäßig der Kultur, Bildung, Information und Beratung zu dienen.</p>	<p>Zu Satz 8: Der VAUNET wertet Satz 8 insoweit positiv, als dass er die „Unterhaltung“ aus den Schwerpunktbereichen des öffentlich-rechtlichen Auftrags herauslösen und diese künftig in Satz 9 eigenständig regeln soll, sowie die explizite Aufnahme der „Kultur“ in diesen Kanon. Der VAUNET begrüßt die konkrete Fokussierung auf die vier Kernbereiche Kultur, Bildung, Information und Beratung. Gerade im Bereich der Unterhaltung bieten private Medienunternehmen ein vielschichtiges und breites Angebot, so dass es der immensen finanziellen Anstrengungen der Rundfunkanstalten im Unterhaltungssektor nicht im bisherigen Umfang bedarf. Dies gilt umso mehr, als sich in den letzten Jahren durch das starke Wachstum von internationalen Streaminganbietern das Bewegtbildangebot im Bereich der Unterhaltung enorm vergrößert hat.</p> <p>Laut dem 22. KEF-Bericht bilden z. B. in den Hauptprogrammen DasErste und ZDF die Ausgaben für Sport, Unterhaltung und Film nach absoluten Zahlen die größten Kostenblöcke. Auch die Kosten pro Sendeminute sind in diesen Bereichen am höchsten und betragen ein Vielfaches der Kosten pro Sendeminute etwa im Bereich „Politik“.<sup>16</sup></p> <p>Nach Auffassung des VAUNET muss die Schwerpunktsetzung im Medienstaatsvertrag allerdings stärker präzisiert und quantifiziert werden. Ziel muss sein, dass die Kernbereiche Kultur, Bildung, Information und Beratung in den einzelnen Angeboten ausgewogen enthalten sind. Der VAUNET hatte in der Vergangenheit gefordert, dass im öffentlich-rechtlichen Auftrag Information, Bildung und Kultur (ohne Beratung) je zu einem Drittel abgebildet sein müssen und sich diese Quantifizierung auch in den Budgetausgaben wiederfinden muss. Wenn mit der „Beratung“ ein vierter Schwerpunkt zu „Kultur, Bildung, Information“ hinzukommen soll, hieße das, hieße das, dass die Unterhaltung damit auch nicht mehr als ein Fünftel betragen sollte. Nur wenn Unterhaltung klar abgegrenzt nicht mehr einer der Aufgabenschwerpunkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, wird das Ziel eines öffentlich-rechtlichen Profils erreicht. Es muss außerdem verhindert werden, dass z. B. durch eine weite Auslegung der Begriffe „Kultur“ oder „Beratung“ letztlich alle Unterhaltungsformate subsumiert oder mehrstündige Live-Sport-Übertragungen zu 100 Prozent als „Information“ gewertet werden. In Folge sollte zusätzlich vorgegeben werden, dass die Etathöhen und -zuschnitte sich ebenfalls</p>

<sup>16</sup> 22. KEF-Bericht, S. 57, 59

	<p>nach den Schwerpunkten zu richten haben. <b>Die Aufwendungen für „Kultur, Bildung, Information und Beratung“ müssen auch bei den Gesamtaufwendungen die Schwerpunkte bilden.</b></p> <p><b>Die Formulierung „im Schwerpunkt“</b> ist darüber hinaus auch im Allgemeinen zwiespältig. Zum einen richtet sie den Fokus stärker auf die öffentlich-rechtlichen Auftragsbestandteile Kultur, Bildung, Information und Beratung. Zum anderen weicht sie die Auftragsdefinition und ihren klaren Fokus wieder auf. Zudem bleibt unklar, ob es künftig ausreichen soll, wenn lediglich das öffentlich-rechtliche Gesamtangebot diesen Schwerpunkten dient, während Einzelangebote auch völlig andere Zwecke verfolgen dürfen. Dennoch bevorzugt der VAUNET die Aufnahme der Formulierung durch eine Streichung des Klammerzusatzes und die Einfügung des <b>Wortes „schwerpunktmäßig“</b>.</p>
<p><sup>9</sup>Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entspricht, ist Teil des Auftrags.</p> <p>VAUNET-Änderungsvorschlag:  <sup>9</sup>Unterhaltung, hat einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil zu entsprechen. <sup>10</sup>Sie muss zur Erfüllung der Schwerpunkte Kultur, Bildung, Information; und Beratung beitragen. <sup>11</sup>Anteil der Unterhaltung an den Inhalten eines öffentlich-rechtlichen Angebots darf [im Jahresdurchschnitt] 20 vom Hundert nicht überschreiten.</p>	<p>Zu Satz 9:  Der VAUNET begrüßt, dass Satz 9 deutlicher herausstellt, dass Unterhaltung per se kein Kernbestandteil des Auftrages ist. Während Unterhaltung bislang lediglich einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen „soll“, wäre sie ohne eine solche Entsprechung künftig nicht mehr vom Auftrag der Rundfunkanstalten umfasst.</p> <p>Umso wichtiger ist dann aber <b>eine Klarstellung, wann Unterhaltung einem „öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil“ entspricht</b>. Hier bedarf es einer Konkretisierung. Jedenfalls dürfte sich diese Voraussetzung nicht in einem Verweis auf die allgemeinen Ausführungen zum Auftrag in den Sätzen 1-4 sowie auf die Programmgrundsätze in Absatz 2 erschöpfen, sondern es muss mindestens hervorgehen, dass Unterhaltung den in Satz 8 genannten Kernbereichen Kultur, Bildung, Information und Beratung dienen muss. Zudem sollte klargestellt werden, dass der Verweis auf das öffentlich-rechtliche Angebotsprofil auch als Abgrenzung zu den Unterhaltungsangeboten der privaten Anbieter zu verstehen ist.</p> <p>Auch wenn der vorliegende 3. MändStV-E Fragen der Finanzierung noch ausklammert, ist aus Sicht des VAUNET zudem sicherzustellen, dass sich der dienende Charakter der Unterhaltung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch in den finanziellen Aufwendungen der Rundfunkanstalten widerspiegelt. Es wäre zum Beispiel mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Auftrag nicht zu rechtfertigen, wenn Nachrichtenprogramme oder Kultursender unterfinanziert bleiben und in Randbereiche verlagert werden müssten, während gleichzeitig (weiterhin) große Summen für Sportübertragungen oder andere Unterhaltungsformate aufgewendet werden.</p>
<p>[<sup>10</sup>Das öffentlich-rechtliche Angebotsprofil soll in den eigenen Rundfunkprogrammen und Telemedienangeboten in besonderem Maße dort wahrnehmbar sein, wo die Nutzung dieser Angebote üblicherweise besonders hoch ist.]</p> <p>VAUNET-Änderungsvorschlag:</p>	<p>Zu Satz 10:  Grundsätzlich begrüßt der VAUNET das Anliegen des Gesetzgebers, dass der öffentlich-rechtliche Auftrag der Rundfunkanstalten sich vor allem dort erfüllen muss, wo die öffentlich-rechtlichen Angebote ihre stärkste Nutzung erfahren, sprich die sogenannte „Primetime-Regelung“. Dies könnte zu einem faireren Wettbewerb zwischen privaten Anbietern und Rundfunkanstalten führen. Es ist wettbewerbsverzerrend, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk den privaten Anbietern in der Hauptsendezeit der Rundfunkprogramme und auf den Start- und Hauptseiten bzw. in der Hauptnavigation der Telemedienangebote mit einem Überangebot an Sport und Unterhaltung (wie z. B. Krimis, (Rate-)Shows oder Comedy-Sendungen etc.)</p>

<sup>1012</sup>Das öffentlich-rechtliche Angebotsprofil soll in den eigenen Rundfunkprogrammen und Telemedienangeboten insbesondere dort wahrnehmbar sein, wo die Nutzung dieser Angebote üblicherweise besonders hoch ist, vor allem in den Hauptsendezeiten und auf der Startseite und die Hauptnavigation von Telemedienangeboten im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 14 lit. b); an diesen Stellen sollen sich öffentlich-rechtliche Angebote deutlich von vergleichbaren Angeboten privater Anbieter unterscheiden.

Marktanteile streitig macht. 2019 lag der Unterhaltungsanteil (Unterhaltung, Sport und fiktionale Filme und Serien) in der Primetime bei DasErste und dem ZDF bei rund 70 Prozent (67,5 % bei DasErste und 64,5 % beim ZDF). Auch der Fiktion-Anteil (innerhalb der Unterhaltung) war sehr hoch und betrug 50 Prozent (49 % bei DasErste und sogar 53 % beim ZDF).<sup>17</sup> Gleiches gilt für das Radio. Laut der ARD-Hörfunkstatistik 2019 überwiegen im ARD-Gesamtangebot Unterhaltung (inkl. Rock-/Popmusik) und Werbung mit 51 Prozent gegenüber Information, Bildung und Kultur (inkl. Klassik) (49 %).<sup>18</sup> In bestimmten Angebotsbereichen ist das Unterhaltungsangebot sogar deutlich dominanter. **Bei den „jungen Hörfunkwellen“ der ARD**, die sich an junge Hörer:innen richten, liegt der Anteil von Information, Bildung und Kultur bei rund 9 Prozent. Auf Unterhaltung (inkl. Rock-Popmusik) und Werbung entfallen 91 Prozent.<sup>19</sup>

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat durch die Beitragsfinanzierung gerade das Privileg und die Freiheit einer nicht marktorientierten Gewichtung. Zudem konterkariert eine Auslagerung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags in den Bereichen Information, Bildung und Kultur auf Randzeiten, in Spartenprogramme oder ins Internet den Sinn und Zweck des Auftrags und kann eine Beitragsfinanzierung nicht legitimieren.

Jedoch sollte die Norm noch konkreter ausgestaltet sein, wie es zum Beispiel im ORF-Gesetz (dort § 4 Abs. 3) oder in der SRG-Konzession (dort Art. 9) der Fall ist. Dort wird jeweils als Gebot für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgesehen, dass sein Angebot sich von kommerziellen Anbietern zu unterscheiden hat. Jedenfalls zur Hauptsendezeit muss das auch in Deutschland gelten. Zwar deutet der Verweis auf das öffentlich-rechtliche Angebotsprofil bereits darauf hin, dass sich die Angebote der Rundfunkanstalten an den betroffenen Stellen deutlich von den Angeboten der Privaten unterscheiden müssen. Darüber hinaus sollte diese Abgrenzung allerdings auch ausdrücklich im Wortlaut des MStV verankert werden. Auch wäre es wünschenswert, klarer zu definieren, wo und wann die Nutzung der öffentlich-rechtlichen Angebote „üblicherweise besonders hoch ist“. **Aus Sicht des VAUNET trifft dies** jedenfalls auf die Hauptsendezeit (TV: 20:15 bis 23:15 Uhr; Radio: 06:00 bis 12:00 sowie 16:00 bis 18:00 Uhr) sowie auf die Startseite und die Hauptnavigation der Mediatheken und der Telemedienangebote zu.

Der Gesetzgeber sollte im Telemedienbereich auch deutlich die Gestaltung der Navigationselemente und Empfehlungssysteme einbeziehen. Durch ihre eigenen Navigationselemente und Empfehlungssysteme sollen die Rundfunkanstalten die Nutzer ihrer Telemedienangebote zuvorderst zu Inhalten leiten, die dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen (siehe dazu auch die Anmerkung zu § 30 Abs. 4 S. 2 3. MÄndStV-E).

<sup>17</sup> Auswertung auf Basis von Daten der AGF Videoforschung

<sup>18</sup> Media Perspektiven Basisdaten. Daten zur Mediensituation in Deutschland 2020, ARD-Hörfunkstatistik 2019, S. 11

<sup>19</sup> ARD-Hörfunkstatistik 2017 (Puls [BR]), Bremen NEXT [RB], DASDING [SWR], 1LIVE [WDR], 1LIVE diggi [WDR]), Fritz [rbb]), MDR SPUTNIK, N-JOY [NDR], UNSERDING [SR], YOU FM [hr]). Jüngere Daten für einzelne ARD-Hörfunkangebote liegen nicht vor.

<p>(2) <sup>1</sup>Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und hohen journalistischen Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zum Schutz von Persönlichkeitsrechten verpflichtet. <sup>2</sup>Ferner sollen sie die einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit achten und eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen.</p>	<p>Zu Absatz 2:  Einer Änderung des § 26 Abs. 2 MStV hätte es nicht unbedingt bedurft. <b>Die Einfügung der Begriffe „verfassungsmäßige Ordnung, hohen journalistischen Standards, insbesondere den Grundsätzen der Wahrheit, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zum Schutz von Persönlichkeitsrechten“</b> sollte bereits von den bestehenden „Grundsätzen der Objektivität und Unparteilichkeit“ erfasst sein.</p> <p>Auch die Nennung „einer möglichst breiten Themen- und Meinungsvielfalt“ ist aus Sicht des VAUNET durch die <b>Pflicht zur „Berücksichtigung der Meinungsvielfalt“ abgedeckt</b>. Hier könnte das Risiko bestehen, dass die Rundfunkanstalten die <b>Pflicht zur Darstellung einer „möglichst breiten Themenpalette“</b> zum Anlass für einen weiteren Angebotsausbau in Form von Special Interest- sowie Sparten- und Zielgruppenangeboten nehmen, die dann wiederum in Konkurrenz zu Angeboten privater Medien treten (z. B. Film- oder Sportangebote oder regionalisierte Hörfunkangebote).</p>
<p>§ 28 Fernsehprogramme</p> <p>(1) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten veranstalten gemeinsam <b>das Vollprogramm „Erstes Deutsches Fernsehen (Das Erste)“</b>. folgende Fernsehprogramme:</p> <p>1. <del>das Vollprogramm „Erstes Deutsches Fernsehen (Das Erste)“</del>,</p> <p>2. <del>zwei Programme als Zusatzangebote nach Maßgabe der als Anlage beigefügten Konzepte, und zwar die Programme</del></p> <p style="margin-left: 20px;">a) <del>„tagesschau24“ und</del></p> <p style="margin-left: 20px;">b) <del>„EinsFestival“</del>.</p> <p>(2) Die Dritten Fernsehprogramme einschließlich regionaler Auseinanderschaltungen werden von einzelnen oder mehreren in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten nach Maßgabe ihres jeweiligen Landesrechts veranstaltet, und zwar jeweils durch</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <del>des</del> den Bayerischen Rundfunks (BR),</li> <li>2. <del>des</del> den Hessischen Rundfunks (HR),</li> <li>3. <del>des</del> den Mitteldeutschen Rundfunks (MDR),</li> <li>4. <del>des</del> den Norddeutschen Rundfunks (NDR),</li> </ol>	<p>Vorbemerkung zu §§ 28 Abs. 5, 32a 3. MÄndStV-E:</p> <p>Die Einführung des Flexibilisierungsmechanismus in §§ 28 Abs. 5, 32a 3. MÄndStV würde den Rundfunkanstalten mehr Befugnisse übertragen, selbst über die Zusammensetzung ihres Angebotsportfolios zu entscheiden – sowohl im Bereich der Telemedien als auch beim Rundfunk. Dazu soll § 32a 3. MÄndStV-E den Anstalten die Entscheidung über die Überführung, den Austausch oder die Einstellung der künftig in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E genannten Rundfunkprogramme überlassen.</p> <p>Aus Sicht des VAUNET kann aber <u>nur der Gesetzgeber</u> den Auftrag zur Veranstaltung bestimmter Rundfunkprogramme erteilen und ihn auch wieder ändern oder entziehen. Eine den Rundfunkanstalten ausgestellte Blankovollmacht, selbst darüber zu entscheiden, ob und wann sie bestehende Rundfunkprogramme in On-line-Angebote überführen, sie einstellen oder durch völlig andere Rundfunkprogramme austauschen, entzieht den Landesparlamenten die konkrete Mitbestimmungsmöglichkeit und verletzt das verfassungsrechtliche Gebot der positiven Ausgestaltung der dualen Rundfunkordnung durch den Gesetzgeber. Der Beschluss des BVerfG zum Rundfunkbeitrag vom 22. Juli 2021 unterstreicht den Grundsatz: „Es bleibt Sache des Gesetzgebers, den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG zur Vielfaltsicherung auszugestalten und die entsprechenden medienpolitischen und programmleitenden Entscheidungen zu treffen; ihm kommt dabei ein weiter Gestaltungsspielraum zu.“<sup>20</sup></p> <p>Aufgrund der umfassenden Entscheidungsfreiheit der Rundfunkanstalten ist es im Gegenzug völlig offen, ob und wann der durch diese Regelungen angelegte Transformationsprozess überhaupt stattfinden wird. Auch, wenn die in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E <b>genannten Programme nur noch „solange und soweit“ als beauftragt</b> gelten sollen, wie sie nicht überführt, eingestellt oder ausgetauscht wurden, ist darin kein Ablaufdatum zu</p>

<sup>20</sup> BVerfG (22. Juli 2021, 1 BvR 2756/20, 2775/20 und 2777/20, Rn. 84

<p>5. <del>von</del> Radio Bremen (RB),  6. <del>vom</del> den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB),  7. <del>des</del> den Südwestrundfunks (SWR),  8. <del>des</del> den Saarländischen Rundfunks (SR) und  9. <del>des</del> den Westdeutschen Rundfunks (WDR).  2. <del>das Spartenprogramm „ARD-alpha“ mit dem Schwerpunkt Bildung vom BR.</del></p>	<p>erkennen. Somit könnten die Anstalten sämtliche Angebote unverändert fortbestehen lassen und gleichzeitig weiterhin regelmäßig finanzielle Mehrbedarfe für deren Bereitstellung anmelden.</p> <p>Abgesehen davon, dass aus Sicht des VAUNET nur der Gesetzgeber den Auftrag zur Veranstaltung bestimmter Rundfunkprogramme erteilen sollte, fordert der Verband daher einerseits zwingende Vorgaben, nach denen die Rundfunkanstalten dazu verpflichtet sind, einen Transformationsprozess nach § 32a 3. MÄndStV-E bezüglich der in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E anzustoßen und die danach zum Zweck der Auftragserfüllung und der Einhaltung des Gebots der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erforderlich erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen. Andererseits muss das dafür geltende Verfahren so ausgestaltet sein, dass die berechtigten Belange der Beitragszahler, privater Medienanbieter und sonstiger Dritter bei den maßgeblichen Entscheidungen hinreichend berücksichtigt werden können (vgl. insofern die Anmerkungen zu § 32a 3. MÄndStV-E).</p>
<p>(3) Das ZDF veranstaltet <del>das Vollprogramm „Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)“</del> folgende Fernsehprogramme:</p> <p>1. <del>das Vollprogramm „Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)“</del>  2. <del>zwei Programme als Zusatzangebote nach Maßgabe der als Anlage beigefügten Konzepte, und zwar die Programme</del>  — a) <del>„ZDFinfo“ und</del>  b) <del>„ZDFneo“.</del></p> <p>(4) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF veranstalten gemeinsam folgende Fernsehprogramme:</p> <p>1. <del>das Vollprogramm „3sat“ mit kulturellem Schwerpunkt unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter und</del>  2. <del>das Vollprogramm „arte – Der Europäische Kulturkanal“ unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter.</del>  3. <del>das Spartenprogramm „PHOENIX – Der Ereignis- und Dokumentationskanal“ und</del>  4. <del>das Spartenprogramm „KIKA – Der Kinderkanal“.</del></p>	<p>Zu § 28 3. MÄndStV-E</p> <p>Durch die vorgeschlagene Neugestaltung von § 28 3. MÄndStV-E entfallen die Verweise in Abs. 1 Nr. 2 sowie Abs. 3 Nr. 2 auf die dem MStV bislang beigefügten Konzepte für die digitalen Zusatzprogramme der Rundfunkanstalten. Diese Konzepte sind allerdings ein wesentlicher Bestandteil des Beihilfenkompromisses (vgl. Europäische Kommission, Mitteilung vom 24. April 2007, K(2007)1761, Rn. 335 f.). Die Rundfunkanstalten sollen danach in einem förmlichen Verfahren Konzepte für ihre digitalen Zusatzprogramme auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben zum allgemeinen Programmauftrag entwickeln. Dies war aus Sicht der europäischen Kommission eine der wesentlichen Maßnahmen, um den Umfang und Zweck der digitalen Zusatzprogramme hinreichend deutlich zu machen und für Planungssicherheit bei privaten Anbietern sowie ein hinreichendes Maß an Kontrolle durch die zuständigen Gremien zu sorgen (ebd., Rn. 360).</p> <p>Vor diesem Hintergrund muss in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E zusätzlich aufgenommen werden, dass die dem MStV bislang beigefügten Programmkonzepte fortgelten, solange und soweit die betroffenen Angebote nicht nach § 32a 3. MÄndStV-E überführt, eingestellt oder ausgetauscht wurden. Zudem sind bei § 32a 3. MÄndStV-E Vorkehrungen aufzunehmen, um sicherzustellen, dass danach vorgenommene Veränderungen bei den digitalen Zusatzprogrammen weiterhin hinreichend von einem Programmkonzept gedeckt sind.</p> <p>Unklar ist, wie das vierte Kriterium des § 28 Abs. 5 S. 1 3. MÄndStV-E („oder – soweit erforderlich – ein Verfahren nach § 32“ durchgeführt worden ist“) zu verstehen ist. Danach sollen die in Absatz 5 genannten TV-Programme weiterhin beauftragt sein, solange und soweit für das TV-Programm kein Drei-Stufen-Test (§ 32 MStV) durchgeführt worden ist. Insbesondere ist unklar, inwiefern ein Verfahren nach dem Drei-Stufen-Test, den § 32 MStV ausschließlich für Telemedienangebote vorsieht, sich überhaupt auf die Beauftragung linearer Programme auswirken kann. Darüber hinaus ist fraglich, ob neben dem neuen Flexibilisierungsmechanismus überhaupt noch Raum für ein Verfahren nach § 32 MStV bestehen soll. Insofern regelt § 32a Abs. 1 S. 2 3. MÄndStV-E für den neuen Flexibilisierungsmechanismus, dass für eine „Überführung, auch soweit diese in ein Telemedienangebot erfolgt“, ausschließlich das Verfahren nach § 32a Abs. 2 bis 4 3. MÄndStV-E Anwendung finden soll.</p>

<p>(5) <sup>1</sup>Die nach dem Medienstaatsvertrag – MStV – vom 14. – 28. April 2020 gemäß dessen § 28 Abs. 1 Nr. 2 (tagesschau24; EinsFestival), Abs. 2 Nr. 2 (ARD-alpha), Abs. 3 Nr. 2 (ZDFinfo; ZDFneo) und Abs. 4 Nr. 3 (PHOENIX) und Nr. 4 (KI.KA) veranstalteten Fernsehprogramme sind weiterhin beauftragt, solange und soweit das Angebot nicht nach § 32a überführt, eingestellt oder ausgetauscht oder – soweit erforderlich – ein Verfahren nach § 32 durchgeführt worden ist. <sup>2</sup>Die Gesamtzahl der Fernsehprogramme darf die Zahl der zum [Inkrafttreten des Staatsvertrags] verbreiteten Fernsehprogramme nicht übersteigen.</p>	<p>Die in § 28 Abs. 5 S. 2 3. MÄndStV-E festgeschriebene Deckelung des Gesamtangebots ist grundsätzlich zu begrüßen, da somit keine Auftragsausweitung im Rundfunkbereich erfolgt. Zugleich kommt es aber auch zu keiner expliziten Senkung der Programmmzahl. Letztlich können Angebotsreduzierungen zu Kostensenkung und Beitragsstabilität beitragen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk verfügt über ein im internationalen Vergleich äußerst umfassendes nationales Programmangebot (19 Fernsehprogramme, 68 terrestrische Radioprogramme und einem Inhalte-Katalog für Telemedien von mehr als 250.000 Filmen, Dokumentationen, Satire- und Serienstoffen<sup>21</sup>), dessen Umfang und die damit verbundenen Ausgaben regelmäßig überprüft und gegebenenfalls unter Beitragsstabilitätsgesichtspunkten korrigiert werden sollte.</p> <p>Der VAUNET hält es für zwingend erforderlich, dass es neben den Programmmzahldeckelungen im Rundfunkbereich (für Hörfunk § 29 Abs. 2. S. 1 MStV, für TV § 28 MStV bzw. § 28 Abs. 5 S. 2 3. MÄndStV-E) auch eine quantitative gesetzlich festgeschriebene Obergrenze für den öffentlich-rechtlichen Telemedienbereich gibt, die über das von den Rundfunkanstalten selbst konzipierte Verweildauerkonzept hinausgeht. Nachdem der Gesetzgeber im Rundfunkbereich quantitative Deckelungen eingeführt hat, um damit zum einen eine Balance in der dualen Rundfunkordnung und zum anderen Beitragsstabilität zu schaffen, muss er dies auch im Telemedienbereich vollziehen.</p>
<p>§ 30 Telemedienangebote</p> <p>(1) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio bieten Telemedienangebote nach Maßgabe des § 2 Abs. 2 Nr. 29 unter Einbeziehung einer gemeinsamen Plattformstrategie an.</p>	<p>Zu Absatz 1:</p> <p>Für den VAUNET bleibt offen, welche Ziele mit einer gemeinsamen Plattformstrategie verfolgt werden sollen. Sie könnte dazu beitragen, die Vielzahl paralleler Angebote der verschiedenen Anstalten zu reduzieren und damit eine effizientere Auftrags Erfüllung fördern.</p> <p>Der vorgeschlagene Wortlaut ist allerdings nicht hinreichend konkret, insbesondere angesichts der Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten, die sich den Anstalten eröffnen. Eine „gemeinsame Plattformstrategie“ darf nicht zulasten der privaten Anbieter gehen, die bei ihren eigenen Telemedien-Strategien zahlreichen rechtlichen und wirtschaftlichen Zwängen unterworfen sind (z. B. aufgrund kartellrechtlicher Verbotsnormen oder zur Abgrenzung von den Angeboten der großen Digitalkonzerne).</p> <p>Zu vermeiden wäre daher insbesondere, dass die vorgeschlagene Ergänzung als Auftrag verstanden wird, <b>eine anstaltsübergreifende „Super-Mediathek“ zu etablieren</b> – sei es unmittelbar durch die Schaffung eines neuen, anstaltsübergreifenden Telemedienangebots oder mittelbar durch die Integration von Inhalten anderer (europäischer) Rundfunkanstalten in eine bestehende Mediathek (z. B. über ein „Embedding“). Letzteres wäre insbesondere dann bedenklich, wenn durch eine Einbindung von Inhalten aus anderen Mediatheken/Telemedienangeboten Beschränkungen des § 30 MStV umgangen werden würden. Bereits jetzt nutzen ARD und ZDF z. B. die 2021 gestartete Vernetzung mit den arte-Telemedien, um entgegen § 30 MStV in ihren Mediatheken nicht-europäische Werke anzubieten.</p>

<sup>21</sup> ARD/ZDF-Pressemitteilung, 21.06.2021



	<p>Genauso wenig darf in dem vorgeschlagenen Wortlaut ein Auftrag gesehen werden, öffentlich-rechtliche <b>Angebote vermehrt auf den „Plattformen“ großer Digitalkonzerne zu verbreiten. Vielmehr muss es diesbezüglich – wenn überhaupt – bei dem schon heute geltenden Grundsatz bleiben, dass ein Angebot öffentlich-rechtlicher Inhalte auf solchen Plattformen nur ausnahmsweise zulässig ist (vgl. dazu im Detail die Ausführungen zu Absatz 4 Satz 5).</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Der Auftrag nach Absatz 1 umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sendungen ihrer Programme auf Abruf vor und nach deren Ausstrahlung sowie eigenständige audiovisuelle Inhalte,</li> <li>2. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von europäischen [und nicht-europäischen] Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind, vor und nach deren Ausstrahlung sowie als eigenständiger audiovisueller Inhalt bis zu dreißig Tage <del>nach deren Ausstrahlung</del>, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist [: soweit es sich dabei um nicht-europäische Werke handelt, darf der Anteil angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien nicht 10 vom Hundert der bereitgestellten Sendeminuten der vorgenannten Produktionen übersteigen],</li> <li>3. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von Großereignissen gemäß § 13 Abs. 2 sowie von Spielen der 1. und 2. Fußball-Bundesliga bis zu sieben Tage danach,</li> <li>4. zeit- und kulturgeschichtliche Archive mit informierenden, bildenden und kulturellen Telemedien.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Im Übrigen bleiben Angebote nach Maßgabe der §§ 40 bis 44 unberührt.</p> <p>VAUNET-Änderungsvorschlag zu Nr. 2:</p>	<p>Zu Absatz 2 Satz 1 Nr. 2: § 30 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 3. MÄndStV-E enthält zwei weitreichende Vorschläge, die aus Sicht des VAUNET jeweils abzulehnen sind:</p> <p>Erstens darf es keine Ausweitung der Verfügbarkeit von nicht-europäischen Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind (kurz nichteuropäische Lizenzwerke) in den Mediatheken geben. Dies könnte anderenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Lizenzmärkte haben. Für Lizenzwerke gibt es reichlich private Medienangebote auf Abruf. Es gibt daher keinen Grund, diese Inhalte im Bereich beitragsfinanzierter Angebote vorzusehen. Jedenfalls sind die Mediatheken und Telemedienangebote der Rundfunkanstalten offenbar auch bereits ohne die Einbindung internationaler Werke äußerst attraktiv, was ihr wachsender Erfolg bescheinigt.</p> <p><b>Zweitens ist die Aufgabe des Sendungsbezugs („nach deren Ausstrahlung“, „eigenständiger audiovisueller Inhalt“) bei zugekauften europäischen Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind (kurz europäische Lizenzwerke) und nicht-europäischen Werken abzulehnen.</b> Es gilt insbesondere zu verhindern, dass ARD und ZDF zukünftig massentaugliche Lizenzwerke als Online-Only-Inhalte einkaufen, um ihre Mediatheken kommerziell attraktiv zu machen. Aus Sicht der privaten Anbieter ist dies eine reale Bedrohung, die den Wettbewerb im OTT- und VoD-Markt und die hier entwickelten Geschäftsmodelle in Frage stellt. Das wird noch dadurch verstärkt, dass § 30 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 3. MÄndStV-E keinerlei Deckelung für den Umfang an Online-Only-Lizenzware in den Mediatheken/Telemedienangeboten der Rundfunkanstalten vorsieht. Die vorgeschlagene Regelung würde es vielmehr erlauben, unbegrenzt viele Online-Only-Inhalte einzustellen, solange pro Inhalt die maximale Verweildauer von 30 Tagen bzw. für Nicht-EU-Werke die Deckelung auf 10 Prozent der insgesamt verfügbaren Lizenzwerke eingehalten wird. Es ist daher zwingend erforderlich, den Anteil an Online-Only-Inhalten innerhalb der Mediatheken insgesamt effektiv zu begrenzen, jedenfalls soweit Lizenzwerke betroffen sind. Einen weiteren Ausbau von Online-Only-Inhalten sieht der VAUNET schließlich auch im Hinblick auf den Integrationsauftrag der Rundfunkanstalten nach wie vor kritisch. Zuschauer:innen, die die Angebote der Rundfunkanstalten lediglich über die traditionellen Übertragungswege empfangen, können Online-Only-Inhalte nicht nutzen.</p> <p>Auch eine gesetzlich festgeschriebene Online-First-Regelung (auf Abruf vor Ausstrahlung im Rundfunkprogramm) für europäische Werke lehnt der VAUNET ab. Es ist angesichts der in den jüngsten Telemedienänderungskonzepten der Rundfunkanstalten von 2021, welche Online-First-Regelungen für Eigen- und Auftragsproduktionen vorsehen, davon auszugehen, dass die Rundfunkanstalten diese künftige Liberalisierung</p>

<p>Sendungen ihrer Programme auf Abruf von europäischen <del>[und nicht europäischen]</del> Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind, <del>vor und nach deren Ausstrahlung sowie als eigenständiger audiovisueller Inhalt bis zu dreißig Tage nach deren Ausstrahlung, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist [-; soweit es sich dabei um nicht-europäische Werke handelt, darf der Anteil angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien nicht 10 vom Hundert der bereitgestellten Sendeminuten der vorgenannten Produktionen übersteigen];</del></p>	<p>ebenfalls intensiv nutzen werden. <b>„Online-First“ ohne zeitlichen Anker kann bedeuten, dass die Ausstrahlung im Fernsehen oder Radio erst Monate oder Jahre später erfolgen kann.</b> Der VAUNET schlägt vor, den frühesten Zeitpunkt für ein Vorab-Online-Stellen von linearen Inhalten auf eine Woche vor Ausstrahlung festzulegen.</p> <p>Abgesehen davon, dass es gar nicht zu einer Online-First-Regelung kommen sollte, ist eine Änderung hinsichtlich des Wortlauts für die 30-Tage-Frist vorzunehmen. Hier sollte klargestellt werden, dass ein Inhalt <b>„insgesamt bis zu 30 Tage“ in der Mediathek/Telemedien verbleiben darf. Die derzeitige Formulierung ist zu unklar, wenn sie vorgibt, dass Inhalte vor und nach der Ausstrahlung „sowie“ als Online-Only-Inhalte bis zu 30 Tage online gestellt werden dürfen.</b> Offen ist dabei insbesondere, wie die Höchstfrist berechnet wird, wenn Inhalte nach Online-Only-Veröffentlichung doch noch im linearen Programm ausgestrahlt werden. Umgekehrt dürfen Inhalte jedenfalls dann nicht mehr als „online only“ bereitgestellt werden, wenn sie zuvor bereits im linearen Programm ausgestrahlt wurden – dann liegt nämlich kein „eigenständiger“ Inhalt mehr vor.</p> <p>Der Gesetzgeber sollte im Medienstaatsvertrag ebenfalls festhalten, dass ein Anbieten von Lizenzwerken auf die eigenen Portale beschränkt ist und kein Anbieten über Drittplattformen erfolgen darf.</p>
<p>(3) <sup>1</sup>Durch die zeitgemäße Gestaltung der Telemedienangebote nach Maßgabe des § 26 Abs. 1 soll allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht, Orientierungshilfe geboten, Möglichkeiten der interaktiven Kommunikation angeboten sowie die technische und inhaltliche Medienkompetenz aller Generationen und von Minderheiten gefördert werden. <sup>2</sup>Diese Gestaltung der Telemedienangebote soll die Belange von Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigen, insbesondere in Form von Audiodeskription, Bereitstellung von Manuskripten oder Telemedien in leichter Sprache.</p>	
<p>(4) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio bieten ihre Angebote in möglichst barrierefrei zugänglichen elektronischen Portalen an und fassen ihre Programme unter elektronischen Programmführern zusammen. <sup>2</sup>Soweit sie in ihren Telemedienangeboten Empfehlungssysteme nut-</p>	<p>Zu Absatz 4 Satz 2: Der VAUNET begrüßt den Vorschlag für Satz 2. Soweit die Rundfunkanstalten Empfehlungssysteme innerhalb ihrer Telemedienangebote einsetzen, müssen diese klar von vergleichbaren Systemen der privaten Anbieter abgegrenzt sein. Während private Angebote mit ihren Empfehlungssystemen zu Recht vor allem das Interesse verfolgen, ihren Nutzern durch möglichst personalisierte Empfehlungen attraktive Inhalte vorzuschlagen, die diese stärker und länger an ihr Angebot binden, sollten derartige Erwägungen bei den öffentlich-rechtlichen Angeboten keine übergeordnete Rolle spielen. Vielmehr muss der öffentlich-rechtliche Integrationsauftrag bei den Empfehlungen in den Mediatheken der Rundfunkanstalten im Vordergrund stehen.</p>

<p>zen oder anbieten, sollen diese einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen.<sup>2</sup><del>Soweit dies zur Erreichung der Zielgruppe aus journalistisch-redaktionellen Gründen geboten ist, können sie Telemedien auch außerhalb des dafür jeweils eingerichteten eigenen Portals anbieten.</del></p>	<p>Deshalb sollten dort vor allem solche Inhalte empfohlen werden, die dem besonderen öffentlich-rechtlichen Profil entsprechen – insbesondere also Inhalte zu Kultur, Bildung, Information und Beratung.</p> <p>Zudem sollte durch die Gremien regelmäßig fachkundig evaluiert werden, ob die Empfehlungssysteme tatsächlich den vorgeschlagenen gesetzlichen Anforderungen (offener Meinungsbildungsprozess und breiter inhaltlicher Diskurs) gerecht werden.</p> <p>Ein entsprechendes Verständnis des Vorschlages für Satz 2 sollte die Begründung des 3. MÄndStV-E klarstellen.</p>
<p><sup>3</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio sollen ihre Telemedien, die aus journalistisch-redaktionellen Gründen dafür geeignet sind, miteinander vernetzen, insbesondere durch Verlinkung. <sup>4</sup>Sie sollen auch auf Inhalte verlinken, die Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur anbieten und die aus journalistisch-redaktionellen Gründen für die Telemedienangebote geeignet sind. <sup>5</sup>Soweit dies zur Erreichung der Zielgruppe aus journalistisch-redaktionellen Gründen geboten ist, können sie Telemedien auch außerhalb des dafür jeweils eingerichteten eigenen Portals anbieten.</p>	<p>Zu Absatz 4 Satz 5 (ex Satz 2):</p> <p>Auch wenn der 3. MÄndStV-E insofern keine inhaltliche Änderung mit sich bringt, gibt der VAUNET nochmals zu bedenken, dass eine Bereitstellung öffentlich-rechtlicher Telemedien über Drittplattformen sachlich nicht gerechtfertigt ist. Dies gilt erst recht für das Angebot von Inhalten, die für Drittplattformen maßgeschneidert und/oder ausschließlich dort veröffentlicht werden. Letzteres verbietet nach Ansicht des VAUNET <b>bereits der heutige Wortlaut, der es den Rundfunkanstalten lediglich erlaubt, ihre Inhalte „auch“ (aber eben nicht „ausschließlich“) auf Drittplattformen anzubieten. Letztlich</b> muss sich die Präsenz der Rundfunkanstalten auf Drittplattformen daher auf Marketingmaßnahmen wie Teaser oder Trailer unter Verweis auf die eigenen Telemedienangebote der Anstalten beschränken. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist an sich (auch finanziell) in der Lage, alle Zielgruppen über seine eigenen Portale zu erreichen. Er ist nicht darauf angewiesen, seine Inhalte darüber hinaus auch auf kommerziellen Online-Plattformen anzubieten.</p> <p>Gleichzeitig haben solche Angebote auf Drittplattformen negative Auswirkungen für private Anbieter: Die relevanten Online-Plattformen sind auf den einschlägigen Märkten (z. B. auf dem Online-Werbemarkt) ohnehin schon marktmächtig. Durch die kostenlose Bereitstellung von beitragsfinanzierten Inhalten verstärken die Anstalten diese Stellung.</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Nicht zulässig sind in Telemedienangeboten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Werbung mit Ausnahme von Produktplatzierung,</li> <li>2. das Angebot auf Abruf von angekauften Spielfilmen und angekauften Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind mit Ausnahme der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 genannten <del>europäischen</del> Werke,</li> <li>3. eine flächendeckende lokale Berichterstattung,</li> <li>4. die in der Anlage zu diesem Staatsvertrag aufgeführten Angebotsformen.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Für Produktplatzierung nach Satz 1 Nr. 1 gelten § 8 Abs. 7 und § 38 entsprechend.</p>	<p>Zu Absatz 5 Nr. 2:</p> <p>Die Streichung von „europäischen“ bei Lizenzwerken lehnt der VAUNET ab. Wie bereits erläutert, darf es aus Sicht des VAUNET keine Ausweitung der Verfügbarkeit von nichteuropäischen Lizenzwerken in den Mediatheken/Telemedien geben (siehe oben).</p>

<p>§ 31 Satzungen, Richtlinien, Berichtspflichten (1) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio erlassen jeweils Satzungen oder Richtlinien zur näheren Durchführung ihres jeweiligen Auftrags sowie für das Verfahren zur Erstellung von Konzepten für Telemedienangebote und das Verfahren für neue Telemedienangebote oder wesentliche Änderungen. <sup>2</sup>Die Satzungen oder Richtlinien enthalten auch Regelungen zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Gremienentscheidungen. <sup>3</sup>Die Satzungen oder Richtlinien sind im Internetauftritt der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF oder des Deutschlandradios zu veröffentlichen.</p> <p>(2) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio veröffentlichen alle zwei Jahre einen Bericht über die Erfüllung ihres jeweiligen Auftrages, über die Qualität und Quantität der bestehenden Angebote sowie die Schwerpunkte der jeweils geplanten Angebote. <sup>2</sup>Der Bericht nach Satz 1 ist den Landtagen zur Kenntnis zu geben.</p>	
<p>(2a) Die zuständigen Gremien der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios wachen über die Erfüllung des Auftrags gemäß § 26.</p> <p>(2b) <sup>1</sup>Zur besseren Überprüfbarkeit im Sinne der Einhaltung des Auftrags gemäß § 26 sollen die zuständigen Gremien den Rundfunkanstalten Zielvorgaben setzen. <sup>2</sup>Hierzu gehören die Festsetzung inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards sowie standardisierter Prozesse zu deren Überprüfung. <sup>3</sup>Die Standards sind in dem Bericht nach Absatz 2 zu veröffentlichen und regelmäßig unter</p>	<p>Zu Absätzen 2a und 2b: Der VAUNET begrüßt es, wenn die Position der zuständigen Gremien im Hinblick auf die Kontrolle der Auftrags Erfüllung durch den vorgeschlagenen Wortlaut gestärkt wird. Der VAUNET hat sich in der Vergangenheit immer wieder für eine Stärkung der Gremien, inklusive der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), ausgesprochen, um die Kontrolle der Rundfunkanstalten, einschließlich seiner kommerziellen Aktivitäten zu verbessern und Transparenz herzustellen.</p> <p>Aus Sicht des VAUNET sind allerdings flankierende Maßnahmen erforderlich, um sicherzustellen, dass die Gremien bei diesem Prozess auch in der Praxis eine aktive Rolle einnehmen können und nicht lediglich die <b>entsprechenden Vorschläge der Rundfunkanstalten „abnicken“</b>. Die entsprechende Fachkompetenz der Gremien sollte daher sichergestellt werden. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Zielvorgaben nach Absatz 2b. In diesem Zusammenhang muss die Formulierung im dortigen Satz 4 in eine „Soll“-Vorschrift umgewandelt werden („... sollen <b>die Gremien externe unabhängige Sachverständige einbeziehen.</b>“).</p>

<p>Berücksichtigung der anerkannten medienwissenschaftlichen Erkenntnisse und publizistischer Praxis zu überprüfen. <sup>4</sup>Bei der Erstellung und Kontrolle dieser Zielvorgaben können die Gremien externe unabhängige Sachverständige einbeziehen.</p> <p><i>VAUNET-Änderungsvorschlag zu Abs. 2b:</i></p> <p><sup>5</sup>Die inhaltlichen und formalen Qualitätsstandards sind erstmals nach zwei Jahren zu evaluieren. Im Verfahren zur Überprüfung der inhaltlichen und formalen Qualitätsstandard ist Dritten in einer Frist von mindestens sechs Wochen die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.</p>	<p>Zudem fehlen bei Absatz 2b noch Vorgaben zur Kontrolle der Einhaltung der neuen Zielvorgaben. So gibt der dortige Satz 3 lediglich vor, dass die festgesetzten Standards im Bericht der Anstalten nach Absatz 2 zu veröffentlichen sind. Ergänzt werden sollte eine Regelung, nach der die Rundfunkanstalten in dem Bericht und gegenüber ihren Gremien auch darüber Rechenschaft ablegen müssen, inwiefern sie die Zielvorgaben erfüllen. Zudem sollten die Gremien ausdrücklich dazu ermächtigt werden, die Erfüllung der Zielvorgaben zu kontrollieren – zum Beispiel durch eine entsprechende Ergänzung in Absatz 2b Satz 1.</p> <p>Die neuen Qualitätsstandards zur Überprüfung der Auftragserfüllung bedürfen einer regelmäßigen Kontrolle. Der Gesetzgeber sollte eine Evaluierung des neuen Regelwerks nach zwei Jahren verankern. In der Evaluierung müssen dann insbesondere die Auswirkungen der Staatsvertragsänderungen auf die privaten Anbieter untersucht werden. Diese Evaluierung sollte eine Anhörung und Einbindung Dritter beinhalten.</p>
<p>(2c) <sup>1</sup>Zur besseren Überprüfbarkeit und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung setzen die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio unter Einbeziehung ihrer zuständigen Gremien und der KEF gemeinsame Maßstäbe fest, die geeignet sind, den Gremien die Bewertung der Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie eine vergleichende Kontrolle der Ressourceneffizienz zu ermöglichen. <sup>2</sup>Absatz 2b Satz 4 gilt entsprechend.</p>	<p>Zu Absatz 2c:</p> <p>Dass Maßstäbe zur besseren Überprüfbarkeit und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung entwickelt werden sollen, ist grundsätzlich zu begrüßen.</p> <p>Allerdings gilt zu beachten, dass die Kontrolle der Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die wesentliche Kernaufgabe der KEF ist, vgl. § 3 Abs. 1-3 RFinStV. Nach § 3 Abs. 6 RFinStV unterstützen die Rundfunkanstalten die KEF bei der Fortentwicklung von Methoden und Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung dieser Grundsätze.</p> <p>Vor diesem Hintergrund befürchtet der VAUNET, dass die hier vorgeschlagene Regelung einen ersten Schritt zur Einschränkung der Kontrollbefugnisse der KEF bedeuten würde: Hiernach sollen die Anstalten künftig selbst die relevanten Maßstäbe festlegen, während die KEF (und die Gremien der Anstalten) dabei lediglich <b>noch „einbezogen“ werden müssen. Das würde die Regelung im § 3 RFinStV ins Gegenteil verkehren</b> und es den Anstalten letztlich ermöglichen, selbst zu definieren, wann ihre Tätigkeit wirtschaftlich und sparsam ist.</p> <p>Die Maßstäbe nach Absatz 2c sollten daher ausschließlich von den Kontrollinstanzen (Gremien, KEF, Landesrechnungshöfe) erarbeitet werden und nicht von den Anstalten selbst. Nur so ist die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle letztlich sichergestellt.</p> <p>Es müsste auf jeden Fall daher klargestellt werden, dass die vorgeschlagene Regelung lediglich für ein laufendes Monitoring von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit außerhalb des bzw. in Ergänzung zum Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs durch die KEF gelten darf.</p> <p>Die von den Anstalten aufgestellten gemeinsamen Maßstäbe dürfen keinerlei Bindungswirkung für eine Entscheidung der KEF über den letztlich angemeldeten Finanzbedarf haben. Um darüber hinaus eine indirekte</p>

	<p>Bindungswirkung zu vermeiden, ist es nicht ausreichend, die KEF in die Festsetzung der gemeinsamen Maßstäbe lediglich „einzubeziehen“. Vielmehr sollten die Rundfunkanstalten die Maßstäbe im Einvernehmen mit der KEF festsetzen, damit die KEF prüfen und sicherstellen kann, ob bzw. dass diese Maßstäbe tatsächlich zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geeignet sind. Das würde zugleich das Risiko voneinander abweichender Beurteilungsmaßstäbe – auf Seiten der Anstalten einerseits sowie auf Seiten der KEF andererseits – verringern.</p> <p>Aus Sicht des VAUNET bedarf es angesichts der neuen Auftragsdefinition einer noch stärkeren Einbindung der KEF bei der Prüfung, ob die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Auftragserfüllung eingehalten wurden. Dies betrifft insbesondere die regelmäßige Kontrolle, ob das Beitragsaufkommen auch auftragskonform für die Schwerpunkte Kultur, Bildung, Information und Beratung aufgewendet wird.</p>
(2d) Die Anstalten treffen Maßnahmen, um sich in einem kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung, insbesondere über Qualität, Leistung und Fortentwicklung des Angebots auszutauschen.	<p>Zu Absatz 2d: Der VAUNET begrüßt grundsätzlich, dass die Rundfunkanstalten sich regelmäßig einer kritischen Beurteilung von Qualität, Leistung und Fortentwicklung ihrer Angebote stellen sollen. Der Begriff allgemeine „Maßnahmen“ lässt jedoch sehr viel Spielraum, in welcher Form und Güte der Austausch mit der Bevölkerung zu führen ist.</p> <p>Dieser Regelungsvorschlag sollte nicht als Rechtfertigung dienen können, die Aktivitäten der Rundfunkanstalten auf Drittplattformen auszudehnen. Des Weiteren ist dafür Sorge zu tragen, dass der Dialog auch mit einem repräsentativen Querschnitt aller Beitragszahler:innen geführt wird.</p>
(3) <sup>1</sup> In den Geschäftsberichten der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios ist auch der Umfang der Produktionen mit von diesen gesellschaftsrechtlich abhängigen und unabhängigen Produktionsunternehmen darzustellen. <sup>2</sup> Dabei ist auch darzustellen, in welcher Weise der Protokollerklärung aller Länder zu § 11d Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages im Rahmen des 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrages Rechnung getragen wird.	

<p>§ 32 Telemedienkonzepte</p> <p><i>Hinweis: Die Absätze 1 bis 7 bleiben unverändert.</i></p>	<p>Der VAUNET hält das Instrument des Drei-Stufen-Tests grundsätzlich für ein geeignetes Mittel, um Wettbewerbs Eingriffe vorab zu prüfen bzw. interessengerecht zu gestalten.</p> <p>Es sollten aber die Mitwirkungs- und Entscheidungsinstrumente der privaten Veranstalter gestärkt und die Transparenzvorgaben für die Rundfunkanstalten erweitert werden.</p> <p>Bereits mit dem 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrages ist es zu einer Einschränkung des Verfahrens gekommen, indem die Aufgreifschwelle zur zwingenden Einleitung des Verfahrens angehoben wurde. Seitdem <b>ist nur bei „wesentlichen“ Änderungen ein Drei-Stufen-Testverfahren zwingend vorzunehmen</b>. Ungeachtet der gesetzlichen Vorgaben sind dennoch wichtige Telemedienprojekte der Rundfunkanstalten keinem Drei-Stufen-Test unterzogen worden, z. B. der Start der ARD Audiothek, der Deutschlandradio Audiothek, von ZDFkultur.</p> <p>Im Jahr 2021 sind 17 Telemedienänderungskonzepte zur Prüfung vorgelegt worden. Die darin enthaltende Rückschau auf die Entwicklung der letzten Jahre verdeutlicht, dass ein sukzessiver Aus- und Umbau der öffentlich-rechtlichen Telemedienangebote stattgefunden hat. Insbesondere die Konzepte zum Umbau der <b>sogenannten „Big 5“-Angebote</b> der ARD (spotschau.de, ARD Mediathek, tagesschau.de, kika.de, ARD Audiothek und funk) sind keinem Test unterzogen worden.</p> <p>Das Drei-Stufen-Testverfahren dient unter anderem dazu, im Markt darüber Transparenz zu erzeugen, welche Vorhaben beitragsfinanziert geplant sind und ob die Vorhaben negative Effekte für die Marktteilnehmer und somit für die Medienvielfalt insgesamt auslösen können. Die Schaffung von Transparenz sollte nicht dadurch umgangen werden, dass ein Umbau der Angebote in Teilschritten erfolgt, die jeder für sich genommen <b>keine „wesentlichen“ Änderungen</b> darstellen, aber in der Summe eben doch zu einer wesentlichen Änderung des Angebots führen.</p> <p>Der VAUNET/VPRT hat in den rund 70 beendeten und laufenden Drei-Stufen-Test-Verfahren immer mehr Detailtiefe in der Angebotsbeschreibung und bei der Kostenaufschlüsselung gefordert, um so eine Abschätzung der Marktauswirkungen konkreter Vorhaben zu können. Sollte das Modell des Probetriebes eingeführt werden, sollte das Instrument Drei-Stufen-Test-Verfahren nicht weiter marginalisiert werden.</p>
<p>(8) <sup>1</sup>Soweit dieser Staatsvertrag für ein neues oder wesentlich geändertes Telemedienangebot ein Verfahren nach Maßgabe der Absätze 1 bis 7 vorsieht, können die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und Deutschlandradio, um</p>	<p>Zu Absatz 8:</p> <p>Die flächendeckende Einführung eines Probetriebs neuer oder wesentlich veränderter Telemedienangebote lehnt der VAUNET ab.</p> <p>Das wäre im Ergebnis eine Umgehung des Drei-Stufen-Tests, der vor Einführung neuer Angebote nach § 32 Abs. 4-7 MStV durchzuführen ist. Eine Abkehr von dieser aufschiebenden Wirkung würde nicht zuletzt den Beihilfenkompromiss mit der Europäischen Union in Frage stellen, der einen effektiven Drei-Stufen-Test zur</p>

<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erkenntnisse zu gewinnen, die sie für den Vorschlag für ein neues Telemedienangebot benötigten, oder</li> <li>2. Aufschlüsse über den voraussichtlichen Bedarf nach dem neuen Telemedienangebot zu erhalten, oder</li> <li>3. neuartige technische und/oder journalistische Konzepte zu erproben,</li> </ol> <p>das neue oder wesentlich geänderte Angebot auch ohne Durchführung des Verfahrens für eine Dauer von maximal sechs Monaten im Rahmen eines Probebetriebs veranstalten bzw. bereitstellen. <sup>2</sup>Um den Übergang in ein reguläres Telemedienangebot zu ermöglichen kann der Probebetrieb um maximal weitere sechs Monate verlängert werden, wenn zeitgleich ein Verfahren nach § 32 Abs. 4 bis 7 eingeleitet wird. <sup>3</sup>Die Aufnahme und der Zeitpunkt des Beginns eines solchen Probebetriebs ist von den Anstalten der jeweiligen Rechtsaufsicht anzuzeigen.</p>	<p>Voraussetzung gemacht hat, um die Beitragsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über Art. 106 AEUV zu legitimieren.</p> <p>Es ist fraglich, wie ein Probebetrieb mit dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vereinbar sein soll. Je nach Angebot erfordert bereits ein Probebetrieb wesentliche Investitionen, die in dem Vertrauen darauf getätigt werden müssen, dass das neue oder wesentlich veränderte Angebot den später durchzuführenden Drei-Stufen-Test auch tatsächlich bestehen wird. Umgekehrt eröffnet ein Probebetrieb vor diesem Hintergrund Raum für sachfremde Erwägungen in einem späteren Drei-Stufen-Test: Die Anstalten könnten dann damit argumentieren, dass in das Projekt während des Probebetriebs schon wesentliche finanzielle Mittel geflossen sind, und dass diese Investitionen entwertet werden würden, wenn das Projekt den Drei-Stufen-Test nicht besteht und wieder eingestellt werden müsste.</p> <p>Insbesondere vor diesem Hintergrund besteht daher die Gefahr, dass ein Probebetrieb die Einführung neuer Angebote bereits besiegelt und letztlich Fakten schafft, die auch ein späterer Drei-Stufen-Test nicht ohne Weiteres wieder beseitigen kann. Jedenfalls sind daher wirksame Maßnahmen zu treffen, um den Charakter des Probebetriebs zu unterstreichen und diesen vom regulären Start eines neuen Angebots abzugrenzen (vgl. dazu sogleich).</p> <p>Der VAUNET sieht darüber hinaus die Gefahr, dass über den Probebetrieb eine Vielzahl von zielgruppengenen Angeboten entsteht und sich die Rundfunkanstalten somit weiter vom Integrationsauftrag entfernen.</p>
<p>(9) Die Anstalten haben die Zahl der Nutzer des Probebetriebs insbesondere durch technische Maßnahmen zu beschränken, um zu verhindern, dass der Probebetrieb der Einführung eines neuen oder wesentlich veränderten Angebots im Sinne des § 32 gleichkommt.</p>	<p>Zu Absatz 9:</p> <p>Soweit den Rundfunkanstalten überhaupt ein Probebetrieb ermöglicht wird (siehe insofern die Anmerkungen zu § 32 Abs. 8 3. MändStV-E), ist es aus Sicht des VAUNET zwingend erforderlich, einen Probebetrieb von einem regulären Start des neuen bzw. angepassten Telemedienangebots klar abzugrenzen. Anderenfalls drohen neue beihilfenrechtliche Konflikte. Daher begrüßt der VAUNET die für § 32 Abs. 9 3. MändStV-E vorgeschlagene Regelung grundsätzlich.</p> <p>Aus Sicht des VAUNET sind für eine solche Abgrenzung aber konkretere Vorgaben erforderlich. Insbesondere sollte die Zahl der Teilnehmer an einem Probebetrieb auf ein repräsentatives Panel, das einen Querschnitt der Beitragszahler:innen abbildet, beschränkt werden. Jedenfalls sollte es bei der Auswahl der zugelassenen Probenutzer:innen keine Beschränkung auf eine bestimmte Interessengruppe geben.</p>



<p>§ 32a Überführung und Austausch von Programmen</p> <p>(1) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF können die in § 28 Absatz 5 genannten Fernsehprogramme ganz oder teilweise einstellen oder deren Inhalte in Angebote im Internet gleichartigen Inhalts überführen. <sup>2</sup>Eine Überführung gleichartigen Inhalts gemäß Satz 1 liegt insbesondere auch vor, wenn für eine Verbreitung des Angebots im Internet (linear oder auf Abruf) unter grundlegender Beibehaltung der thematischen inhaltlichen Ausrichtung des Angebots und der angestrebten Zielgruppe internet-spezifische Gestaltungsmittel eingesetzt werden.</p>	<p>Zu Absatz 1:</p> <p>Das in § 32a 3. MÄndStV-E formulierte Verfahren ist voraussichtlich in naher Zukunft insbesondere für die Überführung von TV-Programminhalten in Internetangebote gleichartigen Inhalts von Relevanz – und weniger für die ersatzlose Einstellung bestehender Angebote. Da es hierbei im Endeffekt um die Etablierung neuer Telemedienangebote geht, darf dies nicht zu einer Aushöhlung des Drei-Stufen-Testverfahrens führen (dazu im Detail in der Anmerkung zu Abs. 2-4). Zu Recht gelten § 32a Abs. 1 und Abs. 5 3. MÄndStV daher nach aktuellem Wortlaut nur für die erstmalige Überführung eines in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E genannten Programms. Danach ist er für weitere Änderungen an den durch Überführung entstandenen Angeboten nicht <b>mehr anwendbar, denn dann liegt kein „in § 28 Abs. 5 genanntes Fernsehprogramm“ mehr vor.</b></p> <p>Weitere Maßnahmen sind allerdings erforderlich, um zu verhindern, dass eine Überführung bestehender Fernsehprogramme in inhaltlich gleichartige Online-Angebote zu einem überproportionalen Zuwachs an Telemedienangeboten führt. Denn der vorgeschlagene Wortlaut enthält keinerlei Mengenbegrenzung. Solange die Voraussetzung der inhaltlichen Gleichartigkeit erfüllt ist, können die Rundfunkanstalten ein bestehendes lineares Programm mit 24 Sendestunden pro Tag also zum Beispiel auch in ein Telemedienangebot mit deutlich größerem Umfang überführen. Auch wäre es zulässig, dass das neue Online-Angebot mehrere parallele Live-Streams (z. B. zur Prime-Time) oder auch mehrere lineare 24-Stunden-Feeds umfasst. Es steht daher zu befürchten, dass im durch Überführung entstandenen Online-Angebot deutlich mehr Inhalte als bislang im Rahmen des überführten Fernsehprogramms zur Verfügung stehen.</p> <p>Auch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um sicherzustellen, dass eine Überführung von Fernsehprogrammen nicht <b>„durch die Hintertür“ zur Schaffung zusätzlicher Telemedienangebote an den Vorgaben des § 32 MStV vorbei</b> führt. Der vorgeschlagene Wortlaut enthält dazu keine hinreichenden Vorkehrungen. Insbesondere schließt er einen <b>Parallelbetrieb vom „überführten“ Fernsehprogramm und dem neuen Online-Angebot nicht hinreichend klar aus. Dazu müsste klarer definiert werden, wie eine „teilweise“ Überführung aussehen soll.</b> Eine solche teilweise Überführung darf jedenfalls nicht zu Situationen führen, in denen bestimmte Teile eines 24-stündigen Fernsehprogramms in neue Online-Angebote überführt werden, ohne dass auch der verbleibende Angebotsumfang des Fernsehprogramms entsprechend reduziert wird (z. B. durch eine Partagierung). Erst recht dürfen die überführten Angebotsteile dann nicht durch andere Inhalte ersetzt werden.</p> <p>Zu klären wäre dann noch, wie <b>„Angebote im Internet gleichartigen Inhalts“</b> definiert sind.</p>
<p><sup>3</sup>Für Einstellung und Überführung, auch soweit diese in ein Telemedienangebot erfolgt, findet ausschließlich das Verfahren nach den Absätzen 2 bis 4 Anwendung; § 30 bleibt unberührt.</p>	<p>Zu Satz 3, 2. Halbsatz:</p> <p>Die Klarstellung, dass die Beschränkungen des § 30 3. MÄndStV-E auch für Telemedienangebote gelten sollen, die durch Überführung eines in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E genannten Fernsehprogramms entstanden sind, begrüßt der VAUNET ausdrücklich. Denn durch eine solche Überführung dürfen die materiellen Regelungen für öffentlich-rechtliche Telemedienangebote nicht unterlaufen werden.</p>

(2) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF erstellen Angebotskonzepte, in denen sie jeweils darstellen, welches Fernsehprogramm oder welche Teile davon eingestellt werden sollen oder wie die betroffenen Inhalte gegebenenfalls unter Berücksichtigung internetspezifischer Gestaltungsmittel in ein Angebot im Internet überführt werden soll.

<sup>2</sup>Dabei haben sie darzulegen, dass der Auftrag auch durch das veränderte Angebot erfüllt wird und die Änderung des Angebots dem Auftrag nach § 26 Abs. 1 unter Berücksichtigung des geänderten Nutzerverhaltens dem Entwicklungsbedarf entspricht. <sup>3</sup>Werden Inhalte ganz oder teilweise in ein Angebot im Internet überführt, muss das Angebotskonzept auch Ausführungen zur Einbindung in die Plattformstrategie im Sinne des § 30 Abs. 1 enthalten. <sup>4</sup>Das zuständige Gremium gibt Dritten in geeigneter Weise, insbesondere im Internet, Gelegenheit zu Stellungnahme. <sup>5</sup>Die Gelegenheit zur Stellungnahme besteht innerhalb einer Frist von mindestens sechs Wochen nach Veröffentlichung des Vorhabens. <sup>6</sup>Das zuständige Gremium der Rundfunkanstalt hat die eingegangenen Stellungnahmen zu prüfen.

(3) Die Entscheidung über die Einstellung des Fernsehprogramms und das neue oder veränderte Angebotskonzept bedürfen der Zustimmung des zuständigen Gremiums der Rundfunkanstalt. Die Entscheidung ist zu begründen.

(4) <sup>1</sup>Nach Zustimmung des zuständigen Gremiums hat die jeweilige Rundfunkanstalt der für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörde alle für eine rechtsaufsichtliche Prüfung notwendigen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zu übermitteln.

<sup>2</sup>Nach Abschluss des Verfahrens nach den Absät-

Zu Absätzen 2-4:

Es ist unverständlich, warum für die Überführung von Fernsehprogrammen in Angebote im Internet gleichartigen Inhalts ein völlig neues Verfahren geschaffen werden soll, anstatt hierfür das Verfahren des Drei-Stufen-Tests aus § 32 MStV entsprechend anzuwenden. Letztlich dürfte es sich jedenfalls bei einer Überführung bestehender Fernsehprogramme in neue Internetangebote stets um die Schaffung neuer bzw. die wesentliche Ergänzung bestehender Telemedienangebote im Sinne von § 32 MStV handeln.

Aus Sicht des VAUNET muss der § 32 MStV daher für alle Maßnahmen nach § 32a 3. MÄndStV-E entsprechend gelten. Andernfalls droht nicht zuletzt eine Verletzung des Beihilfenkompromisses mit der Europäischen Kommission (vgl. *Europäische Kommission*, Mitteilung vom 24. April 2007, K(2007)1761). Danach ist der Drei-Stufen-Test zwingend für alle neuen und veränderten digitalen Angebote der Rundfunkanstalten durchzuführen (ebd., Rn. 328).

Zwar ist das Verfahren in § 32a Abs. 2-4 3. MÄndStV-E offenbar an dem des Drei-Stufen-Test angelehnt. Es fehlen aber einige wichtige Elemente, ohne dass ersichtlich ist, warum diese bei Überführung und Einstellung nicht gelten sollten:

- Finanzbedarf: Entgegen § 32 Abs. 2 MStV soll das Angebotskonzept bei § 32a 3. MÄndStV-E nicht so gestaltet werden müssen, dass die KEF Auswirkungen auf den Finanzbedarf prüfen kann – obwohl § 32 Abs. 6 3. MÄndStV-E materielle Vorgaben für diese Frage enthält.
- Auftragserfüllung: Die einzigen materiellen Kriterien, die in dem Angebotskonzept nach § 32a 3. MÄndStV-E zur Erfüllung des Auftrags nach § 26 Abs. 1 3. MÄndStV-E zwingend dargelegt werden sollen, sind ein geändertes Nutzerverhalten und die Einbindung in die Plattformstrategie nach § 30 Abs. 1 3. MÄndStV-E. Auch bei den Maßnahmen nach § 32a 3. MÄndStV-E müssen darüber hinaus aber nach dem Beihilfenkompromiss auch die Aussagen nach § 32 Abs. 4 S. 2 MStV zu den Bedürfnissen der Gesellschaft, zum publizistischen Wettbewerb und zum finanziellen Aufwand getroffen werden (ebd., Rn. 328).
- Marktprüfung: Es ist ebenfalls nicht ersichtlich, wieso die Maßnahmen nach § 32a 3. MÄndStV-E ohne die in § 32 Abs. 4 S. 3 MStV vorgesehene Marktprüfung umgesetzt werden sollten. Eine solche Marktprüfung ist aus Sicht des VAUNET zwingend erforderlich. Insbesondere bei einer Überführung eines bestehenden Programms in ein Internetangebot begeben sich die Anstalten in ein völlig anderes Marktumfeld. Die Auswirkungen auf die dort bereits bestehenden privaten Angebote müssen daher entsprechend des Beihilfenkompromisses zwingend in die Bewertung einbezogen werden (ebd., Rn. 328). Entsprechendes gilt auch für die Vorgaben zur gutachterlichen Befassung mit der Marktprüfung in § 32 Abs. 5 S. 4, 2. HS MStV.

<p>zen 2 und 3 und nach Prüfung der für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörde sind die Einstellung des Fernsehprogramms und das neue oder veränderte Angebotskonzept in den amtlichen Verkündungsblättern der betroffenen Länder zu veröffentlichen. <sup>3</sup>Auf die Veröffentlichung ist zugleich im Internetauftritt der jeweiligen Rundfunkanstalt hinzuweisen.</p>	<p>- <u>Beschlussfassung</u>: Es ist nicht ersichtlich, wieso an eine Beschlussfassung im Rahmen des § 32a 3. MÄndStV-E weniger strenge Anforderungen gestellt werden sollten als sie nach § 32 MStV gelten – insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der zuständigen Gremien (§ 32 Abs. 6 S. 1 MStV) und der materiellen Anforderungen an die Begründung des Beschlusses (§ 32 Abs. 6 S. 3 MStV).</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF können die in § 28 Abs. 5 genannten Fernsehprogramme durch ein anderes Fernsehprogramm austauschen. <sup>2</sup>Hierfür gilt das Verfahren gemäß Absatz 2 bis 4 entsprechend.</p>	<p>Zu Absatz 5: Der VAUNET lehnt den Vorschlag in § 32 Abs. 5 3. MÄndStV-E ab, es den Anstalten zu ermöglichen, gesetzlich beauftragte Fernsehprogramme nach eigenem Ermessen und ohne Beteiligung des Landesgesetzgebers durch völlig andere, inhaltlich nicht weiter umgrenzte Fernsehprogramme zu ersetzen.</p> <p>Ohne eine Einbindung des Gesetzgebers ist nicht hinreichend sichergestellt, dass die schutzwürdigen Belange der privaten Veranstalter angemessen berücksichtigt werden, die bei so grundsätzlichen Fragen wie dem Katalog der von den Anstalten angebotenen Fernsehprogramme stets berührt sind. Das in § 32a Abs. 2-4 3. MÄndStV-E vorgesehene Verfahren bietet dafür jedenfalls keinerlei hinreichende Gewähr.</p> <p>Darüber hinaus erfüllt das Verfahren in § 32a Abs. 2-4 3. MÄndStV-E auch nicht die Anforderungen, die der Beihilfenkompromiss an die Programmkonzepte stellt, die für die digitalen Zusatzprogramme der Rundfunkanstalten zwingend vorzusehen sind (vgl. dazu bereits bei § 28 3. MÄndStV-E). Der Beihilfenkompromiss fordert insbesondere, dass für jedes digitale Zusatzprogramm im Rahmen eines solchen Programmkonzepts der Umfang und Zweck dieser Angebote im Vergleich zu anderen Angeboten der Anstalt hinreichend geprüft und dargelegt wird. Im Verfahren nach § 32a Abs. 2-4 3. MÄndStV-E fehlen entsprechende Vorkehrungen völlig. Die dadurch fehlende Klarheit geht zu Lasten der Planungssicherheit für private Anbieter und erschwert die Kontrolle durch die zuständigen Gremien.</p>
<p>(6) Durch die Überführung oder den Austausch der in § 28 Abs. 5 genannten Fernsehprogramme darf kein Mehrbedarf entstehen; dabei bleiben Nutzerzahlen abhängige Verbreitungskosten außer Betracht.</p>	<p>Zu Absatz 6, 1. Halbsatz: Der VAUNET begrüßt grundsätzlich die Klarstellung, dass Maßnahmen nach § 32a 3. MÄndStV-E nicht zu einem finanziellen Mehrbedarf auf Seiten der Rundfunkanstalten führen dürfen. Dies kann bei konsequenter Umsetzung zur Beitragsstabilität beitragen. Jedoch setzt die Norm keine Anreize, eventuelle Einsparungen (ggf. Wegfall von Verbreitungskosten, von Lizenzrechten, Abbau von Doppelstrukturen) auch tatsächlich beitragsatzsenkend zu verwenden.</p> <p>Deshalb fordert der VAUNET, auch Mehrkosten entgegenzuwirken, die durch eine Überführung oder einen Austausch entstehen und nur deshalb nicht zu einem Mehrbedarf führen, weil sie an anderer Stelle im Wege einer Quersubventionierung ausgeglichen werden. Die Maßnahmen nach § 32a 3. MÄndStV-E dürfen nicht zu Nachteilen für die Qualität anderer öffentlich-rechtlicher Angebote führen.</p>

	<p>Zu Absatz 6, 2. Halbsatz:</p> <p>Aus Sicht des VAUNET ist es nicht gerechtfertigt, nutzungsabhängige Verbreitungskosten bei der Bewertung eines etwaigen Mehrbedarfs außer Betracht zu lassen. Zwar ist es zutreffend, dass die Verbreitungskosten im Online-Bereich proportional mit den Nutzerzahlen steigen. Allerdings hält es der VAUNET für ausgeschlossen, dass sich die Verbreitungskosten durch eine Überführung oder einen Austausch eines der in § 28 Abs. 5 3. MÄndStV-E genannten Programme in dieser Hinsicht tatsächlich erhöhen. Ein bloßer Austausch bestehender, traditionell verbreiteter Programme dürfte ohnehin nicht zu nutzungsabhängigen Mehrausgaben führen. Bei einer Überführung in ein Online-Angebot fallen im Gegenzug die bisherigen Ausgaben für die Satelliten-, Kabel- und terrestrische Verbreitung des Programms weg (z. B. Transpondermiete, Einspeiseentgelte). Die damit erzielten Einsparungen sollten ausreichen, um etwaige nutzungsabhängigen Kosten für die Online-Verbreitung zu kompensieren.</p>
<p>§ 36 Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks</p> <p>(1) Der Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird regelmäßig entsprechend den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, einschließlich der damit verbundenen Rationalisierungspotentiale, auf der Grundlage von Bedarfsmeldungen der in der ARD zusammenge-schlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und der Körperschaft des öffentlichen Rechts <b>„Deutschlandradio“ durch die unabhängige Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) geprüft und ermittelt.</b></p> <p>(2) Bei der Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs sind insbesondere zugrunde zu legen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die wettbewerbsfähige Fortführung der bestehenden <del>Rundfunkprogramme</del>-Angebote, <del>sowie</del> die durch Staatsvertrag aller Länder <del>zugelassenen</del> beauftragten Fernsehprogramme sowie die überführten oder ausgetauschten Angebote nach § 32a des Medienstaatsvertrages (bestandsbezogener Bedarf),</li> <li>2. nach Landesrecht zulässige neue <del>Rundfunkprogramme</del>-Angebote, die Teilhabe an den</li> </ol>	

<p>neuen rundfunktechnischen Möglichkeiten in der Herstellung und zur Verbreitung von Rundfunkprogrammen Angeboten, sowie die Möglichkeit der Veranstaltung neuer Formen von Rundfunk (Entwicklungsbedarf),</p> <p>3. die allgemeine Kostenentwicklung und die besondere Kostenentwicklung im Medienbereich,</p> <p>4. die Entwicklung der Beitragserträge, der Werbeerträge und der sonstigen Erträge,</p> <p>5. die Anlage, Verzinsung und zweckbestimmte Verwendung der Überschüsse, die dadurch entstehen, dass die jährlichen Gesamterträge der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF oder des Deutschlandradios die Gesamtaufwendungen für die Erfüllung ihres Auftrags übersteigen.</p>	
--	--

Positionsbestimmung Privatrado 2023

## Neustart im dualen System

Datum 27.03.2023

### A. Zur Lage des privaten Radios in Deutschland

Tag für Tag erreichen private Radioveranstalter rund 30 Millionen Menschen in Deutschland. Mit ihren Nachrichten, Informations- und Unterhaltungsprogrammen leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zu Meinungs- und Medienvielfalt in Deutschland und haben eine besonders hohe Hörerrelevanz mit ihrer flächendeckenden lokalen und regionalen Berichterstattung.

Die Nutzung privater Radio- und Audioangebote und ihre Bedeutung für die Menschen nimmt in den aktuellen Krisen – Corona, Flutkatastrophe, Ukraine, Energie, Inflation und drohende Rezession – weiter zu. Gleichzeitig stellen die Auswirkungen dieser Krisen die privaten Radiounternehmen in ihrer Refinanzierung (überwiegend durch Werbung) jedoch vor große Herausforderungen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hatten zeitweise den Lockdown ganzer Branchen zur Folge, die damit auch als Werbekunden wegfielen. Aktuelle Unsicherheiten durch den Angriffskrieg in der Ukraine, drohende Energiemangellagen, Inflation und Rezession führen erneut zu Werbezurückhaltung und beeinträchtigen die Refinanzierungsgrundlagen der privaten Hörfunkveranstalter.

Das verdeutlichen auch die Zahlen der jährlichen Umsatzstatistik der Branche: 2019 lagen die Netto-Werbeumsätze der Gattung Radio noch bei 784 Millionen Euro. Ab dem Jahr 2020 sind die Umsätze dann stark eingebrochen und lagen im Jahr 2022 bei geschätzten 686 Millionen Euro und damit rund 100 Millionen Euro unter Vorkrisenniveau. Die konjunkturellen Aussichten für 2023 versprechen keine Besserung. Diese Marktentwicklung verstärkt bestehende Nachteile privater Radio- und Audioanbieter im Wettbewerb mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ein „Weiter so“ bei Umfang und kommerzieller Ausrichtung öffentlich-rechtlicher Radio- und Audioprogramme führt zum Verlust privater Medienvielfalt in den Bundesländern.

### B. Zur Wettbewerbssituation im dualen System

Die rund 350 privaten Radioveranstalter in Deutschland erzielten 2022 Einnahmen von rund 500 Millionen Euro. Dem stehen 70 öffentlich-rechtliche Hörfunkprogramme gegenüber, deren Einnahmen auf rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden, einschließlich ihres Anteils von knapp 30 Prozent am Radiowerbemarkt. Allein die Programme des Deutschlandradios verfügten über Erträge in Höhe von über 260 Millionen Euro (Basis: 2021). Ohne klare Begrenzung beim Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dessen kommerzieller Aktivitäten werden Privatradios bei dieser Schieflage im Wettbewerb zukünftig weitgehend chancenlos sein.

### C. Prioritäten für den Neustart im dualen System aus der Sicht von Privatrado

Der Gesetzgeber muss in der aktuellen Situation seinen Gestaltungsauftrag wahrnehmen und umgehend einen Neustart bzw. eine Neuordnung im dualen System einleiten. Ziel muss die Stabilisierung beider Säulen im Hörfunkbereich sein, unter besonderer Berücksichtigung der wettbewerblichen Auswirkungen beitragsfinanzierter öffentlich-rechtlicher Angebote auf die

private Radio- und Audioanbieterlandschaft. Nahezu alle europäischen Länder, wie z.B. Großbritannien, Frankreich, Österreich oder die Schweiz sehen hier deutlich konkretere Regelungen etwa im Bereich der kommerziellen Aktivitäten vor.

Priorität haben aus Sicht der Privatradios die folgenden acht Punkte:

## **1. Konsolidierung und Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Hörfunks am Auftrag**

Die öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme, gerade auch die besonders reichweitenstarken Wellen, müssen klar erkennbar am Auftrag ausgerichtet sein, auch in der Prime- bzw. Drive-Time (Radio: 06:00 bis 12:00 sowie 16:00 bis 18:00 Uhr). Dazu sollte auch der Verzicht auf Gewinnspiel-Aktionen gehören. Vor allem bei den „jungen Hörfunkwellen“ der ARD liegt der Anteil von Information, Bildung und Kultur bei nur rund neun Prozent.

Über 70 öffentlich-rechtliche Radioprogramme stehen deutschlandweit im Wettbewerb mit den privaten Radioveranstaltern und machen sich auch untereinander Konkurrenz. So leisten sich die ARD-Anstalten sechs Schlagerwellen, sechs Kulturprogramme, zwei Klassikwellen, sieben Inforadios und 13 Jugendladios, hinzu kommen noch die Programme des Deutschlandradios. Hier sollten Doppelungen v. a. bei zielgruppenspezifischen und monothematischen Angeboten reduziert werden.

Die im MStV angelegte Auftragsflexibilisierung könnte zur Angebotsausweitung im linearen Programm- und Telemedienbereich führen, insbesondere wenn die wegfallenden Kosten für die terrestrischen Übertragungen in Inhalte umgeschichtet werden, anstatt sie beitragsmindernd einzusetzen. Festzustellen ist zudem ein vermehrtes Eindringen in lokale und regionale Märkte, im Programm und Online (bis zur Grenze des Verbots lokaler flächendeckender Berichterstattung). Wenn nicht gegengesteuert wird, ist die politisch gewollte hohe bundesweite, regionale und lokale Angebots- und Anbietervielfalt im Radio in Gefahr.

## **2. Begrenzung des öffentlich-rechtlichen Audio-Gesamtangebotes und der Telemedien**

Über 170 öffentlich-rechtliche Webchannels (inkl. Simulcast) und eine nicht mehr nachvollziehbare und stetig steigende Zahl öffentlich-rechtlicher Podcast- und Audio-on-Demand-Angebote verstärken im Digitalen den Druck auf die privaten Anbieter. Auch im Bereich der digitalen Angebote braucht es wirksame quantitative und qualitative Grenzen.

## **3. Einstieg in den Ausstieg aus der öffentlich-rechtlichen Hörfunkwerbung**

Unter sorgfältiger Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Gattung Radiowerbung insgesamt sollte der Einstieg in den Ausstieg aus Radiowerbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Hörfunk vollzogen werden. Im ersten Schritt müssen Radiowerbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Hörfunk sehr zeitnah für alle ARD-Anstalten nach dem Vorbild des NDR-Modells reduziert werden. Radiowerbung auf 60 Minuten pro Werktag in nur noch einem werbeführenden Hörfunkprogramm je ARD-Anstalt. Mittel- bis langfristig sollten Werbung und Sponsoring in weiteren Schritten jeweils so weit reduziert werden, dass über private und öffentlich-rechtliche Programme hinweg nach wie vor die für Radiokampagnen erforderlichen Reichweiten erzielt werden. Solange es Radiowerbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch gibt, darf es dabei kein Vordringen in lokale/regionale Werbung geben.

## **4. Verbot öffentlich-rechtlicher Onlinewerbung**

Das bestehende Werbeverbot für öffentlich-rechtliche Telemedienangebote muss erhalten und wirksam durchgesetzt werden. Der Wettbewerb auf dem bereits heute von großen

internationalen Plattformen dominierten Online-Werbemarkt würde sich durch das Hinzutreten der Rundfunkanstalten weiter verschärfen.

## **5. Überprüfung kommerzieller Aktivitäten**

Art und Umfang der kommerziellen Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Tochtergesellschaften sollten auf das Notwendige beschränkt und regelmäßig überprüft werden. Insbesondere darf es hierbei nicht zu einer Umgehung des Telemedienwerbeverbotes oder zu Quersubventionierungen kommerzieller Akteure kommen. Dass die Tochtergesellschaften mit eigenständigen B2C-Inhalten v. a. auf Drittplattformen in Form eines kommerzialisierten Parallelangebots in den Onlinemarkt eintreten, überschreitet den Rahmen der staatsvertraglichen Bestimmungen.

## **6. Verzicht auf beitragsfinanzierten Wettbewerb im Event-Geschäft /Eigenwerbung**

Der öffentlich-rechtliche Hörfunk tritt im Bereich von Konzerten, Messen und anderen Veranstaltungen ebenfalls als dominanter Wettbewerber auf (teilweise mit eigenen Veranstaltungen sowie vielfach als Sponsor mit kostenlosen, weil beitragsfinanzierten trimedialen Bewerbungspaketen und Medienpartnerschaften) und beschränkt damit ganz erheblich die Entwicklungschancen privater Radioveranstalter in deren Event- und Sponsoring-Geschäft. Für private Wettbewerber ist es aufgrund der Konkurrenz öffentlich-rechtlicher Anstalten im Bereich Off-Air-Kooperationen in den letzten Jahren zunehmend unmöglich geworden, Festivals und Musikevents auszurichten. Öffentlich-rechtliche Aktivitäten in diesem Bereich müssen daher im Einzelfall gut begründet oder andernfalls eingestellt werden. Insbesondere darf es in der Zukunft hier keine Exklusivitätsklauseln zu Lasten privater Radioveranstalter vor Ort geben. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur gegenseitigen Reichweitensteigerung von TV, Radio und Online verstärkt auf die Eigenwerbung etwa im Bereich der Plakatwerbung/Out-of-home sowie der Crosspromotion zurückgreift, sollte eine Begrenzung in Betracht gezogen werden, um insbesondere die für die kommerziellen Hörfunkunternehmen nachteiligen Folgen wie drohende Reichweitenverluste zu minimieren.

## **7. Stärkung der Aufsicht und Transparenz**

Die Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss gestärkt werden, u. a. durch mehr Sachverständige – auch aus dem Bereich privater Radio-/Audioanbieter. Die Auswirkungen beitragsfinanzierter öffentlich-rechtlicher Angebote auf den Markt privater Radio-/Audioanbieter müssen besser berücksichtigt werden können und es bedarf insgesamt einer stärkeren Professionalisierung und größeren organisatorischen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Gremien. Voraussetzung für eine Stärkung der Aufsicht sind auch die im 4. MändStV-E geplanten Änderungen zu Compliance und Transparenz. Die Transparenzvorgaben sollten sich dabei nicht nur auf die Rundfunkanstalten selbst, sondern auch auf Unternehmensbeteiligungen und Tochterunternehmen sowie Kooperationen und Gemeinschaftsangebote und -einrichtungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beziehen.

## **8. Terrestrische Verbreitung gemeinsam gestalten**

Die hohe Relevanz der UKW-Verbreitung und deren existenzielle Bedeutung für private Radioprogramme muss durch den öffentlich-rechtlichen Hörfunk anerkannt und berücksichtigt werden. Nur die gemeinsame Weiterentwicklung der terrestrischen Verbreitung (UKW und DAB+) kann zum Erfolg führen.



## **VAUNET zum Medienstaatsvertrag: Wohlüberlegter Neustart im dualen System erforderlich – Neudefinition des Gesamtumfangs der Audioangebote und Grenzen für kommerzielle Aktivitäten der Anstaltstöchter**

**Der VAUNET - Verband Privater Medien hat anlässlich der Unterschriften der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unter den 3. Medienänderungsstaatsvertrag ein gemischtes Fazit zur bisherigen Auftrags- und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gezogen.**

---

**Berlin, 3. November 2022**

Vorstandsvorsitzender des VAUNET und Chief Corporate Affairs Officer bei RTL Deutschland, sagte: „Einen wesentlichen und konkreten Einschnitt in den Auftragsumfang hat es nicht gegeben. Die für die Anstalten neu geschaffene Flexibilisierung kann im Gegenteil dazu führen, dass sich die Grenzen für die Angebote der Öffentlich-Rechtlichen am Ende an den verfügbaren Finanzen orientieren und nicht an klaren Vorgaben für ihren Auftrag.“

Ungeachtet dessen begrüßt der VAUNET, dass die Länder mit der Abgrenzung des Unterhaltungsbegriffs gegenüber den vier Kernbereichen Kultur, Information, Bildung und Beratung, in der Auftragsdefinition ihre Erwartungen an die Rundfunkanstalten unterstrichen haben. Auch die Bestimmung, dass der Auftrag in seiner gesamten Breite über alle Tageszeiten hinweg wahrnehmbar sein solle, sei ein wichtiger Fortschritt. Dieses Erfordernis der Ausgewogenheit gelte auch dann, wenn besonders viel Aufmerksamkeit herrsche, wie z. B. zu den Hauptnutzungszeiten oder auf den non-linearen Portalen.

Mit Blick auf die nun anstehende nächste Reformstufe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sagte Grewenig: „Eine von den wirtschaftlichen Entwicklungen entkoppelte Beitragsfinanzierung ist in diesen Zeiten schon ein Wettbewerbsvorteil an sich. Die Länder müssen daher umso umsichtiger die Grenzen zu den privaten Medien justieren, die Werbung bei ARD und ZDF reduzieren, am Online-Werbeverbot festhalten sowie klare Grenzen für kommerzielle Tätigkeiten der Anstalten festlegen.“

Nachdem die drängenden Zukunftsfragen des Privatradios nicht im Rahmen des 3. Medienänderungsstaatsvertrags diskutiert wurden, sollen hierzu nun vertiefte Gespräche mit den Ländern stattfinden. „Ziel muss es sein, bundesweit einen Gesamtrahmen Audio zu definieren, der dann auf Ebene der einzelnen ARD-Anstalten umgesetzt werden kann.“

Angesichts aktueller Entwicklungen fordert der VAUNET zudem eine Neudefinition der Regeln und Grenzen für kommerzielle Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Anbieter.

„Kommerzielle Randaktivitäten rechtfertigen kein Auftreten als eigenständiger Publisher.“ Das gelte aktuell etwa für den gestarteten Abonnement-Streaming-Service über ardplus.de und die ARDplus-App. „Mit ihrem eigenständigen B2C-Angebot treten kommerzielle Töchter der ARD als zusätzliche Wettbewerber auf – das war nie das Ziel einer Lizenzvermarktung nach der Auswertung in den Mediatheken. Der Umstand, dass dieser Service von der ARD als ein Online-Äquivalent zur DVD-Box kaschiert wird, zeigt, dass die Politik die Grenzen kommerziellen Handelns der Anstalten neu und präziser ziehen muss,“

Ebenso kritisch sieht der VAUNET die kommerzielle Vermarktung von Podcasts der Rundfunkanstalten auf Drittplattformen. „Damit höhlt die ARD das bestehende Online-Werbeverbot aus und verschärft den Wettbewerb mit Audio-Anbietern in einem sich gerade entwickelnden Markt. Die Politik muss einem solchen ‚Austesten‘ der Rundfunkanstalten und ihrer kommerziellen Töchter mit einem Update der Spielregeln entgegenreten“, so der Vorstandsvorsitzende des Verbandes.

## Über VAUNET

VAUNET ist der Spitzenverband der privaten audiovisuellen Medien in Deutschland. Zu den vielfältigen Geschäftsfeldern der rund 160 Mitglieder gehören TV-, Radio-, Web- und Streamingangebote.

Die Verbandsarbeit richtet sich an der konvergenten Entwicklung der Märkte für audiovisuelle Medien aus und gestaltet auf nationaler wie europäischer Ebene die Rahmenbedingungen aktiv mit. Der Wirtschaftsverband hat zum Ziel, Akzeptanz für die politischen und wirtschaftlichen Anliegen der audiovisuellen Medien zu schaffen sowie die große gesellschaftspolitische und kulturelle Bedeutung der Branche im digitalen Zeitalter ins Bewusstsein zu rücken.

VAUNET – Verband Privater Medien e.V.

Stromstraße 1, 10555 Berlin  
Rue des Deux Eglises 26, B-1000 Bruxelles – Büro Brüssel

T | +49 30 3 98 80-0, F | +49 30 3 98 80-148  
E | [info@vau.net](mailto:info@vau.net)

[www.vau.net](http://www.vau.net)

## **VAUNET: Ergebnisse der Klausur der Länder zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk können nur ein Auftakt sein**

---

**Berlin, 24. Januar 2023**

Geschäftsführerin des VAUNET – Verband Privater Medien, kommentiert die Ergebnisse der Klausurtagung der Länder zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie folgt:

„Wir begrüßen, dass die Länder bei ihren Beratungen zur weiteren Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nun auch den Umfang seiner Angebote – insbesondere im Bereich Spartenangebote und Hörfunkwellen – kritisch in den Blick nehmen. Die in der Rundfunkkommission identifizierten drei Reformfelder können jedoch nur ein Auftakt sein – weitere für den Wettbewerb mit den privaten Medien entscheidende Themen müssen auf die Agenda genommen werden. Das gilt insbesondere für die Werbung und kommerziellen Aktivitäten der Anstalten, die unerwähnt geblieben sind, sowie Grenzziehungen für Online-Audio und Streaming. Bei der angedachten Erhöhung der Regionalität, der Fortentwicklung einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Plattform und der Umsetzung der Flexibilisierungsmöglichkeiten müssen die Auswirkungen auf die privaten TV-, Radio- und Onlineangebote intensiv geprüft werden.“

Der VAUNET betont, dass in einem Umfeld, in dem der Werbemarkt unter Druck gerät, während die Beitragseinnahmen verlässlich stabil bleiben, eine Klärung nicht ausbleiben kann, ob, wo und in welchem Umfang der öffentlich-rechtliche Rundfunk zukünftig werben darf. Hier spricht sich der VAUNET schon lange für eine Werbefreiheit im Fernsehen und im Radio für eine Harmonisierung der bestehenden Regelungen nach dem NDR-Modell, also 60 Minuten Werbung pro Werktag in nur einem Programm, aus. Das Werbeverbot in Telemedien muss aus Sicht des VAUNET beibehalten und darf nicht über die kommerziellen Tochterunternehmen umgangen werden. Es bedarf grundsätzlich mehr Transparenz, auch bei den kommerziellen Tätigkeiten der Anstalten. Das betrifft neue Dienste wie ARD Plus oder beispielsweise öffentlich-rechtliche Podcasts, die auf kommerziellen Drittplattformen mit Werbeeinspielungen, vermarktet über die Werbetöchter, verbreitet werden.

Die sich mehrenden Anzeichen, im öffentlich-rechtlichen Hörfunk eine Neuordnung und Konsolidierung angehen zu wollen, bewertet der VAUNET positiv. Bereits bei der zurückliegenden Novellierung des öffentlich-rechtlichen Auftrages wäre eine Gesamtschau aller Länder für Radio und Audio notwendig gewesen, die nun zügig nachgeholt werden sollte. Eine zunehmende drohende Vermarktung des digitalen Inventars, Lokalisierung und Ausuferung im Audio-Angebot durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten führt zu zusätzlichen Wettbewerbsverzerrungen, die dringend eine verbindliche, teils quantitative Grenzziehung benötigen.

Mit Spannung erwartet der VAUNET daher die Einsetzung des Zukunftsrats und dessen Empfehlungen und steht mit seiner Expertise, gerne auch im Rahmen einer Klausurtagung zu und mit den privaten Medien zur Verfügung.

## Über VAUNET

VAUNET ist der Spitzenverband der privaten audiovisuellen Medien in Deutschland mit Sitz in Berlin und einem Büro in Brüssel. Zu den vielfältigen Geschäftsfeldern der rund 160 Mitglieder gehören TV-, Radio-, Web- und Streamingangebote.

Die Verbandsarbeit richtet sich an der konvergenten Entwicklung der Märkte für audiovisuelle Medien aus und gestaltet auf nationaler wie europäischer Ebene die Rahmenbedingungen aktiv mit. Der Wirtschaftsverband hat zum Ziel, Akzeptanz für die politischen und wirtschaftlichen Anliegen der audiovisuellen Medien zu schaffen sowie die große gesellschaftspolitische und kulturelle Bedeutung der Branche im digitalen Zeitalter ins Bewusstsein zu rücken.

VAUNET – Verband Privater Medien e.V.

Stromstraße 1, 10555 Berlin  
Rue des Deux Eglises 26, B-1000 Bruxelles – Büro Brüssel

T | +49 30 3 98 80-0, F | +49 30 3 98 80-148  
E | [info@vau.net](mailto:info@vau.net)

[www.vau.net](http://www.vau.net)

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetellDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellDokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)</td> <td style="border: none;">Anstalt des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">55100 Mainz</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">ZDF-Straße 1,</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">55127 Mainz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)	Anstalt des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	55100 Mainz	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ZDF-Straße 1,	Postleitzahl, Ort	55127 Mainz
	Name	Organisationsform									
	Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)	Anstalt des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	55100 Mainz									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ZDF-Straße 1,									
Postleitzahl, Ort	55127 Mainz										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlIdokG)	
	Justitiar	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlIdokG)	
	Das ZDF begrüßt das Vorhaben der Länder, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland auch in der Zukunft publizistisch wettbewerbsfähig zu halten. Mit dem Änderungsstaatsvertrag wird deutlich, dass die Länder der Sicherung und Weiterentwicklung des qualitativ hochwertigen Programms des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine zentrale Bedeutung zumessen. Im Übrigen wird auf die beiliegende Stellungnahme des ZDF verwiesen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlIdokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlIdokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum.	Unterschrift
Mainz, 04.04.2023	



Zweites Deutsches Fernsehen | 55100 Mainz  
Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF · 55100 Mainz

Der Justitiar

**Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)**

Thüringer Landtag

Ausschuss für Europa, Kultur und Medien

Frau Vorsitzende

Katja Mitteldorf

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2475

zu Drs. 7/7148

Ihr Zeichen und Tag

– Drs. 7/7148

Unser Zeichen

Telefondurchwahl

Datum

05.04.2023

13.03.2023

**Stellungnahme des ZDF zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag  
Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/7148)**

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende Mitteldorf,  
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme im Vorfeld Ihrer anstehenden Beratungen wahr.

Das ZDF begrüßt das Vorhaben der Länder, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland auch in der Zukunft publizistisch wettbewerbsfähig zu halten. Dies bildet nach Ansicht des ZDF eine wesentliche Voraussetzung, um Akzeptanz und Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin zu sichern und die Rundfunkanstalten zur Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe zu befähigen. Mit dem Änderungsstaatsvertrag wird deutlich, dass die Länder der Sicherung und Weiterentwicklung des qualitativ hochwertigen Programms des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine zentrale Bedeutung zumessen. Dem kann das ZDF nur zustimmen.

Die Unverzichtbarkeit eines zuverlässigen Informationsangebots zur Vermittlung von Wissen und damit Stärkung der demokratischen Meinungsbildung durch unabhängige, glaubwürdige und aktuelle Berichterstattung wurden in den vergangenen, durch Corona-Krise und den Ukraine-Krieg bestimmten Jahren noch deutlicher sichtbar. Die Befassung des ZDF mit diesen Themen in ZDFspezial-Sendungen, zahlreichen Dokumentationen und Reportagen und Talk-Sendungen wurde von den Zuschauern und der Öffentlichkeit honoriert. Als Beispiel sind hier die Akzeptanzwerte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch bei jüngerem Publikum und die Würdigung herausragender journalistischer Leistungen wie die der ZDF-Reporterin Katrin Eigendorf aus den Krisenregionen zu nennen. In einer Studie zur Bundestagswahl 2021 würdigten z. B. zwei Drittel aller Befragten die Wahlberichterstattung des ZDF mit „sehr gut“ oder „gut“ – bei Jüngeren (18-29 Jahren) lag die Zustimmung bei hohen 70%.

Telefon | +49-6131-70-14100  
Telefax | +49-6131-70-15452  
Web | zdf.de



Das ZDF verankert die Einordnung und das Zeigen von Hintergründen und Perspektiven auf gesellschaftliche Entwicklungen in allen, auch fiktionalen Genres, um möglichst viele Menschen mit relevanten Themen zu erreichen. Die zentrale Bedeutung journalistischer Programme im ZDF lässt sich daran sehen, dass der Informationsanteil im ZDF-Hauptprogramm mit 46% sehr hoch liegt. Demgegenüber beläuft sich der Anteil der nicht-fiktionalen Unterhaltung im Hauptprogramm auf 11% und in der Programmfamilie sogar auf unter 10%.

Das ZDF geht u.a. mit seinen Informationssendungen auch konkret auf das Bundesland Thüringen ein. Hierzu zählen neben einer Vielzahl an Beiträgen in Nachrichtensendungen auch Magazine wie Länderspiegel, 37° und 37° Leben, hallo deutschland, nano, Wiso oder frontal, die in Thüringen gedreht werden oder aus Thüringen berichten. Regelmäßig werden Gottesdienste übertragen und von Parteitagen berichtet, zuletzt vom Bundesparteitag der Linken 2022. Dazu kommen Dokumentation, Reportagen und Beiträge, die von Produzenten aus Thüringen beigesteuert werden und immer wieder über Themen im Blickwinkel ostdeutscher Schwerpunkte und Interessensgebiete auch im Zusammenhang mit den jüngsten weltweiten Krisen berichten. Eine besondere Bedeutung kommt dem Wintersport zu, mit umfassenden Berichten zu Biathlon- und Rodelwettkämpfen in Oberhof. So waren im Februar 2023 die Live-Übertragungen von der Biathlon-WM in Oberhof ein Highlight der Wintersport-Berichterstattung. Im Jahr 2022 wurde zudem das Frauenländerspiel zwischen Deutschland und der Schweiz übertragen.

Für das fiktionale Programm wird in Jena seit drei Jahren der erfolgreiche Samstags-Krimi Theresa Wolff hergestellt. Darüber hinaus wird u.a. mit Vier Sterne Plus ein kleines Fernsehspiel umgesetzt, dass sich um einen Thüringer Geschäftsführer dreht, der einen großen Traum verwirklichen möchte. Hinzu kommen Fernseh-, Spielfilme und kleine Serien, bspw. für das Kinderprogramm wie die Jugendserie Weckschreck und der Kinderfilm Peterchens Mondfahrt, die in großen Teilen in Thüringen gedreht wurden. Der Fernsehgarten on Tour war letztes Jahr in Erfurt zu Gast.

Zu den Anpassungen des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags im Einzelnen:

### **Präambel**

In der Präambel des Medienstaatsvertrags soll zukünftig die Verantwortung der Rundfunkanbieter in Deutschland auch für die Grundsätze der Nachhaltigkeit aufgenommen werden. Die Betonung dieser Verantwortung entspricht einer modernen Unternehmensführung. Nachhaltigkeit ist für das ZDF ein wichtiges Thema. Der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen gehört zum Selbstverständnis des ZDF. Hierzu werden derzeit im ZDF schon verschiedene Maßnahmen umgesetzt. Einen entsprechenden Bericht zur Nachhaltigkeit hat das ZDF im Juli 2022 veröffentlicht.

### **Ausdifferenzierung des Auftrags, § 26 Abs. 1 MÄStV**

Das ZDF begrüßt die Ausdifferenzierung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in § 26 Abs. 1 MÄStV. Dort soll zukünftig die Förderung des gesamtgesellschaftlichen Diskurses hervorgehoben werden. Die Klarstellung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten hat, erscheint auch mit Blick auf die Akzeptanz in der Gesellschaft als wichtig.

Entsprechendes gilt auch für die Präzisierung des Auftrags, die aus der Beitragsfinanzierung erwachsenden Möglichkeiten mit eigenen Impulsen und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt zu nutzen. Diese Formulierung knüpft an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an. Danach führt der publizistische und ökonomische Wettbewerb nicht automatisch dazu, dass für Medienunternehmen publizistische Ziele im Vordergrund stehen oder dass in den Rundfunkprogrammen die Vielfalt der in einer Gesellschaft verfügbaren Informationen, Erfahrungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster abgebildet werden. Eine Steuerung der Angebote der Rundfunkveranstalter allein über den Markt gefährdet das für die Demokratie besonders wichtige Ziel der inhaltlichen

Vielfalt. Insofern erscheint diese im Staatsvertrag vorgesehene Betonung der Vielfalt als wichtiger Hinweis auf die Rollenverteilung in der dualen Rundfunkordnung, in der der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein umfassendes mediales Angebot bereitstellen soll.

In diesem Zusammenhang hebt auch die Formulierung, allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen, den Auftrag zu einem vielfältigen Angebot hervor. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Nutzung moderner Verbreitungsmöglichkeiten zu sehen, welche eingesetzt werden müssen, um alle Bevölkerungsgruppen erreichen zu können. Dabei begrüßt das ZDF auch die vorgesehene Stärkung von Angeboten für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Familien und die Adressierung der Belange von Menschen mit Behinderungen.

Entsprechendes gilt auch für die Beauftragung von Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung. Gerade Unterhaltung mit einem öffentlich-rechtlichen Profil ist in hohem Maße meinungsbildend und ein zentrales Element zur Erfüllung des Auftrags zum Vollangebot. Die öffentliche und individuelle Meinungsbildung wird nicht nur durch Beiträge der Information, Bildung und Kultur, sondern oftmals auch durch fiktionale Angebote angestoßen. Sie bildet für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein wichtiges Programmelement, auch um seine Informations-, Kultur- und Integrationsfunktion wahrnehmen zu können.

Unter der Überschrift „Ein ZDF für alle“ hat das ZDF zu diesem Themenkomplex einen Strategieprozess für eine umfassende digitale Transformation gestartet. Ein Kernpunkt ist dabei die Steigerung der Akzeptanz in allen Gruppen der Gesellschaft. Dafür schichtet das ZDF 100 Millionen Euro zugunsten von Angeboten für jüngere Zielgruppen um. Mit dieser neuen Inhalte-Strategie sind eine thematisch breit aufgestellte Doku-Strategie für die ZDFmediathek, eine größere Genrevielfalt für neue Zielgruppen in der Fiktion, eine Stärkung und Profilierung der Nachrichtenformate über alle Plattformen hinweg sowie neue Akzente in der Unterhaltung verbunden. Insofern greift das ZDF die Ausdifferenzierung des Auftrags auch mit diesem Strategieprozess auf.

Die Regelung in § 26 Abs. 1 S. 10 MÄStV, nach der der Auftrag in seiner gesamten Breite auf der ersten Auswahlstufe der eigenen Portale und über alle Tageszeiten hinweg in den Vollprogrammen wahrnehmbar sein soll, ist unter Berücksichtigung der Programmhöhe der Rundfunkanstalten auf das Gesamtangebot zu beziehen. In ihr bestätigt sich der Auftrag zu einem umfassenden und vielfältigen Angebotsprofil.

### **Betonung der Bindungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, § 26 Abs. 2 MÄStV**

In § 26 Abs. 2 MÄStV wird im Rahmen der Auftragserfüllung zukünftig die Verpflichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten betont. Der Verweis auf die Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung entspricht dem Selbstverständnis des ZDF in seiner Aufgabenerfüllung.

### **Ausschluss des Drittschutzes § 26 Abs. 3 MÄStV**

Das ZDF befürwortet die Regelung des § 26 Abs. 3 MÄStV, mit der subjektive Rechte Dritter bezüglich der Auftragserfüllung durch klare Aussage im Gesetzestext ausgeschlossen werden. Damit bringen die Länder insbesondere ihren eindeutigen Willen zum Ausdruck, dass die Einhaltung der Auftragsnormen nicht von Dritten, wie kommerziellen Sendeunternehmen, in wettbewerbsrechtlichen Verfahren vor den Zivilgerichten zur Überprüfung und Bewertung gestellt werden können.

### **Flexibilisierung einzelner Programme, § 28 und § 32a MÄStV**

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist als Medienanbieter und publizistischer Akteur darauf angewiesen, flexibel agieren zu können. Aktuell ist das ZDF mit seinen Digitalkanälen ZDFinfo und ZDFneo erfolgreich. Diese werden vom Publikum angenommen. Der insgesamt Erfolg des ZDF beruht dabei auf einer starken Verknüpfung der linearen Programme wie dem Hauptprogramm, aber gerade auch von ZDFneo und ZDFinfo mit den non-linearen Angeboten. Die Digitalkanäle des ZDF haben einen festen Platz in einer gut funktionierenden Programmstrategie, in der starke Synergien aus der Kombination von linearen Programmen und Online-Angeboten genutzt werden, um insbesondere jüngeres Publikum anzusprechen. Diese Kombination ist notwendig, um im Wettbewerb bspw. mit Streamingdiensten, überwiegend aus den USA, bestehen zu können.

Insbesondere zu begrüßen ist, dass die entsprechenden Programme weiterhin eindeutig gesetzlich beauftragt sind.

### **Gemeinsame Plattformstrategie von ARD, ZDF und Deutschlandradio, § 30 Abs. 1 MÄStV**

Der Medienänderungsstaatsvertrag sieht in § 30 Abs. 1 auch den Auftrag vor, die Telemedienangebote der Rundfunkanstalten unter Einbeziehung einer gemeinsamen Plattformstrategie anzubieten. Dies entspricht dem aktuellen Ansatz von ARD und ZDF zum Ausbau der Mediatheken zu einem gemeinsamen Streaming-Netzwerk und wird daher von Seiten des ZDF begrüßt.

### **Telemedienangebote, § 30 Abs. 2 MÄStV**

In der Medienlandschaft kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk nur publizistisch wettbewerbsfähig sein, wenn es ihm möglich ist, seine Telemedienangebote kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dementsprechend begrüßt das ZDF, dass hier weitere gesetzliche Schritte gegangen werden.

Wichtig für die Auftragserfüllung ist, dass künftig die Möglichkeit zur Nutzung von Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind, erweitert werden. Für die moderne Angebotsgestaltung ist es bedeutend, dass europäische, aber unter bestimmten Voraussetzungen auch nicht-europäische Werke in den Telemedienangeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorkommen dürfen.

Ganz wesentlich für das ZDF sind hier die Öffnungen für die genannten europäischen Werke. Neben gewissen Anpassungen bei der Onlinestellung bezogen auf Sendungen sollen diese Werke zukünftig auch als eigenständige audiovisuelle Inhalte zum Abruf angeboten werden können. Zwar wird im Grundsatz eine Depublikationspflicht nach 30 Tagen beibehalten, eine zeitlich weitergehende Abrufmöglichkeit wird indes aus redaktionellen oder Gründen der Angebotsgestaltung grundsätzlich möglich sein, sofern die weitergehende Bereitstellung im besonderen Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beiträgt. Dabei sind redaktionelle oder Gründe der Angebotsgestaltung, die zu einer weitergehenden Abrufmöglichkeit nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 MÄStV führen können, gegenüber den zuständigen Gremien zu konkretisieren und regelmäßig zu überprüfen. Bzgl. der nicht-europäischen Werke, die nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 oder 3 MÄStV auf Abruf bereitgestellt werden, ist zudem zu erläutern, wie diese in besonderem Maße zum öffentlich-rechtlichen Profil beitragen.

Diese Anpassungen geben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitere Möglichkeiten zur Darstellung der europäischen Lebenswelten und helfen ihm dadurch, zur gegenseitigen europäischen Verständigung beizutragen. Zudem wird hiermit der Stellenwert der Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bestätigt und aufgewertet. Dies ist für die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von wesentlicher Bedeutung.

### **Telemedientestangebote, § 32 Abs. 8 ff. MÄStV**

Das ZDF begrüßt das neu geschaffene Instrument der Testangebote im Telemedienbereich in § 32 Abs. 8 ff. MÄStV. Hiermit werden dem Medienstaatsvertrag weitere Elemente zur Ermöglichung eines flexiblen öffentlich-rechtlichen Rundfunks hinzugefügt und die publizistische Wettbewerbsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt.

### **Empfehlungssysteme bei Telemedienangeboten, § 30 Abs. 4 Satz 2 MÄStV**

Ebenfalls wird von Seiten des ZDF die Einfügung in § 30 Abs. 4 Satz 2 MÄStV befürwortet, wonach die von ARD, ZDF und Deutschlandradio verwendeten Empfehlungssysteme in ihren Telemedienangeboten einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen sollen. Diese Regelung spiegelt die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wider.

### **Überwachung der Auftragserfüllung, § 31 Abs. 3 und 4 MÄStV**

In § 31 Abs. 3 MÄStV findet sich die Normierung, dass die zuständigen Gremien der Rundfunkanstalten über die Erfüllung des Auftrags gemäß § 26 MStV wachen. Dies entspricht der Rollenverteilung der Anstaltsorgane innerhalb der Rundfunkanstalten. Danach sind die Intendant\*innen in eine umfassende Aufsicht durch plural zusammengesetzte Gremien eingebunden.

In diesem Zusammenhang ist auch der neue § 31 Abs. 4 MÄStV zu sehen. Danach sollen die Richtlinienkompetenzen der Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten im Medienstaatsvertrag erweitert werden. Die zuständigen Gremien sollen für die Angebote der Anstalten Richtlinien mit inhaltlichen und formalen Qualitätsstandards definieren und entsprechende Überprüfungsmechanismen vorsehen, um so die Erfüllung des Auftrags zu überwachen.

Im ZDF gibt es hierzu bereits ähnliche und bewährte Instrumente, die auf § 20 ZDF-Staatsvertrag aufsetzen. Danach hat der Fernsehrat die Aufgabe, für die Sendungen des ZDF Richtlinien aufzustellen und den Intendanten in Programmfragen zu beraten. Der Fernsehrat überwacht die Einhaltung dieser Richtlinien und auch die im ZDF-Staatsvertrag aufgestellten programmlichen Grundsätze. Hierzu hat der Fernsehrat etwa die Richtlinien für Sendungen und Telemedienangebote des ZDF aufzustellen. Durch die Neuregelung des § 31 Abs. 3 MÄStV werden neue Impulse für die Arbeit der Aufsichtsgremien gegeben.

### **Benchmarking zwischen den Rundfunkanstalten, § 31 Abs. 5 MÄStV**

Nach § 31 Abs. 5 MÄStV sollen ARD, ZDF und Deutschlandradio zukünftig gemeinsam Maßstäbe zur wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung unter Einbeziehung der zuständigen Gremien und der KEF entwickeln. Nach § 31 Abs. 5 MÄStV soll damit die Überprüfbarkeit und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung verbessert und eine vergleichende Kontrolle der Ressourceneffizienz ermöglicht werden.

In diesem Rahmen ist darauf hinzuweisen, dass das ZDF Gegenstand zahlreicher finanzbezogener Prüfungen ist. Allgemein ist das ZDF je nach Konstellation berichtspflichtig gegenüber seinen internen Aufsichtsgremien, dem Verwaltungsrat und dem Fernsehrat, der KEF, dem Landesrechnungshof oder etwa den Landtagen. Hinzu kommen die Berichte der Wirtschaftsprüfer. Mit § 31 Abs. 5 MÄStV tritt ein weiteres Element zur Überprüfung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hinzu. Der verantwortungsvolle Umgang mit Beitragsmitteln ist für den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk wichtig. Gerade im Hinblick auf die KEF gibt es ein breites Spektrum von aufwändigen, in der Regel auf gemeinsam mit der ARD erarbeiteten „Leitfäden“ beruhenden Benchmark-Rechnungen. Zu nennen wären hier insbesondere der Vergleich der Kosten ausgewählter

Sendungen, der Vergleich der Telemedienkosten sowie der Vergleich der Kosten der Produktionsbetriebe.

Das ZDF wird gemeinsam mit der ARD und dem Deutschlandradio die Fortentwicklung entsprechender Maßstäbe prüfen und mit seinen Gremien und der KEF abstimmen. Dabei ist es wichtig, dass diese Standards kongruent mit den Prüfungsmaßstäben der KEF entwickelt werden.

#### **Kontinuierlicher Dialog mit der Bevölkerung, § 31 Abs. 6 MÄStV**

Mit § 31 Abs. 6 MÄStV wird zudem vorgegeben, dass die Anstalten Maßnahmen ergreifen müssen, um einen kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung über Qualität, Leistung und Fortentwicklung des Angebots zu führen. Das ZDF begrüßt diesen Vorschlag und sieht hierin weitere Möglichkeiten, den Dialog mit der Bevölkerung gerade auch im Hinblick auf die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu intensivieren.

Gerne stehen wir Ihnen und dem Ausschuss für etwaige Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Institut für Medienrecht und Kommunikationsrecht der Universität zu Köln</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Albertus-Magnus-Platz</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>50923 Köln</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Institut für Medienrecht und Kommunikationsrecht der Universität zu Köln		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Albertus-Magnus-Platz	Postleitzahl, Ort	50923 Köln
	Name	Organisationsform									
	Institut für Medienrecht und Kommunikationsrecht der Universität zu Köln										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Albertus-Magnus-Platz									
Postleitzahl, Ort	50923 Köln										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)</td> <td style="padding: 5px;">Gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunk und Telemedienangeboten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">MDR, Intendantin</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Kantstraße 71-73</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">04275 Leipzig</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	Gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunk und Telemedienangeboten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	MDR, Intendantin	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kantstraße 71-73	Postleitzahl, Ort	04275 Leipzig
	Name	Organisationsform									
	Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	Gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunk und Telemedienangeboten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	MDR, Intendantin									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kantstraße 71-73									
Postleitzahl, Ort	04275 Leipzig										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)</small>										
	Veranstaltung von Rundfunk und Telemedienangeboten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen										

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der MDR befürwortet die im Vorhaben vorgesehenen Regelungen zur Stärkung der unabhängigen Aufsichtsgremien und zur Flexibilisierung der Beauftragung von Programmangeboten. Als Federführer des in Thüringen ansässigen ARD/ZDF-Kinderkanals weist der MDR darauf hin, dass mit dem 3. MÄStV auch der KiKA weiter als beauftragt gilt und das Gesetz insofern keine unmittelbare Überführung in ein reines Online-Angebot vorsieht. Der MDR begrüßt die durch das Gesetzesvorhaben auch für den KiKA eröffnete grundsätzliche Option, unter Beteiligung der zuständigen staats- und gruppenfern besetzten Aufsichtsgremien einen solchen Weg gehen zu können. MDR und KiKA haben mit „mittendrin“-Dialogangeboten, dem Meinungsbarometer MDRfragt und dem KiKA-Kinderredaktionsrat bereits Formen des Publikumsdialogs etabliert und wird diese weiter entwickeln. Ansonsten wird auf die von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) eingereichte Stellungnahme verwiesen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 13.4.2023	

Den Mitgliedern des  
AfEKM

THÜR. LANDTAG POST  
13.04.2023 09:31

10301/2023

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2483  
zu Drs. 7/7148

mdr

Mitteldeutscher Rundfunk · Kantstraße 71-73 · 04275 Leipzig.

MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

INTENDANTIN

Kantstraße 71-73  
04275 Leipzig  
Postanschrift 04360 Leipzig  
Tel.: (0341) 3 00 62 00  
Fax: (0341) 3 00 62 36  
[www.mdr.de](http://www.mdr.de)  
[Intendanz@mdr.de](mailto:Intendanz@mdr.de)

**Stellungnahme zum Thüringer Gesetzentwurf zum  
Medienänderungsstaatsvertrag – Drucksache 7/7148**

Leipzig, 13.04.2023  
Seite 1/4

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. März 2023 und die Gelegenheit, die Sie MDR und Kika eingeräumt haben, zum Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/7148, Stellung zu nehmen.

Der MDR als ARD-Mitglied und Kika begrüßen die mit dem Gesetzesentwurf verbundenen Optionen für die Flexibilisierung bestehender Programmangebote. Dazu darf ich auch auf die Stellungnahme des ARD-Vorsitzenden in dieser schriftlichen Anhörung verweisen.

Mir ist es als Intendantin der für den in Thüringen ansässigen ARD/ZDF-Kinderkanal wichtig zu betonen, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf keine unmittelbare Umwandlung des Kika in ein rein non-lineares Angebot verbunden ist. Gern gehe ich in der beigefügten gemeinsamen Stellungnahme auf ausgewählte relevante Aspekte des Gesetzesvorhabens ein.

**Anlage**

## **Anlage: Stellungnahme von MDR und KiKA zu Drs. 7/7148; April 2023**

Der MDR als Mitglied der ARD schließt sich der eingereichten ARD-Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum 3. MÄStV an. Der MDR befürwortet die im Vorhaben vorgesehenen Regelungen zur Stärkung der unabhängigen Aufsichtsgremien und zur Flexibilisierung der Beauftragung von Programmangeboten.

Als Federführer des in Thüringen ansässigen ARD/ZDF-Kinderkanals weist der MDR darauf hin, dass mit dem 3. MÄStV auch der KiKA weiter als beauftragt gilt und das Gesetz insofern keine unmittelbare Überführung in ein reines Online-Angebot vorsieht:

In Artikel 1 des 3. MÄStV wird der § 28 des MÄStV in Ziffer 5 angepasst (S.6 der Drs. 7/7148, Hervorhebung hier durch den Absender):

*„(5) Die nach dem Medienstaatsvertrag, in der Fassung des Zweiten Medienänderungsstaatsvertrages vom 14. bis 27. Dezember 2021, gemäß dessen § 28 Abs. 1 Nr. 2 (tägeschau24, EinsFestival), Abs. 2 Nr. 2 (ARD-alpha), Abs. 3 Nr. 2 (ZDFinfo, ZDFneo) sowie Abs. 4 Nr. 3 (PHOENIX - Der Ereignis- und Dokumentationskanal) und Nr. 4 (KiKA- Der Kinderkanal) veranstalteten Fernsehprogramme **sind weiterhin beauftragt:**“*

Der MDR begrüßt die durch das Gesetzesvorhaben auch für den KiKA eröffnete grundsätzliche Option, perspektivisch unter Beteiligung der zuständigen staats- und gruppenfern besetzten Aufsichtsgremien den Weg einer Flexibilisierung gehen zu können. Aktuell ist der KiKA in seinen Zielgruppen jedoch linear weiter stark verankert:

2022 feierte KiKA seinen 25. Geburtstag und konnte zum 4. Mal in Folge seine Marktführerschaft unter den TV-Sendern für Kinder bestätigen. Über die linearen Ausspielwege werden laut aktuellen Ergebnissen mehr als 9 von 10 Kindern der Zielgruppe der Drei- bis 13-Jährigen erreicht, und mit rund 15 % Anteil in dieser Zielgruppe bleibt KiKA führend in seiner Sendezeit und Lieblingsmarke vor großen internationalen Playern.

2022 wurden zahlreiche KiKA-Produktionen in Mitteldeutschland realisiert. Damit setzt sich KiKA dafür ein, die regionale Kultur- und Kreativwirtschaft zu stärken. Im Oktober 2022 fanden in Altenburg Dreharbeiten für das Geschichtsformat „Triff ...“ statt. Die vier Episoden wurden Anfang 2023 bei KiKA ausgestrahlt und auf kika.de und im KiKA-Player verfügbar gemacht.

„Schloss Einstein“ die erfolgreiche und am längsten laufende Kinder- und Jugendserie, wird am KiKA-Standort von Saxonia Media für MDR, ARD, und KiKA realisiert. Weitere Erfolgsproduktionen wie „KIKANINCHEN“, produziert von studio.tv.film, das größte Schülerquiz „Die Beste Klasse Deutschlands“ und der „KiKA Award“ von Bavaria Entertainment sowie „TanzAlarm“ von Minga Entertainment und das eigenproduzierte „KiKA-Baumhaus“ (KiKA) werden in Erfurt umgesetzt. Dazu kommen wöchentliche Magazine wie „Team Timster“ und „KiKA LIVE“. In Bernburg (Saale) fanden 2022 zudem Dreharbeiten für die Neuverfilmung des DDR-Klassikers „Spuk unterm Riesenrad“ statt. Gleich zwei Animationsserien aus Mitteldeutschland feierten 2022 Premiere bei KiKA: „Ach

du heilige Scheibe – Die Abenteuer von Mimo und Leva" von der MIDEU FILMS GmbH aus Halle/Erfurt und „Maari – Abenteuer am Riff“ von bigchild Entertainment aus Weimar.

Mit über 214 Mio. Videoabrufen, erreicht über kika.de, kikaninchen.de, KiKA-Player, KIKANINCHEN-App und HbbTV, verzeichnet KiKA monatlich bis zu 10,25 Mio. Visits. Höchste Popularitätswerte bestätigt zudem eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage des Marktforschungsinstitut iconkids & youth. Ungestützt gefragt, bezeichnen 20 % der Grundschulkinder und Preteens KiKA als ihr Lieblingsmedienangebot, 45 % der Mütter von Vorschulkindern nennen KiKA an 1. Stelle, und die Online-Angebote von KiKA sind unter den Sechs- bis 13-jährigen Internetnutzerinnen und -nutzern mit 31 % bevorzugtes digitales Angebot und belegen damit Platz 2 hinter YouTube und vor TikTok, Netflix und WhatsApp.

Mit der KiKA-Quiz App können Kinder ihr Wissen mit „Die beste Klasse Deutschlands“ und „Tigerenten Club“ über den Quizcamp-Modus oder über In-App-Liveshows testen, 70.000 quizen bereits mit. 2,2 Mio. und 1,5 Mio. Downloads verzeichnen die KiKA-Player-App und die KIKANINCHEN-App.

Kennzeichnend für Kinder und ihre Familien sind sowohl eine lineare wie auch eine stärker werdende non-lineare Mediennutzung. KiKA und die Verantwortlichen bei ARD und ZDF sehen daher in der Möglichkeit zur Flexibilisierung des Ausspielwegs eine grundsätzliche hilfreiche Option. Ob und wann diese genutzt wird, bleibt der weiteren Beobachtung des Mediennutzungsverhaltens, der Ableitung strategischer Vorgehensweisen zur Erreichung der relevanten Zielgruppen sowie einer grundsätzlichen Mitentscheidung der zuständigen Aufsichtsgremien vorbehalten. Dabei sind auch Aspekte wie Zugänglichkeit des Angebots zu betrachten.

Mit einem Kinderredaktionsrat startete KiKA 2022 ein neues Partizipationsangebot. Mehr als 680 Kinder bewarben sich, fünf wirkten im Jubiläumsjahr an Projektarbeiten mit, lernten Arbeitsprozesse kennen und trafen Programm-Entscheidungen. 2023 wird der Kinderredaktionsrat in neuer Besetzung fortgeführt. Das ist insofern bereits ein Ansatz, den im 3. MÄStV besonders betonten Austausch mit dem Publikum zu führen.

Auch der MDR bietet bereits jetzt zahlreiche Formen des Publikumsdialogs: So können ausgewählte Interessierte beispielsweise regelmäßig in „mittendrin“-Dialogaktionen Einblick in redaktionelle Prozesse und Abläufe im MDR gewinnen. Im Rahmen eines ARD-Dialogtags im November 2022 wurde so unter anderem die redaktionelle Leitungsrunde des MDR-Landesfunkhauses Thüringen online für das Publikum geöffnet. Interessierte konnten die Leitungsrunde Fragen an Bereichs- und Produktverantwortlichen stellen und Anregungen geben.

Mit „MDRfragt“ hat der MDR zudem ein rund 60.000 Menschen umfassendes und weiter wachsendes Umfrage-Panel aufgebaut. Auf der Grundlage von Online-Befragungen kommt der MDR so mit den Menschen in Mitteldeutschland in den Austausch, erfragt die Stimmungslagen zu gesellschaftlich relevanten Themen und gibt den Menschen aus unserer Region eine Stimme im MDR-Programm.

Oftmals werden in der Gesellschaft nur die Stimmen wahrgenommen, die sich am lautesten bemerkbar machen. Mit MDRfragt soll allen Teilen der Gesellschaft eine Stimme gegeben werden, auf Basis einer breiten, registrierten MDRfragt-Gemeinschaft, mit

möglichst vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dabei wird insbesondere nach Meinungen, Einstellungen, Stimmungsbildern oder nach Verhaltensweisen und der persönlichen Lage gefragt – und das nicht nur einmalig, sondern regelmäßig: So kommen MDR und Teilnehmende regelmäßig in Kontakt, um vielfältige Perspektiven auf relevante Fragen zu erfahren, einander auf Augenhöhe zu begegnen und besser zu verstehen – um am Ende das Programm noch besser zu machen. Aktuell nehmen zwischen 25.000 und 30.000 Menschen an den einzelnen Umfragen teil. Oft ergeben sich aus Rückmeldungen auch Ansätze für Recherchen oder Berichterstattung über die Umfrageergebnisse hinaus.

Die Befragungen sind nicht repräsentativ, aber sie werden nach statistischen Merkmalen wie Geschlecht, Bildung und Alter gewichtet. Dabei unterstützt ein wissenschaftlicher Beirat das Team von MDRfragt. Mit dem MDR-Meinungsbarometer soll ein möglichst breites Stimmungsbild der Menschen in Mitteldeutschland eingefangen werden – mit möglichst vielen Teilnehmenden. Repräsentative Befragungen im Programm – wie zum Beispiel Wahlumfragen – sollen durch MDRfragt nicht ersetzt werden.

Der MDR wird die beschriebenen Formen des Publikumsdialogs weiter entwickeln.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>	
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -	
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Organisationsform</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Südwestrundfunk (SWR) und aktuell ARD-Geschäftsführung</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">ARD-Geschäftsführung, Südwestrundfunk</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Neckarstraße 230</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">70190 Stuttgart</div>
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Vorname</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;"></div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Veranstaltung von Rundfunk in den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der SWR befürwortet in seiner Funktion als ARD-Geschäftsführung und damit für die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD) die im Gesetzesvorhaben vorgesehenen programmbezogenen Regelungen zur Ausdifferenzierung des Funktionsauftrags der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, zur flexibleren Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme sowie zu den öffentlich-rechtlichen Telemedienangeboten. Zudem werden die ebenfalls im Gesetzesvorhaben vorgesehenen Regelungen zur Stärkung der unabhängigen Gremien in den Bereichen Programm und Finanzen sowie die Verankerung des regelmäßigen, gesamtgesellschaftlichen Dialogs mit der Bevölkerung befürwortet. Diese Regelungen sind wichtig zur Sicherung der Akzeptanz und Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und letztlich auch zur Sicherung der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>   	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>   	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stuttgart, 13. April 2023	

ARD-Geschäftsführung

Südwestrundfunk  
Neckarstraße 230  
70190 Stuttgart

ARD-Geschäftsführung SWR 70150 Stuttgart

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

ARD-Vorsitzender

THÜR. LANDTAG POST  
13.04.2023 10:33

10317/23

per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)



Stuttgart, 13. April 2023

**Stellungnahme der ARD zum Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/7148

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. März 2023 und die Möglichkeit, zum Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/7148, im schriftlichen Anhörungsverfahren des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien Stellung nehmen zu können. Diese Möglichkeit nehme ich gerne in meiner Funktion als ARD-Vorsitzender wahr. Ergänzend hierzu, insbesondere zum nun flexibel beauftragten Programm *KiKa*, möchte ich gerne auf die gemeinsame Stellungnahme des MDR und KiKa in diesem Anhörungsverfahren verweisen.

Die ARD begrüßt, dass die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder diesen Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – im Folgenden Dritter Medienänderungsstaatsvertrag – im Jahr 2022 unterzeichnet haben und die Regelungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk modernisieren möchten. Mit diesem sollen die Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an die Lebenswirklichkeit der sich kontinuierlich ändernden Mediennutzung angepasst und flexibler ausgestaltet sowie die wichtigen Aufsichtsgremien in den zentralen Bereichen Programm und Finanzen gestärkt werden. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Akzeptanz und Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und damit letztlich auch zur Sicherung der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung, die wir – ganz besonders in diesen krisenerschütterten Zeiten – als gemeinsames elementares Ziel verstehen.

Zum „Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ zu diesem Staatsvertrag hatten die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände und Institutionen von November 2021 bis Januar 2022 die Möglichkeit, bei der Rundfunkkommission Stellungnahmen einzureichen. Die Stellungnahme der ARD vom 14. Januar 2022 ist auf [ard.de](http://ard.de) und auf der Internetseite der Rundfunkkommission der Länder öffentlich zugänglich.

Mit Blick auf diese Stellungnahme möchte ich in dieser schriftlichen Anhörung die nachfolgenden für die ARD besonders zentralen Regelungen aus dem vorliegenden Dritten Medienänderungsstaatsvertrag hervorheben:

1. der Funktionsauftrag nach § 26 MStV-E (Art. I Nr. 3),
2. die flexiblere Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme nach § 28 Abs. 5 MStV-E (Art. I Nr. 4) und die neu eingeführten Verfahrensregelungen zur Flexibilisierung von Programmen nach § 32a MStV-E (Art. I Nr. 8),
3. die Neuregelungen zu den öffentlich-rechtlichen Telemedienangeboten nach § 30 MStV-E (Art. I Nr. 5),
4. die Erweiterung der Kompetenzen der Aufsichtsgremien in Programmangelegenheiten sowie zur Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung nach § 31 Abs. 4 und 5 MStV-E (Art. I Nr. 6 c)),
5. der regelmäßige, gesamtgesellschaftliche Dialog mit der Bevölkerung nach § 31 Abs. 6 MStV-E (Art. I Nr. 6 c)).

#### **Zu 1: Funktionsauftrag nach § 26 MStV-E (Art. I Nr. 3)**

Die ARD begrüßt die moderne und umfassende Spezifizierung und Ausdifferenzierung des Funktionsauftrags im neuen § 26 Abs. 1, mit der die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots als Plattform für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs betont wird – schließlich ist dieser Grundvoraussetzung freier Meinungsbildung. Unerlässlich dafür und für uns selbstverständlich ist, dass wir mit unserem Programm alle Bevölkerungsgruppen und damit eine maximal breite und diverse Gesellschaft erreichen und auch erreichen können. Daher möchten wir die Betonung der Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Stärkung der Interessen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Menschen mit Behinderungen und Familien unter § 26 Abs. 1 Satz 7 MStV-E positiv würdigen, damit eben kein Nischenangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entsteht, sondern eine starke Plattform für die gesamte Zivilgesellschaft. Schließlich ist das die Basis für die hohe Akzeptanz der ARD und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt. Insofern ist es ebenso unerlässlich, dass auch die Unterhaltung nach § 26 Abs. 1 Satz 9 MStV-E weiterhin vom gesetzlichen Programmauftrag umfasst ist – wie es auch nach ständiger, höchstrichterlicher Rechtsprechung geboten ist (vgl. z.B. BVerfGE 119, 181 m.w.N.). Dass diese einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechen muss, entspricht jeher unserem Anspruch an alle unsere Angebote.

Im neuen § 26 Abs. 2 MStV-E wird herausgestellt, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei Erfüllung ihres Auftrages der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße journalistischer Standards insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung sowie zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet sind. Die unbedingte Achtung dieser für ein qualitatives und breit angekommenes Programmangebot elementaren Grundsätze ist für die ARD auch in der Vergangenheit selbstverständlich gewesen; die staatsvertragliche Verankerung stärkt uns in diesem Selbstverständnis.

Mit § 26 Abs. 3 MStV-E wird klargestellt, dass subjektive Rechte Dritter bezüglich unserer Auftrags Erfüllung und damit insbesondere wettbewerbsrechtliche Verfahren Dritter, wie z.B. kommerzieller Medienhäuser, vor den Zivilgerichten zur Überprüfung dieser gesetzlichen Pflichten ausgeschlossen werden. Diese Regelung wird ausdrücklich unterstützt. Sie stellt sicher, dass die Auftragsbestimmung so wie verfassungsrechtlich geboten beim Gesetzgeber verbleibt.

## **Zu 2: Flexibilisierung von Fernsehprogrammen nach § 28 Abs. 5 MStV-E (Art. I Nr. 4) und § 32a MStV-E (Art. I Nr. 8)**

In engem Zusammenhang mit dem Programmauftrag steht die gesetzliche Beauftragung der linearen Programmangebote von ARD und ZDF.

Von den bislang zwingend beauftragten linearen Fernsehprogrammen sollen nun für die ARD deren Angebote *tagesschau24*, *EinsFestival* – nun *ONE* – sowie *ARD-alpha* sowie die Gemeinschaftsangebote von ARD und ZDF *PHOENIX* und *KiKa* flexibel beauftragt sein.

Dass die Rundfunkanstalten diese flexibel beauftragten Programme zukünftig in eigener Verantwortung nach dem neu in § 32a MStV-E geregelten Verfahren ganz oder teilweise einstellen, ins Internet überführen oder austauschen können, entspricht unserem Anliegen, unser Angebotsportfolio nutzerzentriert auszugestalten und so noch besser auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen bei der Erfüllung des Programm- und Telemedienauftrags einzugehen. Daher begrüßen wir diese neue Möglichkeit der Flexibilisierung. Dies gilt auch für die Klarstellung, dass diese flexibilisierten Programme weiterhin eindeutig vom Auftrag umfasst sind. Wie bereits angekündigt, wird die ARD noch in diesem Jahr die Flexibilisierung eines ihrer genannten Spartenkanäle unter Einbeziehung der zuständigen Gremien auf den Weg bringen.

## **Zu 3: Neuregelungen zu den öffentlich-rechtlichen Telemedienangeboten nach § 30 MStV-E (Art. I Nr. 5)**

Anknüpfend an die nutzerorientierte Angebotsweiterentwicklung in Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung von Onlineangeboten für die Bevölkerung sind auch die Neuregelungen zu den Telemedienangeboten von ARD und ZDF positiv zu würdigen.

In § 30 Absatz 1 MStV-E ist nun erfreulicherweise ergänzt, dass die Telemedienangebote unter Einbeziehung einer gemeinsamen Plattformstrategie von ARD und ZDF angeboten werden, was der aktuellen gemeinsamen Strategie von ARD und ZDF entspricht: Durch einen kontinuierlichen Ausbau der Zusammenarbeit entwickeln ARD und ZDF ihre Mediatheken zu einem gemeinsamen Streaming-Netzwerk, mit dem wir unsere Angebote der breiten Bevölkerung auch online bestmöglich präsentieren und so zeitgemäß zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs beitragen möchten.

Zugunsten starker und attraktiver öffentlich-rechtlicher Plattformen ist es zudem eine wesentliche Weichenstellung für die Zukunft, dass mit dem neuen § 30 Abs. 2 MStV-E die Möglichkeiten zur Nutzung angekaufter Filme und Serien – wenn auch zeitlich begrenzt – erweitert werden sollen. Ganz besonders wichtig für uns ist dabei die Möglichkeit nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 MStV-E, europäische sowie unter bestimmten Voraussetzungen nicht-europäische Werke auch als eigenständiges non-lineares Angebot in unseren Mediatheken bereithalten zu können. Diese Änderung erweitert die Möglichkeiten, europäische Lebenswirklichkeit auch in den Online-Angeboten darstellen und so zur europäischen Verständigung beitragen zu können. Sie unterstreicht und stärkt die Relevanz des öffentlich-rechtlichen Online-Angebots und trägt dem geänderten Nutzungsverhalten in der Bevölkerung Rechnung.

Ebenfalls positiv hervorheben möchten wir die Ergänzung zu Empfehlungssystemen in § 30 Abs. 4 Satz 2 MStV-E. Dass wir Algorithmen nutzen, die einen „*offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen*“, ist elementar, um unseren Nutzerinnen und Nutzern ein objektiv und inhaltlich vielfältiges, diverse Perspektiven abdeckendes Angebot zu präsentieren und entspricht unserem Auftragsverständnis.

**Zu 4: Stärkung der Gremien in den Bereichen Programm und Finanzen nach § 31 Absätze 4 und 5 MStV-E (Art. I Nr. 6 c))**

Die Gremien sind für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von maßgeblicher Bedeutung. Sie sind kritische Ratgeber und wachen als Aufsichtsgremium über die Erfüllung des Auftrags durch die Rundfunkanstalten.

Vor diesem Hintergrund wird die im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag vorgesehene Stärkung der Gremien durch die neue Aufgabe, formale und inhaltliche Qualitätsrichtlinien nach § 31 Abs. 4 MStV-E aufzustellen und deren Einhaltung zu kontrollieren, begrüßt. In diesem Sinne haben die Gremien bereits mit der Erarbeitung entsprechender Regelungen begonnen. Mit der Neuregelung wird die Kontrollfunktion der Gremien im Bereich der Qualitätssicherung gestärkt. Sie leisten in dieser Funktion einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Gleiches gilt auch für die Maßstäbe, die ARD, ZDF und Deutschlandradio zukünftig nach § 31 Abs. 5 MStV-E zur Überprüfbarkeit von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit aufstellen sollen. Hierzu wird sich die ARD, wie im Entwurf vorgesehen, mit ZDF und Deutschlandradio abstimmen und dabei die Gremien einbeziehen sowie Empfehlungen der KEF berücksichtigen. Wesentlich wird sein, dass es zu keinen inhaltlichen Widersprüchlichkeiten zwischen den neuen und bereits bestehenden Prüfmaßstäben kommt. Schon heute unterliegen die Landesrundfunkanstalten unterschiedlichen finanzrelevanten Kontrollen. Neben der KEF, die auch eine zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio vergleichende Beurteilung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vornimmt, erfolgen Prüfungen durch Verwaltungsrat, Wirtschaftsprüfer und Landesrechnungshöfe.

**Zu 5: Regelmäßiger, gesamtgesellschaftlicher Dialog mit der Bevölkerung nach § 31 Abs. 6 MStV-E (Art. I Nr. 6 c))**

§ 31 Absatz 6 MStV-E sieht vor, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in einen „*kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung, insbesondere über Qualität, Leistung und Fortentwicklung des Angebots*“ treten. Bereits heute ermöglichen die ARD und die Landesrundfunkanstalten in unterschiedlichen Formaten den Dialog mit Zuschauerinnen und Zuschauern bzw. Nutzerinnen und Nutzern in On Air- wie Off Air-Veranstaltungen. Diesen Weg wollen wir in Zukunft noch verstärken. Dialog halten wir für einen wichtigen Schritt, Transparenz gegenüber unseren Nutzerinnen und Nutzern zu stärken. Gleichzeitig sehen wir diesen Dialog auch mit Blick auf die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Gesellschaft als wichtiges Instrument nicht nur zur eigenen Angebotsreflektion, sondern auch zur steten Sicherung unserer Qualität.

Für Rückfragen und einen weiteren Austausch stehen Ihnen neben mir die Justitiarinnen des SWR und Vorsitzenden der Juristischen Kommission, Frau Dr. Alexandra Köth und Frau Dr. Frauke Pieper, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>DJV Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Anger 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse									
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaft und Berufsverband der Journalist:innen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgt dem Auftrag – dieses verfassungsrechtliche Gebot muss beachtet werden. Für seine Legitimation braucht der ÖRR einen sicheren Rechtsrahmen, in dem er Unterhaltungsangebote ausstrahlen kann. Ansonsten droht ihm die „Feuilletonisierung“ in der Nische und mittelfristig eine Legitimationskrise. Beauftragung ist Aufgabe des Normgebers und darf nicht auf die Anstalten verlagert werden. KI.KA und Phoenix fallen in die Kernzuständigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sollen auch zukünftig im Fernsehen stattfinden. Die Programmhoheit der Sender muss gewahrt bleiben, weswegen Aufgaben der Intendanz nicht auf die Gremien verlagert werden dürfen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Werin Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldoKG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.04.2022	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



LANDESVERBAND  
THÜRINGEN E.V.



THÜR. LANDTAG POST  
13.04.2023 13:24

10360/23

Erfurt, 13. April 2023

ANGER 44  
99084 ERFURT  
TEL.: +49 361 566 05 29  
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:  
[www.djv-thueringen.de](http://www.djv-thueringen.de)

E-Mail:  
[info@djv-thueringen.de](mailto:info@djv-thueringen.de)

**Stellungnahme des  
DJV-Landesverbandes Thüringen  
zum**

**Thüringer Gesetz zu dem**

**Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

**Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/7148)**

Am 13. März 2023 hat der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages dem DJV Thüringen das Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag (Drucksache 7/7148) mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 14. April 2023 zugesandt.

Der Deutsche Journalisten-Verband in Thüringen, der als Gewerkschaft und Berufsverband rund 2/3 der Journalist:innen im Freistaat organisiert, bedankt sich ausdrücklich dafür, in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen zu werden. Der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag definiert und konkretisiert den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland. Insbesondere erhalten die Sender die Möglichkeit, einzelne Programme und Kanäle ins Internet zu verlagern. Dies trägt einerseits der tiefgreifenden Änderung des Konsumverhaltens vor allem der jüngeren Zielgruppe Rechnung, birgt aber andererseits die Gefahr, weniger online-affine Bevölkerungsschichten vom Zugang abzuschneiden.

Darüber hinaus sollen die Aufsichtsgremien der Anstalten neue Aufgaben erhalten, insbesondere die Überwachung der Haushaltsführung sowie die Definition und Überprüfung inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards.

Der DJV begleitet die medienpolitischen Diskussionen um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Interesse und Anteilnahme. Auf seinem Verbandstag im November 2021 hat der DJV zur Reform von Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgenden Beschluss<sup>1</sup> gefasst:

*Der DJV setzt sich dafür ein, dass die angedachte Reform von Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht zu Kürzungen im Programm führt. Vielmehr muss eine etwaige Reform sicherstellen, dass die Vielfalt der bestehenden Meinungen im Rundfunk auch in größtmöglicher Breite und Vollständigkeit Ausdruck findet.<sup>1</sup>*

Das ist die Grundüberzeugung, auf der diese Stellungnahme fußt.

<sup>1</sup> Verbandstagbeschluss C 4, [hier](#) nachzulesen

## **Zusammenfassung:**

- Die Finanzierung folgt dem Auftrag – nicht umgekehrt. Dieses verfassungsrechtliche Gebot muss beachtet werden.
- Für seine Legitimation braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen sicheren Rechtsrahmen, in dem er Unterhaltungsangebote ausstrahlen kann. Ansonsten droht ihm die „Feuilletonisierung“ in der Nische und mittelfristig eine Legitimationskrise.
- Beauftragung ist Aufgabe des Normgebers und darf nicht auf die Anstalten verlagert werden.
- KI.KA und Phoenix fallen in die Kernzuständigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sollen auch zukünftig im Fernsehen stattfinden.
- Die Programmhoheit der Sender muss gewahrt bleiben, weswegen Aufgaben der Intendanz nicht auf die Gremien verlagert werden dürfen.

Im Einzelnen äußern wir uns zur Präzisierung des Auftrages (A.), seiner Flexibilisierung (B.) und den Aufgaben der Gremien (C.) wie folgt und stellen unsere eigenen Vorschläge (D.) vor.

## **A. Präzisierung des Auftrages**

### **I. Klarstellungen**

Der DJV begrüßt die in § 26 Abs. 1 S. 4-7 des Entwurfes enthaltenen Änderungsvorschläge grundsätzlich. Den dort beschriebenen Auftrag an die Anstalten, „[...] ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten.“<sup>2</sup>, hält der DJV Thüringen bereits jetzt für den Kern der Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Insofern misst er diesem Teil des Entwurfes vor allem klarstellende Wirkung bei. Einige der in den Sätzen 4-7 vorgeschlagenen Regelungen bedürfen der Erklärung oder Streichung, weil sie u.a. zum Teil Doppelungen enthalten. So soll gem. § 26 Abs. 1 S. 6 des Entwurfes allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden.

§ 26 definiert den Auftrag, jedoch ist diese Norm nicht ausschließlich für Telemedienangebote vorgesehen. Demgegenüber regelt § 30 Abs. 3 S. 1 ausschließlich für Telemedienangebote, dass durch die zeitgemäße Gestaltung der Telemedienangebote „[...] nach Maßgabe des § 26 [...]“<sup>3</sup> die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden soll. Der Entwurf enthält insofern einen Zirkelschluss: Wenn die Teilhabe bereits in § 26 Abs. 1 gesetzlich normiert werden soll, wird ihre erneute Normierung in § 30 Abs. 1 entweder zu einer Doppelung und ist daher zu streichen. Oder die Regelungen in beiden Normen führen zu Unklarheiten, die aufgelöst werden sollten.

<sup>2</sup> Vgl. § 26 Abs. 1 Satz 4 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf)

<sup>3</sup> Vgl. § 30 Abs. 3 Satz 1 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf)

Der DJV kritisiert hier nicht das verfolgte Ziel der Teilhabe, sondern die Doppelung. Denn es stellt sich z.B. die praktische Frage, wie weit der Auftrag an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, *allen* die Teilhabe an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen, gehen soll. Sollen Menschen, die sich keine Endgeräte zur Medienrezeption leisten können, von den Rundfunkanstalten mit diesen versorgt werden? Gemeint ist das sicher nicht, aber vom Wortlaut der Vorschrift umfasst.

Auch die Soll-Vorschrift des § 26 Abs. 1 S. 5 enthält eine Unklarheit. Danach sollen die Sender für die Gestaltung eines vielfältigen Angebots die „[...] Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsenen [...]“<sup>4</sup>. Das wirft die Frage auf, welche anderen Möglichkeiten die Anstalten sonst haben sollen. Wenn die Vorschrift, was nahe liegt, nur eine Selbstverständlichkeit ausdrücken soll, dann bliebe sie wirkungslos und insofern bestünde kein Handlungsbedarf.

Sollte dagegen beabsichtigt sein, die Programm- und Angebotsgestaltung dem Primat einer vorgegebenen Finanzierung zu unterwerfen oder andere damit zusammenhängende Änderungen erreichen zu wollen, dürfte diese Absicht schwerlich mit der Programmfreiheit der Anstalten vereinbar sein. Der DJV regt daher die Streichung dieser Formulierung an.

## II. Unterhaltung als Teil des Auftrages

Gegen die in § 26 Abs. 1 S. 8-10 vorgeschlagenen Vorschriften bestehen erhebliche Bedenken. Auch wenn die Vorschriften dem bisherigen Wortlaut sehr ähneln, liegt ihnen eine fundamentale Verschiebung zu Grunde. In Satz 8 wird das Angebotsprofil enger definiert als bisher, denn „Unterhaltung“ soll nicht mehr ohne weiteres dem Angebot entsprechen, das vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwartet wird. Die öffentlich-rechtlichen Angebote sollen vielmehr zunächst nur Kultur, Bildung, Information und Beratung dienen. Unterhaltung soll nur dann Teil des Auftrages sein, wenn sie „[...] einem öffentlich-rechtlichen Profil [...]“<sup>5</sup> entspricht. Unterhaltung, die dies nicht erfüllt, soll der Änderung des Satzbaues zufolge damit nach dem Entwurf nicht mehr vom Auftrag umfasst sein.

Das stellt eine maßgebliche Abkehr von der bisherigen Regelung dar. Denn gemäß § 26 Abs. 1 S. 4 des geltenden Medienstaatsvertrages ist die Unterhaltung ein Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Angebots und „soll“ gemäß Satz 6 auch dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. § 26 Abs. 1 Satz 5 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf)

<sup>5</sup> Vgl. § 26 Abs. 1 Satz 8 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf)

<sup>6</sup> Vgl. § 26 Abs 1 Satz 4 und Satz 6 Medienstaatsvertrag ([Hier](#))

In der geltenden Vorschrift stellt der Normgeber klar, dass Bildung, Information und Beratung immer einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen, während Unterhaltung zwar zum Angebot gehört, aber einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil lediglich entsprechen „soll“. Diese Öffnung gibt der Entwurf ohne Not auf und formuliert nun stattdessen eine Bedingung. Dagegen sprechen grundlegende wie praktische Bedenken.

1. Der Entwurf suggeriert eine Trennschärfe in der Zuordnung zu einem Genre, die tatsächlich nicht existiert. Eine Schlagersendung ist eine Musiksending und dien somit auch immer der Kultur. Sie ist aber auch „nur“ Unterhaltung. Eine Satiresendung dient der Bildung und Information, aber eben auch der Unterhaltung.

Auch die in § 2 Abs. 2 Satz 2, Ziffer 25-28 MStV <sup>7</sup> enthaltenen Legaldefinitionen von Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung ermöglichen eine Zuordnung einzelner Angebote zu einem Genre nicht. Sie unterstreichen vielmehr, dass die vorgeschlagene Änderung nicht praxistauglich ist. Denn dort werden Kultur, Information, Bildung und Unterhaltung anhand von Regelbeispielen definiert. Dabei wird ein Genre durch weitere Genres bestimmt. Unterhaltung gem. Ziffer 28 umfasst insbesondere: Kabarett, Comedy, Filme, Serien, Shows, Talk-Shows, Spiele und Musik. Information umfasst gem. Ziffer 25 u.a. Nachrichten und Zeitgeschehen, politische Information, Sport, Gesellschaftliches und Zeitgeschichtliches. Kultur umfasst gem. Ziffer 27 u.a. Musik, Fernsehfilme und Kino. <sup>8</sup>

Durch die vorgeschlagene Herabstufung der Unterhaltung gegenüber den weiteren Genres sollen diese Vorschriften für die Frage, ob ein Angebot vom Auftrag nach § 26 Abs. 1 umfasst ist oder nicht, maßgeblich werden. Die dafür notwendigen Abgrenzungen können die Legaldefinitionen jedoch nicht leisten. Das zeigt sich schon an den Doppelungen: Fernsehfilme und Kino sind Kultur, Filme hingegen Unterhaltung. Musik ist sowohl Kultur als auch Unterhaltung. Das macht die eindeutige Zuordnung eines Angebotes zu einem Genretitel unmöglich: Ob es sich bei einer Schlagersendung nun um Unterhaltung oder Kultur – oder vermutlich doch beides – handelt, ist unklar. Ob es sich bei einem Angebot um einen Fernsehfilm (Kultur) oder einen Film (Unterhaltung) handelt, ist ebenfalls anhand dieser Vorschriften nicht zu beurteilen. Comedy-Angebote, wie „Die Anstalt“, das „ZDF Magazin Royale“ oder die „heute-show“, bereiten Gesellschaftliches und Zeitgeschichtliches humoristisch auf. Damit sind sie weder der Information noch der Unterhaltung eindeutig zuzuordnen.

---

<sup>7</sup> Vgl. § 2 Abs 2 Medienstaatsvertrag ([Hier](#))

<sup>8</sup> Vgl. ebd.

2. Diese Unschärfen sind insbesondere auch deswegen bedenklich, weil der Satz 9 des Entwurfes zu weiteren Rechtsunsicherheiten führen kann. Die Zivilgerichte könnten die Vorschrift nämlich als Marktverhaltensvorschrift gemäß § 3a des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb<sup>9</sup> verstehen. Das hätte zur Folge, dass konkrete Programmangebote justiziabel würden. Mit der Programmfreiheit der Anstalten wäre eine solche Rechtslage jedoch kaum vereinbar.<sup>10</sup> Daher kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden, dass die Zivilgerichte der neuen Vorschrift drittschützende Wirkung im o.g. Sinne zuerkennen werden. Auch weil die Änderung des Gesetzestextes dafür spricht, dass der Normgeber dadurch auch eine Änderung der rechtlichen Bedingungen herbeiführen will.

Neben unnötigen Gerichtsverfahren dürfte diese Vorschrift zu einem starken „chilling effect“, der Schere im Kopf, führen. Wenn die Programmverantwortlichen wegen der rechtlichen Unklarheiten keine eindeutigen Empfehlungen der Justizariate in den Anstalten bekommen können, werden sie sich mit Blick auf drohende Unterlassungsklagen im Zweifel risikoavers verhalten. Das konterkariert die Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, kalkulierte Risiken in der Programmgestaltung eingehen zu können.

3. Der unklar definierte Auftrag erschwert auch die Tätigkeit der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Denn deren Aufgabe besteht primär darin, zu überprüfen, ob die Anmeldungen der Anstalten vom gesetzlichen Auftrag gedeckt sind. Bei Unterhaltungsangeboten müsste sie nach dem Entwurf aber dann jeweils auch überprüfen, ob das Angebot im Einzelfall dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entspricht. Gem. § 3 Abs. 1 S. 1 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages<sup>11</sup> hat die KEF indes die Programmautonomie der Sender zu achten. Gemäß Satz 2 dieser Vorschrift hat sie zwar ebenfalls zu überprüfen, ob sich die Programmentscheidungen im Rahmen des rechtlich umgrenzten Rundfunkauftrages halten. Die Neuregelung des Entwurfes führt die KEF jedoch in einen kaum lösbaren Zielkonflikt: Aus Programmfragen soll sie sich nach ihrem gesetzlichen Auftrag heraushalten. Gleichzeitig müsste sie aber alle Unterhaltungsprogramme danach überprüfen, ob sie dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen, weil diese nicht mehr per se dem öffentlich-rechtlichen Angebot entsprechen sollen. Da sie gem. Absatz 3 dieser Vorschrift überprüfen muss, ob der Bedarf im Einklang von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ermittelt wurde, besteht die Gefahr, dass diese Maßgabe sich auf die Einschätzung, ob ein Unterhaltungsangebot dem Angebotsprofil entspricht, durchschlägt. Sollte es ferner zu zivilgerichtlichen Urteilen über die Reichweite der Beauftragung kommen, könnte sich die KEF auch an diese gebunden fühlen. Diese Wirkung kann nicht beabsichtigt sein und ist auch nicht wünschenswert.

---

<sup>9</sup> Vgl. § 3a UWG ([hier](#))

<sup>10</sup> Die Neigung der Zivilgerichte, eine wettbewerbsrechtl. Relevanz zu bejahen, verdeutlicht [BGH I ZR 112/17](#) (Crailsheimer Stadtanzeiger II), in der eine Marktverhaltensregel aus Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG hergeleitet wird.

<sup>11</sup> Vgl. § 3 RFinStV ([hier](#))

4. Zudem bestehen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Herabstufung der Unterhaltung. Das Bundesverfassungsgericht leitet aus der Rundfunkfreiheit in seiner Entscheidung vom 11. September 2007 folgende Maßgabe ab:

*„Die gesetzlichen Regelungen sollen es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ermöglichen, seinen klassischen Funktionsauftrag zu erfüllen, der neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben **Unterhaltung** und Information seine kulturelle Verantwortung umfasst [...]. Nur wenn ihm dies gelingt und er im publizistischen Wettbewerb mit den privaten Veranstaltern bestehen kann, ist das duale System in seiner gegenwärtigen Form, in der die privatwirtschaftlich finanzierten Programme weniger strengen Anforderungen unterliegen als die öffentlich-rechtlichen, mit Art. 5 Abs 1. Satz 2 GG vereinbar [...].“<sup>12</sup>*

(Hervorhebung durch den Verfasser)

Auch im „ZDF Urteil“ bekräftigt das Bundesverfassungsgericht die Rolle der Unterhaltung innerhalb des Funktionsauftrages folgendermaßen:

*„[...] Entsprechend dieser Bedeutung [d. ÖRR für das mediale Angebot] beschränkt sich sein Auftrag nicht auf eine Mindestversorgung oder auf ein Ausfüllen von Lücken und Nischen, die von privaten Anbietern nicht abgedeckt werden, sondern erfasst die volle Breite des klassischen Rundfunkauftrags, der neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, **neben Unterhaltung** und Information eine kulturelle Verantwortung umfasst [...] und dabei an das gesamte Publikum gerichtet ist [...].“<sup>13</sup>*

(Hervorhebung durch Verfasser)

Das Bundesverfassungsgericht hält also Unterhaltung nicht nur für einen Teil des klassischen Funktionsauftrages. Mehr noch betont es, dass dieser klassische Funktionsauftrag, zu dem eben auch die Unterhaltung gehört, geradezu konstituierend für das derzeitige duale System des Rundfunks ist. Dieser Maßgabe entsprechen die vorgeschlagenen Vorschriften nicht, weil sie die Unterhaltung, anders als alle anderen Genres, nur bedingt beauftragen. Auch um zukünftig im publizistischen Wettbewerb, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, bestehen zu können, braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk die gleichberechtigte Beauftragung der Unterhaltung.

---

<sup>12</sup> 1 BvR 2270/05 Rn. 122 ([hier](#))

<sup>13</sup> 1 BvF 1/11 Rn. 37 ([hier](#))

Gleichzeitig darf und soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk keine vorführenden und die Protagonisten bloßstellenden Angebote oder aufpeitschendes Infotainment wie Fox News anbieten dürfen. Der Medienstaatsvertrag in seiner jetzigen Fassung stellt das durch die Angebotsdefinition und die Bindung aller Genres an das öffentlich-rechtliche Angebotsprofil durch das Wort „auch“ in § 26 Abs. 1 S. 6 sicher. An den bewährten Vorschriften der Sätze 4 und 6 MStV sollte daher festgehalten werden.

5. Darüber hinaus gibt es aus Sicht des DJV auch schwerwiegende medienpolitische Gründe gegen die Herabstufung der Unterhaltung. Denn der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht zu seiner Legitimation Reichweite. Diese gefährdet der Entwurf, indem er die Veranstaltung von Unterhaltungssendungen erschwert. Ein solcher Reichweitenverlust dürfte wiederum Rufe nach einer Senkung des Rundfunkbeitrages erstarken lassen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk so in eine Abwärtsspirale bringen. Dieses Szenario wirkt geradezu als eigentliches Ziel der Herabstufung der Unterhaltung. Insofern handelt es sich bei der um die Unterhaltung geführten Debatte gar nicht um eine Frage des Auftrages, sondern um eine der Finanzierung. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts<sup>14</sup> soll sich die Finanzierung jedoch nach dem Auftrag richten und der Beitrag dabei frei von medienpolitischen Erwägungen festgesetzt werden. Diese prozedurale Absicherung droht der Entwurf zu unterlaufen. Schließlich gefährdet der Entwurf dadurch die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen Rundfunksystem insgesamt. In seiner jüngsten Entscheidung zum Rundfunkbeitrag beschreibt das Bundesverfassungsgericht diese Rolle wie folgt:

*„Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt im Rahmen der dualen Rundfunkordnung, das heißt im Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatwirtschaftlichem Rundfunk, die Erfüllung des klassischen Funktionsauftrags der Rundfunkberichterstattung zu. Er hat die Aufgabe, als Gegengewicht zu den privaten Rundfunkanbietern ein Leistungsangebot hervorzubringen, das einer anderen Entscheidungsrationale als der der ökonomischen Anreize folgt und damit eigene Möglichkeiten der Programmgestaltung eröffnet. [...]“<sup>15</sup>*

Diese vom Bundesverfassungsgericht postulierte Rolle als Gegengewicht kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk jedoch nur erfüllen, wenn er Unterhaltungsangebote in einem rechtssicheren Rahmen unterbreiten kann. Diese Möglichkeit nimmt ihm § 26 Abs. 1 S. 8 des Entwurfes. Der DJV spricht sich daher dafür aus, die bewährten bestehenden Regelungen zur Beauftragung der Unterhaltung beizubehalten.

---

<sup>14</sup> 1 BvR 2756/20, 2775/20 und 2777/20 Rn. 37 ([hier](#))

<sup>15</sup> 1 BvR 2756/20, 2775/20 und 2777/20 Rn. 78 ([hier](#))

### III. Primetimeklausel

Die sogenannte „Primetimeklausel“ in § 26 Abs. 1 S. 10 hatte vor allem im Länderkreis für kontroverse Diskussionen gesorgt. Auch der DJV hatte auf die unklare und verklausulierte Formulierung eines Wunsches statt einer subsumtionsfähigen Norm im ursprünglichen Entwurf hingewiesen und die Streichung angeregt. Dieser Anregung folgte der Gesetzgeber zwar nicht, hat aber in der Überarbeitung zumindest etwas trennschärfer formuliert, wo der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wahrnehmbar sein soll.

### IV. Überregulierung

Die angedachten Änderungen in § 26 Abs. 2 hält der DJV für eine Überregulierung. Zunächst bleibt unklar, worin der Handlungsbedarf besteht, der eine Neuregelung erforderlich macht. Im Einzelnen ist nicht ersichtlich, wieso der öffentlich-rechtliche Rundfunk anderen journalistischen Standards verpflichtet werden soll als etwa der privatwirtschaftliche Rundfunk und die Presse.

Das jedenfalls suggeriert der Entwurf, wenn er den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im § 26 Abs. 2 S. 1 „in besonderem Maße“ zur Einhaltung journalistischer Standards und sogar „[...] insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung [...]“<sup>16</sup> verpflichten will.

Dass die Rundfunkanstalten zum Schutz von Persönlichkeitsrechten wie anderen Rechten Dritter verpflichtet sind, ist Standard aller journalistischen Angebote, nicht nur bei denen der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die erneute Normierung einer bereits bestehenden Rechtspflicht ist daher nicht erforderlich.

Auch die Grundsätze der Objektivität und der Unparteilichkeit sind Standard des journalistischen Handwerks in allen Mediengattungen, nicht nur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zudem kann Unparteilichkeit nur für das gesamte Angebot gelten. Einzelne Beiträge können sehr wohl Partei ergreifen. Ein Nachrichtenbericht etwa über das Finanzgebaren einer bestimmten Institution oder etwa einer Partei, muss nicht das Finanzgebaren anderer Institutionen oder Parteien umfassen. Das Gesamtprogramm hingegen schon. Objektiv müssen zudem Meinungsbeiträge, wie Kommentare, Glossen etc., nicht sein, wohl aber muss das Gesamtprogramm Meinungsvielfalt widerspiegeln. Insoweit widerspricht sich Absatz 2 zusätzlich selbst. Insgesamt erkennt der DJV für eine Novellierung von § 26 Abs. 2 keinen Handlungsbedarf und spricht sich daher für die Beibehaltung der bisherigen Vorschrift aus.

---

<sup>16</sup> Vgl. § 26 Abs. 2 Satz 1 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf)



## B. Flexibilisierung des Auftrages

Der DJV nimmt erfreut zur Kenntnis, dass seinen Bedenken hinsichtlich des früheren Entwurfs des § 28 Abs. 5 Rechnung getragen wurde. Die neue Fassung stellt zunächst klar, dass die Beauftragung der dort genannten Programme „[...] auf die nach § 32a überführten, ausgetauschten oder wiederhergestellten oder die nach § 32 veränderten Angebote [...]“<sup>17</sup> übergeht. Damit ist unzweideutig definiert, dass der Normgeber seiner Verantwortung für den Umfang der Beauftragung nachkommt und diese nicht auf die Anstalten verlagert.

Nach wie vor aber bestehen Bedenken, warum ausgerechnet Phoenix und KI.KA aus dem linearen Fernsehen verschwinden können sollen. Denn dadurch würden Kernzuständigkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im linearen Bereich in Frage gestellt.

Phoenix leistet einen unschätzbaren Beitrag, um gesellschaftliche oder politische Inhalte, wie z.B. Plenardebatten, ins Fernsehen zu bringen, die im privaten Rundfunk nur unter der Maßgabe wirtschaftlichen Gewinns laufen würden. Während online auch auf andere Übertragungskanäle, wie das Onlineangebot des Bundestages, ausgewichen werden kann, gibt es im linearen Fernsehen keine weitere Möglichkeit zur Wahrnehmung dieser Programme. Plenardebatten wären dann im Fernsehen nicht mehr verfügbar. Darin läge auch ein Verstoß gegen das neu eingeführte Teilhabegebot aus § 26.<sup>18</sup>

Auch warum ausgerechnet der KI.KA aus dem Fernsehen verschwinden können soll, ist unklar. Während in den Auftrag in § 26 Abs. 1 S. 7 insbesondere Kinder und Jugendliche neu aufgenommen wurden, ermöglicht der Entwurf in § 28 Abs. 5 das Verschwinden des Senders für diese Altersgruppen aus der linearen Verbreitung und damit aus einer altersgerechten und werbefreien Umgebung.

Schließlich verträgt sich die Überführung der Sender nicht mit dem neu präzisierten Auftrag, ein Angebot für alle zu unterbreiten.<sup>19</sup> Denn noch immer sind weite Teile Deutschlands nicht in ausreichendem Maße an das Internet angeschlossen, um derartige Programme online nutzen zu können. Gegenden ohne Breitbandanschluss werden also faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen, die mit ihrem Beitrag finanzierten Angebote abzurufen.

---

<sup>17</sup> Nach § 28 Abs. 5 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf) gilt dies für die Programme Tagesschau24, EinsFestival, ARD-Alpha, ZDFinfo, ZDFneo, Phoenix und KI.KA.

<sup>18</sup> Vgl. § 26 Abs. 1 Satz 6 Dritter Medienänderungsstaatsvertrag (Entwurf)

<sup>19</sup> ebd.

## C. Gremienaufgaben

Der Entwurf weist den Gremien insbesondere in § 31 Abs. 2-6 neue Aufgaben zu.

1. Die in Absatz 3 des Entwurfes vorgesehene Überwachung der Auftragserfüllung ist bereits nach den bestehenden Vorschriften teilweise Aufgabe der Gremien (z.B. § 17 Abs. 1 MDR-Staatsvertrag). Der DJV misst dieser Neuerung klarstellende Wirkung bei und begrüßt die Ausweitung dieser Aufgabe auf den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
2. Der DJV begrüßt zunächst, dass in Absatz 4 die Gremien, anders als im ursprünglichen Entwurf, zwar Richtlinien aufzustellen und die Intendanten in Programmfragen zu beraten, aber keine Zielvorgaben zu setzen haben. Dies trägt der vom DJV vorgetragenen Kritik Rechnung, dass anderenfalls den Gremien eine Aufgabe zugewiesen worden wäre, die zur Programmverantwortung gehört und so in die Zuständigkeit der jeweiligen Anstaltsintendanz fällt.

Gleichwohl ist die Festsetzung von Qualitätsstandards, insbesondere von inhaltlichen, nach Auffassung des DJV ebenfalls eine Aufgabe der Programmgestaltung und sollte somit ebenfalls ausschließlich der jeweiligen Intendanz obliegen. Insofern sprechen auch verfassungsrechtliche Erwägungen gegen die im Entwurf angedachte Übertragung von Programmaufgaben auf die Gremien. Denn im „ZDF-Urteil“ vom 25. März 2014 hat das Bundesverfassungsgericht die Aufgabe der Gremien, in diesem Fall des ZDF-Fernsehrates, wie folgt beschrieben:

*„Die Bildung der Aufsichtsgremien aus vorwiegend verbandlich organisierten gesellschaftlichen Gruppen hat nicht den Sinn, diesen die Programmgestaltung zu übertragen oder sie gar zum Träger des Grundrechts der Rundfunkfreiheit zu machen. Die Aufsichtsgremien sind vielmehr Sachwalter des Interesses der Allgemeinheit. Sie sollen die für die Programmgestaltung maßgeblichen Personen und Gremien darauf kontrollieren, dass alle bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte, deren Vielfalt durch ein gruppenplural zusammengesetztes Gremium auch bei ausgewogener Besetzung nie vollständig oder repräsentativ abgebildet werden kann, im Gesamtprogramm angemessen zu Wort kommen können.[...]“<sup>20</sup>*

---

<sup>20</sup> 1 BvF 1/11 Rn. 40 ([hier](#))

3. Ähnliche Bedenken bestehen gegen die in § 31 Abs. 5 vorgeschlagene Aufgabe, dass sämtliche Anstalten mit ihren Gremien gemeinsame Maßstäbe zur Bewertung der Einhaltung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit festsetzen. Denn gemäß § 3 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages handelt es sich dabei um eine Aufgabe der KEF,<sup>21</sup> an der sich die Anstalten bereits jetzt zu beteiligen haben.<sup>22</sup> Darüber hinaus zieht § 31 Abs. 5 des Entwurfes eine weitere, ressourcenbindende Bürokratieebene in die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Der DJV sähe diese Ressourcen besser für das Programm eingesetzt, hält die vorgeschlagene neue Regelung für nicht notwendig und regt daher die Streichung an.

Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gern zur Verfügung.

Geschäftsführer

---

<sup>21</sup> Vgl. § 3 RFinStV ([hier](#))

<sup>22</sup> Vgl. § 3 Abs. 6 RFinStV ([hier](#))

## D. Eigene Vorschläge

Aktuell gültige Fassung	Vorgesehene Änderung	Vorschlag DJV
<p><b>III. Abschnitt</b></p> <p><b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b></p>	<p><b>III. Abschnitt</b></p> <p><b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b></p>	<p><b>III. Abschnitt</b></p> <p><b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b></p>
<b>§ 26 Auftrag</b>	<b>§ 26 Auftrag</b>	<b>§ 26 Auftrag</b>
<p>(1) Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten.</p> <p>Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.</p>	<p>(1) Bei der Angebotsgestaltung sollen sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt beitragen.</p> <p>Allen Bevölkerungsgruppen soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden.</p> <p>Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspricht, ist Teil des Auftrags.</p>	<p>(1) Bei der Angebotsgestaltung tragen sie durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt bei.</p> <p>Anmerkung: Dopplung, wird bereits in § 30 Abs. 3 berücksichtigt</p> <p>Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.</p> <p><i>(Beibehaltung der bestehenden Regel)</i></p>

Aktuell gültige Fassung	Vorgesehene Änderung	Vorschlag DJV
<b>III. Abschnitt</b>  <b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b>	<b>III. Abschnitt</b>  <b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b>	<b>III. Abschnitt</b>  <b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b>
<b>§ 26 Auftrag</b>	<b>§ 26 Auftrag</b>	<b>§ 26 Auftrag</b>
<p>(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.</p>	<p>(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet.</p> <p>Ferner sollen sie die einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen</p>	<p>(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.</p> <p><i>(Beibehaltung der bestehenden Regel)</i></p>

Aktuell gültige Fassung	Vorgesehene Änderung	Vorschlag DJV
<b>III. Abschnitt</b>  <b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b>	<b>III. Abschnitt</b>  <b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b>	<b>III. Abschnitt</b>  <b>Besondere Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk</b>
<b>§ 28 Fernsehprogramme</b>	<b>§ 28 Fernsehprogramme</b>	<b>§ 28 Fernsehprogramme</b>
<p>(4) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF veranstalten gemeinsam folgende Fernsehprogramme:</p> <p>1. das Vollprogramm „3sat“ mit kulturellem Schwerpunkt unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter,</p> <p>2. das Vollprogramm „arte – Der Europäische Kulturkanal“ unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter</p> <p>3. das Spartenprogramm „PHOENIX - Der Ereignis- und Dokumentationskanal“ und</p> <p>4. das Spartenprogramm „KI.KA - Der Kinderkanal“.</p>	<p>(4) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF veranstalten gemeinsam folgende Fernsehprogramme:</p> <p>1. das Vollprogramm „3sat“ mit kulturellem Schwerpunkt unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter und</p> <p>2. das Vollprogramm „arte – Der Europäische Kulturkanal“ unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter.</p> <p><del>3. das Spartenprogramm „PHOENIX - Der Ereignis- und Dokumentationskanal“ und</del></p> <p><del>4. das Spartenprogramm „KI.KA - Der Kinderkanal“.</del></p> <p>(5) Die nach dem Medienstaatsvertrag, in der Fassung des Zweiten Medienänderungsstaatsvertrages vom 14. bis 27. Dezember 2021, gemäß dessen § 28 Abs. 1 Nr. 2 (tagesschau24, EinsFestival), Abs. 2 Nr. 2</p>	<p>(4) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF veranstalten gemeinsam folgende Fernsehprogramme:</p> <p>1. das Vollprogramm „3sat“ mit kulturellem Schwerpunkt unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter und</p> <p>2. das Vollprogramm „arte – Der Europäische Kulturkanal“ unter Beteiligung öffentlich-rechtlicher europäischer Veranstalter.</p> <p>3. das Spartenprogramm „PHOENIX - Der Ereignis- und Dokumentationskanal“ und</p> <p>4. das Spartenprogramm „KI.KA - Der Kinderkanal“.</p> <p>(5) Die nach dem Medienstaatsvertrag, in der Fassung des Zweiten Medienänderungsstaatsvertrages vom 14. bis 27. Dezember 2021, gemäß dessen § 28 Abs. 1 Nr. 2 (tagesschau24, EinsFestival), Abs. 2 Nr. 2</p>

	<p>(ARD-alpha), Abs. 3 Nr. 2 (ZDFinfo, ZDFneo) sowie Abs. 4 Nr. 3 (PHOENIX – Der Ereignis- und Dokumentationskanal) und Nr. 4 (KI.KA – Der Kinderkanal) veranstalteten Fernsehprogramme sind weiterhin beauftragt; die Beauftragung geht auf die nach § 32a überführten, ausgetauschten oder wiederhergestellten oder die nach § 32 veränderten Angebote über.</p> <p>Die Gesamtzahl der Fernsehprogramme, die von den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem ZDF veranstaltet werden, darf jeweils die Zahl der zum 30. Juni 2023 verbreiteten Fernsehprogramme nicht übersteigen."</p>	<p>(ARD-alpha), Abs. 3 Nr. 2 (ZDFinfo, ZDFneo) veranstalteten Fernsehprogramme sind weiterhin beauftragt; die Beauftragung geht auf die nach § 32a überführten, ausgetauschten oder wiederhergestellten oder die nach § 32 veränderten Angebote über.</p>
--	--	---

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>	
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -	
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
<b>1.</b>	Name
	Thüringer Landesmedien- anstalt (TLH)
	Organisationsform
	Anstalt öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Steigerstraße 10 99096 Erfurt
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postfach 90 03 61
	Postleitzahl, Ort
	99106 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
<b>2.</b>	Name
	Vorname
	I. Geschäfts- oder Dienstadresse
	II. Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Zulassung und Aufsicht von Fundpunktvoranstaltern in Thüringen, Aufsicht über Telemedizinanbieter, Jugendmedizinschutz, Vermittlung von Medienbildung, Stärkung des Standorts Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die TLM spricht sich für Belange der Nachhaltigkeit aus, die in der Präambel eingefügt werden sollen. Zu Frage der zukünftigen Programmumsetzung kann sich die TLM nicht äußern, weist jedoch darauf hin, dass die Position des KKK aus Thüringer Sicht nicht unbedingt gestärkt wird.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ef, 12 IV 23	

Per Mail ([poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de))

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Herrn Ministerialrat  
Peter Forelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
13.04.2023 12:31

10302/23

13. April 2023

**Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**  
**Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**  
**– Stellungnahme der TLM**

Ihr Zeichen: A 6.1/sl, ko - Drs. 7/7148

Sehr geehrter Herr Forelle,

mit Schreiben vom 13. März 2023 haben Sie die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) über den aktuellen Entwurf des Thüringer Gesetzes zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag informiert und der TLM die Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt. Diese Möglichkeit der Stellungnahme nutzen wir gern (Anlage), wenngleich die inhaltlichen Regelungen des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags die Belange der TLM nur am Rande berühren.

Gern bin ich auch bereit, die schriftliche Stellungnahme mündlich zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Direktor

# **Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag**

## **Stellungnahme der TLM**

### **1. Ergänzung der Präambel um die Grundsätze der Nachhaltigkeit**

In die Präambel des Medienstaatsvertrags soll für die Veranstalter öffentlich-rechtlicher sowie privater Rundfunkprogramme der Programmsatz aufgenommen werden, dass sie bei ihrem Tun die Verantwortung für die Grundsätze der Nachhaltigkeit beachten.

Diese Aufforderung ist sinnvoll in einer Zeit, in der der sparsame und umsichtige Umgang mit Ressourcen aller Art immer dringlicher ist. Nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch mit Blick auf die sich verändernden Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier neue Konzepte erforderlich. Die TLM weist darauf hin, dass zumindest die ProSiebenSat.1-Gruppe bereits intensiv an Strategien zur Nachhaltigkeit arbeitet und einen entsprechenden Bericht bereits vor geraumer Zeit veröffentlicht hat. Gleiches gilt für die Sendergruppen der ARD und das ZDF und auch die Landesmedienanstalten haben das Thema Nachhaltigkeit auf der Agenda.

### **2. Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks §§ 26 – 36 MStV**

Angesichts der erheblichen öffentlichen Diskussionen über Auftrag, Inhalt, Ausrichtung und Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann eine Präzisierung des Auftrags zur Konsensbildung über die Grundlagen dieser Säule des dualen Systems beitragen. Für Thüringen von Bedeutung sein wird die Frage, wie die weitere Entwicklung des hier angesiedelten Gemeinschaftsprogramms KiKA sich zukünftig darstellen wird, da es zwar weiter als beauftragt gilt, aber nicht länger in der Liste der zwingend als Fernsehprogramm linear zu verbreitenden Programme verbleibt, sondern auch als reines Telemedienangebot weitergeführt werden könnte.

1575/23

## Formblatt zur Datenerhebung

## nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Mitteldeutscher Film- und Fernsehproduzentenverband e.V.</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Geiststraße</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Geiststraße 49</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>06108 Halle (Saale)</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Mitteldeutscher Film- und Fernsehproduzentenverband e.V.	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geiststraße	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geiststraße 49	Postleitzahl, Ort	06108 Halle (Saale)
Name	Organisationsform										
Mitteldeutscher Film- und Fernsehproduzentenverband e.V.	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geiststraße										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geiststraße 49										
Postleitzahl, Ort	06108 Halle (Saale)										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Filmproduzent	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der NFFV unterstützt die Einsätze nach Maß Eigenverantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen. Gleichzeitig fordert der NFFV auch eine bessere Kontrolle durch die Aufsichtsgremien.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Halle, den 26. 04. 2023	

THÜR. LANDTAG POST  
13.04.2023 17:12

10412/2023



Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99 096 Erfurt

poststelle@thueringer-landtag.de

MFFV – Mitteldeutscher Film und Fernsehproduzentenverband e.V.  
bei 42film GmbH, C. Kukula  
Geiststraße 49  
06 108 Halle

info@mffv.de

13.04.2023

Sehr geehrte Abgeordnete des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien,

bezugnehmend auf Ihre Aufforderung zu einer schriftlichen Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag möchten wir als Fachverband einige Anmerkungen machen.

Der Mitteldeutsche Film - und Fernsehproduzentenverband (MFFV) folgt der Einschätzung, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr Eigenverantwortung zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen zu gewähren. Ziel muss es sein, die öffentlich-rechtlichen Angebote den veränderten Lebenswirklichkeiten dynamisch, kreativ, strukturell und wirtschaftlich anzupassen und somit auch die Akzeptanz bei allen Bevölkerungsgruppen wieder zu erhöhen.

Dennoch möchten wir auf einige Punkte hinweisen, um die vorgeschlagenen neuen Regelungen klarer zu unterlegen und damit auch den Aufsichtsgremien in ihrer Arbeit und Verantwortung belastbare Kontrollinstrumente zu verschaffen.





## Artikel 1

### Präambel Satz 4

*„Des Weiteren tragen sie eine Verantwortung, die Grundsätze der Nachhaltigkeit zu beachten“.*

**Anmerkung MFFV:** Diese sehr allgemeine Formulierung zum Thema Nachhaltigkeit könnte in der Umsetzung bedeuten, dass die Vergabe von Produktionen vorrangig so weit wie möglich vor Ort geschehen muss, um schonend mit Ressourcen umzugehen (kürzere Anfahrtswege etc.). Um Nachhaltigkeit konkret und verbindlich festzulegen, sollte eine Formulierung eingefügt werden, wie diese Forderung kontrolliert werden kann und welche Aspekte konkret Beachtung finden. Wer muss wie die Einhaltung der Nachhaltigkeit bei der Herstellung von Angeboten belastbar nachweisen und wie wird das transparent gemacht?

### §26 Absatz 1

*„... Die ÖRR-Anstalten haben die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. ... . Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere ... von Familien.“*

**Anmerkungen MFFV:** Die Sender haben die Möglichkeit auf eigenen Portalen und in den Vollprogrammen die Inhalte zu verbreiten. Wie erfolgt eine Aufstellung der angemessenen Programmvierfalt für alle Altersgruppen, um die Umsetzung zu kontrollieren? Und was bedeutet konkret „angemessen“?

### §30 Absatz d (bb)

*„Soweit dies zur Erreichung der Zielgruppe aus journalistisch-redaktionellen Gründen geboten ist, können Telemedien auch außerhalb des dafür jeweils eingerichteten eigenen Portals anbieten.“*

**Anmerkung MFFV:** Es sollte immer beachtet werden, dass Drittplattformen in den meisten Fällen kommerziell organisiert sind oder auch - wie im Fall von TikTok - an autoritäre Systeme gebunden sind. Es sollte deshalb Maßstäbe geben für eine Zusammenarbeit mit einer Dritt-Plattform, in denen klare Rahmenbedingungen definiert sind. Rein aus „journalistisch-redaktionellen Gründen“ auf Plattformen uneingeschränkt Inhalte einzustellen, könnte in ungewollte Abhängigkeiten und Einflussnahmen führen.



### **§31 Absatz 3**

*Die jeweiligen zuständigen Gremien ... wachen ... über eine wirtschaftliche und sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung.*

**Anmerkung MFFV:** Wäre es nicht angemessen, wegen der großen Bedeutung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks für unsere Gesellschaft, transparente Regeln für die Vergütung der höheren Führungskräfte der Anstalten festzulegen? Eine Orientierung und Kopplung an Vergütungen der öffentlichen Hand bspw. der Richterbesoldung wäre ein probater Weg, um Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zurückzugewinnen und eine sparsame Haushaltsführung auch öffentlich transparent zu leben.

### **§32 Absatz 8**

*„Durch die Überführung oder den Austausch ... genannter Fernsehprogramme darf kein Mehrbedarf entstehen, ...“*

**Anmerkung MFFV:** Dass bspw. durch eine Umwidmung von bisherigem linearem Programm hin zu einem digitalen Angebot kein verdeckter zusätzlicher Mehraufwand entstehen darf, dem kann der MFFV folgen. Es sollte aber dennoch dafür Sorge getragen werden, dass das Programmbudget grundsätzlich auf mindestens gleichem Niveau erhalten bleibt und nicht durch Umwidmung Programmgelder zugunsten anderer Ausgaben „verloren“ gehen. Denn letztlich ist das unabhängige vielfältige Programmangebot – egal auf welchem Ausspielweg – der öffentlich-rechtliche Auftrag.

**In der Begründung zum Landesgesetz (Drucksache 7/7148)** wird mehrmals auf die Bedeutung und Stärkung der Aufsichtsgremien hingewiesen. Eine zusätzliche Berichtspflicht seitens des ÖRR wurde eingeführt. Aber es wurde bisher nicht präzise definiert, wie zum Beispiel eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen zu verstehen ist und insbesondere, wie dem Anliegen von Familien entsprochen werden kann. Wie soll dieser Anspruch kontrolliert werden? An welcher „Maßeinheit“ sollen sich in Zukunft die Gremien orientieren?

Der hohe Stellenwert der Nachhaltigkeit wurde vom Bundesverfassungsgericht mit einer deutlichen Aussage nochmals bekräftigt. Aus unserer Sicht muss dieser Anspruch mit einer veränderten Produktionskultur einhergehen - hin zur Stärkung einer regionalen Produktionswirtschaft mit kurzen Wegen. Dies sollten dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk klar vorgegeben werden.



Insbesondere der §31 fordert von Gremien in Bezug auf eine sparsame Haushaltsführung Veränderungen. Die derzeitigen Versorgungsansprüche und Vergütungen leitender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖRR sollten neu geregelt werden. Es geht um die Akzeptanz in der Gesellschaft und ein Koppeln an die Lebenswirklichkeit auch der Gebührenzahler\*innen.

Vorsitzender MFFV

Thüringen Sprecher MFFV

### Formblatt zur Datenerhebung

#### nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Danisch</td> <td>Hadmut</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	Danisch	Hadmut	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
Danisch	Hadmut										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Informatiker (IT-Sicherheit/Datenschutz) und Blogger	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die Änderungen sind teils handwerklich mangelhaft und oberflächlich. Der Medienstaatsvertrag weist erhebliche Mängel auf, die hier überhaupt nicht behandelt werden. Es sind größere Korrekturen erforderlich.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort	Unterschrift
Reuthe 1240000	

THÜR. LANDTAG POST  
14.04.2023 06:39

10413/2023

**Stellungnahme als Sachkundiger**  
**zum Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag,**  
**Drucksache 7/7148**

zur schriftlichen Anhörung bis zum 14. April 2023  
– Ausschuss für Europa, Kultur und Medien –

Stand: 14. April 2023

**Den Mitgliedern des**  
**AfEKM**

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2488  
zu Drs. 7/7148

\* Hinweis der Landtagsverwaltung:

Nach Rücksprache mit dem Einreicher der Stellungnahme  
sind die vorliegenden Ausführungen vollständig, obwohl  
das Dokument keine Seite 18 ausweist.





# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Auftrag</b>	<b>5</b>
1.1 Fragestellung . . . . .	5
1.2 Sachkunde . . . . .	5
1.3 Hinweis auf eigene Betroffenheit . . . . .	6
1.4 Rüge . . . . .	6
1.5 Unterschrift . . . . .	6
<b>2 Generalkritik</b>	<b>7</b>
<b>3 Kommentar nach der Struktur des Gesetzes</b>	<b>9</b>
Nr. 2 Präambel: „Grundsätze der Nachhaltigkeit zu beachten“ . . . . .	9
Nr. 3a: Neufassung des § 26 Abs. 1 und 2 . . . . .	10
Absatz 1: „Diskurs“ . . . . .	10
Absatz 1: Bevölkerungsgruppen und Informationsgesellschaft . . . . .	10
Kollision von Absatz 1 mit Beitragspflicht . . . . .	11
Absatz 2: Unzureichende Verpflichtung . . . . .	11
Absatz 2: Journalistische Standards . . . . .	12
Absatz 2: „Ferner“ . . . . .	12
Nr. 4: § 28 Fernsehprogramme . . . . .	12
Unbestimmter Begriff ARD . . . . .	12
Untaugliche Senderaufteilung . . . . .	13
Nr. 5: § 30 Telemedienangebot . . . . .	13
Absatz 1: gemeinsame Plattformstrategie . . . . .	13
Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3: Rechtswidrige Beschränkung auf Deutschland . . . . .	14
Nr. 6: § 31 Maßstäbe und Berichtspflichten . . . . .	14
Absätze 1 bis (neu) 4 . . . . .	14
Neuer Absatz 5: Wirtschaftsführung . . . . .	14
Neuer Absatz 6: Dialog mit der Bevölkerung . . . . .	15
Nr. 7: § 32 Telemedienkonzepte . . . . .	15
Absatz 1 und 2 . . . . .	15
Nr. 8: § 32a Einstellung, Überführung und Austausch von Programmen . . . . .	16
Absatz 1: Programme . . . . .	16
Unzureichende Internetversorgung . . . . .	16
Wegfall aus dem Rundfunkbegriff . . . . .	16
Absatz 2 und 3: Konzepte . . . . .	17
Absatz 6: Programmaustausch . . . . .	17
Nr. 9 § 36 . . . . .	17

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>4 Empfehlungen</b>	<b>19</b>
4.1 Elementare Sach- und Rechtskunde aufbauen	19
4.2 Komplette Überarbeitung	19
4.3 Begriffsbestimmungen Presse – Rundfunk – Telemedien	19
4.4 Misslungene Korruptionskontrolle des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks	21
4.5 Selbstwidersprüchliche Situation für Blogger	23
4.6 Konsolidierung mit Landespressegesetzen	24
4.7 Beitritt des Bundes zum Staatsvertrag	24
4.8 Verfassungswidrige Kontrolle von Telemedien	25
4.9 Presseausweis	26

# 1 Auftrag

## 1.1 Fragestellung

Der Thüringer Landtag hat mich mit Schreiben vom 13.3.2023 gebeten

- meine Auffassung zum Gesetzentwurf des Thüringer Gesetzes zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, Drucksache 7/7148, schriftlich darzulegen,
- mich dabei an der Struktur des Gesetzentwurfes zu orientieren,
- mir dabei die Freiheit eingeräumt, weitere Schwerpunkte nach eigenem Ermessen zu setzen.

## 1.2 Sachkunde

Ich bin im Hauptberuf Informatiker und seit 1988 in diesem Beruf tätig, bis 1998 an der Universität, seit 1998 in der Industrie, darunter 3 Jahre in einer Rechtsabteilung und mehrere Jahre bei Internetprovidern. *Schwerpunkte sind u.a. Internet, IT-Sicherheit, Medien- und Datenschutzrecht, Compliance, Unternehmensberatung.*

Daneben betreibe ich seit den ersten Tagen des World Wide Web Webseiten, seit 2006 in Form eines Blogs zu Themen der IT, Gesellschaft, Politik und IT-Recht, das derzeit über 500.000 HTTP-Zugriffe pro Tag erreicht und über 20.000 Artikel enthält.

Zunächst lag der Schwerpunkt des Blogs auf technisch-wissenschaftlichen Themen, besonders Informatik, Internet, Kryptographie und der Kritik an Korruption, Inkompetenz, Kriminalität im Universitätsbereich mit Blickwinkel auf MINT-Fächer und Medienkritik.

Mit beruflichen Aufgaben im Bereich Vorratsdatenspeicherung und Kinderpornographie sperre bekamen seit 2011 auch politische Themen erheblichen Raum im Blog.

Seit 2012 bilden vor allem Kritik an Geisteswissenschaften, Vorgängen am Bundesverfassungsgericht, insbesondere Gender Studies, Bundes- und Landespolitik und sehr intensiv die Medienkritik an Presse und öffentlich-rechtlichen Sendern, Aufdeckung von Manipulationen, Mängelanalyse und Betrachtung von Medienversagen den thematischen Kern des Blogs und führen die Betrachtung von Wissenschaftsbetrug und

Hochschulkriminalität fort.

Damit verbunden sind seit Jahren eine Vielzahl von Besuchen bei Medienveranstaltungen, Journalistenkonferenzen, sowie Auskunftersuchen, Auskunftsklagen, Musterrechtsfälle und ähnliches.

### **1.3 Hinweis auf eigene Betroffenheit**

Ich weise darauf hin, dass ich als Blogger selbst vom Medienstaatsvertrag betroffen bin.

Das bringt einerseits eigene Erfahrung und damit Sachkunde sowie Einsicht in viele Mängel des Staatsvertrages mit sich, andererseits aber auch eine gewisse Befangenheit, da der derzeitige Medienstaatsvertrag in schwerwiegender Weise mit den Interessen und Grundrechten von Bloggern und Telemedienbetreibern, wie ich es bin, kollidiert.

### **1.4 Rüge**

Ich rüge, dass der Auftrag in seiner Formulierung eher sinnlos erscheint, weil nach der Vorgabe das Gesetz bereits unterschrieben ist, innerhalb einer Frist ratifiziert werden muss und nicht mehr korrigiert werden kann und als alternativlos dargestellt wird.

Auf dieser Grundlage kann man weder eine Anhörung durchführen, noch eine Stellungnahme abgeben. Es widerspricht demokratischen Erfordernissen, wenn die Entscheidung schon vor der Anhörung feststeht.

Darin liegt auch eine gewisse Missachtung gegenüber den Sachkundigen und deren Arbeitsaufwand.

Es wäre ratsamer und qualitätsfördernder, erst die Sachkundigen zu befragen und dann das Gesetz zu schreiben.

### **1.5 Unterschrift**

## 2 Generalkritik

Ich bin sehr – und negativ – überrascht von der Art der Änderungen des Medienstaatsvertrages.

Der Medienstaatsvertrag hat sich in der bisherigen Praxis als mangelhaft, fehlerhaft, problematisch, in Teilen verfassungswidrig und in den Formulierungen unklar bis weit in die Verletzung der nötigen Normenklarheit erwiesen. Man merkt dem Medienstaatsvertrag sehr deutlich an, dass es dabei nicht nur an der allgemeinen gesetzgeberischen, sondern auch an der themenspezifischen Erfahrung und Sachkunde fehlte, und dass er in Hektik und Zeitnot erstellt wurde und „nachreifen“ und iterativ verbessert werden muss.

Bisher habe ich dies auf die Annahme einer überstürzten Erstellung und untaugliche politische Vorgaben wie das deutlich anzumerkende Ansinnen der Zensur und Zurückdrängung unabhängiger elektronischer Medien zurückgeführt und eine deutliche Überarbeitung und Verbesserung erwartet, die die Erkenntnisse aus und Probleme der Anwendungen aufnimmt und verarbeitet.

Umsomehr bin ich erstaunt, dass hier lediglich Details zum Rundfunk und ein paar Formalien aus Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eingearbeitet werden, die eigentlichen – schweren – Mängel des Medienstaatsvertrages aber überhaupt nicht angetastet, nicht erwähnt, völlig übergangen werden, als ob man sich überhaupt nicht dafür interessieren würde, ob das Gesetz „funktioniert“ und anwendbar ist.

Das passt zu der untauglichen Vorgehensweise, erst das Gesetz zu formulieren, es dann bereits zu unterschreiben und für alternativlos zu erklären und erst dann Sachkunde einzuholen. So kann man keine Gesetze machen – oder man könnte, wenn die nötige Sachkunde und das Wissen über die Anwendung des Gesetzes in der Realität vorläge.

So wird völlig übergangen, dass die Dreiteilung der Medien in Presse, Telemedien und Rundfunk weitgehend unklar und unbrauchbar ist. Ebenso dass die Behandlung der Telemedien untauglich und verfassungswidrig ist, weil man sie einerseits rechtlos stellt, sie dann aber indirekt wie Rundfunk behandelt, aber nur zu dem Zweck, ihnen zum Zweck der Stilllegung die Rundfunklizenz entziehen zu können, die sie zu dem einzigen Zweck benötigen sollen, dass man sie ihnen entziehen kann.

Der Medienstaatsvertrag ist in seiner bisherigen Form massiv mangelhaft, und das in einer Weise, die bis in die Schlamperei, Inkompetenz und Willkür geht.

Entsprechend dem Auftrag werde ich daher zunächst im folgenden Kapitel 3 „Komm-

## 2 GENERALKRITIK

mentar“ nach Struktur und Reihenfolge der Änderungen kommentieren und dann im übernächsten Kapitel 4 „Empfehlungen“ einige der zu behebenden Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten darlegen.

Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle auch deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass der vorgelegte Gesetzestext bei mir persönlich zu erheblichen Zweifeln an der Befähigung des Gesetzgebers zur Gesetzgebung führt. Mir ist natürlich bewusst, dass bei einem Staatsvertrag der Bundesländer der Auftraggeber dieser Stellungnahme nicht notwendigerweise mit dem Verfasser des Gesetzentwurfs identisch sein muss und meine Kritik am Text nicht unbedingt den Auftraggeber selbst trifft.

Mir ist nicht bekannt, wer diesen Gesetzestext erarbeitet und formuliert hat. Aber ich würde es gerne und bitte um Auskunft.

### 3 Kommentar nach der Struktur des Gesetzes

#### Nr. 2 Präambel: „Grundsätze der Nachhaltigkeit zu beachten“

Das ist in meinem Augen reines Gesinnungs-, Haltungs- und Bekenntnisgeschwafel und in der Aussage nicht nur unklar (was sind denn diese Grundsätze?), sondern auch substanzlos („beachten“ – warum nicht befolgen?).

Was ist überhaupt „Nachhaltigkeit“? Umweltschutz? Klimaschutz? Lange Nutzungsdauer von angeschafften Geräten? Auslegung von Sendungen auf langen Bestand im Angebot? Langfristige Finanzplanung? Auslegung von Gebäuden auf 100 Jahre Nutzung?

Zur Erläuterung der Unklarheit: In der Präambel des zu ändernden Medienstaatsvertrags heißt es in Absatz 6

*„Dieser Staatsvertrag dient, neben weiteren Regelungen und Förderungsvorhaben in Deutschland, der **nachhaltigen** Unterstützung neuer europäischer Film- und Fernsehproduktionen.“*

Da wird „nachhaltig“ völlig anders verwendet als in der geplanten Änderung der Präambel, womit es zu zwei völlig unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffs in ein und derselben Präambel käme. Hat das überhaupt schon mal jemand gelesen?

Das hat nichts mit Normenklarheit zu tun. Das sind nur zeitgeistpolitische Gesinnungsdiktanden, völlig wirkungs- und inhaltslos.

Wenn das irgendeine Wirkung haben soll, muss man es so formulieren, dass klar wird, was gemeint ist. Und wenn nicht, dann hat es in einem Gesetz nichts verloren.

## **Nr. 3a: Neufassung des § 26 Abs. 1 und 2**

### **Absatz 1: „Diskurs“**

Das Ansinnen, die alte Fassung („Zusammenhalt“) durch das Gegenteil („Diskurs“) zu ersetzen, ist zu begrüßen, die Formulierung ist allerdings viel zu schwach, und – durch die Begründung erkennbar – nicht auf Absicht beruhend, sondern darauf, Anordnungen des Bundesverfassungsgerichts zu befolgen.

Hier wäre eine klarere und eindeutige Formulierung zu wünschen.

Kritisch ist dabei der Begriff des Diskurses in Verbindung mit der Begründung (Seite 12), denn da ist die Rede von der Schaffung eines „Kommunikations- und Debattenraums“.

Das kann Rundfunk nicht, weil Rundfunk seiner Struktur nach nur ein Medium in einer Richtung (Broadcast) ist. Soll das ein Auftrag zur Errichtung von Foren sein? Das wäre kein Rundfunk mehr.

### **Absatz 1: Bevölkerungsgruppen und Informationsgesellschaft**

Ich bezweifle, dass dem Gesetzgeber die Tragweite dieser Änderung bewusst ist. Letztlich nämlich bedeutet das, dass der Rundfunk in allen Sprachen senden muss, die von Migrantengruppen in Deutschland gesprochen werden, sofern sie nicht deutsch sprechen oder zumindest verstehen.

Effektiv bedeutet das, dass Rundfunk auch auf Englisch, Türkisch, Arabisch, Ukrainisch/Russisch, und in unzähligen weiteren Sprachen und Dialekten angeboten werden muss, und eine reine Untertitelung (wegen Analphabeten) nicht ausreicht. Denn was sonst sollte oder könnte der Satz bedeuten, wonach allen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden soll? Zumal es in der Begründung (Seite 12) heißt, dass die gesamte Bandbreite unterschiedlicher Perspektiven und Lebenswirklichkeiten im journalistischen Blick zu behalten ist, weshalb es ja nicht ausreicht, deutsche Sendungen nur inhaltlich unverändert zu übersetzen und nachzuvertonen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ja nicht einmal derzeit in der Lage, neutrale, konservative, bürgerliche, wissenschaftliche „Perspektiven und Lebenswirklichkeiten“ abzubilden, er wird ja bisher nicht einmal mit der Bandbreite des deutschen Publikums fertig. Wie soll denn diese Ausdehnung auf die gesamte Bandbreite der Bevölkerung möglich sein?

Auch das erscheint wieder als reine, zeitgeistfromme Bekenntnisformulierung, deren gesetzliche Auswirkung man nicht betrachtet hat.

Wie etwa sollten denn die Programme in den verschiedenen Sprachen dargeboten werden? Die Eröffnung neuer Programme – ob nun zur Ausstrahlung oder zum Abruf



– Ist im Gesetzentwurf nicht enthalten und nicht vorgesehen. Sollen dann abends ein Dutzend Nachrichtensendungen in allen Sprachen gesendet werden?

Wie soll denn das funktionieren?

*Wer schreibt sowas?*

### **Kollision von Absatz 1 mit Beitragspflicht**

Ich weise darauf hin, dass eine derartige Ausdehnung auf alle Bevölkerungsgruppen, die unausweichlich mit einer Mehrsprachigkeit einherginge, bezüglich der Finanzierung mit derzeitigem Rundfunkrecht unvereinbar ist.

Denn derzeit wird der Rundfunk durch Zwangsbeiträge finanziert, deren verfassungsrechtliche Rechtfertigung nach der Gesetzesbegründung und Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr auf der tatsächlichen Nutzung, aber auf der *Möglichkeit* der Nutzung beruht.

Die aber wäre bei fremdsprachigen Angeboten nicht mehr gegeben, sie können also nicht aus den allgemeinen Rundfunkbeiträgen finanziert werden.

Eine Finanzierung durch den Staat aus Steuergeldern wäre aber mit der vorgeblichen (nach EU-Rechtsprechung tatsächlich ohnehin nicht bestehenden) Staatsferne auch nicht vereinbar.

Wie also sollte das funktionieren, was man hier in den Medienstaatsvertrag schreibt?

*Wie stellt man sich das vor?*

### **Absatz 2: Unzureichende Verpflichtung**

Warum sind die Rundfunkanstalten nur bei der Erfüllung ihres Auftrages und nicht bei allen ihren Aktivitäten den journalistischen Standards, Sachlichkeit, Unabhängigkeit verpflichtet?

Warum umfasst diese Verpflichtung nicht das gesamte Programm?

Denn Immerhin ist das als eine der Grundlagen der Beitragspflicht angesehen, die Anforderung müsste also mindestens für alle über die Beitragspflicht finanzierten und alle unter diesen Staatsvertrag fallenden Angebote und nicht nur die, die der Erfüllung des Auftrages dienen, gelten.

## **Absatz 2: Journalistische Standards**

Was sind denn die „journalistischen Standards“? Sie werden hier nur als „insbesondere“ angerissen. Das ist ein unbestimmter und unsubstanzieller Begriff.

Darf sich das dann jeder frei aussuchen und nach Tagesform zusammenreimen?

Ich war selbst bei einer Besprechung auf einer Journalistenkonferenz im Norddeutschen Rundfunk (NDR) anwesend, bei der man offen sagte, dass das alles nicht festlege und der tagesaktuelle „Diskurs“ nach Bedarf und politischer Opportunität bestimme, was gerade geht und was nicht.

So etwas ist schlicht unzulässig und verfassungswidrig.

Der Gesetzgeber hat die wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen und hinreichend klar auszuformulieren. Das Bundesverfassungsgericht hat dafür den Begriff der Wesentlichkeitstheorie geprägt.

Es ist verfassungsrechtlich unzulässig, solche inhaltslosen Blabla-Texte als Norm herauszugeben.

## **Absatz 2: „Ferner“**

Warum werden Objektivität und Unparteilichkeit zu „ferner“ herabgestuft?

Darin liegt eine unvertretbare Aufweichung der Qualitätsanforderungen.

Warum werden überhaupt „journalistische Standards“ als wichtiger als Objektivität und Unparteilichkeit eingestuft? *Sind das etwa keine journalistischen Standards?*

Der Text wirkt nicht so, als habe das jemand am Stück durchdacht und probegesehen, sondern als habe in einem Gremium jeder im Raum irgendeinen Begriff gerufen, der ihm wichtig erschien, und irgendwer hat sie einfach alle aufgeschrieben.

## **Nr. 4: § 28 Fernsehprogramme**

### **Unbestimmter Begriff ARD**

Die ARD ist nur eine eingetragene Marke und nicht rechtsfähig (BGH-Rechtsprechung). Die Landesrundfunkanstalten sind nicht derart zusammengeschlossen, dass ein Gesetz darauf Bezug nehmen kann, obwohl dies durch den ganzen Staatsvertrag durch mehrfach passiert. Im Prinzip steht es jeder Anstalt frei, die ARD zu verlassen.

Man sollte das hier genau festschreiben, was ARD im Sinne des Gesetzes ist, nämlich Kooperation und Sammelbegriff einiger Anstalten. Dazu empfiehlt sich die Umarbeitung des Absatzes 2.

### **Untaugliche Senderaufteilung**

Wie ich bereits in meiner Stellungnahme für den Landtag von Sachsen zur Erhöhung der Rundfunkbeiträge 2020 deutlich gemacht habe, halte ich die Programmaufteilung für veraltet und nicht mehr zeitgemäß. Länder wie Australien haben thematisch geordnete Kanäle, die besser geeignet sind, den Rundfunkauftrag zu erfüllen.

Insbesondere die auf Seite 14 dazu angegebene Begründung wird durch die Senderaufteilung schlicht nicht erfüllt.

Gesetzestext und Begründung passen nicht zusammen.

## **Nr. 5: § 30 Telemedienangebot**

### **Absatz 1: gemeinsame Plattformstrategie**

Der Vereinheitlichung der Plattform ist aus mehreren Gründen zuzustimmen. Ich habe dies 2020 gegenüber dem Landtag von Sachsen selbst empfohlen, bin dabei aber noch weiter gegangen.

Ich begrüße die Vereinheitlichung, habe als Informatiker und Blogger mit Journalismus-Erfahrung aber ernste Bedenken, ob die Sender des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks dazu ausreichend befähigt sind.

Ich hatte deshalb für eine Plattform plädiert, die unabhängig vom Rundfunk betrieben wird und dem Rundfunk, aber eben auch anderen Anbietern zur Nutzung offensteht und auch als Alternative zu Youtube u.ä. dienen kann.

Ich halte eine einheitliche Plattform für richtig, habe aber Zweifel, dass man diese den deutschen Rundfunkanstalten anvertrauen kann. Und die massiven Korruptions- und Untreuevorfälle und die Vetternwirtschaft, wie sie gerade beim RBB zutage traten, aber zweifellos auch bei den anderen vorliegen, bestätigen meine Zweifel. Die Korruption ist hoch, die Kompetenz niedrig. So wird auch das Ergebnis aussehen.

Außerdem halte ich es für problematisch, dass der Rundfunk willkürlich selbst darüber entscheiden kann, ob er Sendungen herausgibt, vorzeitig löscht oder nachträglich verändert, etwa Stellen herausschneidet. Eine Qualitätskontrolle setzt auch voraus, dass es ein öffentlich zugängliches und verlässliches Archiv gibt, anhand dessen man die Qualität beurteilen, und auch die KEF ihre Aufgabe erfüllen kann.

### **Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3: Rechtswidrige Beschränkung auf Deutschland**

Ich halte die Beschränkung der Abrufmöglichkeit auf Deutschland für problematisch.

Denn effektiv werden damit Personen, die in Deutschland wohnen und damit Rundfunkbeitrag zahlen müssen, sich aber im Ausland aufhalten, vom Zugang zum Programm ausgeschlossen, **obwohl der zwangsweise nutzungsunabhängig erhobene Rundfunkbeitrag nur für die Möglichkeit des Abrufs verfassungsrechtlich zulässig ist.**

Wenn aber der Zugang auf Deutschland beschränkt ist, muss folglich die Beitragspflicht für die Zeiten entfallen, in denen sich alle Mitglieder eines Haushaltes im Ausland aufhalten. Denn mit dieser Regelung besteht ein gesetzliches Hindernis des Zugangs.

### **Nr. 6: § 31 Maßstäbe und Berichtspflichten**

#### **Absätze 1 bis (neu) 4**

Die Vorgaben erscheinen mir zwar in der Zielrichtung als gut, aber in der Stärke nicht als ausreichend.

Gerade vor dem Hintergrund der früheren Stellungnahmen zur Beitragserhöhung und zur Änderung des MDR-Gesetzes, aber auch aufgrund eigener Erfahrungen mit dem ÖRR und den aktuellen Pressemeldungen zur Korruption beim RBB erscheinen die Maßnahmen nicht ausreichend, um Inkompetenz, Verschwendung und Untreue einzudämmen.

Die geplante Änderung markiert nur vordergründig den Willen, Qualität und Wirtschaftsführung zu verbessern, bewirkt aber effektiv gar nichts.

Das ist reine Symbolpolitik.

#### **Neuer Absatz 5: Wirtschaftsführung**

Das ist völlig unwirksam, leeres Blabla.

Nicht nur habe ich bereits gegenüber dem Landtag von Sachsen in der Anhörung zur Rundfunkbeitragserhöhung 2020 dargelegt, dass die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ihre Aufgaben nicht erfüllt, sondern auch die Vorgänge beim RBB um Untreue, Mondgehälter und groteske Geldverschwendung und Geldverlagerung in private Taschen, sowie die de-

solate Finanzsituation beim BR zeigen, dass die Prüfungstätigkeit der KEF wertlos und vorgetäuscht sind.

Die KEF funktioniert nicht und ist Teil des Systems der Untreue und der Qualitätsmängel.

### **Neuer Absatz 6: Dialog mit der Bevölkerung**

Was soll das bedeuten? Eine reine Blabla-Formulierung.

Betrachtet man, in welcher Weise die Sender des ÖRR bisher schon in den Foren und Social Media Kommentare zensieren, erscheint eine solche Vorgabe als Hohn.

Ich habe selbst an einer Journalistenkonferenz im NDR teilgenommen, auf der sich Mitarbeiterinnen, darunter der Redaktion der Tagesschau/Tagesthemen als Feministinnen brüsteten, alle feminismuskritischen Kommentare aus den Foren gelöscht zu haben.

Eine solche unkonkrete Vorschrift ist gegenüber solchen Leuten völlig wirkungslos und wiederum reine Bekenntnispolitik ohne irgendeine Wirkung.

Ebenso wie bei der Streaming-Plattform würde ich hier dringend empfehlen, dies in die Hände Dritter zu legen, damit nicht dieselben, die in der Redaktion das Fernsehprogramm machen, darüber bestimmen, welche Kommentare in den Foren über sie sichtbar sind – wie ich das eben bei der Redaktion der Tagesschau und Tagesthemen beobachtet habe, dass sie selbst die Kritik löscht, die ihr nicht passt und mit ihren politischen Zielen nicht konform geht.

## **Nr. 7: § 32 Telemedienkonzepte**

### **Absatz 1 und 2**

Die Vorschriften sind gut gemeint, aber wirkungslos. Es ist überhaupt nicht bestimmt, wer für die Einhaltung der Telemedienkonzepte verantwortlich ist, ob die überhaupt wahrheitsgemäß sein und mit der Realität übereinstimmen müssen, und wem sie vorzulegen sind. Lediglich Absatz 2 deutet indirekt an, dass die KEF die Konzepte einsehen können muss.

Es ist vorgegeben, dass in den Konzepten irgendetwas zu überprüfen ist. Es ist nicht erkennbar, wer über das Ergebnis der Überprüfung zu informieren ist oder welche Folgen ein negatives Ergebnis haben könnte oder sollte.

Die Vorschrift ist völlig wertlos. Reines, leeres Blabla.

Hier böte sich an, eine allgemeine Veröffentlichungspflicht oder zumindest eine Vorlagepflicht gegenüber dem Parlament im Rahmen von Beitragshöhenentscheidungen zu normieren.

## **Nr. 8: § 32a Einstellung, Überführung und Austausch von Programmen**

### **Absatz 1: Programme**

In der Grundtendenz ist das Ansinnen, eine Überführung von Programm in Internetangebote zu erlauben, richtig und entspricht auch meiner Empfehlung gegenüber dem Landtag von Sachsen.

Allerdings halte ich den Gedankengang für zu eng und ungeeignet, weil er am Begriff, Konzept und der Grundidee des „Programms“ festhält. Programme haben aber nur bei einer linearen, kanalorientierten Austrahlung eine Funktion, eben bei Sendefrequenzen im Kabel oder bei terrestrischem Funk, oder in gewissen Grenzen auch beim Streaming in Echtzeit, aber nicht mehr bei Angeboten auf Abruf (Mediathek). *Bei Nutzung auf Abruf finden „Programme“ nicht statt, es sei denn, diese dienen der Abrechnung beim PayTV für Abonnements.*

Hier sollte man sich vom Begriff und der Organisationsform des Programmes lösen und andere qualitative und quantitative Maßstäbe finden.

### **Unzureichende Internetversorgung**

Ich gebe zu bedenken, dass die Internet-Abdeckung in Deutschland lückenhaft und an vielen Stellen schlecht ist. Deshalb kann die Überführung eines Fernsehprogrammes in ein reines Streaming-Programm zum Abruf per Internet dazu führen, dass das Programm mancherorts nicht mehr zugänglich ist.

Damit wäre auch die Beitragspflicht nicht mehr (voll) haltbar.

### **Wegfall aus dem Rundfunkbegriff**

Nach der Begriffsbestimmung des § 2 Absatz 1 Satz 1 Medienstaatsvertrag ist Rundfunk ein linearer Informations- und Kommunikationsdienst zum zeitgleichen Empfang.

Ich führe dies in Abschnitt 4.3 auf Seite 19 weiter aus.

### **Absatz 2 und 3: Konzepte**

Auch hier ist wieder unklar, wem diese Konzepte bekannt zu geben sind. Wer sind „Dritte“? Ist damit die Öffentlichkeit gemeint? Wenn nicht, wer dann?

### **Absatz 6: Programmaustausch**

Ich halte die Vorschriften zum Austausch von Programmen für unsinnig, da die Vorgaben in § 28 Absatz 5 Satz 1 genannten Programme ohnehin völlig nichtssagend und nur dem Namen nach bestimmt sind.

Wozu soll es gut sein, ein bürokratisches Verfahren zum Austausch von Programmen vorzuschreiben, wenn es ohnehin keine inhaltliche Vorgabe gibt?

Auch halte ich die bisherige und in § 28 Absatz 5 genannte Programmaufteilung für längst veraltet und unsinnig. Wie bereits gegenüber dem Landtag von Sachsen ausgeführt, halte ich etwa die Programmaufteilung in Australien für sinnvoller und würde etwa einen separaten Sportkanal empfehlen.

Ich würde hier lediglich Vorgaben machen, wieviele Haupt- und Nebenprogramme und in welchem Mindestumfang Abrufprogramme zur Verfügung zu stellen sind und alles andere den Sendern überlassen.

Ich würde mich vom starren Programmbegriff in der hier vorliegenden Form lösen.

### **Nr. 9 § 36**

Keine Anmerkungen.

## **4 Empfehlungen**

### **4.1 Elementare Sach- und Rechtskunde aufbauen**

Ein solcher Staatsvertrag ist kein Leichtgewicht, das man nebenbei erledigt.

Ich empfehle dringend, die Probleme und Unzulänglichkeiten des Medienstaatsvertrages in Anwendung und Rechtsprechung zu erfassen und ihn entsprechend zu überarbeiten.

### **4.2 Komplette Überarbeitung**

Man merkt dem Medienstaatsvertrag deutlich an, dass er auf die Schnelle zusammengeschrieben wurde und keine gute Struktur hat.

Ich rate an, den Medienstaatsvertrag richtig zu überarbeiten und neu zu strukturieren, um auch eine bessere gedankliche Ordnung zu schaffen.

### **4.3 Begriffsbestimmungen Presse – Rundfunk – Telemedien**

Wir haben in Deutschland gerade eine völlige Begriffsverwirrung. Medienrechtlich stehen drei Begriffe nebeneinander, Presse, Rundfunk und Telemedien, und kaum jemand kann sie vernünftig und sachgerecht auseinanderhalten – nicht einmal die Gerichte.

So hängen manche Gerichte – etwa die Presserechtskammer des Verwaltungsgerichts Berlin und das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg – an einem Pressebegriff fest, der auf einer körperlichen Veröffentlichung (Papier, CDROM,...) beruht.

Das ist Unfug, weil nicht nur technisch völlig veraltet, sondern auch noch auf Abschreib- und Verständnisfehlern der Gerichtsurteile untereinander entstanden, weil in einer Zeit, als das die einzige Möglichkeit zur Massenverbreitung war, von „Druckwerk“ die Rede war. Etwas anderes konnte man sich nicht vorstellen und verwendete den Begriff um eine Massenverbreitung für einen unbegrenzten Empfängerkreis zu beschreiben, der heute aber elektronisch viel leichter zu erreichen ist.



#### 4 EMPFEHLUNGEN

Gleichzeitig werden erste Zeitungen im Druckformat – oder deren lokale Verbreitung – eingeschränkt oder sogar eingestellt, weil immer mehr Leser elektronisch lesen, und der Zeitungsdruck durch Energie-, Personal- und Materialkosten immer teurer wird. Dabei ist er umwelt- und klimaschädlich, wobei bis zu 90% der gedruckten Zeitungen unverkauft und ungelesen wieder vernichtet werden.

Es ist völlig unververtretbar, den Begriff der Presse weiterhin am Druck auf Papier festzumachen. Es ist geradezu grotesk, absurd, hirnrissig, einerseits das ganze Land mit Gewalt und allen Mitteln auf Klimaschutz zu wollen, gleichzeitig aber bei einer Definition von Presse zu bleiben, die auf gedrucktem Papier, riesigen Druckereien, enormem Papier-, Energie- und Wasserverbrauch, der Vernichtung von ungelesenem Papier, giftiger Druckerschwärze, LKW-Transporten beruht, um erst am nächsten Tag ein bis dahin veraltetes Druckwerk auszuliefern – falls man noch Zeitungsträger findet.

Andererseits weiß selbst das hoch-, höchst- und überbezahlte Führungspersonal des Rundfunks oft nicht, dass sie Rundfunk und nicht Presse sind. Sie beanspruchen Pressfreiheit und beklagen bei Angriffen die Verletzung derselben, wissen aber nicht, dass sie keine Pressfreiheit haben, weil sie nicht Presse sind, und sich die Rundfunkfreiheit fundamental unterscheidet.

§ 2 Absatz 1 Satz 1 MStV definiert Rundfunk als linearen Dienst zum zeitgleichen Empfang. Damit aber fällt der öffentlich-rechtlichen Rundfunk dann aus diesem Begriff, wenn, wie in der Änderung vorgesehen, die Substitution von Programmen durch Streamingangebote stattfindet, die zum Abruf angeboten werden. Das heißt aber, dass ein solches Angebot auch nicht mehr der Rundfunkfreiheit unterliegen würde, weil es kein Rundfunk mehr ist.

Zwar ist der Begriff der Telemedien wie ein Auffangbegriff gestaltet, der alles auffängt, was nicht anderswo definiert ist, aber dann etwa in § 18 Absatz 2 und 4 und § 19 auf bestimmte eingegrenzt wird:

Anbieter von Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten, in denen insbesondere vollständig oder teilweise Inhalte periodischer Druckerzeugnisse in Text oder Bild wiedergegeben werden, [...]

Das ist völlig unklar, was das heißen soll.

So ist es trotz der gleichlautenden Formulierungen in §§ 18 und 19 ständige Praxis, kleine Blogs unter diesen Begriff zu stellen, wenn man sie nach § 19 gängeln und mit Pflichten und Bußgeldern belegen will, oder sie nach § 18 Absatz 2 ein Impressum führen müssen, sie ihnen aber abzusprechen, wenn sie das Auskunftsrecht nach § 18 Absatz 4 in Anspruch nehmen wollen.

Hier führt die Untauglichkeit der Definition zu völlig grotesker Willkür bei der Auslegung der Norm, bei der dieselbe Formulierung je nach politischem Bedarf mal so und mal gegenteilig ausgelegt wird.

**Das ist gesetzgeberischer Schrott!**

Man sollte diese Begriffe in Ordnung bringen und ordentlich definieren.

### **4.4 Misslungene Korruptionskontrolle des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks**

Mit einer gewissen Freude und Zustimmung habe ich dem Gesetzentwurf leichte Hinweise der Absicht entnommen, dass man Untreue, Geldverschwendung, Missbrauch beim Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk eindämmen möchte, und deshalb leichte Kontrollmechanismen zaghaft andeutet.

Das ist aber viel zu wenig. Es gleicht dem Versuch, einen Hochhausbrand mit einem Schneeflöckchen löschen zu wollen.

Die aktuellen Vorgänge, die Gehaltsstrukturen, die Finanzlage, die Ausgabenstruktur etwa beim RBB, beim BR, beim WDR, auch beim MDR zeigen nicht nur massive Korruptionsstrukturen, sondern bestätigen damit auch Beobachtungen, die ich seit Jahren auf Journalistenkonferenzen mache: Wir haben keinen Rundfunk mehr, der Rundfunk macht. Das alles ist längst von einer korrupten, politisch homogenen Clique übernommen, die sich um Meinungsvielfalt und Diversität, oder auch um Seriosität gar nicht mehr schert, und den Rundfunk nur noch als Versorgungsanstalt ihres politischen Lagers auffasst und sich hemmungslos selbst und gegenseitig die Taschen voll macht, sich mit absurden Mondgehältern, obszönen Pensionen, sogar hohen Gehältern für das blanke Nichtstun oder als Ruhegehalt überschütten, oft natürlich zuzüglich Luxusbüros, Luxusreisen, Luxusfahrzeuge, gerne mit Chauffeur. Mitunter auch zwei.

Das ist nicht nur unfassbar, was hier abläuft, es ist vor allem verfassungs- und rundfunkordnungswidrig. Nicht nur machen die Rundfunkordnung und die Verfassungsrechtssprechung klare Vorgaben zur Meinungsvielfalt, die qualitativ überhaupt nicht erfüllt werden. Auch quantitativ umfasst die Beitragspflicht nur das, was erforderlich ist, um Rundfunk zu betreiben, nicht aber all die Luxusausgaben obendrauf. Ich habe das bereits gegenüber dem Landtag von Sachsen ausführlich dargestellt, dass die Kosten unseres Rundfunks absurd überhöht sind, bei gleichzeitig miserabler inhaltlicher Qualität und haarsträubender Unkenntnis selbst des Führungspersonals von der Rundfunkordnung und ihren Aufgaben und Pflichten.

Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk in Deutschland ist faktisch nur noch eine links-extreme Party, auf der man sich gegenseitig mit Hunderttausenden oder Millionen von Euro bewirft und seinen persönlichen Interessen nachgeht, Rundfunk nur noch pro Forma dem Anschein nach oder zur Erfüllung eigener, politischer Interessen betreibt. Schaut man sich das Fernsehprogramm an, dann besteht es fast nur aus zeltfüllenden Billigproduktionen wie Koch- und Talkshows, endlosen geistlosen Serien, Sport und politischer Agitation, steht fast alles auf „Autopilot“. Es ist überhaupt nicht erkennbar, was eigentlich dieser riesige Personalapparat den ganzen Tag lang macht. Warum schafft man es in Australien, einen Kontinent von fast der Größe Europas zu einem

#### 4 EMPFEHLUNGEN

Zehntel der Kosten des deutschen Fernsehens zu versorgen? Warum haben wir das teuerste, aber höchstens mittelmäßigste Fernsehen in der EU? Warum wandern so viele Zuschauer zu anderen Quellen ab?

Die weit überwiegende Mehrzahl der Leute beim Rundfunk ist intellektuell nicht in der Lage, die Aufgaben des Rundfunks zu erfüllen oder wenigstens zur Kenntnis zu nehmen und zu verstehen, auch nur zu begreifen, warum und worin sich Rundfunk von Presse unterscheidet, und hätte unter normalen Bedingungen niemals eingestellt oder beauftragt werden dürfen, zumal auch beim Rundfunk – wie der Europäische Gerichtshof feststellte – Vergaberecht und damit auch die Kriterienklaus nach Art. 33 Abs. 2 GG gilt. Die Leute bekommen sechsstellige Gehälter und bevölkerungsverachtende Luxus pensionen, haben die Macht über Programm und Inhalt, kennen aber nicht einmal den Inhalt ihres eigenen Landesrundfunkgesetzes, dem sie verpflichtet sind und wofür sie bezahlt werden.

Erschreckend viele Leute beim Rundfunk haben keine greifbare Ausbildung, nichts gelernt, keine erkennbare Befähigung oder gar intellektuelle Ausbildung. Viele sind „Journalisten“ von Universitäten oder Journalistenschulen. Erfahrungsgemäß steckt dahinter fast gar nichts. Trotzdem maßen sie sich an, Wahrheit zu verkünden, „Fakten zu checken“ (und nicht mal zu wissen, was das ist), die Bevölkerung erziehen zu wollen. Sie wissen nichts, aber alles besser. Eine überwältigende Zahl von Aussagen und Behauptungen im Fernsehen, selbst in den Nachrichtensendungen, sind erfunden oder halten keiner Nachprüfung stand. Und wie ich vor Jahren auf einer Journalistenkonferenz entsetzt sehen und hören musste, sind sie sich dessen sogar bewusst und machen das mit Absicht, weil die Priorität darauf liegt, die Sendezeit mit möglichst wenig Aufwand und möglichst unkompliziertem Ergebnis zu füllen. Es wurde explizit gesagt *und fand Zustimmung und Konsens*, dass man wissentlich lieber Inkompetente Schwätzer als echte Experten befragt, weil man sich bei denen darauf verlassen könnte, kameratauglich und zeitpassend zu bekommen, was man hören will. Unser Rundfunk ist zu einer Fake-Maschine degeneriert, die uns – gewollt und wissentlich – die immer selben Pseudo-Experten präsentiert.

Die Mehrzahl der Leute, die im Fernsehen zu sehen sind, hätte nach anzuwendendem Recht dort nichts verloren, und wäre auch vom Beitragszahler nicht zu bezahlen.

Das zentrale Problem, die zentrale Ursache dabei ist, dass man dem Rundfunk durch schlechte Konstruktion so faktisch wie verfassungsrechtlich ein ihm nicht zustehendes Kooptationsrecht gebaut hat und das als Staatsferne verklärt. Tatsächlich heißt es nur, dass der Gesetzgeber – das sind Sie – seine Aufgaben nicht erfüllt.

Es wäre dringend erforderlich, die ohnehin längst veraltete und auf Nachkriegstechnik beruhende Struktur und Realisierung des ÖRR aufzubrechen, umzugestalten, zu modernisieren und besser zu digitalisieren, und damit deutlich Macht über Inhalte und Personal von der bisherigen mafiaartigen Struktur an die Zuschauer zu verlagern und das Angebot nach dem Prinzip eines Marktes und nicht mehr dem Prinzip von Mafia paten in den Redaktionen zu organisieren, wie es mir über das Verhältnis der echten Mitarbeiter als Zensoren zu den „freien Mitarbeitern“ als Arbeitssklaven berichtet

wurde. Wir brauchen mehr Angebot, mehr Vielfalt, über die der Zuschauer selbst entscheiden und aus der er auswählen kann, und über die nicht in den Hinterzimmern der Redaktionen autokratisch, korrupt und nach Parteilinteressen entschieden wird.

Beispielsweise wäre die Frage zu klären, wie das mit der Rundfunkordnung und der darin und verfassungsrechtlich vorgegebenen Pflicht, die in der Bevölkerung vertretenen Auffassungen gleichberechtigt und angemessen darzustellen, zu vereinbaren sein soll, dass im Fernsehen die „Gendersprache“ verwendet und durchgesetzt wird, obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung diese ablehnt. Schon da wird offensichtlich, dass die Rundfunkanstalten auf ihren Auftrag und die Rundfunkordnung pfeifen und den Unterschied zwischen Presse und Rundfunk nicht verstanden haben.

Der Medienstaatsvertrag wäre der Ort, damit umzugehen. Insbesondere, nachdem man mit der vorliegenden Gesetzesänderung ja erkennbar auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts reagiert.

*Warum aber übergeht man diese gerade in diesem Punkt?*

Und worauf beruht eigentlich noch die Rundfunkbeitragspflicht, wenn das Bundesverfassungsgericht diese an Bedingungen knüpft, die aber tatsächlich nicht erfüllt werden und für die sich weder Rundfunk noch Gesetzgeber interessieren?

Wenn die Beitragspflicht an Bedingungen geknüpft ist, die man weder tatsächlich erfüllt, noch überhaupt erfüllen will, dann muss die Beitragspflicht entfallen.

Und dann stellt sich auch die Frage, was sich der Gesetzgeber – Sie – eigentlich dabei denkt, § 26 dahingehend zu ändern, dass alle Bevölkerungsgruppen zu bedienen seien, wenn der Rundfunk es nicht einmal schafft, alle deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen zu bedienen und nur noch eine links-grün-feministische Genderauffassung vertreten ist.

Wie wollen Sie denn ein Programm für türkische oder arabische Migranten leisten, wenn Sie nicht einmal ein Programm für die neutrale politische Mitte oder konservative Ansichten bieten können?

Das Ansinnen ist zwar gut gemeint, aber irgendwo zwischen naiv und ignorant.

Und wer ist für all dies verantwortlich? *Sie. Der Gesetzgeber.*

## 4.5 Selbstwidersprüchliche Situation für Blogger

Die Situation, dass man die identischen, aber unklaren Formulierungen der §§ 18 und 19 nach Belieben und Opportunität so auslegt, dass Blogger wie ich mal darunter fallen und mal nicht, führt dazu, dass wir zwar einerseits einer Sorgfaltspflicht unterliegen, andererseits aber die Auskunftsrechte nicht bekommen, um sie auch zu erfüllen.

An dieser Stelle ist der Medienstaatsvertrag eine Fehlkonstruktion, unterliegt er einem

schweren Konstruktionsfehler.

### 4.6 Konsolidierung mit Landespressegesetzen

Die bisherigen Empfehlungen beziehen sich nicht nur auf den Medienstaatsvertrag, sondern ebenso auf die Landespressegesetze und die beklagenswert schlechte, inkonsistente und diffuse Rechtslage. Jedes Bundesland hat sein eigenes Landespressegesetz, die sich alle mehr oder weniger subtil unterscheiden, und nicht mal von ihren eigenen Gerichten richtig ausgelegt werden können. So verlangen auch in solchen Bundesländern Gerichte und Staatsanwaltschaften bei Auskunftersuchen Presseausweise, in deren Pressegesetzen der Ausweis keine Erwähnung findet.

Außerdem sind diese Pressegesetze völlig veraltet, stammen oft aus der Frühzeit der Republik und beruhen auf einem rein drucktechnischen Presseverständnis. Das Pressegesetz von Berlin stammt aus der Zeit, als Willy Brandt noch regierender Bürgermeister war und Journalisten noch mechanische Schreibmaschinen einsetzten. Und damit versucht man, in der heutigen Medienlandschaft noch irgendwie klarzukommen.

Ich empfehle daher dringend, die einzelnen Landespressegesetze abzuschaffen und in einer vereinheitlichten Form in den Medienstaatsvertrag mit aufzunehmen und bei dieser Gelegenheit das Verhältnis und die Begriffsbestimmungen zwischen Presse, Rundfunk und Telemedien in Ordnung zu bringen.

Das Durcheinander der derzeitigen Rechtslage ist unverträglich und in seiner Chaotik verfassungswidrig.

### 4.7 Beitritt des Bundes zum Staatsvertrag

Aufgrund eines Konstruktionsfehlers im Grundgesetz haben wir eine verfassungswidrige Situation auf Ebene des Bundesrechts:

Einerseits ist der Bund – wie alle Staatsgewalt – Grundrechtsverpflichteter und damit auch bezüglich der Presse- und Rundfunkfreiheit aus Artikel 5 GG.

Andererseits aber sind Presse- und Rundfunkrecht nach der Kompetenzaufteilung Ländersache, der Bund also an einer Gesetzgebung gehindert. Deshalb gibt es kein Bundespressegesetz. Landesrecht gilt aber auch nicht.

Das heißt, dass der Bund zwar grundsätzlich der Presse- und Rundfunkfreiheit unterliegt und damit auskunftspflichtig ist, es aber keine Normierung dazu geben kann.

Es sollte deshalb geprüft werden, ob ein Beitritt des Bundes – zusammen mit der zuvor empfohlenen Konsolidierung mit dem Presserecht – zu Teilen des Staatsvertrages,

nämlich den dann verbessert darzustellenden Teilen bezüglich der Auskunftsrechte von Presse, Rundfunk und Telemedien, als Selbstverpflichtung beitreten kann, dass damit also die von den Ländern einheitlich normierten Auskunftsrechte auch gegenüber dem Bund wirken.

### 4.8 Verfassungswidrige Kontrolle von Telemedien

Ein brachialer Konstruktionsfehler liegt in §§ 19 und 109 MStV.

So unterliegen Telemedien nach § 19 nicht zwingend, aber nach freiwilligem Beitritt der freiwilligen Selbstkontrolle, die derzeit durch den Deutschen Presserat ausgeübt wird. Tritt man dieser dagegen nicht bei, unterliegt man nach § 109 Absatz 1 (da Nr. 3 als Ausnahme) der Aufsicht der Landesmedienanstalt.

Tritt man dem Presserat bei, hat man eine hohe jährliche Gebühr zu entrichten, ohne eine greifbare Gegenleistung zu haben, und unterliegt einem unsinnigen und willkürlichen Pressekodex, dessen Zustandekommen undurchsichtig ist, und auf den man keinen Einfluss hat. Man hat außerdem den Presserat als politisch stark ausgerichtete Interessen-Lobby der großen Verlage zum Gegner und gleichzeitig als Aufsichtsorgan. Man kann von diesen öffentlich gerügt, aber nicht mit Maßnahmen oder Bußgeldern belegt werden.

Tritt man ihm jedoch nicht bei, unterliegt man dagegen der zuständigen Landesmedienanstalt, und deren Maßnahmen wie Beanstandung, Untersagung, Sperrung, Rücknahme und Widerruf.

Das ist willkürlich und verstößt gegen die Gleichheit vor dem Gesetz. Es beruht erkennbar auf dem Willen, die kleinen Medien und Blogger, die weder Mitglied im Presserat sind und sei können, noch sich den Beitritt finanziell leisten können, den willkürlichen und drakonischen Maßnahmen der Landesmedienanstalten, die wiederum politisch besetzt sind und die Parteiinteressen gegen Kritiker vertreten und diese Position missbrauchen.

Dieser Zustand ist völlig unvertretbar. Er wird sowohl von mir, also auch von vielen Juristen für verfassungswidrig gehalten.

Aufgrund der Umstände und der politischen Lage ist davon auszugehen, dass dieser Konstruktionsfehler absichtlich begangen wurde, um den Parteien über den Umweg der Landesmedienanstalten direkte Kontrolle über kritische kleine Medien zu geben und damit Zensur einzuführen und Meinungs- und Pressefreiheit zu brechen.

Ich rate dringend an, diesen Zustand zu korrigieren. Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit schon abgerutscht.

## 4.9 Presseausweis

Auch bei Presseausweisen ist die derzeitige Lage unhaltbar und verfassungswidrig, um nicht zu sagen ein Korruptionsbeziehung zwischen den Regierungen und den großen Medien.

Derzeit ist ein Presseausweis nicht normiert, beruht aber seit seiner Wiedereinführung auf einer Vereinbarung zwischen dem Deutschen Presserat und der Innenministerkonferenz.

Die Innenministerkonferenz ist fachlich und organisatorisch unfähig und politisch unwillig, sich darum zu kümmern, weil es ihr nicht nur an Sachkunde und Interesse fehlt, sondern weil dort ständig der Vorsitz wechselt und keine Angelegenheit durchgehend behandelt werden kann. Ständig hat man mit anderen Leuten zu tun, die kaum Wissen dazu haben und an den Presserat verweisen.

Der Presserat hingegen ist die Interessenvertretung der großen Verlage und damit befangen und ungeeignet, und seine Haltung deutet auf massive Korruption hin. So behauptet der Presserat stets, ein Presseausweis sei nicht erforderlich, weil er lediglich eine Beweiserleichterung darstelle. Deshalb bestehe auch kein Rechtsanspruch. Es bleibt aber unklar, wofür eine Beweiserleichterung besteht, was man ohne Presseausweis ersatzweise beweisen müsste oder könnte. Weder Presserat noch Innenministerkonferenz können – oder wollen – dies artikulieren. In der Praxis bleibt aber keine Möglichkeit für eine Beweiserbringung, weil Behörden – auch ohne Rechtsgrundlage – für Auskünfte die Vorlage des Presseausweises verlangen, und für andere Nachweise gar nicht offen sind.

Dazu kommt eine zirkuläre Sichtweise: Presse sei, wer einen Presseausweis habe, dafür sei er ja da. Deshalb könne die Presseeigenschaft allein durch einen Presseausweis nachgewiesen werden, der nach Standpunkt von Presserat und Innenministerkonferenz nicht erforderlich, sondern nur eine Beweiserleichterung ist, wovon sie auch nicht wissen, wofür.

Sowas bringt man auch nur in Deutschland fertig.

Diese korrupte Situation ist auch deutliches Hindernis, dem Presserat zur freiwilligen Selbstkontrolle beizutreten. Wer würde sich einem Presserat zur Medienkontrolle unterwerfen, der schon in eigener Sache so kafkaesk auftritt und sich an seiner eigenen Absurdität nicht stört?

Auch die Ausgabe des einheitlichen Presseausweises funktioniert nicht. Sie wurde sechs Presseverbänden anvertraut, die für unterschiedliche Bereiche zuständig sind.

Ich habe vor einiger Zeit beim DJV (Deutscher Journalistenverband) Berlin einen Presseausweis beantragt, zunächst gar keine Reaktion erhalten und erst auf Nachfrage erfahren, dass man den Antrag abgelehnt hat – ohne auch nur irgendeinen Grund zu nennen, obwohl ich alle erkennbaren und beschriebenen Anforderungen voll und

nachweislich erfülle. Auf den nach der Vereinbarung möglichen und von mir eingelegten Widerspruch hat der DJV nie reagiert. Man versucht nicht einmal, den Eindruck eines regulären Verfahrens zu erwecken, sondern betreibt den Rechtsbruch als Macht- und Willkürdemonstration. Rechtsmittel gibt es nicht.

Eigentlich wäre der Presserat nach der Vereinbarung mit der Innenministerkonferenz verpflichtet, unzuverlässigen Verbänden – und damit dem DJV – das Recht zur Ausgabe des Presseausweises sofort zu entziehen. Aber weder macht er das, noch wirkt die Innenministerkonferenz auf die Einhaltung dieser Vereinbarung hin. Da funktioniert gar nichts – grenzenlose Willkür, grenzenlose Korruption.

Dazu erhielt ich von Berliner Journalisten den Hinweis, dass eben jener DJV Berlin dann, wenn man dort Mitglied wird und Mitgliedsbeitrag zahlt, den Presseausweis sofort und ohne jegliche Prüfung bekomme, und das sehr schnell. Der Presseausweis wird also von der Mitgliedschaft abhängig gemacht, obwohl dies in der Vereinbarung zum Presseausweis ausdrücklich verboten ist, und über die wiederum willkürlich entschieden wird. Faktisch eine Art Schutzgelderpressung.

Ähnliche Hinweise bekam ich von Mitarbeiterin der Rundfunkanstalten. Dort vergeben die Gewerkschaften per extra eingerichteter Webseite die Presseausweise nahezu automatisch und kostenlos an Gewerkschaftsmitglieder, während sie für andere viel kosten, weil sie auf diese Weise Mitglieder werben. Auf diese Weise kämen viele Leute beim Rundfunk an solche Ausweise, obwohl sie weder journalistisch tätig sind (Fernsehköche, Beleuchter usw.), noch überhaupt als Rundfunk Presse sind.

Der Hintergrund all dessen sei, so wurde mir versichert, dass die gesamte Presselandschaft ein korrupter Sumpf linker Aktivisten sei, die die Presseausweise als finanziellen Vorteil vergeben, damit die Inhaber damit an kostenlose oder vergünstigte Eintrittskarten usw. kommen, und deshalb ein starkes Interesse haben, dass es nicht zu viele dieser Ausweise gibt und diese ihrer Klientel vorbehalten sind.

In der Gesamtsicht stellt sich der Presseausweis als Korruptionsbeziehung zwischen den Landesregierungen und der Presse dar, was dazu passt, dass gerade einige Fälle aufgedeckt wurden, in denen die Bundes- und Landesregierungen Journalisten mit kleinen oder Scheinaufträgen und hohen Honoraren bezahlt, geschmiert, regierungsfreundlich gestimmt haben.

Es deutet alles darauf hin, dass die Innenministerkonferenz hier ganz bewusst wegschaut und den Rechtsbruch in Kauf nimmt, um die Auskunftsrechte auf ihr genehme und mit ihr in Beziehung stehende Journalisten zu beschränken und andere auszuschließen, worauf auch die §§ 19 und 109 MStV hindeuten.

Es liegt auf der Hand, dass solche Vorgänge untragbar sind und die Parlamente als Gesetzgeber die Pflicht haben, solche korrupten Verbindungen zwischen den Innenministern und den Medien und derartige Zensur durch die Hintertür zu unterbinden.

Auch mit Bezug auf den schon bestehenden MStV und die Auskunftsrechte nach §§ 5 und 18 Absatz 4 ist deshalb zu rügen, dass die Auskunftsrechte praktisch nicht existie-



#### 4 EMPFEHLUNGEN

ren. So wurde mir von den Berliner Verkehrsbetrieben – die unter der Rechtsaufsicht desselben Senats stehen, der Mitglied eben der Innenministerkonferenz ist – die Auskunft mangels Presseausweis verweigert, die ich mir dann über 3 Jahre (und damit nutzlos) vor dem Verwaltungsgericht einklagen musste.

Daran zeigt sich auch, wie selbstwidersprüchlich, eigentlich verlogen die Innenministerkonferenz ist: Während sie auf die direkte Anfrage den Standpunkt einnimmt, dass der Presseausweis nur eine Beweiserleichterung, aber nicht rechtsgestaltend sei, und man deshalb keinen Anspruch darauf haben kann, werden von denselben Regierungen Gerichte, Staatsanwaltschaften, oder hier eben die Berliner Verkehrsbetriebe – angewiesen, Auskünfte nur gegen Vorlage eines Presseausweises zu geben.

Und es ist Aufgabe der Parlamente als Gesetzgeber, geltendes Recht auch gegen die Innenminister durchzusetzen.

Insbesondere aber kann nicht angehen, dass sich die Innenminister anmaßen, mit dem Presserat auszukungeln, wer den Presseausweis überhaupt bekommt. Denn dazu sind weder die Innenminister, noch der Presserat befugt. Innenminister sind grundrechtsverpflichtet und nicht in der Position, mit dem Presserat zu vereinbaren, wer in den Genuss von Grundrechten kommt.

Es kann nicht angehen, dass Innenminister und Presserat da in direkter Korruptionsbeziehung willkürlich und nachträglich untereinander festlegen, wer die Auskunftsansprüche nach §§ 5 und 18 Absatz 4 MStV tatsächlich bekommt.

Und das fällt in die Verantwortung des Gesetzgebers. Das Bundesverfassungsgericht sagt in ständiger Rechtsprechung (sog. Wesentlichkeitstheorie), dass der Gesetzgeber alle wesentlichen Dinge selbst regeln muss und nicht anderen überlassen kann.

Und deshalb ist es verfassungswidrig, wenn die Frage, wer Auskunftsrechte in Anspruch nehmen kann, den Innenministern zur Willkür per Handstreich überlassen wird, noch dazu denen anderer Bundesländer über den rotierenden Vorsitz der Innenministerkonferenz.

Nebenbei bemerkt sollte man als Parlament darauf hinwirken, dass die Posten der Innenminister mit besser befähigten Leuten besetzt werden, die über die juristischen Mindestkenntnisse und die charakterliche Eignung verfügen, solche Problemstellungen wie den Presseausweis selbst zu erfassen und verfassungskonform zu behandeln und nicht einfach Lobbyorganisationen wie dem Deutschen Presserat oder dem DJV zu überlassen.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/7148											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verband der Zeitungsverlage und Digitalpublisher in Berlin und Ostdeutschland</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Markgrafenstraße 15</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">10969 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Zeitungsverlage und Digitalpublisher in Berlin und Ostdeutschland	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markgrafenstraße 15	Postleitzahl, Ort	10969 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Verband der Zeitungsverlage und Digitalpublisher in Berlin und Ostdeutschland	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markgrafenstraße 15									
Postleitzahl, Ort	10969 Berlin										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7148 -</b>											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Produzentenverband e.V.</td> <td style="text-align: center;">eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o b+ Office, Dudenstraße 10 10985 Berlin (Geschäftsstelle)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Häberstr. 5</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80337 München (Vereinsitz)</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Produzentenverband e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o b+ Office, Dudenstraße 10 10985 Berlin (Geschäftsstelle)	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häberstr. 5	Postleitzahl, Ort	80337 München (Vereinsitz)
	Name	Organisationsform									
	Produzentenverband e.V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o b+ Office, Dudenstraße 10 10985 Berlin (Geschäftsstelle)									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häberstr. 5									
Postleitzahl, Ort	80337 München (Vereinsitz)										
<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>											
<b>3.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: top;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: top;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlG)	
	Filmpolitische Vertretung der unabhängigen Kino-, Streaming- und Fernsehproduzent:innen in Deutschland	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlG)	
	Aufgrund der gravierenden Auswirkungen o.g. Änderungen im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag auf die Landschaft der unabhängigen Produzent:innen – und dadurch letztendlich vor allem auf die Vielfalt des Angebots für die Zuschauer:innen der öffentlich-rechtlichen Sender – ersuchen wir Sie um die Empfehlung an den Landtag den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag in seiner vorliegenden Fassung nicht zu ratifizieren.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 18.04.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
18.04.2023 10:31

10687/23



Produzentenverband e.V.  
c/o b+ Office, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Produzentenverband e.V.

Sitz: Häberlstr. 5, 80337 München

Tel: +49 30 2130 0263

Email: mail@produzentenverband.de

Web: www.produzentenverband.de

Berlin, 18. April 2023

per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

**Thüringer Gesetz zur Ratifizierung des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags  
Ihr Aufruf zur Stellungnahme vom 13. März 2023**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien,

der Produzentenverband e.V. dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum Gesetzesentwurf der Landesregierung zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag.

Wir möchten an dieser Stelle auf unsere im Januar 2022 veröffentlichte Stellungnahme zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag verweisen. Diese ist abzurufen unter: <https://www.produzentenverband.de/aktuelles/stellungnahme-des-produzentenverband-ev-zur-synopse-zu-auftrag-und-strukturoptimierung-des-ffentlich-rechtlichen-rundfunks-diskussionsentwurf-phase-1-in-der-fassung-vom-november-2021>

Mit Verwunderung müssen wir feststellen, dass sich in der zur Ratifizierung vorliegenden Fassung des Dritten Medienänderungsstaatsvertrag zahlreiche Punkte wiederfinden, die der Produzentenverband und andere Verbände bereits 2022 kritisiert haben und die in der Folge beibehalten worden sind.

Gravierend ist, dass der Medienstaatsvertrag so geändert wird, dass

- die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zusammengelegt werden können,
- das Angebot nicht mehr nur auf europäische Produktionen beschränkt ist,
- das Angebot auch nur über Abrufe, ohne Ausstrahlung ausgewertet werden kann
- und Inhalte nicht mehr an Catch-Ups gebunden sind und zeitlich länger als 30 Tage verfügbar gemacht werden können.

Die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender sind infolge kaum reguliert und können ein gemeinsames Free-VOD-Angebot etablieren,

- das kostenlos, ohne Werbung und ohne Anmeldung zugänglich ist,



- das bereits auf Geräten omnipräsent und durch die Sender bekannt ist und
- das je nach Schwerpunkt der Redakteur:innen, getragen durch ein gemeinsames, GEZ-finanziertes Budget, ohne privatwirtschaftliches Risiko, ein großes, internationales Portfolio anbieten kann.

Aus diesem Grund erneuern wir vor allem die Kritik an den in §30 des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags vorgenommenen Änderungen, da diese das Potential haben, der Film- und Serienkultur, der Landschaft der unabhängigen Produzent:innen in Deutschland und insbesondere der Programmvvielfalt nachhaltig zu schaden:

### **§30 Absatz (1): gemeinsame Plattformstrategie von ARD und ZDF**

Die in §30 Absatz (1) eingefügte Neuerung „*Einbeziehung einer gemeinsamen Plattformstrategie*“ hat zur Folge, dass audiovisuelle Werke zukünftig von einem Sender lizenziert werden, aber in der gemeinsamen Plattform, also von ARD-Rundfunkanstalten und ZDF, online ausgewertet werden können. Da erschwerend zu befürchten ist, dass eine solche erweiterte Nutzung nicht mit einer Erhöhung der Lizenzentgelte einher gehen wird, sondern sich der aktuelle Trend sinkender finanzieller Beteiligungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an Ko-Produktionen fortsetzt, nimmt der Gesetzgeber mit dieser Neuerung eine Entwertung der Lizenzen vor. Auch aus kartellrechtlichen Gründen erscheint uns eine gemeinsame Plattformstrategie als problematisch, da diese zur Folge hat, dass ARD und ZDF bei der Lizenzierung und Nachlizenzierung von Produktionen die Marktpreise zu Ungunsten der Produzent:innen bestimmen können.

### **§30 Absatz 2: Angebot nicht-europäischer Werke**

Nicht nur europäische, sondern auch nicht-europäische Werke sollen zukünftig im Zusammenhang mit einer Ausstrahlung (aber auch völlig unabhängig von dieser) in den Mediatheken angeboten werden können. Es ist zu befürchten, dass so vor allem nicht-europäische Spielfilme und Serien für die Mediatheken lizenziert werden, die sich hauptsächlich an Quotenkriterien orientieren - die Mediatheken also mit solchen Inhalten gefüllt werden, die auch im Angebot der kommerziellen Konkurrenzplattformen abrufbar sind.

Dies hat deutliche Auswirkungen auf die öffentlich-rechtliche Programmvvielfalt. Hinzu kommt, dass sich die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit den Konkurrenzplattformen in einen Wettbewerb um den Lizenz-Erwerb begeben, der dazu

führt, dass Lizenzkosten steigen und das dafür eingesetzte Programmbudget deutschen oder europäischen Filmen und Serien nicht mehr zur Verfügung steht. In der Folge würde das Engagement der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Neueauftragung deutscher und europäischer Werke zugunsten von nicht-europäischer Lizenzware zurückgehen. Für in Deutschland ansässige Produzent:innen wird dies voraussichtlich zur Folge haben, dass der Koproduktions- und Lizenzanteil der Sendeanstalten bzw. die Budgets für Auftrags- und Ko-Produktionen weiter sinken. Und damit wiederum die Programmvietfalt.

Schon heute werden Produzent:innen regelmäßig damit konfrontiert, dass angebotene Lizenzpreise mit dem vom Sender erwarteten Senderechteumfang und der erwünschten Mediathekenverweildauer nicht im Einklang stehen. Produzent:innen und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten werden sich auch kurz- und mittelfristig nicht auf einem level-playing-field begegnen, das Produzent:innen in die Lage versetzt, angemessene Entgelte für die Nutzung ihrer Werke im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu vereinbaren. Die neu geschaffene Nutzungsmöglichkeit für nicht-europäische Werke sowie eine Ausweitung der Verweildauer in den Mediatheken für deutsche und europäische Werke und die Vergrößerung der Reichweite durch eine gemeinsame Plattformstrategie, wird dazu führen, dass Lizenzen, die durch Produzent:innen, Verleiher oder Weltvertriebe an andere Lizenznehmer lizenziert werden könnten, entwertet werden. Dieses geplante Vorgehen zerstört nachhaltig die etablierten und notwendigen Lizenzketten, erschwert die Finanzierung von Filmen, vor allem von Kinofilmen, aber auch von teilfinanzierten Auftrags- und Ko-Produktionen noch einmal erheblich und führt dazu, dass gerade auch unabhängigen Produzent:innen die Existenzgrundlage entzogen wird. Wodurch wiederum die Vielfalt des Angebots für die Zuschauer:innen sinken würde.

### **§30 Absatz 3: online-only Angebot europäischer und nicht-europäischer Werke**

Darüber hinaus geht der Wegfall der Ausstrahlungen im linearen Programm mit einer weiteren schweren Folge für Produzent:innen aber auch Urheber:innen und ausübende Künstler:innen einher. Die bisher von Verwertungsgesellschaften kollektiv wahrgenommenen und an Berechtigte ausgeschüttete Lizenzentnahmen aus den mit einer Ausstrahlung in Zusammenhang stehenden Zweitverwertungsrechten werden wegbrechen.

Produzent:innen werden so die Möglichkeiten genommen, aus der Auswertung ihrer Produktionen eingebrachte Investitionen zu refinanzieren oder gar einen Pioniergewinn zu erwirtschaften, der für die Entwicklung neuer Ideen eingesetzt werden kann.

**Fazit: Dritten Medienänderungsstaatsvertrag in jetziger Fassung nicht ratifizieren**

Die unabhängigen Produzent:innen möchten mit ihren Produktionen auch zukünftig die Vielfalt der öffentlich-rechtlichen Programme stärken. Jedoch muss dies mit einer angemessenen und realistischen Finanzierung der Produktionen und einer angemessenen, nutzungsbezogenen Vergütung eingeräumter Rechte einhergehen. Es steht zu befürchten, dass der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag in der jetzt zu ratifizierenden Fassung gerade unabhängige Produzent:innen benachteiligt und die notwendige Angemessenheit der Vergütung nicht sicherstellt.

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien, aufgrund der gravierenden Auswirkungen o.g. Änderungen im Dritten Medienänderungsstaats-vertrag auf die Landschaft der unabhängigen Produzent:innen – und dadurch letztendlich vor allem auf die Vielfalt des Angebots für die Zuschauer:innen der öffentlich-rechtlichen Sender – ersuchen wir Sie um die Empfehlung an den Landtag, den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag in seiner vorliegenden Fassung nicht zu ratifizieren.

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mitglied des Vorstands

Geschäftsführer

**Zum Produzentenverband**

Der Produzentenverband e.V. ist ein kreatives, wirtschaftliches und innovatives Netzwerk. Mit aktuell 137 Mitgliedern und einer Nachwuchssektion ist er die maßgebliche Vertretung der unabhängigen Kino-, Streaming- und Fernsehproduzent:innen in Deutschland. Der Verband bündelt und artikuliert die film- und marktpolitischen Interessen seiner Mitglieder und ist deren Sprachrohr und Vermittler gegenüber Förderern, Sendern, der Politik und nationalen sowie internationalen Branchenverbänden.

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO)

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zu dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/7148		
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V., SPIO
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kantstr. 150
	Postleitzahl, Ort	10623 Berlin
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessensvertretung der Filmwirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist wichtigster Auftraggeber für Produzent*innen und Dienstleister*innen der Film- und Fernsehwirtschaft. Er ist als Koproduzent und Lizenznehmer für Kinofilme und Serien ein bedeutender (Re-)Finanzierungspartner. Die SPIO hatte sich im Januar 2022 an der Konsultation zum Entwurf des 3. MStV mit Vorschlägen beteiligt, um die im Entwurf enthaltenen erheblichen finanziellen Risiken für die Filmwirtschaft abzuwenden. Besonders kritisch sieht die SPIO die Ausdehnung der Verweildauern für Filme in Mediatheken, die Nutzung von Drittplattformen durch die Rundfunkanstalten und die Möglichkeit, Inhalte ggf. auch über Deutschland hinaus verfügbar zu machen. Dies verstärkt die Verhandlungsmacht der Sender gegenüber Produzent*innen und Verleiher*innen noch weiter. Die SPIO appelliert, die Kritikpunkte bei der Debatte zum nächsten MStV erneut auf die Agenda zu setzen.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO) vertritt die Interessen der deutschen Film- und Videowirtschaft in den Sparten Filmproduktion, Filmverleih, Filmtheater und Audiovisuelle Medien. Als Dachverband von derzeit 16 Berufsverbänden repräsentieren wir mehr als 1.400 Unternehmen, die einen großen Anteil zu der Wertschöpfung beitragen, die durch die Produktion und den Vertrieb von Filmen entsteht. Aufgabe der SPIO ist es, den deutschen Film in seiner Vielfalt, Qualität und internationalen Wahrnehmung zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschafts- und Kulturgut zu sichern.	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, den 18.04.2023	SPIO

THÜR. LANDTAG POST  
18.04.2023 10:40

10710/23



## Stellungnahme zum 3. Medienänderungsstaatsvertrag an den Thüringer Landtag

### Einleitung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der wichtigste Auftraggeber für Produzent\*innen und Dienstleister\*innen der Film- und Fernsehbranche. Er ist als Koproduzent und Lizenznehmer für Kinofilme und Serien ein bedeutender (Re-)Finanzierungspartner.

Die SPIO hatte sich im Januar 2022 an der Konsultation zum Entwurf des 3. Medienänderungsstaatsvertrages mit Vorschlägen beteiligt, um die im Entwurf enthaltenen erheblichen finanziellen Risiken für die Filmwirtschaft abzuwenden.

Zu unserem Bedauern, fanden unsere Bedenken kaum Gehör und unsere Vorschläge keinen Eingang in den nun zu ratifizierenden Änderungsstaatsvertrag.

Besonders kritisch sieht die SPIO die Ausdehnung der Verweildauern für Filme in Mediatheken, die Nutzung von Drittplattformen durch die Rundfunkanstalten und die Möglichkeit, Inhalte ggf. auch über Deutschland hinaus verfügbar zu machen. Dies verstärkt die Verhandlungsmacht der Sender gegenüber Produzent\*innen und Verleiher\*innen noch weiter.

**Die SPIO appelliert, die Kritikpunkte bei der Debatte zum nächsten Medienänderungsstaatsvertrag erneut auf die Agenda zu setzen.**

### Über die SPIO

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO) vertritt die Interessen der deutschen Film- und Videowirtschaft in den Sparten Filmproduktion, Filmverleih, Filmtheater und Audiovisuelle Medien. Als Dachverband von derzeit 16 Berufsverbänden repräsentieren wir mehr als 1.400 Unternehmen, die einen großen Anteil zu der Wertschöpfung beitragen, die durch die Produktion und den Vertrieb von Filmen entsteht. Aufgabe der SPIO ist es, den deutschen Film in seiner Vielfalt, Qualität und internationalen Wahrnehmung zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschafts- und Kulturgut zu sichern.

Berlin, den 18. April 2023



## Stellungnahme zum Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

### I. Einleitung

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO) vertritt die Interessen der deutschen Film- und Videowirtschaft in den Sparten Filmproduktion, Filmverleih, Filmtheater und Audiovisuelle Medien. Als Dachverband von derzeit 18 Berufsverbänden repräsentieren wir mehr als 1.200 Unternehmen, die einen großen Anteil zu der Wertschöpfung beitragen, die durch die Produktion und den Vertrieb von Filmen entsteht.

Aufgabe der SPIO ist es, den deutschen Film in seiner Vielfalt, Qualität und internationalen Wahrnehmung zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschafts- und Kulturgut zu sichern.

Wie bedanken uns, zu dem Diskussionsentwurf, der die erste Phase der Reform von Auftrag und Strukturoptimierung behandeln soll, noch Stellung nehmen zu können.

Die Stellungnahme der SPIO erfolgt in Ergänzung zu den Stellungnahmen der Produzentenallianz, des Produzentenverbandes und der AG Verleih.

### Anregung

Wir möchten ein weiteres Mal anregen, zukünftig die Änderungsvorschläge zu begründen. Weder die Intention noch die Motive für die beabsichtigten Änderungen lassen sich dem Diskussionsentwurf entnehmen. Um Fehlinterpretationen und Missverständnissen zu begegnen und die Akzeptanz für das Verfahren um den Auftrag und die Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erhöhen, würden wir eine Begründung für die geplanten Änderungen begrüßen.

### Ausgangslage

Geänderten Nutzungs- und Sehgewohnheiten, neue digitale Verbreitungswege von Inhalten und Interaktionsmöglichkeiten mit dem Publikum haben zu einer unübersehbaren Veränderung der Film-, Rundfunk- und Medienlandschaft geführt, die auch die Wertschöpfung sowie die Finanzierungs- und Refinanzierungsmöglichkeiten von Inhalten privatwirtschaftlicher Unternehmen verändert haben. Diese digitalen Transformationsprozesse sollten sich auch im Auftrag und der Strukturreform niederschlagen: Es geht nicht allein darum, eine Balance zu den privaten Fernsehveranstaltern zu finden. Durch die Ausweitung der Tätigkeiten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihrer Tochterunternehmen auf Telemedien und andere Verbreitungswege muss auch ein Gleichgewicht zu anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen und Angeboten hergestellt werden. Diese Auswirkungen sollten nicht nur im Hinblick auf den filmwirtschaftlichen Markt, sondern auf alle privatwirtschaftlichen Presse- und Medienunternehmen oder beispielsweise Bildungs- und Lehrangebote gleichermaßen berücksichtigt werden.

Der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit auf die digitalen Herausforderungen mit Privilegien für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geantwortet, die seine Sonderstellung im Wettbewerb zu privaten Anbietern und Unternehmen herausgestellt haben. Sie reichen von einer Ausweitung seiner Telemedienangebote insbesondere auf Drittplattformen, über die Freistellung von kartellrechtlichen Beschränkungen bis zu den jugendmedienschutzrechtlichen Anforderungen. So befreit die letzte Änderung im Jugendschutzgesetz den öffentlich-rechtlichen Rundfunk davon, seine filmischen Telemedienangebote mit Alterskennzeichen zu versehen; gleichzeitig erhält er die Möglichkeit sich Altersfreigabekennzeichen, die für die Bildträgerauswertung (DVD, Blu-ray) und die öffentliche Kinovorführung erforderlich sind, für seine filmischen Produkte selbst vergeben zu können (vgl. §§ 14 Abs. 6a, 14a JuSchG). Solche medienordnungspolitischen Eingriffe in den audiovisuellen Markt sind weder

Jugendmedienschutzrechtlich noch rundfunkrechtlich begründbar: Der Vertrieb von Bild- und Tonträgern oder die öffentliche Vorführung von Filmen sind nicht vom Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gedeckt, noch ändert sich die jugendschutzrechtliche Bewertung eines Films, wenn sie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgestrahlt wird.

Bei Auftrag und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geht mithin schon längst nicht mehr nur um eine frequenzgetriebene duale Rundfunkordnung, sondern um die Parameter für eine duale Medienordnung, die die Interessen privatwirtschaftlicher Film- und anderer Medienunternehmen im Wettbewerb um Publikum und Aufmerksamkeit mit denen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Einklang zu bringen hat.

Für die nationale Filmwirtschaft spielt die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dabei in mehrfacher Hinsicht eine zentrale Rolle: Er ist der wichtigste Auftraggeber für Produzenten und Dienstleister der Film- und Fernsehwirtschaft. Er ist als Koproduzent und Lizenznehmer für Kinofilme und Serien aber auch ein wichtiger (Re-) Finanzierungspartner. Wir beobachten jedoch zwei Entwicklungen bei der Angebotsplanung und Auftragsvergabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die im Ergebnis zu stärkeren Konzentrationen und Abhängigkeiten der Produktionshäuser in Deutschland führen. Diese Entwicklungen schränken die unternehmerische Vielfalt ein, die nach unserer Auffassung ein wesentlicher Garant für die informatorischen, künstlerischen und kulturellen Ausdrucksformen ebenso wie für die Meinungsfreiheit ist und gleichermaßen für die Informationsgesellschaft verantwortlich ist.

In seiner Funktion als Auftraggeber für Eigen- und Auftragsproduktionen blieben die Volumina des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zwar weitgehend stabil, aufgrund des gestiegenen Programmangebots führt diese Stabilität aber defacto zu weniger Budget pro Produktion. Wir beobachten ferner, dass die Vergabe von Auftragsproduktionen an Tochterunternehmen der Rundfunkanstalten gegenüber unabhängigen Produzenten zugenommen hat. Die Produzentenberichten der ARD führen gerade in dieser Frage nicht zu mehr Transparenz. Denn in dem Produzentenbericht werden auch Tochterunternehmen anderer Rundfunkanstalten den unabhängigen Produzenten zugeordnet, solange es sich nicht um Tochterunternehmen handelt, an denen die auftraggebende Anstalt selbst beteiligt ist. Diese Einordnung verschleiert die Entwicklung, dass immer mehr Produktionen ausschließlich im Kosmos des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vergeben und hergestellt werden.

Gleichzeitig zieht sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus den Investitionen für nationale oder europäische Kino-Koproduktionen und Lizenzprodukte immer stärker zurück: diese Volumina sanken in den letzten Jahren um 50%. Der Kinofilm, ob dokumentarisch oder fiktional, übernimmt als eigenständige Gattung eine wesentliche kulturelle und wirtschaftliche Funktion. Seine durchschnittlichen Produktionsbudget haben sich im fiktionalen Bereich von durchschnittlich 5,5 Mio. auf 3,5 Mio. EUR reduziert. Auch dies ist eine Folge des gesunkenen Engagements des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für den nationalen und europäischen Kinofilm.

Bei der wichtigen Aufgabe, Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an die digitale Transformation anzupassen, müssen nach unserer Auffassung die Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Märkte umso stärker berücksichtigt werden, als sein Auftrag und damit seine Aktivitäten über den klassischen Bereich der Rundfunkanstalten hinausgehen. In der Vergangenheit wurden diese Auswirkungen nur unzureichend berücksichtigt. Denn bei Auftrag und Strukturreform geht es mehr denn je um die Frage, wie eine unabhängige und vielfältige Produktions- und Vertriebslandschaft von medialen Inhalten gesichert werden kann.

Vor diesen Hintergrund nehmen wir – ergänzend zu den Stellungnahmen unserer Mitgliedsverbände – zu dem Diskussionsentwurf Stellung.

## II. Der Auftrag in § 26 Absatz 1

Die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen der Auftragsdefinition in § 26 sehen wir überwiegend kritisch. Sie sind nach unserer Auffassung nicht geeignet, den Auftrag und die Strukturreform des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks meinungs- und vielfaltssichernd weiterzuentwickeln. Hintergründe, Intention und Motive der Änderungsvorschläge sind nicht erläutert, weshalb ihre Interpretation schwerfällt.

### **Satz 5: Wechselspiel zwischen Auftrag und Finanzierung**

Mit § 26 Absatz 1 Satz 5 vollzieht der Gesetzgeber nach unserer Auffassung einen Paradigmenwechsel. Bislang orientierte sich die Finanzierung am Auftrag. Nun wird der Auftrag umfassend mit einer stärkeren Flexibilität seiner Ausgestaltung durch die Rundfunkanstalten und ihre Gremien gefasst und soll alles ermöglichen, was sich aus der Beitragsfinanzierung finanzieren lässt.

Damit stellt sich zwangsläufig die Frage, nach welchem Auftrag die KEF die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bestimmen und festlegen kann. Die neue Möglichkeit, dass sich die Ausgestaltung des Auftrags nach den Möglichkeiten richten soll, die den Rundfunkanstalten aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, weckt ferner Zweifel an der Vereinbarkeit mit der Rundfunkmitteilung und dem Beihilfekompromiss. Nach der Rundfunkmitteilung<sup>1</sup> in Anlehnung der EuGH-Rechtsprechung zu Altmark-Trans müssen die Verpflichtungen und damit der Auftrag klar definiert und die Parameter, anhand deren der Ausgleich berechnet wird, zuvor objektiv und transparent festgelegt werden. Beide Erfordernisse können nach unserer Auffassung nicht erreicht werden, wenn die Beitragsfinanzierung den umfassenden Auftrag bestimmt.

### **Satz 6: Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglichen**

Nach den Vorstellungen der Länder soll es Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen. Der Rundfunk und seine Telemedien sind aber nur Teilbereiche der Informationsgesellschaft. Nach unserem Verständnis müsste zunächst klargestellt und beschrieben werden, welche Aufgabe und welchen Auftrag dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Informationsgesellschaft zukommt.

Die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen, schließt nach unserem Verständnis nicht nur die Vermittlung, sondern auch den Zugang und Bereitstellung von Drittangeboten ein. Einen derart ausufernden Auftrag hielten wir im Hinblick auf Drittangebote für zu weitgehend und sollte auch nicht als Vorgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgesehen werden.

### **Satz 8 ff. Kultur und Unterhaltung**

Wir können nicht erkennen, dass durch eine Schwerpunktsetzung und Umstellung der in § 26 Abs. 1 Satz 8 ff. vorgenommenen Begrifflichkeiten dem Auftrag eine stärkere Kontur verloren wird. Wir halten diesen Ansatz für verfehlt. Das Angebotsprofil der Rundfunkanstalten wird nicht durch Gattungsbegriffe geschärft: Kultur, Unterhaltung, Bildung und Information sind keine sich ausschließenden, sondern sich ergänzende Begriffe, die bestenfalls für alle Sendeformate gelten sollten. Besonders deutlich wird die Unzulänglichkeit dieses Änderungsvorschlags bei einem Blick in die medienstaatsvertraglichen Definitionen der Begriffe (§ 2) und ihrer Beispiele, die kaum eine sinnvolle Abgrenzung oder Charakterisierung zulassen.

Wir unterstützen daher die Forderungen der Produzentenverbände, das Angebotsprofil nicht gattungsbezogen zu definieren, sondern eine zeitgemäße Neuformulierung des Auftrags vorzusehen, an der sich lineares wie non-lineares öffentlich-rechtliches Programm zukünftig qualitativ orientieren und messen lassen muss.

## **III. Die Telemedienangebote in § 30**

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt dargelegt, dass sich die Ausweitung der Telemedienangebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nachhaltig auf die Finanzierungs- und Refinanzierungsstruktur von Filmen und Serien und insbesondere von Kinofilmen auswirken wird. Die sich zwischenzeitlich halbierten Investitionen in nationale und europäische Kinofilme sowie die auch damit einhergehende Senkung ihrer durchschnittlichen Budgets bestätigen die im Rahmen der letzten

<sup>1</sup> Rundfunkmitteilung: Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland (europa.eu)

Novellierung des Medienstaatsvertrags geäußerten Befürchtungen. Die nun vorgeschlagenen Änderungen werden diese Entwicklung noch weiter forcieren.

Wir möchten noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass Eigenanteile von Auftragsproduzenten oder die Beteiligung von Koproduzenten gerade bei hochwertigen Filmen und Serien die Regel sind. Diese Eigen- oder Koproduktionsanteile lassen sich nur durch die Vergabe von weiteren Lizenzen (re-) finanzieren. Im gleichen Maße wie die Erlöse aus der Bildträgerverwertung (Blu-ray/DVD) zurückgegangen sind, müssen sie durch die Online-Verwertung der Filme kompensiert werden. Der Lizenzmarkt im Bereich der Fernseh- und Online Rechte ist daher für die Produktion von Filmen und Serien von elementarer Bedeutung. Dieser Lizenzmarkt wird in Deutschland durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, seine Angebote und seine Nachfrage entscheidend beeinflusst. Deshalb ist es für den Erhalt einer vielfältigen audiovisuellen Produktionslandschaft wichtig, dass insbesondere Online- und Fernsehrechte zu angemessenen Bedingungen lizenziert werden. In der Vergangenheit war der öffentlich-rechtliche Rundfunk der Auffassung, die Lizenzrechte für die Online-Nutzungen nicht zusätzlich zu den Fernsehrechten vergüten zu müssen. Erst in den letzten Jahren konnten in Eckpunktevereinbarungen mit der Produzentenallianz und gemeinsamen Vergütungsregelungen mit Urhebern und ausübenden Künstlern überhaupt zusätzliche Lizenzgebühren durchgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich Änderungsvorschläge in § 30 in erster Linie als ein Korrektiv dieser in den letzten Jahren mühsam erstrittenen Entwicklung interpretieren, um die Lizenz Ausgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Filme und Serien wieder einzuhegen. Deshalb halten wir es für unabdingbar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Rahmen der Telemedienangebote bei teilfinanzierten Auftragsproduktionen, sowie bei Koproduktionen und Kaufproduktionen auf die Refinanzierungsinteressen der Beteiligten Rücksicht nehmen muss. Alle in der SPIO zusammengesetzten Verbände unterstützen daher die Forderungen der Produzentenallianz und des Produzentenverbandes.

### **Abs. 1 Bedeutung der gemeinsamen Plattformstrategie**

Die »gemeinsame Plattformstrategie« hat für den Auftrag und die Strukturreform im Zusammenspiel mit den Änderungsvorschlägen in § 30 Abs. 2 eine große Bedeutung. § 30 Abs. 2 sieht für fast alle Formate keinen Sendungsbezug mehr vor und ermöglicht so reine Online-Angebote. Eine gemeinsame Plattformstrategie der Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios könnte beispielsweise darin bestehen, von einem Gesamtangebot der Telemedienangebote abzuweichen und in Spezialangebote aufzuteilen. Vorstellbar wäre eine Plattform für Bildung, eine VoD-Plattform mit Filmen, eine Plattform für tagesaktuelle Berichterstattung, eine Plattform für Hintergrundberichterstattung oder themenspezifische Plattformen etc. In diesen Fällen würde die Plattformstrategie nur den Mantel bilden, um unter ihm den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als „Gesamtangebot“ zusammenzufassen. Mit dieser Mantelstrategie wird bereits bei den Drei-Stufen-Tests argumentiert (so u.a. bei Online-Angebot von sportschau.de). So differenziert betrachtet, besteht die Gefahr, dass sich spezielle oder themenbezogene Plattformen in erster Linie mit anderen privatwirtschaftlich organisierten Plattformen konkurrieren und sich die Plattformstrategie folglich an der Wettbewerbssituation zu privatwirtschaftlich organisierten Online-Angeboten ausrichtet. Die Plattformstrategie würden dann keinem eigenen öffentlich-rechtlichen Auftrag folgen, sondern sich an der Wettbewerbssituation orientieren.

Wir halten es daher für wesentlich, dass bei dem Auftrag und der Strukturreform, wie bei einer gemeinsamen Plattformstrategie in einem stärkeren Maße die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Märkte berücksichtigt werden und die Ausweitung und Flexibilisierung des Auftrags nicht auf Kosten von unabhängigen Produzenten und privatwirtschaftlichen Angeboten erfolgen kann. Aus diesem Grunde halten wir auch die vorgesehenen Kontroll- und Beteiligungsrechte bei der Ausgestaltung der Telemedienangebot nicht für ausreichend.

### **Abs. 2 keine weitere Ausweitung der Verweildauer**

Die vorgeschlagenen Änderungen lassen die Interpretation zu, die Verweildauer in den Mediatheken sowohl mit 30 vor als auch zusätzlich mit 30 Tagen nach Ausstrahlung eines Films zu berechnen. Wir

sprechen uns gegen eine Ausweitung der Verweildauer aus. Bereits die jetzige Regelung in Verbindung mit Wiederholungsregelungen schränkt die Verwertung von Lizenzrechten gegenüber anderen Lizenznehmern über Gebühr ein. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Produzentenallianz uneingeschränkt, die Verweildauer auf 7 Tage vor der Ausstrahlung und 21 Tage nach der Ausstrahlung zu beschränken.

### Abs. 2 kein Ankauf von Spielfilmen und Serien ohne Sendungsbezug

Äußerst kritisch sehen wir den Änderungsvorschlag, dass vom Auftrag auch der Ankauf von Spielfilmen und Serien gedeckt sein soll, wenn Filme und Serien ausschließlich in den Mediatheken bzw. Telemedienangeboten zum Abruf bereitgestellt werden. In der Vergangenheit wurden bereits keine ausreichenden Lizenzgebühren für die zusätzliche Bereitstellung von Filmen und Serien in die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gezahlt. Wir befürchten, dass durch die Möglichkeit, Filme und Serien nur für die Mediathekennutzung zu erwerben, insbesondere nationale und europäische Kinofilme aus dem Programmangebot herausgenommen werden. Damit ließe sich auch rechtfertigen, dass die Rundfunkanstalten keine oder weniger Senderechte erwerben müssten. Die Investitionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Produktionen würden in der Folge weiter zurückgehen und sich damit massiv auf die Produktion von Kinofilmen auswirken.

### Abs. 2 keine Ausweitung der Telemedienangebote auf alle angekauften Spielfilme

Gleichzeitig soll den Rundfunkanstalten zusätzlich die Möglichkeit eingeräumt werden, auch nicht europäische Lizenzware für ihre Mediathekennutzung einzukaufen. Auch gegen diese Erweiterung sprechen wir uns aus, da wir befürchten, dass in der Folge weniger Lizenzgebühren für nationale und europäische Filme gezahlt werden.

### Vorschlag

Als Dachverband der in der Filmwirtschaft tätigen Verbände unterstützen wir daher ohne Einschränkung den Vorschlag der Produzentenallianz, den wir nachfolgend hier noch einmal wiedergeben.

AKTUELLER MEDIENSTAATSVERTRAG	Vorschlag
<p>(2) <sup>1</sup>Der Auftrag nach Absatz 1 umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sendungen ihrer Programme auf Abruf vor und nach deren Ausstrahlung sowie eigenständige audiovisuelle Inhalte,</li> <li>2. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von europäischen Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind, bis zu dreißig Tage nach deren</li> </ol>	<p>(Anm.: Die Vorschläge sind nachfolgend gelb markiert. Wir schlagen vor, die Rücksichtnahme-Klausel in einem gesonderten Absatz 3 zusammenzufassen.)</p> <p>(2) <sup>1</sup>Der Auftrag nach Absatz 1 umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sendungen ihrer Programme auf Abruf vor und nach deren Ausstrahlung sowie eigenständige audiovisuelle Inhalte,</li> <li>2. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von europäischen Werken angekaufter <i>oder koproduzierter</i> Spielfilme und angekaufter <i>oder koproduzierter</i> Folgen von Fernsehserien, die keine <i>vollfinanzierten</i> Auftragsproduktionen sind, <i>bis zu sieben Tagen</i> vor und <i>bis zu</i></li> </ol>

<p>Ausstrahlung, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist,</p> <p>3. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von Großereignissen gemäß § 13 Abs. 2 sowie von Spielen der 1. und 2. Fußball-Bundesliga bis zu sieben Tage danach,</p> <p>4. zeit- und kulturgeschichtliche Archive mit informierenden, bildenden und kulturellen Telemedien.</p> <p><sup>2</sup>Im Übrigen bleiben Angebote nach Maßgabe der §§ 40 bis 44 unberührt.</p>	<p><i>einundzwanzig Tagen nach deren Ausstrahlung, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist</i></p> <p><i>(3) Bei der Auswertung in den Telemedien ist auf die Refinanzierungsinteressen der an der Finanzierung der Werke Beteiligten Rücksicht zu nehmen, um deren wirtschaftliche Verwertung der Produktion nicht unangemessen zu behindern, z.B. durch die Vereinbarung von zeitlich begrenzten Auswertungsfenstern.</i></p> <p>3. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von Großereignissen gemäß § 13 Abs. 2 sowie von Spielen der 1. und 2. Fußball-Bundesliga bis zu sieben Tage danach,</p> <p>4. zeit- und kulturgeschichtliche Archive mit informierenden, bildenden und kulturellen Telemedien.</p> <p><sup>2</sup>Im Übrigen bleiben Angebote nach Maßgabe der §§ 40 bis 44 unberührt.</p>
--	--

Berlin im Januar 2022

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**